

I1 Schnelles Internet für alle!

Antragsteller*in: Malte Spitz

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Wir dürfen den Zugang zum Internet nicht nur an der Übertragungsgeschwindigkeit festmachen, sondern müssen an die Qualität und Sicherheit der Zugänge denken. Darum geht es um zukunftsfähige Internetzugänge mittels Glasfaser und um ein Netz offener und freier WLANs, um die Nutzung überall, in Bus, Bahn und öffentlichen Einrichtungen zu ermöglichen. Wir wollen Sicherheit für alle, ohne Filterung und 2-Klassen Internet, und mit einfachen Verschlüsselungsmöglichkeiten.

12 Busse und Bahnen im Nahverkehr ohne Fahrschein

Antragsteller*in: Robert de la Haye

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Ticketloses Fahren im ÖPNV für alle, egal wo, mit Beiträgen von über 18-Jährigen (heute 20 Euro/Monat) und Nutznießern (Wirtschaft). Beitragseinzug wie bei Fernsehanstalten. Verteilung der Gelder an die Kommunen/Aufgabenträger. Ziele: Familienfreundliche Mobilität für alle, zusätzliche Mittel für Investitionen, Wegfall komplizierter Tarifzonen, mehr Chancen für Arbeitslose und Geringverdiener, Klimaverbesserung, Entlastung von „Schwarzfahrerverfahren“, Verkehrswende, Neugestaltung der Städte.

13 Kick-Off-Förderung für kommunale Zeitbüros

Antragsteller*in: Katja Dörner

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Das Land unterstützt die Etablierung kommunaler Zeitbüros. Hierfür wird ein Wettbewerb ausgeschrieben und innovative Konzepte erhalten eine Start-Förderung. Zeitbüros sollen in der Kommune „Zeit schaffen“, indem die Zeitbedürfnisse lokaler Akteure (Bürger*innen, Unternehmen, ÖPNV, Schulen, Kitas, Dienstleistern etc.) erhoben und aufeinander abgestimmt werden.

I4 Tierversuchsfreies NRW

Antragsteller*in: Martin-Sebastian Abel

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Tierversuche sind ethisch, aber auch methodisch umstritten. Die Ergebnisse sind nur begrenzt auf den Menschen übertragbar. Wir brauchen deshalb dringend Alternativ- und Ersatzmethoden, um auch in Zukunft sichere Medikamente zu haben und tausendfaches Tierleid zu verhindern. Die Abschaffung von Tierversuchen geht über ihren Ersatz. Dafür brauchen wir intensivere Forschung und die direkte Verbindung zur Lehre.

I5 100 Mobilitätsstationen für NRW

Antragsteller*in: Arndt Klocke

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Das Mobilitätsverhalten ist im Wandel: Immer mehr Menschen sehen im privaten PKW nicht mehr einzige Möglichkeit sich zügig von A nach B fortzubewegen. Viele Pendler*innen setzen ihre Wege aus verschiedenen Bausteinen zusammen. Sie fahren zB. zunächst mit dem Rad zum ÖPNV-Haltepunkt, fahren dann in der S-Bahn in die Innenstadt und von dort mit dem Bus zu ihrem Arbeitsplatz. Das SmartPhone wird dabei oft zum Leitmedium bei der Buchung und im Alltagsverkehr.

Begründung

"Mobilitätsstationen" verknüpfen verschiedene Angebote wie Fahrradabstellanlagen, E-Bike Lademöglichkeiten, CarSharing und den ÖPNV miteinander. Analog zum erfolgreichen 90er Programm "100 Radstation in NRW" schlagen wir Grüne nun die Errichtung von 100 Mobilitätsstationen für NRW vor. Wir schaffen damit einen wichtigen Baustein für die moderne, individuelle und nachhaltige Mobilität von Morgen.

I6 Neue digitale Agenda NRW!

Antragsteller*in: Rüdiger Metzdorf

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Digitalisierung und digitale Vernetzung prägen immer stärker unseren Alltag. Ca. 60 % der Arbeitsplätze in Deutschland können schon heute durch die Digitalisierung ersetzt werden. Neue Technologien und Geschäftsmodelle (Uber, RnB, usw.) verändern unsere Gesellschaft grundlegend. Diese Veränderungen benötigen neue gesellschaftliche Regeln z.B. für soziale Sicherung, fairen Wettbewerb oder Datenschutz.

Unterstützer*innen

Andreas Kröhling; Rolf Gerding

17 Recht auf "Verschieden sein" - ich muss nicht bereichern

Antragsteller*in: Stefan Müller

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Provokanter Titel, dahinter eine einfache Wahrheit: ob LGBTTI*, Behinderung oder Migrationshintergrund: Jeder Mensch hat ein Recht auf "So-Sein". Niemand erkaufte sich dieses Recht durch Mehrwert für die Gesellschaft. Ziel der Diskussion soll sein, das Wording ehrlicher zu machen: "Vielfalt" impliziert Bereicherung.

Begründung

Sprechen wir von "Vielfalt", sollten wir davon sprechen, dass verschiedene konstituierende Eigenschaften von Menschen ein Gemeinwesen durch unterschiedlichste Mechanismen bereichern. Sprechen wir von "Recht auf So-Sein", sollten wir davon sprechen, dass jeder Mensch ein Recht auf die eigene Identität hat, unabhängig von einem etwaigen Mehrwert und wo eventuell dieses Recht eingegrenzt wird. Mit dieser Diskussion positionieren wir uns explizit als Bürgerrechtspartei, als die die Grünen einmal angetreten sind.

18 Potentiale aller Generationen nutzen

Antragsteller*in: Nicola Röhrich

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Eine Studie des Generali Zukunftsfonds heißt: Der Ältesten Rat. Hier zeigen 100 jährige, dass wir von ihren Erfahrungen profitieren können. Und auch die jüngeren Alten sind fit in der Birne und im Herzen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben den unverbauten Blick und die Fähigkeit für quer gedachte Visionen. Wir, die mittlere Generation stehen in den Belastungen und Anforderungen der Leistungsgesellschaft und können uns durch die Potentiale der Alten und der Jungen bereichern lassen.

19 Demokratischer wählen

Antragsteller*in: Thorsten Sterk

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Bei vielen Wahlen ist ein sinkende Beteiligung zu beklagen. Parteien und Politiker haben bei vielen Menschen ein schlechtes Ansehen. Das hat auch viel mit dem Wahlrecht zu tun. Setzen wir uns als Grüne für mehr Demokratie beim Wählen ein, um wieder mehr Menschen für Wahlen und Partei-Engagement zu begeistern!

I10 Schönes NRW - wohin geht die GRÜNE Reise ?

Antragsteller*in: Martina Köster-Flashar

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

NRW hat touristisch viel zu bieten und wird als Reiseland auch von den eigenen Bürger*innen immer mehr geschätzt. Das Politikfeld NRW Tourismus ist also positiv besetzt. Gleichzeitig ergibt sich die Frage, wie wir GRÜNEN dazu stehen. Wie tragen wir GRÜNE touristische Impulse in andere Felder wie z.B. Ökologie, Mobilität, Kultur, Digitales, Wirtschaft, Bildung, Landwirtschaft, etc. ? Welche Chancen sehen wir und welche Ideen haben wir zu dem GRÜNEN Reiseland NRW ?

I11 Kommunalen Entschuldungsfonds NRW

Antragsteller*in: Niklas Graf

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Zukünftige außerplanmäßige Steuermehreinnahmen der ansteig. und anhaltenden Bemühungen unserer Regierungskoalition und des Finanzministeriums in der laufenden Legislatur und darüber hinaus sollen anteilmäßig in einen separaten und neu einzurichtenden Fonds fließen. In der Folgezeit sollen feste und variable Budgets im Landeshaushalt eingestellt werden. Die Idee ist einen starken und neuen Anreiz für einen soliden, ausgeglichenen und nachhaltigen Gemeinde-, Stadt- oder Kreishaushalt zu setzen.

Begründung

In Quartals- oder Halbjahresabständen sollen je nach Möglichkeit und Finanzrahmens des KE-NRW die "besten kommunalen Performer", welche nach objektiven Kriterien öffentlich, nach Selbsteinreichnung, ermittelt werden, außerplanmäßig entschuldet werden. Es ist zu prüfen ob und in welcher Form es die rechtliche Rahmensetzung erlaubt einzelne ausgewählte Gebietskörperschaften direkt oder indirekt bei Schuldtilgungen zu unterstützen. Ziel wäre die jeweilig komplette Entschuldung gekoppelt an zu eruiierenden Landesvorgaben und Haushaltsversprechen der Nehmerkommune. Die periodische Auswahl würde eine stufenweise Entschuldung der Kommunen in unserem Bundesland ermöglichen.

I12 Eine massive Holzbau-Kampagne

Antragsteller*in: Dietmar Spiegel

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

All you need are woods - regional, in allen Ländern und auf allen Kontinenten! Nicht nur als Wasserspeicher, Luftfilter und Sauerstoff-Produzenten. Holz und Holzbau bindet CO₂ (CCS), braucht wenig "Graue Energie", erzeugt keinen Müll und ersetzt das Bauen mit nicht erneuerbare Ressourcen. Wenn die fossilen und mineralischen Ressourcen kontinental und global erschöpft sind, bleiben doch Sonne und Wind, Regenwasser, Stoff-Recycling und Wald und Holz. Deshalb schon heute: Holz überall!

I13 Von der Honigbiene über die Landwirtschaft zum Klimaschutz

Antragsteller*in: Monika Ludwig

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Imkern ist hipp! Wir Imker erleben seit einigen Jahren einen enormen Zulauf. Ökologisch orientierte Menschen, oft junge, etablierte Familien möchten die Imkerei erlernen. Urbanes Imkern ist das Stichwort.

Begründung

Als GRÜNE Imkerin und Beraterin für Bienenweide des Westf. Lipp. Landesverbandes der Imker, schlage ich mit Hilfe unserer halbdomestisierten Honigbiene einen Bogen von der Notwendigkeit des Erhalts der Artenvielfalt, über die Landwirtschaft mit ihren uns bekannten Problemen, hin zum Klimaschutz, Hochwasserschutz, Bodenschutz und erneuerbare Energie. Lösungsansätze die wir GRÜNE seit langer Zeit anbieten und hier in NRW teilweise auch schon durchgesetzt haben, können auf diesem Wege sehr gut veranschaulicht werden.

I14 Gerechtes Wachstum für alle durch soziale Infrastruktur

Antragsteller*in: Tobias Zimmermann

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Ich schlage vor, durch neue Investitionen in unsere soziale Infrastruktur (Bibliotheken, Freibäder, Jugendzentren usw.) Wachstum zu schaffen. Denn soziale Infrastruktur bedeutet gesellschaftlichen Mehrwert. Sie ist ressourcenschonender als individueller Konsum. Sie schafft Arbeitsplätze und schont die Ressourcen derjenigen, bei denen sie am knappsten sind. Ein solches Wachstum ist gerecht, denn es kommt allen zugute und wird von allen gemeinsam getragen.

I15 Bürgerrechte statt Duldung !!!

Antragsteller*in: Melih Keser

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Über die Situation von Kinder und Jugendliche, die mit einem ungeklärten Aufenthaltsstatus in NRW leben und von Langzeit - bzw. Kettenduldungen betroffen sind, wurde in den vergangenen Monaten diskutiert und in unterschiedlichen Jugendbeteiligungsformaten thematisiert. Unserer Erfahrung nach müssen betroffene Kinder und Jugendlichen bei der Artikulation ihrer Interessen und der Entwicklung von Problemlösungsansätzen unterstützt und ihnen Bürgerrechte eingeräumt werden.

Unterstützer*innen

Ahmad Omeirat

I16 Trennung Staat/Kirchen vollenden

Antragsteller*in: Diana Siebert

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Trennung Staat/Kirchen vollenden. Dazu NRW-Staatsleistungen aufheben, bei NRW-Vergaben gleiches Arbeitsrecht für alle einfordern, Religionsunterricht einschränken u.v.a.m.

Begründung

Die Idee ist, die bestehende hinkende Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften durch eine tatsächliche Neutralität zu ersetzen, indem NRW Religionsgemeinschaften und Religionen weder fördert noch bekämpft. Wir wollen ein NRW, in dem es keine Staatsleistungen an Kirchen (ohne Gegenleistung) mehr gibt, in der es keine staatliche Bekenntnisschulen und keine Kirchenaustrittsgebühr gibt, in der letztlich Sonderrechte für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften Vergangenheit sind. Die Idee ist, dass wir uns daher im Wahlprogramm gegen jede Kulturalisierung von Konfliktlinien aus.

I17 Ziffernoten in Frage stellen

Antragsteller*in: Tim Achtermeyer

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Ziffernoten sind kein Allheilmittel. Wir sollten auch weiter daran festhalten, sie in Frage zu stellen und dort abschaffen wo sie durch Auslese Bildungspotentiale durchs Raster fallen lassen.

I18 Bildung für nachhaltige Entwicklung: Zukunftsbildung für NRW.

Antragsteller*in: Patrick Brehm

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Nachhaltigkeit ist das Grüne "Herzensthema". Wer ein Herz für die Zukunft hat, hat eines für die Menschen. Bei uns wird Bildung groß geschrieben. Setzen wir auf Zukunftsbildung!

Begründung

Niemand weiß, wie die Welt morgen aussehen wird. Doch ist klar: Sie muss nachhaltig sein. Wir wollen Menschen für eine Welt begeistern, in der wir bewusst konsumieren, in der wir gelernt haben zu teilen, inklusiv, partizipativ und fair intelligente Produkte zu designen, Natur und Gesundheit zu schonen.

Dafür brauchen alle Menschen heute Zukunftskompetenzen. BnE ist die Zukunftsbildung für NRW.

I19 Das Schulfach Sport zur Gesundheitserziehung erweitern

Antragsteller*in: Jürgen Wächter

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Das Schulfach Sport soll in den Lehrplänen um eine Zeitstunde pro Woche erweitert werden, in der die Schüler und Schülerinnen Kenntnisse über den Erhalt ihrer Gesundheit vermittelt bekommen, etwa: Gesunde Lebensweise, gesunde Lebensmittel, Stressvorbeugung, Vorbeugung von Essstörungen, Erste-Hilfe-Kurs, Verhalten im Katastrophenfall, Drogengefahren etc.

Begründung

Zahlreiche Erkrankungen entstehen aus ungesundem Lebensstil. Es macht daher Sinn, Schülerinnen und Schülern darüber Informationen zu vermitteln. Dies führt nicht nur zu steigender Gesundheit und Wohlbefinden, sondern entlastet zugleich das Gesundheitssystem.

I20 NRW- Barrierefreiheit für alle

Antragsteller*in: behindertengerechtes Deutschland

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

NRW als Vorreiter für ein barrierefreies Deutschland

Begründung

Rechtlich betrachtet ist Barrierefreiheit ein Menschenrecht. Das erklärt die UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland 2009 unterzeichnet hat, unmissverständlich.

I21 Ethik als ordentliches Lehrfach an allen Schulen

Antragsteller*in: Jürgen Wächter

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Der Art. 14 Abs. 1 der Landesverfassung ("Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach an allen Schulen.") soll geändert werden in: "Das Fach Ethik ist ordentliches Lehrfach an allen Schulen".

Begründung

Die derzeitige Beschränkung auf Religionsunterricht diskriminiert die Atheisten. Ziel muss es sein, allen Kindern die Regeln von Moral und Ethik beizubringen, unabhängig von ihrer Glaubensrichtung. Religion sollte als Privatsache betrachtet werden, aus der sich der Staat herauszuhalten hat (Prinzip "Trennung von Kirche und Staat"). An Bekenntnisschulen kann es selbstverständlich Religionsunterricht entweder zusätzlich oder in Kombination mit Ethik geben.

122 Das Thema Flüchtlinge neu denken!

Antragsteller*in: Reinhard Streibel (Vorstandsmitglied im OV Schwerte)

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Das Thema wird uns in der gegenwärtigen oder auch zukünftigen Formen noch lange beschäftigen - wobei Migr.forscher Prof. Bader nicht von Flüchtlingen sondern von Überlebens- und Wirtschaftswanderern spricht! Ich finde, eine sehr angenehme neue Wortwahl!

Ein weiterer Aspekt von mir: Einbeziehung des Themas Klimawanderer in die zukünftige Debatte und Aufnahme von Kontingenten in allen europ. Ländern.

Von den Grünen in NRW sollten hierzu Initiativen ausgehen und NRW-Perspektiven diskutiert werden.

Begründung

Der Westen ist maßgeblich verantwortlich für den Klimawandel in der Welt und damit auch für die verschlechterten bis unmöglich gewordenen Lebensbedingungen auf den afrikanischen Kontinent oder auf Inseln in der Südsee (wenn dort der Anstieg des Meeresspiegels die Inseln überspült. Flucht wird damit für viele Menschen unumgänglich, wenn nicht ganz schnell ganz viel passiert. Der Westen wird insofern über die Aufnahme von Kontingenten von Menschen genauso nachdenken müssen wie über rasche infrastrukturelle Maßnahmen zur Wiederherstellung von Landwirtschaft und ausreichendem Wasservorkommen, Bewässerung und Kanalisation.

123neu Religiöse- und weltanschauliche Vielfalt stärken, Religionsfeindlichkeit bekämpfen.

Antragsteller*in: Stephan Orth (KV Münster, LAG Christ*innen)

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Religions- & Weltanschauungsgemeinschaften bieten vielen Menschen Halt & Identität – auch Geflüchteten. Ihre Vielfalt gilt es zu stärken. Neben vielen anderen Akteur*innen, verdienen auch Sie einen Platz in unserer Gesellschaft – nicht nur im Privaten. Grüne stehen für Differenzierung, Vielfalt & Toleranz. In Zeiten von PEGIDA & Co, heißt es: Klare Kante zeigen! Religionsfeindlichkeit, ob gegen den Islam o.a., hat hier keinen Platz! Die positive und negative Religionsfreiheit gilt es zu schützen!

Begründung

Seit Monaten wird im Netz, auf der Straße & am Stammtisch gegen alles gehetzt, was nicht ins Weltbild einer intoleranten, rassistischen Minderheit passt. Dabei macht die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit weder Halt bei LGBT-Personen, Religionsanhänger*innen, Politiker*innen, noch bei Geflüchteten. Der Anstieg rechtsmotivierter Gewalt spricht für sich... In dieser Stimmung, die sich u.a. in Demos gegen die angebliche "Islamisierung des Abendlandes" äußert, sollten wir auch gegen religionsfeindliche Tendenzen Rückgrat beweisen. Eine Gesellschaft ist nicht tolerant & vielfältig, wenn Religionen & Weltanschauungen pauschal als rückständig abgestempelt und ins Private verbannt werden, sondern wenn Sie einen Platz in unserer Gesellschaft finden.

124 Lehrerfortbildungen finanziell fördern

Antragsteller*in: Nils Beckmann

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Erhöhung des Fortbildungsbudgets an Schulen um mehr und nachhaltigere Fortbildungen für die Kolleg_innen zu ermöglichen. Und so Schule auch für die Lehrer_innen zu einem Ort des Lernens und der persönlichen Weiterentwicklung zu machen.

Begründung

Schulen haben ein sehr beschränktes Budget, um ihr Kollegium auf die Herausforderungen des Schulalltages vorzubereiten. Methodenvielfalt, Inklusion, interkultureller Unterricht... viele neue Herausforderungen und häufig nur einen Tag im Jahr - das ist ein Missverhältnis, das es zu beseitigen gilt. Also: mehr Budget für Schulen und Ihre Fortbildung. Denn die Schulen wissen, wo bei ihnen gerade der Schuh drückt.

I25 Beitragsfreiheit für Kitas

Antragsteller*in: Thomas Wagenbach

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Das Land NRW "spendiert" bislang ein beitragsfreies Kitajahr. Einige Kommunen finanzieren bereits weitere beitragsfreie Jahre. Sie können sich dies aufgrund der angespannten kommunalen Haushalte aber immer weniger leisten. Lasst und daher dafür streiten, dass das Land - ähnlich wie bei den Schulen - kurz- bis mittelfristig die Finanzierung der Kitas übernimmt.

Begründung

Kitas sind ein wichtiger Lernort für unsere Kinder. Gerade in den ersten Lebensjahren sind Kinder hungrig auf Wissen. Hier wird ihr Sozialverhalten wesentlich geprägt. Für einige Kinder sind sie leider der einzige Ort, an dem sie Zugang zu Bildung haben. Hierfür Beiträge zu verlangen kommt einem Schulgeld gleich und birgt die Gefahr, dass einige Kinder diesem Bildungsort fernbleiben.

I26neu Ackerrandbepflanzung fördern

Antragsteller*in: Karin Fetzer

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Subventionen an die Bauern für die Bepflanzung der Ackerränder.

Begründung

Wir beobachten seit Jahren ein kontinuierliches Insektensterben, was dazu führt, dass Nahrung für Singvögel immer mehr reduziert wird. Ich lebe in einer ländlichen Gegend, die Ackerränder hier werden bis zum letzten Zentimeter von den Bauern bewirtschaftet, keine Kräuter, Gräser oder Wildblumen können hier wachsen. Es muß einen Kompromiß geben zwischen Landwirtschaft und Naturschutz!

I27 Das Land der Gründer -Start-Ups fördern

Antragsteller*in: Nils Beckmann

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Die Gründung von Unternehmen fördern und die Hürden in die Selbstständigkeit abbauen. Finanzielle Förderung etablieren, bürokratische Hürden abbauen, neue Ideen fördern

Begründung

Wirtschaftliche Stabilität und Wachstum sind vor allem von Innovationen abhängig. Ein fortschrittliches Land baut auf solchen Ideen auf. Daher: flächendeckende Förderung für junge Unternehmer_innen!

I28 Kombinierte Zulassung im Lehramtstudium

Antragsteller*in: Marius Kühne (LAG Hochschule)
Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Viele Lehramtsstudierende sind unsicher, ob sie nach dem Bachelor-Abschluss einen weiterführenden Masterplatz an ihrer Hochschule erhalten oder nicht. Ohne den Master of Education ist eine Tätigkeit als Lehrer*in jedoch nicht möglich. Deshalb sollte den Studierenden bereits mit der Zulassung zum Bachelor garantiert werden, auch an der eigenen Hochschule einen Masterplatz mit der gleichen Fächerkombination zu bekommen.

Begründung

Das Lehramtsstudium eignet sich besonders gut, um die kombinierte Zulassung zu erproben und so den Studierenden zusätzliche Sicherheit für ihren Studienverlauf zu bieten. Langfristig sollte dieses Modell auf weitere Studiengänge mit einer ähnlichen Problematik (z.B. Psychologie) ausgeweitet werden.

129 Soziale Selektion in Uni-Städten verhindern - Studierendenwerke fördern

Antragsteller*in: Marius Kühne

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die hohen Lebenshaltungskosten in einigen Universitätsstädten werden immer mehr zum sozialen Selektionsfaktor. Einen Ausgleich können die Studierendenwerke leisten, in dem sie bezahlbaren Wohnraum bereit stellen, in der Mensa ein Mittagessen zum kleinen Preis anbieten und BAföG-Anträge möglichst schnell bearbeiten. Dafür braucht es eine stärkere Finanzierung der Studierendenwerke durch das Land!

Begründung

Hochschulen sollen allen Menschen offen stehen, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Die notwendigen sozialpolitische Maßnahmen in den Universitätsstädten werden vor allem durch die Studierendenwerke geleistet. Diese finanzieren sich zu einem großen Anteil aus den Sozialbeiträgen der Studierenden, während die Landesförderung stagniert oder sinkt. Dieser Tendenz sollten wir entgegenwirken!

I30 Eine transparentere und offenere Aufklärung an Schulen, zum Thema: "Marihuana, Alkohol und Tabak bei Jugendlichen"

Antragsteller*in: Niklas Geßner

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Viele Jugendliche kennen die Gefahren des Schwarzmarktes (gerade bei Marihuana) nicht, auf die Frage "Was ist Streckung?", wissen die meisten Jugendliche keine Antwort.

Im Lehrplan (Biologie) für die 9te und 10te Jahrgangsstufe, sollte ein offener und transparenter Unterricht vorgesehen werden.

Der Lehrer sollte mit den Jugendlichen offen z.B. über ihren Konsumverhalten reden.

"Was findet ihr so toll an Alkohol?" "Wie oft kiffst ihr?"

Dadurch könnte man mit Jugendlichen zielbringender sprechen!

Begründung

Jugendlichen sind die einfachen Gefahren von den Alltagsdrogen bewusst, trotzdem laufen z.B. zu Karneval jedes Jahr mehrere Jugendliche betrunken durch die Gegend.

Ein weiteres Problem sind die Gefahren des Schwarzmarktes (besonders bei Marihuana), hin und wieder gibt es Jugendliche die durch gestrecktes "Gras" an härtere Drogen kommen und auch süchtig nach Drogen werden.

Schon seit längerem gibt es den Trend zu rauchen, um cool zu sein. Auch dies ist ein Grund, warum immer mehr unter 18-Jährige anfangen Zigaretten zu rauchen.

I31 NKF nutzen

Antragsteller*in: Bald, Michael (Kassierer OV Kreuztal)
Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Seit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagments bilanzieren Kommunen ähnlich wie Unternehmen. Anlageinvestition werden in der Bilanz aktiviert und jährlich abgeschrieben. Ökologische Investitionen rechnen sich daher eher als vor dem "NKF". Hier können sich Ökonomie und Ökologie hervorragend ergänzen. Also Investitionen in den kommunalen Umweltschutz prüfen.

132 Interkommunale Zusammenarbeit

Antragsteller*in: Bald, Michael (Kassierer OV Kreuztal)

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Kommunen sollten mehr zusammenarbeiten um langfristig (auch sozialverträglich) Kosten zu sparen und dadurch effizienter verwalten zu können. Es sollten landesweit finanzielle Anreize geschaffen werden, evtl. durch einen Wettbewerb.

133 Verbot von weiteren Großmastanlagen

Antragsteller*in: Karin Fetzer

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Eine Beschränkung der Tierhaltung auf mittelständische bäuerliche Strukturen liegt im Interesse der allermeisten Landwirte, weil dadurch die überschuss-produzierende Konkurrenz der Agrarindustrie ausgeschaltet und durch die Mengenreduzierung viel Spielraum für faire Erzeugerpreise geschaffen wird. Auch eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung wird dadurch gesichert.

Begründung

NRW hat bundesweit die meisten Großmastbetriebe. Diese unwürdige Art der Nutztierhaltung widerspricht dem Tierschutzgedanken und schwächt regionale Vermarktungsstrukturen. Kleine Landwirtschaftsbetriebe können nicht mehr mithalten und sind gezwungen, aufzugeben.

134 Pflicht von Auffanganlagen an Güllelagerstätten

Antragsteller*in: Jürgen Wächter

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Es sollte eine landesgesetzliche Pflicht eingeführt werden, Güllelagerstätten so mit baulichen Auffanganlagen zu versehen, dass bei Unfällen die Gülle nicht in die Gewässer oder den Boden gelangen kann.

Begründung

In den letzten Monaten ist es immer wieder zu Unfällen an Güllespeichern gekommen, sowohl bei herkömmlichen Behältern als auch von Biogasanlagen. Die Folge waren oft erhebliche Verunreinigungen von Fließgewässern, Boden und Grundwasser. Besonders in Fließgewässern kann es dadurch zu einer erheblichen Vernichtung der Fische und sonstigen Lebewesen kommen. Einträge in den Boden gefährden die Trinkwasserversorgung sowie das Wasser der natürlichen Quellen. Sanierungskosten können sehr hoch sein.

Solche Unfälle können durch Auffanganlagen um solche Behälter hinsichtlich der Folgeschäden minimiert werden. Es reicht oft ein einfacher Erdwall sowie eine Folie zwischen Auffangwall und dem Behälter, so dass sich die Kosten dafür in Grenzen halten.

135 Transparenz der Öffentlichen Haushalte

Antragsteller*in: Udo Goldstein (LAG Finanzen)

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Da die öffentlichen Haushalte sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite nicht durch den Finanzminister beeinflussbare Größen enthalten, ist es dringend erforderlich die Transparenz sowohl für die interne Steuerung der einzelnen Ministerien wie aber auch ggü. der interessierten Öffentlich massiv zu erhöhen. Jede Einzelne Produktgruppe ist darauf zu untersuchen, welche Einflussfaktoren zum endgültigen Budget führen

Begründung

Fixkosten der Ministerien u.a.

o Personalkosten einschl. Pensionsrückstellungen

o Sachkosten

o Abschreibungen

o Zinskosten

- Allgemeine Steuereinnahmen- und Ausgaben die nicht direkt vom Land beeinflussbar sind
- Subventionen

Ziel muss es sein, dass am Ende des Prozesses klar und stringent ersichtlich wird, wieviel Haushaltsmittel, und das ist der entscheidende Punkt, tatsächlich zur freien und damit zur disponiblen politischen weiteren Verwendung zur Verfügung stehen. Ganz wichtig, diese Erkenntnis muss in die Öffentlichkeit transportiert werden, mit der Botschaft, dass nur diese „freien“ Haushaltsmittel zur politischen Weiterentwicklung des Landes genutzt werden können!

136 Verbot des Ausstellens von fröhlichen/grinsenden Tierbildern und Symbolen

Antragsteller*in: Özgür Bozkurt

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Es darf nicht sein, dass man immer noch Bilder von grinsenden Tieren vor einer Metzgerei sieht. Gewerbetreibenden muss es untersagt werden.

Begründung

Im Grunde genommen handelt es sich hierbei um irreführende Werbung. Dies verleitet insbesondere Kinder zu der Annahme, dass es den Tieren gut geht.

137 Regionale Weiterbildungsberatung

Antragsteller*in: Andreas Disselnkötter (LAG Bildung, AG Weiterbildung)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wer heute in einer nach Möglichkeiten allgemeiner Weiterbildung sucht oder einen Schulabschluss nachholen möchte, sieht sich einer unübersichtlichen Angebotslandschaft gegenüber. Daher ist eine regionale, trägerunabhängige und öffentliche Weiterbildungsberatung erforderlich, wie sie im aktuellen Koalitionsvertrag angedacht ist und seit 2012 bei verschiedenen Weiterbildungskonferenzen von den Trägern der gemeinwohlorientierten Weiterbildung immer wieder eingefordert wird.

Begründung

Eine bedarfsgerechte Beratung gibt es bislang nur für den Bereich der beruflichen Weiterbildung. Für die Umsetzung dieser Idee können vorhandene Strukturen genutzt bzw. erweitert werden (regionale Bildungsnetzwerke, regionaler Träger, Kommune, etc).

138 Regelförderung der Schulabschlüsse des Zweiten Bildungswegs

Antragsteller*in: Andreas Disselnkötter (LAG Bildung, AG Weiterbildung)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die Volkshochschulen organisieren eigenständige, zentrale und von den Bezirksregierungen als gleichwertig anerkannte Prüfungsaufgaben für die Abschlüsse der SEK I. Die Finanzierung erfolgt durch die jährliche Bewilligung von Innovationsmitteln. Inzwischen bieten 82 Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung diese Prüfungen an. Daher sollte ihre Organisation als Regelförderung erfolgen.

Begründung

Die Organisation der Prüfungsaufgaben wird gegenwärtig mit jährlich 10.000 EUR gefördert. Diese Mittel könnten bei einer Regelförderung für Innovationen in der Weiterbildung zur Verfügung gestellt werden. Nach Auskunft des Landesverbandes der Volkshochschulen müsste der Betrag auf ca. 20.000 EUR aufgestockt werden, um die Kosten zu decken.

139 Schluss mit prekärer Beschäftigung in der Weiterbildung!

Antragsteller*in: Andreas Disselnkötter (LAG Bildung, AG Weiterbildung)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die Veränderungsprozesse in der Weiterbildungslandschaft – insbesondere Einsparungen im Haushalt – haben dazu geführt, dass im Bereich der gemeinwohlorientierten Weiterbildung die Lage als zunehmend prekär eingeschätzt werden muss. Es liegen verschiedene Konzepte vor (z. B. Weiterbildungslehrer*innen, Tarifvertrag, Mindestlohn), um prekären Beschäftigungsverhältnissen entgegenzuwirken.

Begründung

Das Ausmaß atypischer Beschäftigungsformen mit allen negativen Konsequenzen für die Beschäftigten, Teilnehmer*innen und für den gesamten Sektor der gemeinwohlorientierten Weiterbildung ist durch Studien vielfach belegt und öffentlich deutlich gemacht worden. Es droht die Gefahr, dass weiterbildungspolitische Ziele entlang der gesamten Bildungskette zukünftig kaum mehr erreicht werden können. Deshalb sollte diese Idee ins Zentrum der Programmdiskussion zur Weiterbildung rücken, um daraus gemeinsam einen praktikablen Vorschlag zu entwickeln.

I40 Ausbau des Bildungsangebots für zugewanderte Erwachsene

Antragsteller*in: Andreas Disselnkötter (LAG Bildung, AG Weiterbildung)

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Für die sprachliche und soziale Integration von Zugewanderten bieten Volkshochschulen und Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung landesweit professionelle Beratung, Begleitung und bedarfsgerechte Bildungsangebote. Um die Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von 160.000 unversorgten Menschen (Prognose für 2016) in den nächsten Jahren zu fördern, sind dauerhaft zusätzliche Lehrgänge und der schrittweise Ausbau der Infrastruktur erforderlich.

Begründung

Der zusätzliche Bedarf an Sprach- und Weiterbildungsangeboten (einschließlich Schulabschlüsse - Zweiter Bildungsweg) besteht in unterschiedlichen Altersgruppen: Junge Erwachsene, die nicht mehr der Berufsschulpflicht unterliegen, ältere Erwachsene, deren Schulabschluss oder Qualifikation nicht oder nur teilweise anerkannt wird. Erforderlich wird zudem die Qualifizierung von zusätzlichem Haupt-, neben- amtlichem Personal für die Flüchtlingsarbeit. Die zusätzlichen Mittel des Landes (z. B. ESF) und des Bundes reichen nicht aus. Die Grundversorgung von Zugewanderten wird eine Aufgabe der nächsten Jahre sein. Daher sollten der gemeinwohlorientierten Weiterbildung die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

I41 Sozialkompetenzförderung für alle Schülerinnen und Schüler

Antragsteller*in: Dorothee Kuckhoff

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Schüler*innen sollen im Rahmen eines in den Schulalltag integrierten Sozialkompetenztrainings sowohl in der Grundschule als auch in der weiterführenden Schule lernen, sich selbst in der Gruppe und in der Gesellschaft zu finden und zu beweisen. Durch das gestärkte Selbstbewusstsein des einzelnen Kindes steigen Leistungsbereitschaft und Frustrationstoleranz. Außerdem wird der Zusammenhalt der Klasse gefördert, was Mobbing und Schulverweigerungen entgegenwirkt.

Begründung

Schule darf nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung sein. Soziale Kompetenzen wie Team- und Konfliktfähigkeit und Durchhaltevermögen wirken sich auf das Wohlbefinden und schließlich auf die Leistungsfähigkeit von Schüler*innen aus. Individualförderung von Gymnasiast*innen auf der einen Seite und Nachmittage vor dem Computer bzw. dem Fernseher auf der anderen Seite bieten wenig Raum für soziale Erfahrungen. Umso schlimmer können schwierige Situationen in der Schule sein. Durch ein Training, in dem die Schüler*innen auf unterschiedliche Weise ihre eigenen Stärken und die des Teams erkennen und fördern, lernen sie mit Konflikten umzugehen. Außerdem wird ein Bewusstsein für die eigenen und die Bedürfnisse anderer Menschen entwickelt.

I42 Unsere Leitkultur ist die Verfassung!

Antragsteller*in: Eike

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Verfassungsschutz sollte neu, bzw. ganzheitlicher gedacht werden:

Unsere Verfassung sollte als zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft besser in Unterrichtsplänen integriert sein. Nicht als mögliches Themenfeld in einem abwählbaren Fach.

Es ließen sich mehrere politische Ansatzpunkte eines sinnvollen Verfassungsschutzes denken, aber ganz unten angefangen sollte unsere Verfassung besser in Bildung und Köpfe dieses Landes integriert werden.

Begründung

Wir sehen aktuell zum einen eine politische Debatte, die versucht unsere gemeinsamen ("deutschen") Werte zu formulieren, hauptsächlich um damit weitere Einwanderung abzulehnen. In diese Debatte sollten sich die GRÜNEN produktiv einbringen und deutlich machen, dass die Verfassung die wesentliche verbindende Komponente dieser Gesellschaft ist.

Zum anderen gibt es Bewegungen (teils extremistische), welche für sich proklamieren unsere Gesellschaft und unsere Werte zu verteidigen und stellen dabei eigentlich selbst eine wesentliche Gefahr für ebendiese dar, weil sie sich nicht im Rahmen des Grundgesetzes bewegen.

143 Schulen eine Zeit lang in Ruhe lassen, entlasten und staunen, was dann möglich wird!

Antragsteller*in: Stefan Kierek

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir, die Grünen, aber auch die anderen Parteien entwerfen immer neue Ideen, die in den Schulen umgesetzt werden sollen. Unsere Ideen sind gut, die anderen Parteien natürlich weniger, aber trotzdem:

1. In den nächsten 5 Jahren sollen keine neuen Reformen, Reförmchen oder sonstige Ideen umgesetzt werden.
2. Lehrer sollen 1-2 Stunden pro Woche entlastet werden.
3. Die Gehälter der Lehrer aller Schulformen sollten angeglichen werden.
4. Mehr Lehrer und kleinere Klassen sollten auch angestrebt werden.

Begründung

Lehrer sind motiviert, aber in den jetzigen Systemen und bei den ständigen Veränderungen und Unsicherheiten ist bei den meisten Lehrern nicht mehr möglich!

Falls diese 4 Punkte zumindest angestrebt werden, könnten viele Probleme gelöst werden!

144 Lehrerfortbildungen bitte nicht immer während der Schulzeit

Antragsteller*in: Stefan Kierek

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Fortbildungen für Lehrer sollten nur Nachmittags stattfinden. Es finden sich nur wenige Lehrer, die

1. von 7.30 Uhr bis 14.00 Uhr in der Schule,
2. von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr in der Fortbildung sind und
3. von 20.00 Uhr bis 22.00 Uhr den nächsten Schultag vorbereiten.

Das schreckt sehr viele Lehrer von einer sinnvollen Weiterbildung ab!

Begründung

Es ist verständlich, dass Fortbildungen für Lehrer überwiegend Nachmittags angeboten werden. Es darf schließlich kein Unterricht ausfallen! Aber!!!!!!!

Welcher Manager, Betriebswirt oder Verwaltungsangestellter würde nach seiner Arbeit noch zu einer Fortbildung fahren und dann am Abend noch am privaten Arbeitsplatz die Arbeit für den nächsten Tag vorbereiten? Keiner!!!!

Von Pädagogen wird dies erwartet! Es ist wirklich so, dass solche Tage extrem abschreckend sind und nur junge und extrem motivierte Lehrer dies schaffen.

Fortbildungen sollten verpflichtend nur Nachmittags statt finden!

I45 Landesweite Schulsoftware zur digitalen Abwicklung des Schulalltages für Schulleitung, Lehrer, Schüler und Eltern

Antragsteller*in: Stefan Kierek

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Alle Regelschulen in NRW sollten eine Software gestellt bekommen, mit der die Kommunikation aller Beteiligten verbessert werden kann. Damit verbunden sollte auch über ein digitales Klassenbuch und einer digitalen Notenverwaltung gedacht werden. So wäre gewährleistet, dass sich alle Lehrer mit den digitalen Medien auseinander setzen müssen!

Begründung

Alle reden davon, dass die Schulen eine gute informationstechnologische Ausstattung haben sollen. In der Regel ist es so, dass die Kommunen PC's + Zubehör kaufen und zur Verfügung stellen. Die Schule kann dann in Abhängigkeit der finanziellen Ausstattung und des Kenntnisstandes einiger Lehrer Software kaufen.

Es ist aber so, dass viele Lehrer sich sehr unsicher im Umgang PC's und den ständig veränderten Bedingungen im Internet fühlen.

Eine Kommunikation mit den Eltern findet nicht immer optimal statt und der häufig geforderte "digitale Wandel" in der Schule ebenfalls nicht.

Unter Berücksichtigung aller Bedenken der Datensicherheit sollte eine entsprechende "Schulsoftware" verpflichtend eingeführt werden.

I46 Verkaufsprogramm erneuerbarer Energien

Antragsteller*in: Thomas

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Die CDU sollte bei den Wahlen in Spendenform ein Kaufsystem bereit stellen. Der Staat sollte Aufträge für die verschiedenen Anbieter abwickeln, mit einer 1-jährigen Stromversorgung für erneuerbaren Energien, für einen festen Aufpreis im 2-stelligen Bereich. Nach Innovation, kann man ja vielleicht per persönlichen Werbebrief ein Kauf abwickeln und lose in den Briefkasten schmeissen.

Begründung

Die Instandhaltung und die Wende zu erneuerbaren Energien ist einzig allein das Problem von Stromkonzernen. Geographisch ist der deutsche Bürger der Verlierer, wenn er sich da rein kauft. Das ist nicht transparent für einen "Verbraucher". Das Problem zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in südlichen Ländern vergleiche ich mit der Nutzung von erneuerbarer Energie. Bewohner von Metropolen können Prestigegesehen sich auch mal ein gutes Gewissen kaufen.

147 Chancengerechtigkeit im Bildungswesen weiter vorantreiben

Antragsteller*in: Paul Humann (KV Gelsenkirchen)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir brauchen

- durchweg beitragsfreie Kitas
- kleinere Gruppen in den Kitas = mehr ErzieherInnen
- intensivere Familienbetreuung = mehr SozialarbeiterInnen
- die Ganztagschule als Regel = mehr LehrerInnen, Ausweitung der Schulgebäude

Und das alles kostet sehr viel Geld.

Begründung

Auch die neueste Pisa-Studie belegt: : Noch immer scheitern in Deutschland viel zu viele Jugendliche an den einfachsten, wirklich grundlegenden Aufgaben in Mathematik, im Lesen, in den Naturwissenschaften. Im Vergleich mit andern Ländern, z. B. den Niederlanden, scheitert das deutsche Bildungswesen nach wie vor an der Aufgabe, die Benachteiligung von Kindern aus „bildungsfernen“ Familien und Migrantenfamilien auszugleichen. Aktuell kommen noch die besonderen Herausforderungen durch den Zuzug von geflüchteten Kindern und Jugendlichen hinzu.

Der Ausgleich von herkunftsbedingten Benachteiligungen ist übrigens nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch einer zukunftsorientierten wirtschafts- und sozialpolitischen Vernunft.

I48 "Infrastrukturen des Wissens" modernisieren und ausbauen

Antragsteller*in: Kai Gehring MdB

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir wollen die "Infrastrukturen des Wissens" unseres NRW-Wissenschafts- und Forschungssystems modernisieren und ausbauen, um die Bauten und Ausstattung der NRW-Hochschulen allerorts auf die Höhe der Zeit zu bringen: von Hörsälen bis zu Bibliotheken, von den digitalen Infrastrukturen bis zur Studienplatzvergabe, von den Forschungsgeräten und Core Facilities bis zu den Wohnheimplätzen. Dabei müssen ökologische Aspekte, innovative Raumkonzepte und Barrierefreiheit eine maßgebliche Rolle spielen.

Begründung

Zu den Rahmenbedingungen erfolgreicher Wissenschaft gehört eine gute Forschungsinfrastruktur. Qualitativ hochwertige Lehre kann nicht in bröckelnden Gebäuden und mit Technik von vorgestern stattfinden. Zur grundlegenden Infrastruktur gehören Lehrsäle, Labore, Großgeräte, Bibliotheken, Rechenzentren, virtuelle Lern- und Forschungsumgebungen, bestmögliche Netzanbindung und Höchstleistungsrechner. Zusätzliche Mittel, die wir in den letzten Jahren bereitgestellt haben, sind ein guter Anfang - sie reichen aber nicht aus. Deshalb wollen wir sie aufstocken, um bundesweit und international mithalten zu können.

I49 Mit Forschen für den Wandel zum Pionierland für grüne Innovationen werden

Antragsteller*in: Kai Gehring MdB

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Wir wollen unser nordrhein-westfälisches Forschungssystem stärker auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen ausrichten. Wir brauchen mehr transformatives Wissen, Erfindergeist und Forschungsförderung für den sozial-ökologischen Wandel. Auf diese Weise wollen wir NRW zum Pionierland für grüne Innovationen entwickeln. Forschung, Entwicklung und Innovationen sollen zu mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit führen.

Begründung

Nur mit Kreativität und Erfindergeist wird es gelingen, grüner zu wirtschaften und zu leben. Wissenschaft und Forschung sind die wichtigsten Ressourcen für die ökologische und soziale Modernisierung unseres Landes. Wir brauchen Transformationsforschungszentren, um mehr Wissen für den Wandel zu generieren und in die Alltagspraxis zu tragen. Dazu gehören Wissenschaftsfreiheit, Hochschulautonomie, Interdisziplinarität, Verantwortung, Pluralismus und Partizipation, Perspektiven für Talente und Vielfalt in der Wissenschaft sowie ein neues ganzheitliches Innovationsverständnis, das Forschung und Wissenschaft in ihrer Bedeutung für die sozial-ökologische Modernisierung stärkt und neben technischem auch sozialen Fortschritt in den Blick nimmt.

150 Die Kommunen nicht im Stich lassen

Antragsteller*in: Paul Humann (KV Gelsenkirchen)

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Da die Kommunen kaum über eigene Einnahmen verfügen, sind sie das schwächste Glied im öffentlichen Finanzwesen. Folge: Infrastruktur, Sozialhaushalt und Kita/Schule sind gerade in den Kommunen, die es am nötigsten hätten, chronisch unterfinanziert.

Begründung

Schäubles Schwarze Null ist ein Taschenspielertrick, nur dadurch möglich, dass an anderer Stelle Schulden gemacht werden müssen. Viele Kommunen geraten in eine Abwärtsspirale aus Überschuldung - Heraufsetzung der Gewerbesteuer - Abwanderung von Firmen - höhere Arbeitslosenzahlen - höhere Sozialkosten...

I51 In Reallaboren gemeinsam Zukunft entwickeln

Antragsteller*in: Kai Gehring MdB

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir wollen neue innovative Wissenschaftsformate für mehr Partizipation, Transfer und Nachhaltigkeit etablieren, die auf große Herausforderungen kluge Antworten geben. Daher wollen wir Reallabore einführen, in denen Hochschulen, Kommunen sowie Akteur*innen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft zusammenkommen, um an ganz konkreten Lösungen vor Ort zu forschen.

Begründung

NRW trägt als Land des Wissens, wichtige Forschungs- und Innovationsregion sowie industrielles Kernland bei Zukunftsthemen eine besondere Verantwortung: Die Zukunftsfähigkeit des Landes hängt vom Entwickeln und Finden neuer technischer, ökologischer und sozialverträglicher Lösungen ab.

Reallabore wurden in BaWü erfolgreich etabliert und sind ein bundesweit vielbeachtetes transdisziplinäres Forschungsformat. Es kann auch in NRW einen wichtigen Beitrag leisten, um Partizipation der Zivilgesellschaft in der Forschung zu verbreitern, Transfer-Prozesse vor Ort und in der Breite anzustoßen und Wissenschaft mitzunehmen auf den Weg zu einer nachhaltigeren Gesellschaft.

152 Übergangsmanagement zwischen den allgemeinen Schulen und der Schule für Kranke

Antragsteller*in: Andreas Disselnkötter (LAG Bildung, AG Weiterbildung)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Chronisch (somatisch und psychisch) erkrankte Schülerinnen und Schüler brauchen mehr individuelle und systemische Unterstützung, damit ihre Teilhabe am Unterricht der allgemeinen Schulen dauerhaft gelingen kann.

Begründung

Das Übergangsmanagements zwischen den allgemeinen Schulen und der Schule für Kranke soll verbessert werden: a) Prä- und poststationäre Beschulung: Die Schulverwaltung klärt den Genehmigungsweg und die Mittelzuweisung für den „Hausunterricht an der Schule für Kranke“; b) ein festes Stundenkontingent in der SfKr für die Begleitung erkrankter SuS an ihre Heimatschule bei „Belastungserprobungen“ - zur Wiedereingliederung und Beratung der Lehrkräfte; c) ein Fortbildungsangebot für Lehrkräfte zu Erkrankungsbildern (Lehrgang in ca. 12 Modulen - Pädagogik bei Krankheit, um die Lehrkräfte der allgemeinen Schulen zum professionellen Handeln mit erkrankten SuS zu befähigen).

153 Abschaffung der Konfessionsgrundschulen

Antragsteller*in: Brigittam

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Auslaufen der kirchlichen Grundschulen und alleiniges Bestehen der Gemeinschaftsgrundschulen.

Die Kommunen bzw. das Land zahlen 100 % der anfallenden Kosten (Immobilie, Nebenkosten, Personalkosten), aber die Kirchen bestimmen über die Einstellung des Lehrpersonals und die Aufnahme der Schüler*innen.

Begründung

So wird mithilfe von öffentlichen Geldern eine Selektion gefördert, die einer gerechten sozial und lokal ausgewogenen Zusammensetzung der Schülerschaft zuwiderläuft. Da die Nachfrage von sog. Bildungsbürgern nach einer konfessionsgebundenen Schule aus nicht immer religiösen Gründen wächst, ist es durchaus möglich, dass zugunsten einer Bekenntnisgrundschule eine weniger stark nachgefragte Gemeinschaftsgrundschule im Stadtteil schließt. Somit wird z. B. muslimischen Kindern ein längerer Schulweg zugemutet.

Außerdem gibt es nur noch in zwei Bundesländern Bekenntnisgrundschulen

154 Von der Bürgerkommune zum Bürgerland

Antragsteller*in: Niklas Graf (LAG Demokratie und Recht)

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Einführung einer zentralen, landesweiten, parteineutralen Anlaufstelle via Online-Plattform, Email-Einreichung & Postanschrift zur anonymen oder freiwillig-offenen Aufnahme von Anregungen, Problemartikulationen und Fragestellungen von Einzelpersonen und/oder Gruppen/Verbänden/Organisationen/NGOs in NRW mit öffentlicher Listung der eingegangenen Vorschläge.

Garantie der Behandlung von inhaltlichen Einbringungen & Bündelung von Beteiligungsverfahren auf Landesebene durch Bürgerbeauftragte.

Begründung

Dem fortschreitendem Prozess von Politik- und Staatsverdrossenheit und der Abkehr von Parteien begegnend könnte mittel- & langfristig eine neutrale, rein staatliche, Stelle als vermittelnde Institution fungieren, um direkten Policy-Input für das Agenda-Setting aus parteifernen Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.

Die Auswertung und Priorisierung von gemeldeten Problem- und potentiellen Politikgehalten läge weiterhin in den Händen der Landespolitik. Sich wiederholende oder unterstützte Meldungen könnten allerdings entscheidende Hinweise auf Problemfelder bieten, welche ansonsten im Policy-Stream der vorherrschenden Politik- und Medienlandschaft weniger Beachtung finden würden.

Ein alternatives Instrument direkter Demokratie mit NRW als Vorreiter.

155 Pendler*innen vom Auto zum ÖPNV bringen

Antragsteller*in: Thomas Zimmermann

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Zur Bewältigung der Verkehrs- und Umweltprobleme des täglichen Pendlerstroms ist eine massive Förderung des ÖPNVs zusammen mit flexiblen Mobilitätskonzepten (Rad, Carsharing, ...) erforderlich.

Anreize für Autofahrer*innen schaffen, auf die neue Form der Mobilität umzusteigen. Anreize für Firmen schaffen, unkompliziert und mit Unterstützung vom Land, Sammeltransporte für ihre Mitarbeiter*innen einzusetzen (Stichwort "Google-Bus").

Begründung

Der tägliche Pendlerstrom wird in Zukunft wohl weiter anwachsen. Immer mehr Staus und Umweltverschmutzung sind vorprogrammiert. Einfach noch mehr Straßen sind nicht die Lösung. Auch mit intelligenten Stauassistenten (sowieso nur in teuren Karossen) oder selbstfahrenden Autos wird nur an den Symptomen herumgedoktert.

Das gemeinsame Fahren darf nicht weiter das Image haben, dass es nur für Menschen ist, die sich kein eigenes Auto leisten können! Kampagnen und Anreize (Probetickets, ...) sollten möglichst viele Pendler zum Nachdenken und Umsteigen ermuntern. Es muss einfach uncool werden, im eigenen Auto allein im Stau zu stehen. Anstatt mit anderen beim gemeinsamen Fahren Spaß zu haben.

ÖPNV braucht einen neuen hippen Namen!!

156 Schon viel weiter als gedacht - der Umbau der Industriegesellschaft

Antragsteller*in: Birgit Müller

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Klimaschutz und Ressourceneffizienz sind längst Treiber der allermeisten Innovationen, denn sie sind in der Regel auch kosteneffizient. Ökonomische und ökologische Interessen verbinden sich nicht nur bei den erneuerbaren Energien, sondern in allen Branchen vom Handwerk bis zur Industrie - und viel öfter, als wir Grüne selbst oder die Öffentlichkeit wahrnehmen. Stehen wir also zu unseren Erfolgen und tun nicht immer so, als müssten wir mit dem ökologischen Umbau erst anfangen.

Begründung

Dieser Antrag versteht sich vor allem Hinweis auf die Erzählung dieses Programnteils. Ja, es gibt Gegenbeispiele und ja, es gibt den Rebound-Effekt, aber in der Mehrzahl sind die Unternehmen aus Kostengründen auf dem ökologischen Weg. Daran haben wir seit über 30 Jahren einen Anteil, den sollten wir uns selbst nicht kleinreden - gerade weil wir in NRW einen so großen Anteil klassischer Industrien haben, die umgebaut werden müssen und nicht abgebaut.

157 Mit Landesnahverkehrsgesellschaft und NRW-Tarif fahren wir besser

Antragsteller*in: Jörn Eichhorn

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich für die Schaffung einer Landesnahverkehrsgesellschaft Nordrhein-Westfalen einsetzen. Diese soll zukünftig den Schienenpersonennahverkehr in NRW organisieren und verwalten. Sie wird die Voraussetzungen für den NRW-Tarif schaffen und diesen in der nächsten Legislaturperiode einführen.

Begründung

Ticketabos über Verbundgrenzen hinweg kosten je nach Wohnort unterschiedlich. Die gleiche Strecke mit der gleichen Entfernung! Was wie ein Scherz anmutet, ist ein Symptom von vielen weiteren dafür, wie der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Nordrhein-Westfalen organisiert ist. Wir bezahlen drei Verkehrsverbände, damit diese in acht Verkehrsverbünden Leistungen erstellen lassen. Willkürlich gezogene Tarifgrenzen oder der eigene Wohnort erschweren die Nutzung des SPNV. Nur eine Landesnahverkehrsgesellschaft wird die Lage verbessern. Nur sie kann einen für alle Bürger*innen fair kalkulierten und leicht durchschaubaren NRW-Landestarif einführen, eine große Verbesserung und Ausdruck Grüner Ermöglichungskultur. Das sollte unser Ziel sein.

158 Beteiligungsbeauftragte/n für NRW ab 2017

Antragsteller*in: Susanne Ott

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Ziel:

Möglichkeiten der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in NRW + den Kommunen stärken und immer mehr ermöglichen. Verfahren der Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen ausbauen in das Verwaltungshandeln integrieren und dafür landesweit sensibilisieren. Besonders auch in den Vierteln und Quartieren mehr Angebote vor Ort für lebendige, direkte bzw. mehr Demokratie und lebensnahe Beteiligung entwickeln und aktivieren.

Begründung

Bürgerinnen und Bürger möchten gehört + beteiligt werden. Politik + Verwaltung haben deshalb die Zukunftsaufgabe ernst gemeinte Bürgerbeteiligung methodisch zu entwickeln und möglichst früh Beteiligungs- und Diskussionsangebote vorzuschlagen, lange bevor Politik + Verwaltung sich festlegen. Durch z.B. Beteiligungsportale, Runde Tische, Stadt- und Bezirkskonferenzen, Bürgerfragestunden, mehr Fachgremien für Anregung/Ideen im Dialog mit Bürgern, Politik und Verwaltung, Einschätzungen von Bürgerinnen und Bürgern ermitteln um vorherige Meinungsbilder zu erhalten usw. - als "GRÜNE" Pionier*in auf diesem Gebiet kann u.a. die Landesregierung Baden-Württemberg mit Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, beispielhaft genannt werden.

159 Migrantische Ökonomie- Kultureller Vielfalt als wirtschaftlicher Erfolgsfaktor

Antragsteller*in: Birgit Beisheim

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Menschen mit Migrationsgeschichte prägen seit vielen Jahren das Wirtschaftsleben in NRW, doch sind ihre Existenzgründungen mit spezifischen Chancen und Hemmnissen verbunden: Finanzierungsprobleme, sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase, keine Entwicklungsstrategie, wenig Informationen über Förderprogramme und Schwierigkeiten mit Auflagen der Behörden und Verfahrensabläufen. Auf diese spezifischen Fragestellungen muss mit passenden Angeboten geantwortet werden.

Begründung

In NRW gehört jedes elfte Unternehmen einem Unternehmer/ einer Unternehmerin mit Migrationshintergrund. Nicht allein Klein- und Kleinstbetriebe, auch viele mittelständische Firmen und Großbetriebe gehören dazu. Durch das Hervorbringen neuer Angebote und durch die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen stellen Migrant*innen eine tragende Säule des Gründungsgeschehens in NRW und in Deutschland dar. Trotz dieser bereits heute bestehenden starken wirtschaftlichen Bedeutung sind die Potentiale dieser Gruppe der Selbständigen noch längst nicht ausgeschöpft. Es ist wichtig sie bei Gründungsprozessen zu unterstützen und ihren bisherigen wirtschaftlichen Beitrag zu betonen, gerade auch vor dem aktuellen Hintergrund der Zuwanderung.

160 Mit 'Zusatzstimme' ein 'Wahlrecht für alle' schaffen

Antragsteller*in: René H.R. Bongartz

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Mit einer qualifizierten Zusatzstimme das Wahlsystem für alle Einwohner*innen ("ab 0 Jahre") öffnen

Unter Beibehaltung des Wahlrechts ab 18 wird für alle (Gleichheitsgrundsatz!) die Möglichkeit geschaffen, durch Nachweis politischer Grundlagenkenntnisse bei der Wahl eine zusätzliche Stimme zu erhalten. Bislang Wahlberechtigte hätten damit mindestens eine, bei Nachweis von Grundlagenkenntnissen zwei Stimmen. Bislang Ausgeschlossene könnten mit der Zusatzstimme erstmals wahlberechtigt werden.

Begründung

Die Beteiligung an Wahlen sinkt teilweise dramatisch. Die eigene Wahlstimme besitzt aus Sicht großer Teile der bislang Wahlberechtigten - aus unterschiedlichen Gründen - keinen Wert mehr. Die Zusatzstimme soll eine höhere Qualität ("wissen worum es geht") bei Wahlen erwirken, bislang Desinteressierten einen Anreiz geben und bislang Ausgeschlossenen (Jugendliche, Ausländer*innen) erstmals Teilnahme an Wahlen ermöglichen.

Der Nachweis von Grundlagenkenntnissen könnte mit einem niederschweligen Test (Niveau Mofaführerschein) unter Aufsicht verbeamteter Politiklehrer*innen abgelegt werden. So würde ein "Bürokratiemonster" verhindert.

Als Inhalt des Wahlprogramms soll dieser Vorschlag konkretes Ziel für einen Diskussionsprozess darstellen.

I61 windkraftflächen für mögliche bürgerbeteiligung/kommunalflächen reservieren

Antragsteller*in: thomas jumpertz

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

in meiner region erkenne ich die tendenz alle möglichen windkraftanlagenstandorte durch großkonzerne zu belegen, wenn auch nur bedingt wirtschaftlich.

in einer dimension die per umweltimmissionsgesetz keine weiteren maßnahmen durch mögliche bürgerinitiativen oder kommunen mehr zulässt da grenzwerte voll ausgenutzt werden.

ich finde es wichtig hier flächen/kapazitäten vorzuhalten die einer "gemeinnützigkeit" und nicht ausschließlich kommerziellen interessen dienen.

Begründung

eine region die durch eingriffe in die natur "belastet" wird soll auch direkt an der wertschöpfung beteiligt werden.

i.d.r. fließen durch die großkonzerne selten steuern an die kommunen.

und

ich glaube diese maßnahme würde auch einen großteil des widerstandes gegen die erneuerbaren energien auflösen die wir dringend brauchen.

p.s. meine legasthenie ist kein ausdruck von respektlosigkeit.

I62 MRSA Untersuchung als Pflicht in Krankenhäusern

Antragsteller*in: Nathalie Konias

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

In den Krankenhäuser des Landes verpflichtend bei Aufnahme jedes Patienten auf MRSA Keime testen.

Begründung

Bis zu 15.000 Patienten sterben jedes Jahr in deutschen Krankenhäusern an multiresistenten Erregern. Krankenhäuser sollten in Zukunft alle Patienten bei der Aufnahme auf solche Keime testen. Bisher machen das manche Häuser freiwillig. MRSA kommt aber ein besonderer Stellenwert zu, weil man ihre Einschleppung in die Krankenhäuser relativ leicht verhindern kann. Vorbeugung bekommt hier also einen besonderen Stellenwert. (Ob das nun unter NRW Natürlich und ökologisch gehört, weiss ich nicht :)

163 2017 - 200 Jahre "Das Fahrrad" und NRW wird das Fahrradland - 100 Radschnellweg JETZT!

Antragsteller*in: Dominik Kegel (Kreisverband Düsseldorf)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

1817 fuhr der Forstbeamte Karl Drais auf seinem Veloziped (Schnellfuß), was auch später Draisine genannt wurde, durch Mannheim. 200 Jahre später wird weltweit erkannt, wie wichtig der Radverkehr für kurze und mittlere Entfernungen ist: Gesund, ökologisch und ungefährlich. Nach "100 Radstationen in NRW" wollen wir "100 Radschnellwege JETZT"!

Begründung

Mit 100 Radschnellwegen jetzt! zeigt NRW das es beim ökologisch, gesunden und ungefährlichen Radverkehr weiter die Nase vorn hat. Holland ist nicht nur unser Nachbar sondern auch unser Vorbild. 200 Jahre "Das Fahrrad", 2017 Start der Tour de France in Düsseldorf, 100 Radschnellwege JETZT! Das paßt!

Unterstützer*innen

Thomas Wagenbach; Niklas Geßner

164 Flexible Betreuung im Offene Ganzttag oder gebundene Ganztagsgrundschule für alle

Antragsteller*in: Elke Wolf (OV Versmold)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die Betreuung im offenen Ganzttag sollte stärker projektartig erfolgen, sodass sie ähnlich flexibel sein kann, wie die Kitazeiten. Hier ist es möglich die Kinder je nach Bedarf auch vor Ende der Betreuungszeit abzuholen. Soll ein festes Bildungsangebot im Vordergrund stehen, muss dieses jedem Kind zugute kommen. Hier ist die gebundene Ganztagsgrundschule der richtige Weg.

Begründung

Die Beteuungszeit in den OGS ist stark unflexibel und nicht an die Bedürfnisse der Familien angepasst. Anders als in Kitas üblich, können die Kinder nicht bei Bedarf vor Ende der Betreuungszeit abgeholt werden bzw. zu anderen Zeiten länger bleiben. Dieses passt nicht zu der Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

165 Unterrichtsbeginn an den Tages- und Biorhythmus der Schüler+innen und die Arbeits- und Lebensrealität in unserer Gesellschaft anpassen

Antragsteller*in: Malte Spitz (KV Unna und Landesvorstand NRW)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Der Unterricht an den Schulen in NRW beginnt zwischen 7.30 Uhr und 8.30 Uhr. Wir Grüne wollen hier eine neue Flexibilität ermöglichen um den Unterrichtsbeginn stärker an den Rhythmus der Schüler*innen und den veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Familien anpassen. Wir glauben das ein späterer Unterrichtsbeginn sinnvolle Auswirkungen auf Lernerfolg und Gesundheit der Schüler*innen hat. Darum wollen wir das Zeitfenster bis 9.30 ausweiten und einen umfassenden Testlauf durchführen.

Begründung

Für viele Schüler*innen in unserem Land beginnt jeder Schultag mit Stress und Hektik. Ab der Sekundarstufe 1 wird oft um 6 Uhr aufgestanden, um dann in der Familie gemeinsam zu frühstücken, um 7 Uhr den Bus zur Schule zu nehmen und um 7.45 Uhr ist Unterrichtsbeginn. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich Arbeits- und Familienzeiten nach hinten verschoben, der Unterrichtsbeginn blieb gleich. Hier wollen wir neue Flexibilität und einen wissenschaftlich begleiteten Testlauf in verschiedenen Kommunen in unserem Land.

I66 Busse und Bahnen im Nahverkehr überall mindestens im Stundentakt

Antragsteller*in: Robert de la Haye (OV Alfter)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Orte und Quartiere mit über 4000 Einwohnern sollen regional und überregional mit öffentlichem Verkehr mindestens im Stundentakt erschlossen und verbunden werden – ggfs. finanziert über das Projekt „Busse und Bahnen im Nahverkehr ohne Fahrschein“ siehe auch <https://www.youtube.com/watch?v=X3hBD9xl218> . Bei geringer Nachfrage sind auch flexible Angebotsformen wie Taxibus oder Anruf-Sammel-Taxi möglich.

Begründung

Ganze Ortschaften sind an manchen Tagen oder über mehrere Stunden am Tag vom öffentlichen Nahverkehr ausgeschlossen. Diese Lücken in der Daseinsvorsorge sollen klimafreundlich geschlossen werden.

I67 Förderung von Teilzeitstudiengängen und Studieren ohne Abitur

Antragsteller*in: Nathalie Konias

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Stärkere Bewerbung der Möglichkeiten ohne Abitur und/oder in Teilzeit zu studieren

Ausbau von Teilzeitstudiengängen

Wieder/Einführung von Semestertickets für Teilzeitstudierende

keine Altersbegrenzung bei verbilligtem Zugang auf kultureller Ebene für Studierende

Begründung

Seit 2010 zeigt sich in NRW ein regelrechter Boom beim Studium ohne allg. Hochschul/Fachhochschulreife. Dabei liegt NRW beim Anteil der sog. berufl. qualifizierten Studierenden gleich hinter Hamburg auf dem 2ten Platz.

Auch der Blick auf die Zahl der Teilzeitstudierenden lohnt sich. Im Wintersemester 2014/15 studierten an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen 102 713 Männer und Frauen in Teilzeit. Das waren 4,1% mehr als im Vorjahr. Insbesondere an den FHs in NRW waren immer mehr in Teilzeit eingeschrieben.

Diese Möglichkeiten eröffnen Menschen mit Familienverantwortung oder Weiterentwicklungsinteressierten gute Perspektiven und Chancen und sollte unterstützt, stärker beworben und Studiengänge in Teilzeit müssten ausgebaut werden.

168 Der Drogenkrieg ist verloren! - Beendet die Prohibition!

Antragsteller*in: Damian W.

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Alle Drogen sollten in staatlich kontrollierten u. spezialisierten Läden mit strikten Ausweiskontrollen verkauft werden. Läden wie zB. Discounter sollten keine Drogen (Alkohol, Tabak) mehr vertreiben können und auch Zigarettensautomaten sollten abgeschafft werden. Wer eine Droge seiner Wahl erwerben will sollte ein Seminar über diese besuchen, wobei auch in Schulen über allerlei Mittel gelehrt werden sollte. Die eingenommenen Steuern sollten in den Ausbau des Projektes fließen.

Begründung

Der Krieg gegen die Drogen ist vorbei, da mächtige Organisationen dennoch ihre Ware - ob Cannabis oder Crystal Meth - an den Mann bringen können. Dabei fragt der Dealer den Konsumenten nicht nach dessen Alter oder seinen Wissensstand in Bezug auf die Substanz seiner Wahl, zumal aufgrund der minderwertigen Qualität viele Konsumenten größere Schäden erleiden als von der Substanz selbst. Würde der Verkauf ALLER Drogen staatlich kontrolliert werden, so würde die Kriminalitätsrate einsinken, der Konsument geschützt werden, Kinder von diversen Substanzen ferngehalten werden, unermesslich an Steuern eingenommen und gespart werden und - ergo - der Umgang mit den Mitteln verbessert und das Schadensrisiko minimiert werden.

169 Endlich ein (aktueller) Lehrplan für den Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung

Antragsteller*in: Julian Jansen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Es muss dringend ein aktueller Lehrplan für Schülerinnen und Schüler mit einer geistigen Behinderung her! Zurzeit wird mit einer vollkommen veralteten Version von 1980 "gearbeitet". Bundesländer wie Bayern oder Niedersachsen zeigen, dass ein ausführlicher Lehrplan im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung möglich ist! Sowohl für die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit geistiger Behinderung an Förderschulen als auch in der Inklusion ist ein anständiger Lehrplan notwendig.

Begründung

Zurzeit wird in der Lehrer*innenausbildung und in der pädagogischen Praxis mit einem Lehrplan aus dem Jahr 1980 gearbeitet. Dieser ist inhaltlich und sprachlich veraltet, vollkommen unzureichend und im Umfang nicht annähernd so ausführlich, wie für andere Schulformen oder andere Förderschwerpunkte. Weder für Lehramtsanwärter*innen, noch für Lehrerinnen und Lehrer bietet er die nötigen Vorgaben für den Unterricht mit Kindern und Jugendlichen mit einer geistigen Behinderung.

170 Diskriminierungsfreie Schule

Antragsteller*in: Nyke Slawik (Grüne Jugend NRW)

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

In den Schulen gibt es noch immer zu wenig Aufklärung über Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. In zukünftigen Lehrplänen sollen Aufklärung über Vielfalt und Antidiskriminierungsmaßnahmen fest verankert werden. Auch bei der Ausbildung von Lehrkräften soll in Zukunft auf eine angemessene Sensibilisierung für die unterschiedlichen Hintergründe und Identitäten von Schüler*innen geachtet werden, um gezielter gegen Diskriminierung vorzugehen.

Begründung

Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt ist bittere, alltägliche Realität für viele Menschen. Die Gründe dafür sind verschieden - Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus, Klassismus, Sexismus, Homo-, Bi- und Transphobie. Zwar gibt es Aufklärungsprojekte wie bspw. SchLAu NRW, die sich dem Thema Queer widmen, flächendeckende Aufklärung an Schulen, die alle Schüler*innen erreicht, liegt aber noch in weiter Ferne. Die inklusive Schulpolitik von uns GRÜNEN ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und diesen Weg müssen wir weitergehen, indem wir alle menschenfeindlichen Diskriminierungen an Schulen bekämpfen!

I71 Neue Arten der Finanzierung des kommunalen Bus- und Bahnverkehrs

Antragsteller*in: Karsten Hoch

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Am Beispiel Duisburg und Düsseldorf ist es sehr gut zu erkennen. Arme Stadt (Duisburg) gleich schlechter Nahverkehr. Reiche Stadt (Düsseldorf) gleich guter Nahverkehr. Was aber kann der Nahverkehrsnutzer aus Duisburg dazu, in einer armen Stadt zu leben? So sollte überlegt werden, dass auch der kommunale Nahverkehr aus Landesmitteln finanziert wird, um mehr Gleichheit beim kommunalen Nahverkehr zu schaffen.

172 Zusammenlegung von kommunalen Verkehrsbetrieben

Antragsteller*in: Karsten Hoch

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Jeder Stadt, jedem Kreis sein eigenes Verkehrsunternehmen. Muss das sein? Bei Zusammenlegung kommunaler Verkehrsunternehmen können hohe Summen eingespart werden. Für das Ruhrgebiet würde sich anbieten, einen Verkehrsbetrieb Ruhrgebiet Ost und einen Verkehrsbetrieb West einzuführen. Gespart werden kann vor allem an den hohen Gehältern der Vorstandskräfte, aber auch beim Einkauf neuer Fahrzeuge (mehr Fahrzeuge = höhere Rabatte).

173 Einheitlicher Nahverkehrstarif in NRW; Abschaffung der kleinräumigen Verbünde

Antragsteller*in: Karsten Hoch

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

NRW ist noch immer ein kleiner Flickenteppich aus verschiedenen Verkehrsverbünden. Neben Abschaffung der Verbünde sollte es auch einen einheitlichen Tarif in ganz NRW geben, der auch in allen Bussen/Straßenbahnen angeboten werden kann. Heute kann ein solches Ticket nur an Bahnhöfen gekauft werden.

174 Sozialticket auch für Menschen mit Behinderung in Einrichtungen

Antragsteller*in: Eva Malecha (KV Aachen)

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Das Sozialticket ist ein Angebot für finanzschwache Menschen, um ihnen die Nutzung des ÖPNV dennoch zu ermöglichen. Hierzu zählen Menschen, die Sozialhilfe beziehen, Wohngeld erhalten etc. Menschen mit Behinderung, die in einer Einrichtung leben, sind momentan explizit ausgeschlossen.

Begründung

Auch Menschen mit Behinderung, die in Einrichtungen leben, sind in der Regel finanzschwach - alleine auf Grund des extrem geringen Lohns in Werkstätten für Menschen mit Behinderung von ca. 100€ pro Monat - und können sich kein Monatsticket o.ä. für Bus und Bahn leisten.

Begründet wird der Ausschluss der oben genannten Gruppe vom Sozialticket mit Fahrdiensten, die in Einrichtungen zur Verfügung stehen. In der Realität stehen diese aber nicht jederzeit für individuelle Freizeitaktivitäten zur Verfügung. Demnach wird diesen Menschen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in großen Teilen verweigert.

Daher muss die Fehleinschätzung aufgehoben werden!

175 Hochschulpakt verstetigen, um die Grundfinanzierung der Hochschulen zu stärken

Antragsteller*in: Kai Gehring MdB

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wer studieren will, soll einen Studienplatz mit guten Studienbedingungen bekommen können. Bisher unterstützen Bund und Länder die starke Nachfrage nach Studienplätzen mit dem Hochschulpakt, der allerdings 2020 endet. Da der Studierenden-Boom im kommenden Jahrzehnt nicht abebbt, soll sich NRW dafür einsetzen, dass der Hochschulpakt verstetigt und die Ausgaben pro Studienplatz auf OECD-Durchschnitt angehoben werden.

Begründung

Bund und Länder haben in den letzten Jahren zusätzliche Milliarden in die Hochschulen investiert – allerdings über zeitlich befristete Programme und Vereinbarungen. Das Verhältnis zwischen dauerhafter Grundfinanzierung der Hochschulen und befristeten Drittmitteln ist aus der Balance geraten. Eine neue Architektur für die Wissenschaftsfinanzierung ist überfällig, die Verstetigung des Hochschulpakts ist dafür ein wichtiger Baustein. Die Verstetigung bringt den Universitäten und (Fach)Hochschulen zusätzliche Finanzierungs- und Planungssicherheit. Das garantiert ausreichend Studienplätze, bessere Perspektiven für die Beschäftigten an den Hochschulen, bessere Lehre und Studienbedingungen.

I76 Ablösung der altrechtlichen Staatsleistungen

Antragsteller*in: Werner Hager (LAG Säkulare Grüne)

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wir sollten den 1919 formulierten Verfassungsauftrag der Ablösung der Staatsleistungen angehen ([Art. 138 WRV Abs. 1, inkorporiert in Art. 140 GG](#)). Hier sollten Bündnisgrüne in NRW voran gehen, denn Vieles lässt sich schon auf Landesebene regeln, auch wenn ein Grundsatzgesetz des Bundes noch auf sich warten lässt.

Unterstützer*innen

Thorsten Maruschke (LAG Christ*innen)

177 Medizinische Versorgung von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus

Antragsteller*in: Astrid Platzmann-Scholten

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Einführung eines anonymen Krankenscheins. Ärztliche Besetzung von Stellen an Gesundheitsämtern oder bei Menschenrechtsorganisationen, die anonym arbeiten und als Clearingstellen fungieren. Diese können einen anonymen Krankenschein ausgeben, der den Menschen die Möglichkeit gibt ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen ohne Angst vor Ausweisung haben zu müssen.

Begründung

Bei der derzeitigen Asylpolitik ist damit zu rechnen, dass zunehmend Menschen, die deren Asylanträge abgelehnt worden sind untertauchen. Menschen, die keinen legalen Aufenthaltstitel haben, können weder ins Krankenhaus gehen, noch haben sie in der Regel die Möglichkeit, Arztbesuche aus eigenen Mitteln zu finanzieren. So werden Krankheiten verschleppt und chronifiziert. Der verlängerte Geheimnisschutz gilt nur für Notfälle, er kann bei elektiven operativen Eingriffen nicht greifen. Es sollten Modellprojekte initiiert werden in Städten, die über Organisationen verfügen, die in diesem Bereich arbeiten. Erfahrungen der Modellprojekte können dann in eine flächendeckende Einführung eines anonymen Krankenscheins einfließen.

178 ProstitutionsSchutzGesetz sinnvoll ausgestalten

Antragsteller*in: Astrid Platzmann-Scholten

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

In der Groko wird aktuell ein neues "ProstitutionsSchutzgesetz" diskutiert. Sowohl Anmeldepflicht als auch verpflichtende Gesundheitsberatungen sind kontraproduktiv, wenn es darum geht Frauen in der Prostitution wirksam zu unterstützen.

Begründung

Flächendeckender Ausbau von Prostituiertenberatungsstellen und Unterstützung von Selbsthilfeorganisationen können den Frauen wichtige Hilfestellungen vermitteln. Ausbau der anonymen Beratungsstellen an den Gesundheitsämter mit kostenfreien Untersuchungsangeboten, sowie ein freiwilliges Angebot gesundheitlicher Beratung ist wesentlich sinnvoller und niederschwelliger. Das Land NRW kann hier Spielräume nutzen, die das repressive Gesetz mit sich bringen wird.

179 Multilinguale Sprache

Antragsteller*in: Niklas Graf

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Die zentralen Inhalte der Online-Präsenz des Landes und unserer Partei werden zukünftig ebenfalls in den viel und meistgesprochenen Sprachen der Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Es wird darauf geachtet dies mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit zu kombinieren. Als Orientierung und für die erste Testphase könnte mit Englisch, Französisch, Spanisch, Arabisch, Türkisch, Chinesisch und Russisch begonnen werden.

Begründung

Neben der Nutzung von leichter Sprache haben wir als weltoffene und integrative Partei auch den Anspruch uns mehrsprachig an die Bevölkerung zu wenden. Niemand darf aufgrund von Sprachbarrieren von Partizipation & Informationsfluss ausgeschlossen werden. Die Hürden zu Politik und deren Ideen und Forderungen sowie dem Staat und deren Regeln, Vorgaben, Gesetzen und Hilfeleistungen müssen für jedes Mitglied barrierefrei zugänglich sein. Dies kann auch durch die Nutzung von multilingualen Flyern und deren Verteilung in Ämtern und sozialen Netzwerken (und grünintern im Wurzelwerk) geschehen. Ein europäischer Diskurs braucht europaweit erreichbare Information. Deutsch allein reicht nicht aus, um auch in anderen Ländern gelesen und beachtet zu werden.

180 Lehrer*innen gleich bezahlen - unabhängig von der Schulform

Antragsteller*in: Tobias Hasenberg (OV Meckenheim)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Gleichwertige Ausbildung, gemeinsame Aufgaben und vergleichbare Anforderungen verdienen gleiches Gehalt: Das Lehramtsstudium in NRW auf Bachelor/Master dauert gleich lang - für alle Schulformen. Das muss sich auch auf dem Konto niederschlagen. Für alle nach dem neuen System eingestellten Lehrer*innen braucht es eine gleiche Eingangsbesoldung (A 13 statt A 12 für Grund-, Haupt- und Realschullehrer*innen). Das hat seinen Preis, ist aber ein zentraler Baustein eines wirklich gerechten Schulsystems.

Begründung

An einer unterschiedlichen Bezahlung für Lehrer*innen festzuhalten, würde den falschen Eindruck von variierender Wertschätzung oder gar mittelbarer Diskriminierung (Stichwort: schlechtere Bezahlung an Grundschulen, wo viele Lehrerinnen sind) schüren. Dabei sind intellektuelle, physische und psychosoziale Anforderungen spezifisch je nach Lerngruppe, aber nicht prinzipiell unterschiedlich je nach Schulform. Sicherlich: Je nach Fach und Jahrgangsstufe unterscheidet sich die Arbeit. Aber da differenzieren andere Regelungen, etwa zur Arbeitszeit.

Nicht zuletzt braucht es auch Wege zu gleichem Geld für bereits im Dienst befindliche Lehrer*innen. Denn deren Ausbildungen differierten mal, aber ihre jetzigen Praxis-Kompetenzen sind gleichwertig.

Unterstützer*innen

Grüne Jugend Rhein-Sieg

181 "Freiheit ist Persönlichkeitsentwicklung" statt "Ehrfurcht vor Gott"

Gremium: KV Rhein-Berg

Beschlussdatum: 05.03.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Das NRW-Staatsprinzip der Gottesfurcht als "vornehmstes Ziel der Erziehung" ist euphemistisch gesprochen wenig emanzipatorisch. Dieses sollte durch eine an Freiheit und Humanismus orientierte Konzeption ersetzt werden.

Begründung

Freiheit als Persönlichkeitsentwicklung zu begreifen und hieran Bildung und Erziehung zu orientieren ist die Forderung des radikalen Humanismus.

182 Nationalismus ist keine Alternative

Gremium: KV Rhein-Berg
Beschlussdatum: 05.03.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wir müssen als Grüne erklären, woher die Krisen dieser Welt stammen und wieso ökologisches und humanistisches Denken notwendig ist, eine Alternative zur jetzige gewaltförmigen und ökodestruktiven Welt zu entwickeln.

Begründung

Rechte Parteien und Bewegungen schaffen - flankiert von "ja, aber"-Positionen aus anderen Parteien - eine angstbesetzte Massenpsychologie in Deutschland. Ihre vermeintliche Alternative ist der in den 80er und 90er Jahren wieder salonfähig gemachte Nationalismus, in Deutschland befeuert traditionell starken völkischen Denken, aber auch durch neuere Identitätskonzepte. Vor uns liegt die Aufgabe - auch gerade im Wahlkampf und auch mit Plakaten - zu erklären, dass Nationalismus eben keine Alternative ist.

183 Keine Überwachung zentraler Infrastruktur

Gremium: KV Rhein-Berg

Beschlussdatum: 05.03.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Kameraüberwachung findet zunehmend auch auf zentralen Verkehrsachsen statt. Immer mehr Straßen und Bahnen sind mit den auch immer günstigeren Kameras bestückt. Die panoptische Gesellschaft wird so von der Dystopie zur Realität.

Begründung

Als Grüne sollten wir uns dafür stark machen, dass zumindest zentrale Verkehrsachsen keinesfalls überwacht werden dürfen und auch keine Überwachung derselben suggeriert werden darf.

184 Gleichberechtigung fängt in der Kita an

Antragsteller*in: Thea Jacobs (LAG Frauenpolitik)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir wollen Kinder unabhängig von ihrem Geschlecht darin unterstützen, ihre unterschiedlichen Potentiale zu entfalten. Daher fördern wir Ansätze geschlechtersensibler Pädagogik im gesamten Bildungssystem, beginnend in der Kita, um den Einfluss von Rollenerwartungen an Mädchen und Jungen möglichst gering zu halten und ihnen so die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen.

Begründung

Stereotype Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit beeinflussen unser Verhalten in Interaktionen mit anderen Menschen. Geschlechterklischees und Vorurteile wirken subtil. Studien zeigen, dass Menschen sich bereits gegenüber Säuglingen unterschiedlich verhalten je nachdem welches Geschlecht das Kind (vermeintlich) hat. Dadurch werden Geschlechterklischees und ein hierarchisches Geschlechterverhältnis reproduziert, die Kinder werden in der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit eingeengt und auf die starren Vorgaben der Rollenbilder beschränkt. Um die Wirkung dieser zu minimieren, braucht es Erzieher*innen, die reflektiert mit Geschlechterstereotypen umgehen können und Kinder dazu ermutigen, ihre persönlichen Interessen zu verfolgen.

Unterstützer*innen

Eva Kauenhowen (LAG Frauenpolitik)

185 Zucht und Haltung des Zweinutzungshuhns fördern

Antragsteller*in: Ophelia Nick (LAG Mensch und Tier)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Förderung der Haltung und Züchtung moderne Zweinutzungshühner, bei denen die weiblichen Hühner nicht ganz so viele Eier legen und die männlichen Hühner etwas langsamer wachsen. Man erhält Eier und Fleisch ohne Millionen von männlichen Küken allein aus wirtschaftlichen Grund zu töten. Diese Hühner sind nicht die effizientesten, aber aufgrund der nicht so starken Spezialisierung kann man auch von gesünderen Hühnern ausgehen.

Begründung

Jährlich werden Millionen männliche Eintagsküken getötet. Grund ist die starke Spezialisierung der Hühnerzucht. Es gibt Fleischrassen, bei denen männliche und weibliche Hühner in 30 Tagen ihr Schlachtgewicht erreichen. Für die Eierproduktion gibt es Legerassen, die bis zu 320 Eier pro Jahr legen. Deren Brüder sind zu dünn und werden direkt nach dem Schlüpfen aussortiert.

Die Geschlechtererkennung im Ei wäre eine Lösung, welche aber nicht marktreif ist.

186 Gender Budgeting für den Kinder- und Jugendförderplan NRW

Antragsteller*in: Sophie Karow & Josefine Paul

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Als Teil unserer Mädchenpolitik fordern wir, am Kinder- und Jugendförderplan NRW als erstes Modellprojekt ein Gender Budgeting durchzuführen.

Begründung

Gender Budgeting ist ein Instrument zur Umsetzung von Gender Mainstreaming und zur Erhöhung der Transparenz des Landeshaushalts. Gender Budgeting kann die Geschlechterwirkung des Haushalts sichtbar machen. Der Kinder- und Jugendförderplan ist als Modellprojekt deshalb geeignet, weil in einem überschaubaren Rahmen dieses Instrument getestet werden kann und mögliche Differenzen zwischen der Förderung von Jungen und Mädchen aufgedeckt werden können. Mädchenpolitik ist ein Beitrag zur Geschlechterdemokratie und zu einer gerechten Gesellschaft. Wir wollen eine selbstbewusste und einmischende Mädchenpolitik, die Räume und Mitsprache einfordert. Dabei geht es auch um die gerechte Verteilung finanzieller Mittel.

187 Masterplan Umwelt und Gesundheit umsetzen

Antragsteller*in: Christian Hohn

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Der Masterplan Umwelt und Gesundheit wurde vom Umweltministerium NRW erarbeitet und muss umgesetzt werden. Und ggf. weiter entwickelt werden.

Begründung

Erschließt sich aus dem Masterplan.

188 Konfessionsschulen umwandeln

Gremium: LAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 28.02.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

"Segregation in der Gesellschaft darf nicht durch Konfessionen oder Religionszugehörigkeiten verstärkt werden. Daher wollen wir, dass die Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsgrundschulen umgewandelt werden. Nur in NRW und Niedersachsen sind die Bekenntnisschulen noch in der Verfassung verankert. Wir GRÜNE in NRW wollen das Schulgesetz ändern und Mehrheiten für eine Verfassungsänderung suchen."

189 Ein Recht für Alle

Gremium: LAG Säkulare Grüne
Beschlussdatum: 28.02.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Kirchensteuern, religiöses Arbeitsrecht und kirchliches Datenschutzrecht stellen immer noch rechtliche Sonderbereiche dar, durch die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften privilegiert und das öffentliche Recht gespalten/eingeschränkt sind. Die Grundrechte gelten dann nicht für alle. Wir wollen diesen Zustand überwinden

I90 Körperschaftsstatus

Gremium: LAG Säkulare Grüne
Beschlussdatum: 28.02.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Der Körperschaftsstatus der Kirchen gibt diesen Privilegien, darunter auch die Möglichkeit, sich der Kontrolle der Verwendung staatlicher Gelder zu entziehen.

Kirchen und auch andere Religionsgemeinschaften sollten Teile der Zivilgesellschaft sein wie andere Verbände auch. Anreize für Nichtgebietskörperschaften, den Status einer Körperschaft Öffentlichen Rechtes anzustreben, sollten wir beseitigen.

I91 Säkulares Arbeitsrecht bei öffentlichen Vergaben

Gremium: LAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 28.02.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Die Behörden und Einrichtungen des Landes NRW sollen Aufträge vergeben und Einrichtungen mit Kirchenbeteiligung nur fördern, wenn diese sich bereit erklären, auf Arbeitgeberrechte zu verzichten, die sich aus dem besonderen kirchlichen Arbeitsrecht ergeben.

Denn auch bei der Vergabe muss der Staat für seine Werte einstehen, auch wenn Aufgaben ausgegliedert sind.

192 Ein Arbeitsrecht für Alle

Gremium: LAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 28.02.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Soziale Grundrechte sollten nicht alleine deswegen enden, weil eine Schule oder ein Krankenhaus gerade von einem katholischen Träger aufrechterhalten wird. Wir fordern ein Arbeitsrecht für alle, wollen den Aufbau von Betriebsräten unterstützen und fordern Flächentarifverträge im Betreuungs- und Pflegebereich.

Das Antidiskriminierungsgesetz muss für alle gelten.

193 Keine besondere Religions- oder Religionsgemeinschaftsförderung

Gremium: LAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 28.02.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Es ist nicht Aufgabe eines säkularen Staates, Religion oder Religionsgemeinschaften als solche zu fördern, wie dies auch in NRW bei Kirchentagen, Events und anderen verschiedenen Anlässen öfters geschieht. Kultur- und Brauchtumsveranstaltungen der Kirchen sollen nach den gleichen Kriterien gefördert werden wie die von anderen Akteuren.

194 Ein Parite-Gesetz für NRW

Antragsteller*in: Josefine Paul & Sophie Karow

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Frauen sind in den Parlamenten und kommunalen Selbstverwaltungsorganen noch immer unterrepräsentiert. Damit ist die Hälfte des (Wahl-)Volks nicht angemessen repräsentiert. Um diesem Demokratiedefizit entgegenzuwirken wollen wir die Umsetzungsmöglichkeiten sog. Parite-Regelungen für die Aufstellung von Kandidat*innen für Landtags- und Kommunalwahlen prüfen.

Begründung

Nach Art. 3 Abs. 2 GG sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Durch die Erweiterung des Art. 3 Abs. 2 GG im Jahr 1994 ist der Staat sogar verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um bestehende Nachteile zu beseitigen und für Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen zu sorgen. Im Bereich der politischen Partizipation und Repräsentanz sind Frauen nach wie vor faktisch benachteiligt. Quotenregelungen sind somit verfassungsrechtlich geboten, um dem Demokratieprinzip angemessen Rechnung zu tragen. Denn das Wahlvolk, welches es in den Parlamenten abzubilden gilt, besteht eben nicht nur aus Männern und daher fordern wir Maßnahmen die faire, gleichberechtigte Partizipation beider Geschlechter auch tatsächlich umzusetzen.

195 Mehr als nur einen NRW-Nationalpark!

Antragsteller*in: Niklas Graf

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir sind für einen Paradigmenwechsel in der Waldpolitik, für „Mehr Wald statt Forste“, & einen „ungestörten Ablauf der Naturvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik“, wie es das LandschaftsG NRW für Nationalparke vorgibt. Die Realisierung des Nationalparks in Ostwestfalen ist längst überfällig & regionale Initiativen andernorts für weitere Entwicklungsnationalparke & Großschutzgebiete müssen gefördert werden.

Rechtsgrundlage für die Ausweisung von Nationalparks ist §24 des BNatSchG & §43 des LG NW.

Begründung

Naturschutzfachliche Gesamtkonzepte wie in Drucksache 14/4478 vorgesehen, müssen wieder aufgenommen & umgesetzt werden. Dabei gilt für alle Ausweisungsgebiete das Verschlechterungsverbot, die Unvereinbarkeit der Wildbestandsregulierung mit dem Nationalparkgedanken, eine verträgliche Wegeplanung, die Vermeidung von Kahlschlagsflächen & die Entfernung der standortfremden Baumarten, sowie der Ausschluss von fragwürdigen Baumaßnahmen.

NRW besitzt nur einen Nationalpark in der Eifel (seit 1.1.04) mit 11.000ha als Beitrag für echte Renaturierung & Waldwildnis, obwohl Wald mit 915.800ha ca. 27% der Fläche einnimmt.

Die verpasste historische Chance für einen 2. NRW-Nationalpark Siebengebirge ist eine nicht hinnehmbare Fehlentwicklung.

196 Gesetzestexte

Gremium: KV Rhein-Berg
Beschlussdatum: 05.03.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Gesetzestexte werden oft mit Hilfe externer Berater und Sachverständiger geschrieben. Dies ist oft notwendig und sinnvoll. Diese Berater vertreten aber auch oft eine politische Meinung, gehören zu Interessengruppen und/oder werden von diesen bezahlt („Lobbyisten“). Aus Transparenzgründen sollen Inhalte, die wörtlich oder sinngleich aus solchen Informationen übernommen werden mit Quellenangaben, analog zu Diplom- oder Doktorarbeiten versehen werden.

197 Gesetzes TÜV

Gremium: KV Rhein-Berg
Beschlussdatum: 05.03.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Viele Gesetze sind gut gemeint aber schlecht gemacht. Bündnis 90/Die Grünen fordern daher Gesetze mit einem Verfallsdatum zu versehen, um nach einer bestimmten Zeit zu überprüfen, ob mit dem Gesetz die gesetzten Ziele erreicht werden oder sogar das Gegenteil eingetreten ist. Ein solcher Automatismus ist in einer Demokratie besser, als wenn sich erst eine Mehrheit finden muss, um ein umstrittenes Gesetz zu ändern, anzupassen oder sogar abzuschaffen.

I98 Der Zugriff auf "Schrott-Immobilien" muss erleichtert werden.

Gremium: KV Rhein-Berg

Beschlussdatum: 05.03.2016

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Der Zugriff auf solche Schrott-Immobilien muss erleichtert werden, um insbesondere die Kommunen zu entlasten.

Begründung

Schrottimmobilien belasten zunehmend die Kommunen. Die Eigentümer lassen die Immobilien verfallen. Das widerspricht dem im Grundgesetz Artikel 14, Absatz 2 festgeschriebene Grundsatz „Eigentum verpflichtet“.

199 Lebensmittelwegwerfverbot

Gremium: KV Rhein-Berg
Beschlussdatum: 05.03.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir setzen uns für ein Lebensmittelwegwerfverbot nach französischem Muster ein. In Frankreich müssen Händler nach einem Anfang Februar beschlossenen Gesetz unverkaufte Nahrungsmittel spenden, verarbeiten, als Tierfutter verwenden oder kompostieren.

Begründung

In Deutschland landen jährlich 11 Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll. Es ist nicht einzusehen, dass z.B. Bäckereien in Einkaufszentren vertraglich dazu verpflichtet werden bis Geschäftsschluss volle Regale vorzuhalten.

I100 Schadstoffbelastung im Umfeld von Flughäfen

Gremium: KV Rhein-Berg
Beschlussdatum: 05.03.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Bündnis 90/Die Grünen fordern eine eingehende Untersuchung der möglichen Belastungen und eine kontinuierliche Messung der Schadstoffbelastungen und die laufende Veröffentlichung der Werte.

Begründung

Während die Lärmbelastung im Umfeld von Flughäfen oft thematisiert wird ist die Luftverschmutzung durch Start und Landeanflug im Umfeld von Flughäfen bisher kein großes Thema.

I101 Pilotprojekte für Tempo 30 auf innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen

Antragsteller*in: Britta Altenhein

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

zur Lärmreduzierung und Verbesserung der Bedingungen für Nahmobilität, s.a. ähnliche Pilotprojekte in RPL

Begründung

Die geplanten Ausnahmen von der STVO-Regelung (nur vor Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Altenheimen) sind unzureichend. Pilotprojekte können Vorstufe sein für unsere generelle Forderung nach Tempo 30 innerorts.

I102 Sozialticket langfristig absichern durch Landeszuschüsse

Antragsteller*in: Britta Altenhein

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Der Landeszuschuss soll den Verkehrsbetrieben ermöglichen, ein Monats-Ticket zum halben Preis an den bedürftigen Personenkreis abzugeben. Alle Verbünde in NRW sollen ein entsprechendes Ticket anbieten.

Begründung

Die Zukunft des Sozialtickets ist aktuell ungewiss, da die Landesmittel jährlich neu beschlossen und in der Höhe begrenzt sind.

I103 Sicherheit im Netz: Abzocke verhindern.

Antragsteller*in: Christian Hohn

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Damit Schadware weniger Möglichkeiten haben ins Netz zu kommen. Viele Schadware gelangen durch sog. U-Cash Karten in Umlauf.

I104 Neue Wege bei Lernerfolgsfeststellung und Schulabschlüssen

Gremium: OV Detmold

Beschlussdatum: 04.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir wollen Alternativen zu den bisherigen Verfahren der Messung und Bewertung der Bildungsqualität und Möglichkeiten zu flexiblen Schulabschlüssen im inklusiven System entwickeln. Wir nehmen Widersprüche wahr zwischen den erfolgten Weichenstellungen hin zum inklusiven Lernen einerseits und einem Schulsystem, das stark an Kompetenzstandards, Lernerfolgskontrollen in Form von Klassenarbeiten und Klausuren, zentralen Lernstandserhebungen und Prüfungen orientiert ist, andererseits.

Begründung

Inklusiver Unterricht, der diesen Namen verdient, setzt stark individualisierte Formen des Unterrichts voraus. Die Kategorisierung von Kindern und Jugendlichen in zielfähig zu unterrichtende Schülerinnen und Schüler und zielfähig zu unterrichtende, die in sehr enger Taktung immer wieder an Kompetenzstandards gemessen werden, wird der Vielfalt und Individualität von Menschen nicht gerecht. Die meisten etablierten Formen der Lernerfolgskontrolle und die Ausrichtung des Unterrichts an sehr kleingliedrig vorgegebenen Kompetenzstandards setzen der notwendigen Individualisierung des Unterrichts bisher zu enge Grenzen.

I105 Flächenverbrauch reduzieren

Gremium: OV Detmold
Beschlussdatum: 04.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Flächenverbrauch reduzieren

Boden ist immer noch ein nicht vermehrbares Gut. Deshalb ist das Gebot des sparsamen und schonenden Umgangs mit Grund und Boden (§ 1a (2) Baugesetzbuch) durch eine strikte Begrenzung des Netto-Flächenverbrauchs auf Null endlich konsequent umzusetzen. Wir wollen daher ernstmachen mit der vorrangigen Nutzung von Gewerbebrachen und der Konversion von Militär- und Industrieflächen.

Begründung

Der Schutz der noch vorhandenen Freiflächen ist zu verbessern. Deshalb sind Baumaßnahmen im Außenbereich (sog. §-35-Flächen nach BauGB) weitmöglichst einzuschränken. Der NRW-Außenbereichserlass (Grundsätze zur planungsrechtlichen Beurteilung von Bauvorhaben im Außenbereich vom 27.10.2006) ist in diesem Sinne zu überarbeiten – beispielsweise müssen die zahlreichen „Kann“- und „Soll“-Regelungen verbindlicher gefasst werden.

Flächenversiegelung verschärft die Folgen des Klimawandels wie z.B. Hitzestress in Städten, Überschwemmungen, Trockenheit, vernichtet Ackerflächen und gefährdet die Artenvielfalt.

I106 Inklusion erfordert mehr Lehrkräfte und bessere Ausstattung

Gremium: OV Detmold

Beschlussdatum: 04.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Schulen im inklusiven System müssen personell und räumlich besser ausgestattet werden. Dazu gehören mehr Lehrerstellen, gleiche Pflichtstundenzahl für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen und eine stärkere Unterstützung der Kommunen als Schulträger.

Begründung

Der Übergang zum inklusiven Lernen kann flächendeckend nur dann gelingen, wenn an allen Schulen die personellen und räumlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Inklusives Lernen bedeutet eine Abkehr vom bisher verbreiteten Unterricht, der vom Lehrer zentral gesteuert wird. Das erfordert kleinere Lerngruppen, Zugang zu differenzierten Unterrichtsmaterialien und eine vielfältig nutzbare und anregende Lernumgebung, um eine angemessene individuelle Betreuung und Begleitung der Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen.

I107 Strengere Maßstäbe bei Genehmigung und Betrieb von Ersatzschulen

Gremium: OV Detmold

Beschlussdatum: 04.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Bei der Genehmigung und beim Betrieb von Ersatzschulen – insbesondere bei der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern - sind zukünftig gleiche Maßstäbe wie bei Organisationsentscheidungen im staatlichen Schulsystem anzulegen. Den Kommunen ist ein angemessenes Mitspracherecht einzuräumen.

Begründung

Die zunehmende Zahl von Ersatzschulen führt in einigen Regionen zu einer sozialen und kulturellen Segregation der Schülerschaft und zu einer Verdrängung bzw. Schwächung des öffentlichen Schulwesens. Das Nebeneinander von staatlichen Schulen und Ersatzschulen darf nicht zu einer Verzerrung der Bildungschancen aller Kinder führen.

I108 Erhalt alter Bausubstanz: Zurück zum Fördersystem im Denkmalschutz

Antragsteller*in: OV Detmold

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir wollen den Verlust alter Bausubstanz durch die Wiederaufnahme eines gezielten Förder- und Zuschussystems verhindern.

Begründung

Denkmalschutz bedeutet die Bewahrung des Kulturerbes, dient gleichzeitig dem Erhalt alter Bausubstanz und damit auch der Ressourcenschonung - u.a. der Reduzierung des Flächenverbrauches. Die Rückführung des Denkmalschutzförderungssystems auf Darlehnsbasis bietet in der Niedrigzinsphase wenig Anreize für Altbau-Investoren.

I109 Angepasste Landwirtschaft unterstützen - Anbau alter Nutzpflanzen fördern

Gremium: OV Detmold
Beschlussdatum: 04.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir wollen den Erhalt, die Zucht, den Anbau und die Vermarktung von standortangepassten, alten Nutzpflanzen finanziell unbürokratisch fördern.

Begründung

Die seit Jahrzehnten voranschreitende Verarmung der genetischen Vielfalt bei den angebauten Nutzpflanzen hat zu einem verstärkten Einsatz der „chemischen Keule“, einer zunehmenden Monopolisierung des Saatgutmarktes und zu einer Reduzierung der Nachbaurechte von Bauern geführt. Verschiedene, z.T. auch von Bund und Land geförderte Initiativen haben in den letzten Jahren einen großen Schatz an alten Sorten gehoben. Dieser sollte einer bäuerlichen „Open-Source-Züchtung“ zugänglich gemacht werden. Die Vergrößerung der Bestände, die z.T. geringeren Erträge, die Zucht und die gezielte Vermarktung dieser Sorten und der daraus gewonnenen Produkte kosten Geld, das über ein leicht zugängliches Förderprogramm zu Verfügung gestellt werden sollte.

I110 Jugendliche im ländlichen Raum: Digitale Demokratieförderung

Antragsteller*in: Verena Verspohl

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Digitale Ansätze -Apps, Foren, Spiele- können Veränderungsbedarfe von Jugendlichen ermitteln. Sie sollten mit bestehenden Offline-Akteuren vernetzt werden. So können sie in konkreten Maßnahmen vor Ort aufgehen. Eine Betreuung und Weiterentwicklung kann über die nächste Uni sichergestellt werden. Neben Themen zur regionalen Teilhabe können das auch gezielt Projekte gegen Homophobie, Islamfeindlichkeit, Radikalisierung sein. Wir sollten Wege suchen, die Jugend zu hören!

Begründung

Oft fehlt es Jugendlichen im ländlichen Raum weniger an Ideen, als an Orten. Sie sind zudem weit verstreut und müssen lange Wege auf sich nehmen. Online sind sie dagegen nahezu immer. Wir sollten ihr Potential noch stärker forcieren und die aktive Teilhabe in den Vordergrund stellen. Den Besonderheiten im ländlichen Raum werden wir durch digitale Ansätze gerecht.

I111 Integration im ländlichen Raum: Selbstorganisation von Flüchtlingen stärken

Antragsteller*in: Verena Verspohl

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Zusammenschlüssen von Flüchtlingen geben diesen politische Repräsentanz und erleichtern Integration. Integrationsbeiräte o.Ä., von Zugewanderten gewählt, werden so wichtige Interessensvertreter und erreichen Menschen direkt. Sie können an die kommunalen Integrationszentren oder Stadtverwaltungen angedockt werden. Beispiel Neue Nachbarn Arnsberg: <http://www.arnsberg.de/buergermeister/veroeffentlichungen/2016/neue-nachbarn.pdf>

Begründung

Eine vergleichsweise geringe Zahl an Flüchtlingen im ländlichen Raum erschwert die Selbstorganisation. Potentiale bleiben liegen. Ein Wahlrecht existiert noch nicht. Wir GRÜNE müssen uns dafür stark machen, dass wir Teilhabe gewährleisten. Gerade im ländlichen Raum bedarf es hier an struktureller Unterstützung - nach gelungener dezentraler Unterbringung gehen uns sonst die Kommunikationsstrukturen verloren.

I112 Kitafortbildungen finanziell fördern

Antragsteller*in: Franziska Krumwiede-Steiner
Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Kitas und Kindergärten sollen ein höheres Fortbildungsbudget erhalten.

Begründung

Kitas und Kindergärten haben ein deutlich geringeres Budget für Fortbildungen als Schulen. Kitas und Kindergärten sind jedoch vor ähnliche Herausforderungen gestellt wie Schulen. Beide brauchen ein ausreichendes Fortbildungsbudget, um für Integration, Inklusion, Methodenvielfalt und Innovation stehen zu können. Auch Sprachförderung beginnt in der Kita. Um auf dem neuesten Stand zu sein, brauchen die Kitas mehr Geld, um sich fortzubilden.

I113 Frauenhäuser nachhaltig sichern

Antragsteller*in: Franziska Krumwiede-Steiner

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Frauenhäuser aller Kommunen erhalten eine solide Finanzierung aus Landes- und Kommunalmitteln.

Begründung

Viele Frauenhäuser in NRW sind voll. Damit die Frauenhäuser ihre Arbeit auf einem sicheren Fundament ausbauen können, brauchen sie eine noch nachhaltigere Möglichkeit der Finanzierung. Klamme Kommunen könnten sonst Gefahr laufen, an der falschen Stelle zu sparen. Frauenhäuser kümmern sich auch um geflüchtete Frauen. Angesichts dieser neuen Herausforderung sollten die Finanzierungsmöglichkeiten aktualisiert und angepasst werden.

I114 Bleiberecht für alle Flüchtlinge mit Ausbildungs- oder Studienplatz

Antragsteller*in: Franziska Krumwiede-Steiner

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Alle Flüchtlinge erhalten ein uneingeschränktes Bleiberecht, wenn sie einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben oder einen Studienplatz annehmen konnten.

Begründung

Flüchtlinge aus sog. sicheren Herkunftsstaaten dürfen zwar eine Ausbildung machen oder studieren, erhalten aber kein Bleiberecht. Das ist für eine gelingende Integration hinderlich: Erstens ist die Ungewissheit eine emotionale Belastung. Kann ich die Ausbildung in Deutschland beenden oder werde ich vorher abgeschoben? Was ist nach meiner Ausbildung? Zweitens hindert die ungewisse Aufenthaltssituation Unternehmen daran, Flüchtlingen aus z.B. Pakistan einen Ausbildungsplatz anzubieten. Flüchtlingen mit Ausbildungs- oder Studienplatz ein Bleiberecht in Aussicht zu stellen, kann die Motivation zur Integration erhöhen. Gerade NRW als Wirtschaftsstandort und Land mit vielen Flüchtlingen kann von der Potentialförderung profitieren.

I115 Bildungsgerechtigkeit für "Sinti und Roma"

Antragsteller*in: Franziska Krumwiede-Steiner

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Um Chancengleichheit für "Sinti und Roma" in NRW herzustellen, bedarf es eines politisch initiierten und begleiteten Bildungskonzepts, das im Dialog mit "Sinti und Roma" und "Sinti und Roma"-Verbänden (-Wissenschaftler*innen, Autor*innen etc.) Programme zur tatsächlichen Gleichstellung von "Sinti und Roma" entwirft.

Begründung

"Sinti und Roma" werden immer noch ausgegrenzt und diskriminiert. Selten wird der aktuelle Antiziganismus (Rassismus gegenüber "Sinti und Roma") im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Genozid an "Sinti und Roma" gesehen. Auch die deutsche Bildungslandschaft greift hier zu kurz. Schulen und andere Bildungsinstitutionen (zum Beispiel in der Erwachsenenbildungen) sind unzureichend aufgestellt, um Fördermaßnahmen für "Sinti und Roma" anzubieten, die zu einem erfolgreichen Bildungsweg führen. Die Akteur*innen müssen besser vernetzt werden und politische Gremien müssen Strukturen schaffen, die Antiziganismus als Bildungsbarriere verhindern. Best-Practice-Beispiele sollen analysiert und auf ihre Pilot-Funktion bearbeitet werden.

I116 Elektromobilität sinnvoll fördern

Gremium: OV Detmold
Beschlussdatum: 04.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Für eine nachhaltige Elektromobilität ist unabdingbar:

1. Sie ist an eine Stromproduktion zu 100% aus regenerativen Quellen gebunden.
2. Sie kann nur ein Baustein in einem nachhaltigen Verkehrssystem neben dem klassischen Umweltverbund Bus – Bahn – Radverkehr sein.
3. Elektroautos sind in ein Stromverbundsystem einzubeziehen, das dem zeitlichen Ausgleich von Stromangebot und -nachfrage dient.

Begründung

Zu 1.: Zu einer Mobilität ohne Öl können Elektroautos einen wesentlichen Beitrag leisten. Solange aber noch Strom aus fossilen Energieträgern gewonnen wird, tragen E-Autos nicht zwangsläufig zur Reduktion des Kohlenstoffdioxidausstoßes bei.

Zu 2.: Strom aus regenerativen Quellen wird immer ein knappes Gut sein. Von daher können nicht alle Autokilometer, die heute gefahren werden, zukünftig mit E-Autos zurückgelegt werden.

Zu 3.: Da auch E-Autos nur einen Bruchteil der Zeit tatsächlich zur Fortbewegung genutzt werden, ansonsten aber stehen, sollten die Autoakkus als Stromspeicher mitgenutzt werden.

I117 Thermovoltaik vorrangig fördern

Antragsteller*in: Hasan Eker

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Thermovoltaik = Strom direkt aus jeder Wärme/Abwärmequelle

Als ca. vor 10-12 Jahren diese Idee das erste mal auch in DE der Öffentlichkeit bei einem Wettbewerb (strat2grow.de) vorgestellt wurde, lachten und schmunzelten einige "Möchtegernexperten" von namhaften Instituten und Energiekonzernen. Heute forschen einige Doktoranten dieser Institute nach Materialien, die für die Thermovoltaik wichtig und unerlässlich sind.

Begründung

Energie für heute, morgen und übermorgen

Fossile Brennstoffe sind in Deutschland Strom- und Wärmequelle Nummer eins. Bei ihrer Verbrennung entsteht Kohlendioxid, das als Treibhausgas das Klima unserer Erde nachhaltig verändert. Auch reichen Erdöl-, Erdgas- und Kohlevorräte nicht ewig. Windkraft und Wasser gibt es nicht überall und die Sonne scheint auch nur tagsüber. Thermovoltaik ist die umwelt- und klimafreundlichste Energieform der Zukunft. Strom direkt vor Ort aus jeder Wärme- und Abwärmequelle. Tag- und Nacht, ohne Unterbrechung, ohne Lärm, ohne Abgase, ohne Verschleißteile und vor allem ohne CO₂.

I118 Rassismus an der Wurzel anpacken und bekämpfen

Antragsteller*in: Hasan Eker (OV-Dortmund Huckarde)

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Beim Kampf gegen die Nazis beziehen viele Positionen und einige gehen sogar auf die Strasse. Nur beim Thema Rassismus herrscht relative Stille und Desinteresse. Bei der Votierungsveranstaltung für unsere beiden potentiellen Landtagskandidaten habe ich unseren Kandidaten gestern Abend nur eine einzige Frage gestellt und leider keine befriedigende Antwort erhalten! Meine Frage lautete: "Welchen Stellenwert hat bei euch (bei den Grünen) der Kampf gegen den Rassismus?"

Begründung

Rechtsextremismus kann keine Partei, keine Gesellschaft nachhaltig bekämpfen, wenn zugleich das für die Mehrheitsgesellschaft unangenehme Thema "Rassismus" tabuisiert wird!

Auf institutionelle Diskriminierung möchte ich hierbei nicht einmal näher eingehen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus wird immer zum Scheitern verurteilt sein, wenn nicht zugleich auch der Rassismus und deren Ursachen bekämpft wird. Wenn ihr einmal in euren OV's fragt, was haben wir in den letzten 12 Monaten gegen Rassismus unternommen, werdet ihr überraschende Antworten erhalten.

Mit nur einem Workshop, oder einer Demo oder nur den Druck von 1.000 Info-Flyer wird man Rassismus und Rechtsextremismus NIEMALS bekämpfen und deren Ausweitung stoppen können.

I119 Qualität der Schulverpflegung verbessern

Antragsteller*in: Sonja von Zons (OV Rheda-Wiedenbrück)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die Qualität der Mahlzeiten in unseren Schulen soll verbessert werden. Es sollen Anreize für die Einführung eines Bio-Essens und fleischloser Tage gesetzt werden.

Begründung

Der Großteil der Schüler*innen in NRW besucht Ganztagschulen, sodass viele von ihnen auch mittags in der Mensa essen. Die Qualität des Essens ist stark abhängig vom Caterer. Es sollten einheitliche Standards eingeführt werden, die alle Caterer erfüllen sollten, z.B. die Zusammensetzung der Mahlzeiten nach den Richtlinien der DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung). Die Anregung eines wöchentlichen Veggiedays wurde populistisch zerrissen und als "Fleischverbot" uminterpretiert, um die Grünen als Verbotsparterie zu verunglimpfen. Nichtsdestotrotz vollzieht sich aber ein gesellschaftlicher Wandel hin zum vegetarischen und Bio-Essen. Für Schulen und Caterer sollten Anreize zur Erweiterung des Speiseplans gesetzt werden.

I120 50 klimagerechte Regionen in NRW: Das Förderprogramm für regionale Zusammenarbeit bei Erneuerbaren Energien und Klimaschutz

Antragsteller*in: Wibke Brems

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Viele Regionen haben sich bereits auf den Weg gemacht und sich Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gesetzt oder sich zur Reduktion von Treibhausgasen verpflichtet. Besonders der Austausch zwischen den Kommunen und Ideen für das gemeinsame Erreichen von Zielen sollten unterstützt werden. Gerade kreative Lösungen im regionalen Zusammenhang können eine Vorbildfunktion übernehmen. Solche Vernetzung von Kreisen, mehrerer Kommunen oder größerer Regionen sollte das Land deshalb unterstützen.

Begründung

Vom Ausbau der Erneuerbaren Energien bis zum Klimaschutz - NRW hat sich hohe Ziele gesteckt. Das Erreichen dieser Ziele gelingt jedoch nur mit der Umsetzung von Projekten vor Ort. Gerade beim Klimaschutz und den Erneuerbaren Energien ist es sinnvoll, aus dem Konkurrenzdenken der Kommunen auszubrechen und Lösungen in der Zusammenarbeit mit angrenzenden Kommunen und Kreisen zu suchen. Das zu fördern, birgt Potenzial für kreative neue Ideen.

I121 NRW: Erneuerbares Industrie- und Ideenland - Wirtschaftsförderungsprogramm für Klimaschutztechnologie-Startups und -Industrie

Antragsteller*in: Wibke Brems

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

NRW ist ein starkes Industrieland. Damit das so bleibt und unser Land für Investitionen auch zukünftig attraktiv ist, wollen wir unsere Wirtschaftsförderung an Klimaschutzleitlinien ausrichten. Startups, die innovative Ideen im Bereich der Klimaschutztechnologien entwickeln, sollen vom Land unterstützt und so ein positives Investitionsklima gefördert werden.

Begründung

NRW soll der Anziehungspunkt für Innovation und neue Ideen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz-Technik werden. NRW soll Gründer*innen als erstes einfallen, wenn sie ein Technik-Start-Up gründen wollen. Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Daher ist die Förderung des Einsatzes von umwelt- und klimafreundlichen Technologien in der Industrie notwendig. Wir wollen die Industrie bei ihren Klimaschutzbemühungen unterstützen, so dass unser Ziel einer 100% Erneuerbaren Energieversorgung auch im Industrieland NRW Wirklichkeit wird.

I122 Vernetzte Pilotanlage(n) Power-to-Gas

Antragsteller*in: Wibke Brems

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Das Land NRW sollte die Forschung und Erprobung von Power-To-Gas weiter vorantreiben und an zwei Pilotstandorten die Verbindung von Windenergieanlagen und Power-To-Gas-Anlagen mit weiteren Nutzungen weiterentwickeln. An einem Standort soll die Möglichkeiten für die industrielle Nutzung erprobt werden. Eine zweite Anlage soll die Verbindung von Power-To-Gas mit einem Blockheizkraftwerk sowie die Versorgung einer Gastankstelle für klimafreundliche Fahrzeuge erproben.

Begründung

Für eine Versorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien werden wir früher oder später Speicherkapazitäten brauchen. Dabei ist der Mix von Speichern, auf Grund ihrer jeweiligen Vor- und Nachteile, entscheidend. NRW muss Vorreiter für moderne Speichertechnologien werden. Eine Möglichkeit Strom, der durch Erneuerbare-Energien-Anlagen produziert wird, zu speichern, ist die Herstellung von Wasserstoff oder Methan. Sowohl Wasserstoff als auch Methan können gut über einen langen Zeitraum gespeichert und transportiert werden. Zudem gibt es die unterschiedlichsten Verwendungsmöglichkeiten. So kann das gewonnene Gas im Bereich von Mobilität (Busse, Autos), zur Wärme- und Stromgewinnung (Kraft-Wärme-Kopplung) und in der Industrie eingesetzt werden.

I123 Regionale Energieinformationszentren

Antragsteller*in: Wibke Brems

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Es besteht sehr großer Informationsbedarf über Wärmedämmung, Eigenversorgung, Energieeinsparung, Effizienz und vieles mehr. Bei Schüler*innen, Mieter*innen, Handwerker*innen, Architekt*innen, Hausbesitzer*innen, allen Verbraucher*innen. Diesem Informationsbedarf kann am besten in regionalen Energieinformationszentren Rechnung getragen werden. In allen Regionen sollten solche Zentren als Kompetenzzentren, Treff- und Anlaufpunkt für alle Energiefragen entstehen und vom Land unterstützt werden.

Begründung

Die Energiewende und unsere Energieversorgung sind zwar in aller Munde, aber genauer hingeschaut sind die Kenntnisse zu diesen Themen zumeist ausbaufähig. Dieser Aufgabe stellen sich bereits Einrichtungen, deren Arbeit landesweit übertragen werden soll. Solche guten Beispiele für erfolgreiche Informationsarbeit sind das „EkoZet“ Energiekompetenzzentrum im Rhein-Erft-Kreis (<http://ekozet-rek.de/>) und das Energeticon in Alsdorf (<http://www.energeticon.de/web/>). Hier werden Informationen in praxisnahen Ausstellungen, Vorträgen, Projekten, Führungen und Fortbildungen an alle Zielgruppen anschaulich weitergegeben.

I124 Wir zeigen Widerstand gegen die systematische Ausbeutung osteuropäischer Arbeiter in der Fleischindustrie

Gremium: OV Rheda-Wiedenbrück

Beschlussdatum: 05.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Wir üben Kritik am System des systematischen Wegschauens/der organisierten Verantwortungslosigkeit und weisen auf die moralische Mitverantwortung für die prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werkvertragsarbeiter aus Polen, Rumänien, Bulgarien hin.

Begründung

Zigtausende leben fast unbemerkt unter uns: Werkvertragsarbeitnehmer. Sie übernehmen Tätigkeiten, die kein Deutscher zu diesen prekären Arbeits- und Wohnbedingungen für diesen Lohn erledigen würde. Sie sättigen damit unsere Gier nach immer mehr Fleisch zu immer billigeren Preisen. Das System "Werkverträge" verursacht Abhängigkeiten zu dem Subunternehmer, der sie einstellt. Unzureichende Sprachkenntnisse verschärfen die Abhängigkeit. Es gibt für die Menschen kaum Möglichkeiten, sich gegen fehlerhafte Abrechnungen und deaströse Wohnverhältnisse zu wehren, ohne jederzeit damit rechnen zu müssen, gekündigt zu werden. Das ausbeuterische System Werkverträge gehört abgeschafft. Das sollte unsere klare Botschaft an die Bundesregierung sein!

I125 Unterstützung und Weiterentwicklung der Institutionen des Zweiten Bildungsweges (Weiterbildungskollegs)

Antragsteller*in: Axel Bruns (LAG, Sprecher der Kollegs NRW)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die Organisation der schulischen Ausbildung sollte erwachsenengerechten Prinzipien folgen.

Begründung

- die Struktur der Bildungsgänge sollte dem Prinzip der Modularisierung folgen;
- die Zeithorizonte des Schulbesuchs sollten ebenfalls flexibilisiert werden können, was die Präsenzplicht angeht (Bewertung des Lernerfolgs, nicht der Anwesenheit im Unterricht) wie auch die Öffnung der Wiederholungsmöglichkeiten;
- die Schulen des Zweiten Bildungsweges sollten als weitestgehend eigenständig verantwortliche Schulen das Recht erhalten, über ihre spezifischen Organisationsformen selbstständig zu entscheiden.
- erforderlich ist darüber hinaus ein weitergehendes eigenständiges Budgetrecht der Schulen, das vor Ort Personalentscheidungen ermöglicht, die die situativen Bedingungen der einzelnen Schulen angemessen reflektieren.

I126 Zugänge zum Zweiten Bildungsweg mehr Menschen ermöglichen

Antragsteller*in: Axel Bruns (LAG Bildung, Sprecher der Kollegs NRW)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Zugangsvoraussetzungen für Kollegs und Abendgymnasien an die soziale Realität anpassen:

- langfristige Erkrankung als Zugangsvoraussetzung anerkennen.
- Bildungsbausteine (etwa aus Berufskollegs, abgebrochene schulische Berufsausbildungen) als Zugangsvoraussetzungen anerkennen.
- prekäre Beschäftigungsverhältnisse als Zugangsvoraussetzungen anerkennen.
- Die Schulleitungen der Schulen des ZBW dürfen über Ausnahmefälle entscheiden und nicht, wie bisher, die Bezirksregierungen.

Begründung

Die Ausbildungsordnung des ZBW muss dringend an die Realität angepasst werden. Mittlerweile haben sehr viele junge Menschen gebrochene Bildungsbiographien, verursacht durch Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. Auch diese Menschen müssen das Recht bekommen, nachträglich Schulabschlüsse erwerben zu können.

I127 "Philosophieren mit Kindern" für die Grundschule - Ergänzung zum Fach Praktische Philosophie in der Sek.I u. Philosophie in Sek II

Antragsteller*in: Sigrid Beer

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die Religions- und Konfessionszugehörigkeiten der Grundschüler*innen in NRW sind im Wandel. Sie werden immer heterogener und die Anzahl der konfessionell gebunden Schüler*innen nimmt kontinuierlich ab. Deswegen wollen wir in Ergänzung zum bekenntnisorientierten Religionsunterricht das Fach Philosophieren mit Kindern in der Grundschule einführen, damit sicher Kinder mit Sinn-, existentiellen und Wertefragen auseinandersetzen können außerhalb eines bekenntnisorientierten Unterrichts,

Begründung

Der Religionsunterricht (RU) ist als einziges Unterrichtsfach im [Grundgesetz](#) als [ordentliches Lehrfach](#) für öffentliche Schulen abgesichert Art. 7. Abs. 3 [Grundgesetz](#)). Für sich als Religionsfreie verstehende Eltern und Schüler*innen gibt es bislang keine Alternative zum RU in der Grundschule. deshalb wollen wir das neue Fach einführen. Eine entsprechende Lehrerausbildung und Fortbildung soll eingerichtet werden.

I128 Forschung Energieträger Wasserstoff

Gremium: LAG Energie
Beschlussdatum: 09.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Die Forschung zum Energieträger Wasserstoff sollte weiter geführt werden. Dabei sollte ein Fokus auf Speichermedien und Trägersysteme gelegt werden.

Begründung

Wasserstoff ist ein emissionsfreier Energieträger, daher ist ein Ausbau von Systemen um Wasserstoff als Energieträger nutzen zu können erstrebenswert. Hierbei bieten sich vor allem dezentrale Trägersysteme an, um die Wasserstoffnutzung für Privathaushalte zu ermöglichen.

I129 Versiegelte Flächen zur Nutzung von EEn

Gremium: LAG Energie
Beschlussdatum: 09.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

NRW als dicht besiedeltes Bundesland sollte gezielt Projekte fördern, die bereits versiegelte Flächen, insb. auch Verkehrsflächen, zur Gewinnung erneuerbarer Energien nutzen."

Begründung

Einem unnötig erhöhten Flächenverbrauch kann dadurch entgegengewirkt werden. Beispiele könnten sein in Radwegen und Parkplätzen Photovoltaikanlagen zu integrieren.

I130 Verkehrserziehung in der Schule

Gremium: LAG Energie
Beschlussdatum: 09.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Verkehrserziehung sollte auch in den höheren Jahrgangsstufen Teil des Schulunterrichts werden. Dabei sollten auch die ökologischen Auswirkungen der Automatisierung unserer Gesellschaft thematisiert werden.

Begründung

Für viele Menschen ist es eine Selbstverständlichkeit, mit ihrer Volljährigkeit auch direkt einen Führerschein zu machen. Gut so, denn sie erschließen sich damit die Möglichkeiten einer neuen Dimension der Mobilität und davon sollte sie niemand abhalten. Doch damit einher geht viel zu oft auch die Entscheidung, sich in eine lebenslange (psychische und faktische) Abhängigkeit vom Auto zu begeben. Das Auto gehört dann zum Lebensstil. Arbeits- und Wohnort werden so gewählt, dass eine spätere Abschaffung des Autos kaum mehr möglich ist. Wir wollen auf diese wichtige Entscheidung des Autokaufs durch Information frühzeitig Einfluss nehmen.

I131 Rahmenbedingungen für die Energiewende gestalten

Gremium: LAG Energie
Beschlussdatum: 09.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Bei jeder geplanten Gesetzesänderung sollte das Gesetz hinsichtlich seiner Auswirkungen auf und mögliche Konflikte für die Energiewende geprüft werden

Unser Finanzsystem wird fit gemacht für die Anforderungen der Energiewende (Steuerpolitik, Förderprogramme, Subventionspolitik, Preise und ökologische Wahrheit, Abgaben auf Bodenschätze, und vieles mehr)

Begründung

Die Energiewende umfasst mehr als nur "Energieversorgung": es geht zunächst darum, überhaupt den Bedarf an Energie zu reduzieren. Darum streben wir an, auch die Rahmenbedingungen außerhalb der eigentlichen Energiepolitik im Sinn der Energiewende zu verbessern.

I132 Ausstieg aus der Braunkohle

Gremium: LAG Energie
Beschlussdatum: 09.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Die Grünen fordern einen beschleunigten Ausstieg aus der Braunkohle. Dies verlangt einen Braunkohleausstiegsplan und die Gründung einer Stiftung zur Finanzierung der Ewigkeitskosten (analog der RAG für die Steinkohlehinterlassenschaften)

I133 Rohstoffabgabe

Gremium: LAG Energie
Beschlussdatum: 09.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Es sollte eine Rohstoffabgabe (Konzession) für die Braunkohle sowie andere Rohstoffförderungen eingeführt werden

Begründung

Preise sollen auch die ökologische Wahrheit sagen.

I135 Enersparkkonzepte Landesimmobilien

Gremium: LAG Energie
Beschlussdatum: 09.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir fordern Energiesparkkonzepte (inkl. deren räumlicher Lage und Verkehrskonzepte) für Landesimmobilien und -einrichtungen und deren Nutzer, z.B. Unis/Hochschulen

I136 Förderprogramm EEn

Gremium: LAG Energie
Beschlussdatum: 09.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Die Grünen fordern die Aufstellung eines Förderprogramms für regenerative Energien z.B.

- o 100.000 Dächer-Programm für Photovoltaik in NRW

- o Förderung von Energiegenossenschaften

I137 ownCloud für Bürger*innen und Verwaltung

Gremium: LAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 05.03.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Die Idee ist eine staatlich geförderte Datencloud (wie z.B. bei Dropbox) in NRW für Bürgerinnen und Bürger zu etablieren. Dieses Projekt wurde so ähnlich schon für Student*innen im Projekt sciebo etabliert. Dort stellen die Hochschulen ihren Studierenden, Mitarbeiter*innen und Lehrenden 30 – 500 GB Cloudspeicherplatz zur Verfügung. So wurde den Hochschulen eine datenschutzkonforme Alternative zu amerikanischen Diensten geboten, welche einen Austausch anregt und vereinfacht.

Begründung

Dropbox, Google Documents, iCloud, Office 365... Viele Bürger*innen leben schon in den digitalen Wolken. Schließlich es ist ja auch eine tolle Sache von all seinen Geräten (Smartphone, Computer, Tablet...) Zugriff auf seine Daten zu haben und diese durch einen einzigen Klick teilen zu können. Doch viele leben mit Bauchschmerzen dort, denn die amerikanischen Dienste schlagen natürlich Profit aus unseren Daten.

Die Antwort kann die Bürgercloud sein. Ein owncloud (open source) basierter dezentraler Clouddienst vom Land NRW gefördert. Auch öffentliche Verwaltungsdaten könnten auf diese Art einfacher mit den Menschen in diesem Land geteilt werden. So flankiert die Idee der Bürgercloud auch hervorragend andere grüne Projekte wie Open Data oder OER

I138 Die Chancen der Digitalisierung zur Integration von Geflüchteten nutzen - Medienprojekte und Apps für Flüchtlinge fördern

Gremium: LAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 05.03.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Die Digitalisierung bietet viele Möglichkeiten, um die Integration von Geflüchteten zu unterstützen. Dabei muss nicht nur ein Internetzugang für alle sicher gestellt sein, es braucht außerdem Computerkurse und Projekte zur Stärkung der Medienkompetenz. Auf kommunaler Ebene helfen mehrsprachige Stadtwebsites bürokratische Hürden abzubauen. Flüchtlings-Apps können zur Vernetzung untereinander und mit den Menschen der jeweiligen Kommune beitragen.

Begründung

Medienpädagogische- und Filmprojekte mit Integrationsansatz unterstützen ein gegenseitiges Kennenlernen und verschaffen Einblick in die unterschiedlichen kulturellen Perspektiven.

I139 Mediennutzung im Strafvollzug

Gremium: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 05.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Im Zuge der Resozialisierung sollen Strafgefangene auch Zugang zum Internet erhalten. Viele Strafgefangene geraten ansonsten in die Gefahr von der Gesellschaft abgehängt zu werden. Auch für berufliche Möglichkeiten und bestimmte Bildungsangebote ist das Internet nahezu unverzichtbares Medium. Weiterhin sollten Strafgefangene im Umgang mit dem Internet geschult werden. Auch sollten Strafgefangene die Möglichkeit bekommen das Internet unter Aufsicht im Rahmen der Resozialisierung zu nutzen.

Begründung

Strafgefangene verbleiben teilweise sehr lange im Strafvollzug. Das Internet, das denn Alltag der Menschen "draußen" bestimmt, ist "drinnen" quasi nicht vorhanden. Dabei ist das Internet gerade gut um Kontakt zu Familien zu halten. Aus diesem Grund sollten Strafgefangene die Möglichkeit bekommen das Internet überwacht zu nutzen, um wichtige soziale Bindungen zu erhalten. Auch kann das Internet beispielsweise dafür genutzt werden vor der Haftentlassungen bereits nach Wohnungen oder Arbeitsplätzen zu suchen.

I140 Zugang zur Justiz zu erleichtern

Gremium: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 05.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Durch das Beratungshilfegesetz wird der Zugang zur Justiz erleichtert. Doch werden diese Möglichkeiten noch viel zu selten genutzt. Deshalb fordern wir die Hürden zur Nutzung des Beratungshilfegesetzes weiter abzusenken. Außerdem sollen die Möglichkeiten des Beratungshilfegesetzes stärker beworben werden um den Bürger*innen die Möglichkeiten der bürgernahen Justiz näher zu bringen.

1141 Zugang zum Richteramt erleichtern

Gremium: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 05.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wir fordern die Zugangsvoraussetzungen für das Richteramt so zu verändern, dass Menschen mit Migrationshintergrund einen leichteren Zugang zur Justiz bekommen. Das Kopftuchverbot für Richterinnen ist abzuschaffen.

Weiterhin fordern wir die Altersgrenzen für den Zugang zum Richteramt anzuheben, um älteren Menschen die Möglichkeit zu geben Richter zu werden.

Begründung

Der Anteil von Migrant*innen in der Justiz ist immer noch viel zu gering. Das wollen wir ändern. Dazu ist auch zu überdenken die Einstellungs Voraussetzungen für den Zugang zum Richteramt abzuschaffen.

Dazu kommt, dass es gerade Menschen, die erst nach einer Ausbildung oder einem vorherigen Studium Jura studieren kaum Möglichkeiten haben das Richteramt zu ergreifen. Deshalb wollen wir die Altersgrenzen für den Zugang zum Richteramt weiter anheben.

I142 Digitale Heimarbeitsplätze fördern und gestalten – attraktive Angebote schaffen

Gremium: LAG Medien/Netz
Beschlussdatum: 05.03.2016
Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Wir wollen die Schaffung von digitalen Heimarbeitsplätzen – die bisher weit hinter den Erwartungen zurück bleibt – voranbringen. Dazu sollen die Vorteile, die Telearbeitsplätze bieten verstärkt in den Fokus gesetzt und beworben werden. Zudem sollen Anreiz- und Förderprogramme geschaffen werden, die Unternehmen und Verwaltungen bei der Planung und Bereitstellung von digitalen Heimarbeitsplätzen unterstützen und begleiten.

Begründung

Durch den Ausbau digitaler Infrastrukturen bis in den ländlichen Raum hinein wird ein großes Potential für IT-basierte Heimarbeitsplätze geboten. Vielfach sind die technischen Möglichkeiten bereits jetzt gegeben, doch Unternehmen und Verwaltungen tun sich oft noch schwer mit der Schaffung solcher Angebote. Zur Erhöhung der Akzeptanz und der Minderung von Unsicherheiten wäre ein kostenloses arbeits- und datenschutzrechtliches Beratungsangebot sowie eine Begleitung bei den Gestaltungsmöglichkeiten dieser Arbeitsplätze ein denkbarer Ansatz. Pluspunkte sind: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ökologische Vorteile, Teilhabe mobilitätseingeschränkter und behinderter Menschen, ökonomischen Vorteilen (z. B. Büroflächen-Einsparung).

I143 Staatsanwaltschaften stärken, Regierungseinfluss mindern.

Gremium: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 05.04.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wir wollen die ministerielle Einzelweisung gegenüber den Staatsanwaltschaften einschränken. Prozesse und Ermittlungen sollen möglichst unabhängig stattfinden. Einfluss von außen lehnen wir so weit wie möglich ab.

Begründung

Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, dass äußerer Einfluss auf die Staatsanwaltschaften selten gut ist. Deshalb wollen wir die aktuell existierende Selbstverpflichtung, dass die Regierung sich nicht in laufende Verfahren einmischt zumindest so weiter erhalten und nicht antasten. Ministerielle Einzelanweisungen darf es auch in Zukunft nicht geben.

I144 Zeugenschutz

Gremium: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 05.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Der Schutz von sensiblen Zeugendaten muss erhalten bleiben. Adressen und weitere datenschutzrechtlich relevante Daten dürfen bei einer anwaltlichen Anfrage nicht mehr heraus gegeben werden, damit diese Daten nicht auf welchem Weg auch immer, an Straftäter gelangen können, die dann die Zeugen unter Druck setzen können.

Begründung

Aktuell ist es für Täter von Straftaten noch zu einfach an die Daten der Zeugen zu kommen. Dies muss sich dringend ändern. Speziell mit der Einführung der digitalen Akten im Bereich der Justiz muss es möglich sein die Daten der Zeugen im Fall einer anwaltlichen Akteneinsicht zu schwärzen um garantieren zu können, dass diese Daten nicht zum Täter gelangen.

I145 Justiz als Bildungsträger

Gremium: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 05.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Die Justiz soll mit Bildungsträgern zusammen arbeiten um flächendeckend Rechtskunde anzubieten. Es ist aktuell nicht niedrigschwellig möglich an juristische Grundkenntnisse zu kommen, was aber teilweise zwingend notwendig wäre, sowohl im politischen Diskurs, als auch im Alltag. Rechtskunde an Schulen soll ausgebaut und Teil der regulären Unterrichtsplanung werden.

I146 Masterplan digitale Kompetenz - Pflichtbereiche & Lehrerausbildung anpassen um Disruption durch Digitalisierung zu begegnen

Gremium: LAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 05.03.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Digitale Kompetenz muss in alle Bildungskonzeptionen verbindlich integriert werden. Von ersten Erfahrungen mit den Grundlagen des Digitalen (Sortieren/Reihungen etc.) und Geräteintegration in der KiTa über ein Pflichtfach MeDi (Medien & Digitales) ab der Grundschule mit 2 Wochenstunden (gemäß Dagstuhl-Erklärung und vorhandenen Didaktikkonzepten der GI) zum Pflicht- und Wahlpflichtfach Informatik analog den Naturwissenschaften in Sek1 und Sek2. Erzieher- und Fachlehrerausbildung entsprechend.

Begründung

Die digitale Revolution ändert alles. Die Hälfte aller Arbeitsplätze werden binnen 20 Jahren weg bzw grundlegend gewandelt sein. Etwas Medienanwendung/Medienkompetenz durch Medienpass reicht da nicht. Wir müssen nicht user, sonder creator werden, die Grundlagen der Digitalisierung verstehen und selbst anwenden können, um master of the machine und Souverän in der digitalen Gesellschaft bleiben zu können. Wir müssen informatische Modulation, das Begreifen und Bearbeiten der Welt durch Code, Algorithmen und Schaltkreisarchitektur, morgen so wichtig wie heute die Schriftsprache, die basale Kulturtechnik der Zukunft, vergemeinschaften. Wir müssen heute handeln, um morgen massenhaften digitalen Analphabetismus und digitale Unmündigkeit abzuwenden.

I147 Individuell angepasste Hilfeebringung/ Hilfeleistung

Antragsteller*in: Silvia Nadine Halusiak

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Die Politik muss für einen Abbau der Hürden für Menschen mit Behinderung sorgen. Es darf nicht sein, dass sich Betroffene selber über ihre Rechte informieren und zusätzlich auch noch bei den Kostenträgern kämpfen müssen.

Begründung

Besonders betroffen hiervon sind Menschen mit einer Behinderungsform, die nicht auf den 1.Blick zu erkennen ist, bspw. einer psychischen Behinderung o. einer Entwicklungsstörung wie Autismus.

Um Hilfsangebote wahrnehmen zu können, müssen für Kostenträger regelmäßig Hilfepläne erstellt werden, die dann in Hilfeplankonferenzen "zerpflückt" werden, wodurch die Individualität der Hilfepläne außer Acht gelassen wird - Denn der Hilfebedarf, der von den Kostenträgern zuerkannt wird, entspricht nicht zwangsläufig dem, was die Betroffenen (als Experten in eigener Sache) u. die Hilfeebringer, die die Betroffene/ den Betroffenen in der Regel schon sehr lange kennen, als erforderlich ansehen u. auch realistisch einschätzen können, was erforderlich ist.

Unterstützer*innen

René Halusiak

I148 Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in öffentlichen Verwaltungen

Antragsteller*in: Silvia Nadine Halusiak

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Es wird angeregt, dass eine Gesetzesinitiative erfolgt, wonach die Kommunen ihren Webauftritt und Infomaterial auch für Menschen mit Behinderung den jeweiligen Anforderungen entsprechend anbieten müssen (bspw. in einfacher Sprache, Braille-Schrift, etc.).

Des Weiteren wird angeregt, dass Ämter ihre Bescheide erforderlichenfalls auch in einfacher Sprache und Braille-Schrift erstellen können.

Begründung

Hierdurch sollen auch die Menschen mit Behinderung in die Lage versetzt werden, ihre Selbstständigkeit so weit wie möglich zu erhalten und sich auch selber über Dinge, die sie interessieren, Informationen zu beschaffen.

Bescheide von Ämtern sind oftmals derart kompliziert formuliert, dass sie auch für Menschen ohne Behinderung schwierig zu verstehen sind. Wenn Ämter jedoch in der Lage sind, Bescheide zumindest in einfacher Sprache verfassen zu können, gewinnen Menschen mit einer geistigen Behinderung an Selbstständigkeit und Unabhängigkeit hinzu, bestenfalls stärkt man dadurch auch ihr Selbstbewusstsein und leistet einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft.

Unterstützer*innen

René Halusiak

I149 Änderung der Schulformbezeichnung Schule für Kranke

Antragsteller*in: Cornelius Busch (Verband Sonderpädagogik)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die Bezeichnung der Schulform "Schule für Kranke" ist nicht mehr zeitgemäß. Sie wird insbesondere von erkrankten Schülerinnen und Schülern aus dem Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie als stigmatisierend, etikettierend und kategorisierend empfunden. Die Bezeichnung „Schule für Kranke“ sollte geändert werden in: „Schulisches Zentrum für Pädagogik bei Krankheit“ oder - wie beispielsweise im Bundesland Hamburg - in: „Bildungs- und Beratungszentrum für Pädagogik bei Krankheit“.

Begründung

Mit der Abkehr vom Defizitverständnis wurden für alle Förderschulen Bezeichnungen gewählt, die den jeweiligen Förderschwerpunkt in das Zentrum stellen. Nicht mehr die Behinderung, sondern das jeweilige Aufgabengebiet, der jeweilige Förderschwerpunkt, wurde in das Zentrum der Schulformbezeichnung gestellt. Im Sinne dieser Entwicklung ist auch die Bezeichnung der Schulform „Schule für Kranke“ zu verändern. Schülerinnen und Schüler empfinden die Bezeichnung „Schule für Kranke“ als stigmatisierend und wollen nicht über das Teilmerkmal „krank“ definiert werden; sie verstehen sich nicht als „Kranke“, vielmehr als Menschen, die von Krankheit betroffen sind.

I150 Aufbau eines Forschungs-/Kompetenzzentrums zur wissenschaftl. Begleitung der Vision, NRW vom Kohle/Stahl-Land zum Smart-Land zu entwickeln

Gremium: LAG Medien/Netz

Beschlussdatum: 05.03.2016

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Aufbau eines wissenschaftl. Instituts zur interdisziplinären Erforschung der disruptiven Prozesse der Digitalisierung und Zusammenführung der hierzu forschenden Anwendungswissenschaften: Change-Prozesse identifizieren, Effekte prognostizieren, technische, ökonomische, politische, juristische, soziale und kulturelle Implikationen erarbeiten, Politik, Verwaltung und Wirtschaft beraten. Fachbereiche: Medien-/Kommunikationswissenschaften, Informatik, Soziologie, Politik, Jura, BWL/VWL, Psychologie.

Begründung

Alle gesellschaftlichen Lebensräume werden vom digitalen Wandel tiefgreifend verändert: Die Digitalisierung wird in den nächsten 20 Jahren 50% der heutigen Arbeitsplätze verschwinden lassen oder extrem wandeln, alte Industrie- und Wirtschaftszweige werden durch neue Geschäftsmodelle ersetzt werden, Politik/Verwaltungen werden ihre Prozesse komplett umstellen müssen, Gemeinschaften und Solidaritätsbeziehungen zunehmend über das Netz organisiert werden, genau wie unser intellektuelles und kulturelles Erfassen und Bearbeiten der Welt und der Dinge. NRWs Zukunft liegt im Wandel vom Kohle/Stahl-Land zum Smart-Land, zum Land digitaler Kompetenz und smarterer Lösungen. Dies muss von einem Exzellenzcluster wissenschaftlich erforscht/begleitet werden.

I151 Enquetekommission Bürgergesellschaft NRW

Antragsteller*in: Dieter Schöffmann (AK Bürgerstadt KV Köln)

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

In der nächsten Legislaturperiode wird vom Landtag eine Enquetekommission „Bürgergesellschaft NRW“ eingesetzt.

Begründung

Die Bürgergesellschaft und ihre Handlungsformen des Bürgerengagements und der (politischen) Beteiligung befinden sich im Wandel. Hier liegen Potenziale und Chancen für die Zukunftsgestaltung unserer Gesellschaft, die noch besser als bisher erkundet werden müssen – auch unter dem Gesichtspunkt landespolitischer Handlungsbedarfe und -möglichkeiten. Zu diesem Zweck sollte eine Enquetekommission eingesetzt werden, die u.a. Fragen der Entwicklungsperspektiven, der abzubauenen Barrieren und der zu entwickelnden förderlichen (Rahmen)Bedingungen u.a.m. systematisch bearbeitet.

Vorschlag vom AK Bürgerstadt der Kölner Grünen - www.gruenekoeln.de/arbeitskreise/kreisverband/buergerinnen.html

Unterstützer*innen

Andrea G. Malorny (KV Köln); Ulla Eberhard (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln)

I152 Lernen von und durch Bürgerengagement an allen Schulen

Antragsteller*in: Dieter Schöffmann (AK Bürgerstadt KV Köln)

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

„Lernen von und durch Bürgerengagement“ (ServiceLearning / Engagementlernen) wird für alle öffentlichen Schulen in NRW als verbindliches pädagogisches Element eingeführt. Alle Schulen erhalten die Vorgabe, pädagogische Konzepte des „Engagementlernens“ in geeignete Unterrichtsformate wie den Projektunterricht, Gesellschaftskunde u.a.m. zu integrieren (also kein neues Unterrichtsfach).

Begründung

Verkürzung und Verdichtung von Schulzeiten sowie die Ausweitung zum Ganzttag reduzieren die Möglichkeiten für junge Menschen, bürgerschaftliches Engagement durch Gelegenheiten in ihrer Freizeit kennen- und schätzen zu lernen. Dies kann dazu beitragen, dass sich zukünftige Generationen weniger für gemeinnützige Anliegen engagieren.

Eine verbindliche Vorgabe mit einer angemessenen fachlichen und materiellen Unterstützung bedeutet eine landesweite Gelegenheit des Engagementlernens für jeweils eine ganze Schülergeneration. (siehe auch: www.engagementlernen.de)

Es gibt zahlreiche Schulen, die bisher schon positive Erfahrungen mit diesem pädagogischen Ansatz machen. Es hängt aber bislang von der Einsicht und dem Willen jeder einzelnen Schule ab.

Unterstützer*innen

Ulla Eberhard (KV Köln); Andrea G. Malorny (KV Köln); Florian Lemmes (KV Köln)

I153 Kein Bauschutt beim Waldwegebau

Antragsteller*in: Jürgen Wächter

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Verbot der Verwendung von unverarbeiteten Bauschutt beim Bau von Wald- und Forstwegen

Begründung

Innerhalb des Waldes ist immer wieder zu beobachten, dass unsortierter und unverarbeiteter Bauschutt abgekippt und dann zum Wegebau verwendet wird. Dabei handelt es sich oft aus einem Gemisch unterschiedlichster Substanzen, wie Steinen, Dachpappe, Schornsteinabbruch, Armaturen, (Asbest-)Faserplatten, Fliesen, Metallresten und sonstigen Verunreinigungen. Von einigen dieser Stoffe können Gefahren der Beeinträchtigung von Boden und Grundwasser ausgehen. Offensichtlich steht häufig nicht die Wiederverwendung, sondern die kostenfreie Abfallbeseitigung im Vordergrund. Recyclingmaterial sollte daher im Wegebau nur eingesetzt werden dürfen, wenn es frei von Schadstoffen ist und eine behördliche Genehmigung vorliegt.

I154 Proteststimme statt Wahlenthaltung und Radikalisierung

Antragsteller*in: Marc Kersten (Sprecher, AK Demokratie und Recht (KV Köln))

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wir wollen, dass die Bürger*innen bei Wahlen ihre Unzufriedenheit in Form einer Protest-Stimme ausdrücken können. Auf allen Stimmzetteln wird als zusätzliche Option "Keine(r) der Aufgelisteten" angeboten. Die entsprechenden Stimmen werden als gültig gezählt und offiziell in gleicher Form, wie die Werte der sonst Kandidierenden veröffentlicht. Die Stimmen für diese Option sind nicht mandatsrelevant, allerdings sinken dadurch die dargestellten Prozentwerte der anderen Listen und Kandidat*innen.

Begründung

Wir wollen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger am politischen Willensbildungsprozess teilnehmen. Die Proteststimme ermöglicht ihnen eine aktive und gültige Beteiligung an Wahlen. Gleichzeitig können sie ein politisches Zeichen setzen, ohne hierzu eine radikale Partei zu wählen, mit der sie inhaltlich ggf. gar nicht übereinstimmen. Manche(r) Wähler*in mag sich, wenn sie sich schon ins Wahllokal begeben hat, auch noch für eine der antretenden Listen oder Personen umentscheiden. Die Proteststimme ermöglicht eine Differenzierung zwischen politisch desinteressierten Nicht-Wählern und Protestwählern. Es gibt sie bereits jetzt u.a. in Spanien, Griechenland, der Ukraine, im US-Bundesstaat Nevada und der größten Demokratie der Welt: Indien.

I155 Religionsunterricht ist freiwillig - immer

Gremium: LAG Säkulare Grüne

Beschlussdatum: 28.02.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Immer noch ist vielen Eltern und Schüler*innen unklar, dass die Teilnahme am Religionsunterricht freiwillig und abwählbar ist und dass die Schüler*innen mit dem 14. Lebensjahr hierüber alleine entscheiden können. Zukünftig soll jedes Halbjahr abgefragt werden, wer am Religionsunterricht teilnehmen will und wer nicht. Dabei sollen Teilnahme und Nichtteilnahme gleich gewichtet werden.

I156 Keine berittene Polizei in NRW (und anderswo)

Antragsteller*in: Werner Hager (KV Rheinisch-Bergischer Kreis)

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Wir sollten darauf drängen, die Pferdestaffeln baldestmöglich abzuschaffen und ihren Einsatz gesetzlich zu verbieten.

Begründung

Gegen Pferdestaffeln spricht die fehlende Kontrollierbarkeit dieser Fluchttiere und die davon ausgehende Bedrohung von Demonstrant*innen.

Auch aus Tierschutzgründen ist nicht vermittelbar, warum Pferde diesem Stress und ggf. sogar Pfefferspray ausgesetzt werden sollen.

Das ausgerechnet Polizeipferde, vor denen sicherlich keine Teilnehmer*in einer Demo freiwillig stehen will, als Sympathieträger*innen für die Polizei verkauft werden, ist ein Skandal. Nebenbei gibt es auch Menschen mit panischer Angst vor Pferden.

Unterstützer*innen

Dirk Weber (KV Rheinisch-Bergischer Kreis)

I157 Unbürokratisches Grundeinkommen

Gremium: AK Soziales (KV Köln)

Beschlussdatum: 22.03.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Wir Grüne in NRW fordern ein Modellprojekt für ein unbürokratisches, sanktionsfreies Grundeinkommen, abhängig von lokalen Lebenshaltungskosten, dessen Höhe in Folgejahren an die Entwicklung des Mindestlohns gekoppelt ist. Wir wollen attraktivere Zuverdienstmöglichkeiten und deutlich höhere Freibeträge für angespartes Vermögen. Dies wollen wir in einem mit dem Bund koordinierten Modellprojekt über 5 Jahre auf Wirksamkeit, Akzeptanz und Finanzierbarkeit testen.

Begründung

Wir Grüne in NRW wollen, dass kein Mensch in Armut lebt oder Angst davor haben muss in prekäre Verhältnisse abzurutschen. Die von uns mit verantworteten Hartz IV-Reformen haben jedoch viele unerwünschte Nebeneffekte, die wir abstellen müssen. Wir wollen lieber in Menschen statt in Bürokratie investieren, eine Kultur des Vertrauens statt der Bespitzelung schaffen und die positiven Anreize zur Arbeitsaufnahme erhöhen. Die systematische Verarmung von Langzeitarbeitslosen durch Eingriffe in ihre wirtschaftliche Substanz ist eine Missachtung ihrer Lebensleistung und kann nur bei hohen Vermögenswerten in Frage kommen. Die Koppelung an den Mindestlohn soll einen angemessenen Abstand zwischen Leistungsempfängern und Geringverdienern sicherstellen.

I158 Bürgergeld und Ehrenamt

Gremium: AK Soziales (KV Köln)

Beschlussdatum: 22.03.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Wir Grüne meinen, dass der Staat im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die enormen Leistungen der Menschen in gesellschaftlich nützlichen Organisationen angemessen würdigen sollte. Deshalb wollen wir uns im Bundesrat für ein gestaffeltes Bürgergeld bei nachgewiesener ehrenamtlicher Tätigkeit stark machen. Vorstellbar wäre auch, dies zunächst in einem auf wenige Städte/Gemeinden begrenzten, mit dem Bund koordinierten Modellprojekt über 5 Jahre auf Wirksamkeit, Akzeptanz und Finanzierbarkeit testen.

Begründung

Wir Grüne in NRW zollen allen Menschen im Land den allergrößten Respekt, die sich - u.a. in der Flüchtlingsarbeit - ehrenamtlich engagieren. Wer dies tut, sollte hierfür jedoch zumindest eine kleine staatliche Aufwandsentschädigung erhalten, wie dies jetzt schon der Fall ist bei Mitgliedern in Gemeindevertretungen. Ohne die Arbeit von Ehrenamtler*innen würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren! Ein Bürgergeld ist dabei sozial gerechter als etwa eine steuerliche Absetzungsmöglichkeit. Dieses kommt auch Empfängern staatlicher Transferleistungen zu Gute und kann hier aktivierende Effekte haben. Das Bürgergeldmodell steht in der langen grünen Tradition, alle Formen von Arbeit (Erwerbstätigkeit, Ehrenamt, Familie) rechtlich anzugleichen.

I159 Spurwechsel: Flüchtlingen die Arbeitsaufnahme erleichtern, Geflüchtete zu Eingewanderten machen

Gremium: OV Wetter

Beschlussdatum: 04.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Integration von Geflüchteten verbessert sich mit der Chance, sich zu beteiligen und seinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Die menschlich und wirtschaftlich unerträgliche Statustrennung von Asylbegehrenden und Einwanderer*innen muss überwunden werden. Wir wollen uns um landespolitische Maßnahmen für die Öffnung gelingender Einwanderung bemühen. Wir wollen klare Regeln von Anfang an und Integrationsvereinbarungen für alle Ausländer, die sich länger als zwei Jahre in Deutschland aufhalten.

Begründung

Der Integration von Asylbegehrenden stehen bislang zu viele Hürden im Wege. Und selbst wenn es gelingt, Arbeit und Ausbildung zu finden, droht trotz offensichtlich gelungener Integration oft doch eine Abschiebung nach abgelehnter Asylprüfung oder ausgelaufener Duldung. Gleichzeitig dürfen bei den Ankommenden keine falschen Erwartungen geweckt werden. Eine Diskrepanz zwischen Willkommenskultur und der Ausführung bestehender Gesetze ist weder für die Betroffenen Asylbewerber, noch für Mitarbeiter*innen von Ausländerbehörden förderlich und tragbar.

I160 Wahlrechtsreform: Einführung einer Alternativ-/Ersatzstimme

Antragsteller*in: Marc Kersten (stellv. Sprecher LAG Demokratie und Recht)

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Durch die bereits in verschiedenen Ländern praktizierte Alternativstimme werden Wähler*innen nicht mehr genötigt, wegen Sperrklauseln für eine andere Partei als die von ihnen eigentlich favorisierte zu stimmen. Sie können dabei die antretenden Listen und Kandidat*innen in der Reihenfolge ihrer Präferenz durchnummerieren oder auch wie bisher einfach nur ein Kreuz machen. Bei der Ausgestaltung sind umfangreiche Heilungsmöglichkeiten vorzusehen, die eine Ungültigkeit der Stimmabgabe verhindern.

Begründung

Die Alternativstimme (Rangfolgewahl/Integrierte Stichwahl) bildet Wähler*innen-Präferenzen besser ab als das jetzige Wahlsystem, ohne die Komplexität von Kumulieren und Panaschieren anzunehmen. Sie erspart den Kommunen teure Stichwahlen und erhöht durch die Umverteilung der weiteren Präferenzstimmen die demokratische Legitimität der Gewählten. Sie würde zudem die Verfassungsmäßigkeit einer kommunalen Sperrklausel absichern. Auch das beim Grünen Demokratietag diskutierte Phänomen der Ausgrenzung ärmerer und bildungsfernerer Menschen durch ein für sie unübersichtliches Wahlsystem dürfte bei der Alternativstimme nicht verstärkt auftreten. Sie dürfte zudem mit dem jetzigen Koalitionspartner eher umsetzbar sein als Kumulieren und Panaschieren.

I161 Freiheit von Lehre und Wissenschaft - Neoliberale Wirtschaftstheorie

Antragsteller*in: Hans-Jürgen Klein (KV RheinBerg)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die Freiheit von Lehre und Wissenschaft ist ein hohes Gut. Ein einseitiges auf neoliberale Wirtschaftstheorien begrenztes Studium ist für uns nicht mit diesen Grundsätzen vereinbar. Wir Grüne setzen uns daher dafür ein, in Wissenschaft und Lehre das ganze Spektrum Wirtschaftswissenschaftlicher Theorien im Studium zu vermitteln.

Begründung

Viele Wirtschaftsstudenten in Deutschland sind unzufrieden mit dem, was sie lernen sollen. Zu theoretisch, zu formalistisch, zu wirklichkeitsfremd, sagen sie. Bundesweit haben sie sich inzwischen im Netzwerk „Plurale Ökonomik“ zusammengeschlossen,

Man gewinnt den Eindruck, dass Tatsächlich an den Universitäten im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften fast nur noch eine Denkschule vermittelt, die Neoklassik. Wirtschaftsliberale Theorien dominieren: Gut sind, grob gesagt, niedrige Steuern, niedrige Löhne, Privatisierung des öffentlichen Eigentums und der Altersvorsorge. Eher schlecht ist alles, was nach Sozialstaat riecht. (Quelle: PlusMinus 03.06.2015).

I162 Modellprojekte Ganztagsgrundschule entwickeln

Gremium: OV Wetter

Beschlussdatum: 04.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Der demografische Wandel und die starke Zuwanderung bedeuten für viele Kommunen Veränderungen in der Schulentwicklungsplanung. Dies ist der richtige Zeitpunkt, allen Kommunen neue Modellversuche für gebundene Ganztagsgrundschulen mit einem hohen Anteil an individueller Förderung zu ermöglichen. Wir wollen niemanden in die Ganztagsgrundschule zwingen, aber wir wollen über Modellprojekte zeigen, dass die gebundene Ganztagschule der bessere Weg ist.

Begründung

Der Offene Ganzttag war für alle ein großer Schritt für bessere Betreuung und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf; er war und ist auch ein Schritt zu mehr Chancengerechtigkeit für Kinder, die sonst keine warme Mahlzeit und keine Betreuung am Nachmittag bekommen hätten. Der Offene Ganzttag ist aber auch ein Modell mit beschränkten pädagogischen Möglichkeiten. Die strikte Trennung von Lernen und Betreuung verbunden mit unterschiedlichen Qualifikationen setzt der OGS Grenzen. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Betreuung bis in den Nachmittag. Die Gruppen werden immer größer, die pädagogischen und räumlichen Möglichkeiten entsprechend geringer. Es ist an der Zeit, einen weiteren Schritt zu machen.

I163 Gemeindefinanzierung ändern – Flächenfraß stoppen

Gremium: OV Wetter

Beschlussdatum: 04.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Wir wünschen uns eine Gemeindefinanzierung, die nicht wegen des Gewerbesteueranteils der Anlass für immer weitere Gewerbeansiedlungen in der freien Fläche ist. Im Gegenteil sollte die gewerbliche Nutzung von Industriebrachen durch finanzielle Anreize gefördert werden.

Begründung

Für die Kommunen in NRW ist die Gewerbesteuer eine der größten Ertragsquellen. Das führt – gerade angesichts der schwierigen Finanzlage vieler Kommunen - zu einem ruinösen Wettbewerb um Gewerbesteuerzahler. Betriebe spielen Nachbarstädte gegeneinander aus und zwingen Kommunen zur Neuausweisung attraktiver Gewerbeflächen im Grünen. Gegen die drohende Abwanderung eines Gewerbesteuerzahlers und Arbeitgebers unterliegt der Schutz von Natur und landwirtschaftlicher Nutzung.

I164 EU Strukturfonds

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

EU-Strukturfonds sind wichtige Förderquelle. Vor allem finanzschwache Kommunen und strukturschwache Regionen könnten davon profitieren. Kommunen und Akteure sollen zukünftig noch stärker dabei unterstützt werden, entsprechende EU-Fonds abrufen zu können. Außerdem möchten wir bei der Neuausrichtung der Leitlinien während der nächsten Legislaturperiode noch stärker auf eine ökologische Ausrichtung hinzuwirken. Wir wollen prüfen, warum die Fonds nicht intensiver genutzt werden sie bekannt machen.

I165 Beratung und Unterstützung von Regenbogenfamilien

Gremium: LAG Queer

Beschlussdatum: 12.03.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

- Adoptionsverfahren bei gemeinsamen Wunschkindern in Lebenspartnerschaften wesentlich verbessern
- Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle für Regenbogenfamilien
- Spezifische Angebote für Regenbogenfamilien sicherstellen, Selbsthilfe von Regenbogenfamilien durch Förderung der LAG Regenbogenfamilien stärken
- Thema LSBTI sowie Regenbogenfamilien in Ausbildung für angehendes Fachpersonal im Bereich Kinder und Familie einbeziehen
- Berücksichtigung von Regenbogenfamilien in allen Bildungsplänen

Begründung

Regenbogenfamilien sind in spezieller Weise in der Gesellschaft exponiert, da sie sich in vielen Bereichen des Lebens outen (müssen). So im beruflichen Umfeld, wenn Elternzeit beantragt wird oder in KiTa und Schule, die das Kind besucht. Somit tragen Regenbogenfamilien einen großen Anteil zur Sichtbarkeit von LGBTI in der Gesellschaft bei.

Jedoch zeigt sich in Deutschland weiterhin eine weitreichende Diskriminierung, zum Beispiel, wenn lesbische Frauen nur eingeschränkt Zugang zu Samenbanken erhalten, oder wenn in eine eingetragene Lebenspartnerschaft geborene Kinder von der Ehepartnerin adoptiert werden müssen.

I166 Nachhaltigkeitsziele und Europa in Präambel

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

- In Präambel: Globale Nachhaltigkeitsziele als Strukturvorgabe des gesamten NRW Wahlprogramms nutzen. Zumindest als zentralen Teil GRÜNER Landespolitik nennen; auch Europa muss deutlich genannt werden.

I167 Gleiche Rechte in Europa

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Wir sind Europapartei betonen – NRW liegt im Herzen Europas: NRW ist Einwanderungsland. Kaum ein deutsches Bundesland liegt so zentral im Herzen Europas – und nicht nur das. Viele Menschen, die in NRW leben, haben europäische Wurzeln und leben entweder bereits seit Generationen bei uns oder sind erst seit wenigen Wochen in unserer Mitte. Egal wie lange, jeder Mensch soll in NRW die gleichen Rechte besitzen.

I168 Inhalte des Ausschusses für Europa und Eine Welt neu definieren

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

- Gemeinsamer Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, in dem neben Europa und EZ auch Fragen zu den NRW Außenbeziehungen diskutiert werden insoweit sie Wechselwirkungen mit Europa- oder vor allem Entwicklungspolitik aufweisen.

Begründung

Unser Ziel ist Kohärenz. Politikbereiche wie Außenhandel dürfen die Ziele der Entwicklungspolitik nicht torpedieren. Daher müssen alle Themen, die Fragen der Globalen Gerechtigkeit betreffen, vor allem im Bereich Außenhandel, auch in diesem Ausschuss diskutiert werden. Die Landesregierung soll hier regelmäßig über Außenhandel und dessen Implikationen berichten.

I169 Internationale Austauschprogramme stärken, auch nach NRW

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Die internationalen Austauschprogramme sollen auch außereuropäisch gestärkt und ausgebaut werden. Wir begrüßen, dass mit Programmen wie Erasmus+ ein Schritt in die richtige Richtung gegangen wurde. Dies darf aber nicht nur für Deutsche gelten. Gerade mit Blick auf die Eine Welt gilt es, vermehrt nicht Akademiker und auch Menschen aus ärmeren außereuropäischen Ländern nach NRW zu bringen – seien es Schüler*innen, Auszubildende, Studierende oder Menschen, die im Beruf stehen.

I170 NRW in der Einen Welt

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Die Eine-Welt-Strategie soll angesichts neuer Entwicklungen neu aufgesetzt werden und unter anderem um die globalen Nachhaltigkeitsziele ergänzt werden. Wir begrüßen, dass in NRW Konzepte entwickelt worden sind, die Nachhaltigkeitsziele in NRW umzusetzen und dass NRW damit im Ländervergleich weit vorne steht. Doch es darf nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Die Maßnahmen müssen zeitnah in allen Politikbereichen umgesetzt werden.

I171 Beirat für Nachhaltige Entwicklung

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Wir möchten einen Beirat für nachhaltige Entwicklung respektive Entwicklungszusammenarbeit, in dem Vertreter aus der Landespolitik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammenkommen, sich austauschen und die Landesregierung beraten.

I172 Bildung für nachhaltige Entwicklung institutionen- und lehrplanübergreifend implementieren und Bildungskonzepte neu denken

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Wir möchten einen Beirat für nachhaltige Entwicklung respektive Entwicklungszusammenarbeit, in dem Vertreter aus der Landespolitik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammenkommen, sich austauschen und die Landesregierung beraten.

I173 Global gerechtes NRW

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

- 1) NRW soll Vorreiter in der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele bleiben und weiter voranschreiten; Nachhaltigkeitscheck einführen heißt alle Gesetze auf Nachhaltigkeit prüfen
- 2) Faire Trade ausbauen, Ziel: "Faires NRW"
- 3) Stärkung des Eine Welt Netzwerks NRW.

Begründung

2) Der Fairen Handel in NRW soll weiter ausgebaut werden und noch stärker in den Einzelhandel gebracht.

3) Die wertvolle Arbeit des Eine Welt Netzwerks soll weiter ausgebaut werden; kreative Projekte und Bildungsarbeit kann die globale Entwicklungskompetenz der Zivilgesellschaft stärken.

I174 Kooperationen für globale Gerechtigkeit

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

- 1) Die Partnerschaft mit Ghana möchten wir aufrechterhalten, bewährte Projekte sollen weitergeführt und um weitere Grüne Projekte ergänzt werden
- 2) Südafrika: Mpumalanga Forum stärken und prüfen, ob weitere Partnerregion hinzukommen sollte.
- 3) NRW will regionale Kooperationen für Klimagerechtigkeit aufbauen.

Begründung

2) In NRW ist das Mpumalanga Forum seit Jahren aktiv und pflegt gute Beziehungen zu der Zivilgesellschaft der südafrikanischen Provinz. Auf der anderen Seite besteht die Kooperation mit der Regionalregierung von Pumalanga de facto nicht mehr. Daher möchten prüfen, ob NRW eine andere Partnerregion suchen sollte, ohne dem Mpumalanga Forum die Unterstützung zu entziehen.

I175 Umsetzung der UNO Leitprinzipien für Menschenrechte weltweit unterstützen

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

NRW muss sich im Bund für die Umsetzung der UNO Leitprinzipien für Menschenrechte einsetzen und durch landespolitische Maßnahmen flankieren, unter anderem durch entsprechende Festlegungen im Tariftreue und Vergabegesetz.

I176 NRW nimmt seine Verantwortung für die Welt an

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

NRW ist eine der bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstarken Regionen in Europa. NRW sollte daher seiner internationalen Verantwortung gerecht werden. Grundsätzlich muss NRW in allen möglichen Bereichen der Außenbeziehungen und des Außenhandels daraufhin wirken, dass die Partner Menschen- und Minderheitenrecht ebenso wie Umweltstandards, Geschlechtergerechtigkeit und freie Meinungsäußerung einhalten. Außerdem sollte NRW auch die Humanitäre Hilfe ausbauen.

I177 TTIP Verhandlungen verlangen Neustart

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

TTIP, CETA, TISA: Freier Handel und Warenverkehr kann Baustein von Wohlstand sein. Doch nicht immer geht es bei der Ausgestaltung von Freihandelsabkommen demokratisch und gerecht zu. Die Verhandlungen zu TTIP brauchen einen Neustart.

I178 Friedliches NRW

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

- 1) NRW soll seine Position als Friedensakteur ausbauen.
- 2) Die Drittmittelvergabe an Universitäten seitens der Rüstungsindustrie kritisch unter die Lupe nehmen, ebenso das Recruiting der Bundeswehr an Schulen.
- 3) Es muss geprüft werden, ob waffenproduzierende Firmen in NRW begünstigt werden, beispielsweise durch Maßnahmen der Wirtschaftsförderung. Wir wollen keine Privilegien für waffenproduzierende oder -vertreibende Firmen.

Begründung

- 1) Erfolgreiche Programme wie den Friedensdienst sowie die Friedens- und Konfliktforschung an Universitäten wollen wir weiter finanziell stärken und gerade hier internationalen Austausch fördern.
- 2) Die Drittmittelvergabe an Hochschulen muss zumindest absolut transparent sein, damit jede*r sehen kann, unter welchen möglichen Einflussnahmen Forschung steht. Dies ist kein Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft, sondern Kontrolle, ob die Wissenschaft tatsächlich frei ist.
- 3) NRW muss als Transitland mitten in Europa Reglementierungen zu Rüstungsex- und transporten strikt umsetzen und kontrollieren. NRW soll sich für schärfere Waffenexportbeschränkungen im Bund stark machen („Keine Waffen für Diktatoren“)

I179 Auch NRW kann dazu beitragen, Fluchtursachen zu bekämpfen

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Wir setzen uns für eine selbstbestimmte Migration von Menschen ein und wollen dafür die Ursachen die sie in die Flucht treiben, wie Klimakatastrophen, Menschenrechtsunterdrückung, Kriege, Ressourcenknappheit und Verfolgung bekämpfen. Ob Krieg, Hunger oder fehlende Perspektiven, neben der kurzfristigen Lösung, Menschen in Not zu helfen, müssen wir langfristig auch die Fluchtursachen bekämpfen.

Begründung

In vielen Fällen verschärft die EU-Politik sogar die Not in den Entwicklungsländern. Z.B. müssen Agrarsubventionen kritisch unter die Lupe genommen und überarbeitet werden.

I180 Europa ist ein Querschnittsthema aller landespolitischen Bereiche

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Europa als Schnittstelle in anderen Politikfeldern stets mitdenken: Energiewende, Steuern, Flüchtlinge, etc. Viele politische Fragen bedürfen eines europäischen Blickes und einer entsprechenden Lösung. Unser WP soll „europäisiert“ werden, damit sichtbar ist, dass wir Grüne Europa und das große Ganze im Blick haben.

I181 Transnationale Kooperationen stärken

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Grenzüberschreitende Netzwerke und Kooperationen wollen wir stärken und ausbauen, vor allem in den Grenzregionen zu Belgien und den Niederlanden. Dazu gehören infrastrukturelle Maßnahmen wie die Reaktivierung der Bahnstrecke Kleve - Nijmegen. Schutz der Menschen und der Umwelt geht nur transnational und europäisch: Wir wollen beispielsweise hinsichtlich des Atomausstiegs europäisch kooperieren. Radioaktive Verseuchung macht an keiner Grenze halt.

Begründung

Zum letzten Punkt: Meldungen über Sicherheitspannen in belgischen oder franz. Atomkraftwerken bereiten uns Sorgen.

I182 Europa soll ein zuverlässiger Schutzraum für bedrohte Menschen sein

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Europa muss ein Schutzraum für Flüchtlinge sein; Europa muss eine Sprache sprechen und Flüchtlingen Schutz bieten. Es ist mehr als ein Skandal und ein Ausdruck politischen Versagens, dass jedes Jahr Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken und Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen, wenn sie Europa erreichen wollen. Damit muss endlich Schluss sein. Wir fordern: Einsatz für eine humanitäre Flüchtlings- und Asylpolitik; Abschottung beenden; legale und gefahrlose Zugangsmöglichkeiten schaffen.

Begründung

Wir als Grüne, als Menschenrechtspartei können nichts anderes wollen und fordern!

I183 Ökologische Modernisierung in NRW fördern

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Ökologische Modernisierung europäisch und global formulieren: unterschiedliche Steuern und verschiedene wirtschaftliche Anreize sowie konterkarierende Umweltstandards schwächen den fairen Wettbewerb, die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft und behindert die europäische Integration.

I184 Schutzbedürftigkeit der Roma in Landesverfassung aufnehmen

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Die Schutzbedürftigkeit der Roma soll in die Landesverfassung aufgenommen werden.

Begründung

In Schleswig Holstein sind die Roma mit anderen Minderheiten verfassungsmäßig geschützt. Auch wir in NRW wollen unserer historischen und menschenrechtsorientierten Verantwortung nachkommen angesichts der Diskriminierung der die Roma auch gerade in vielen europäischen Ländern ausgesetzt sind. In Schleswig Holstein hat die Verfassungsänderung viele positive Veränderung hinsichtlich der Situation der Roma gebracht (s. Verfassung Schleswig Holstein: Art. 6).

I185 Subsidiaritätsprinzip umsetzen und konstruktiv nutzen

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

- Öffentliche Daseinsvorsorge: Ziel des Subsidiaritätsprinzips ist es, politische Entscheidungen auf derjenigen Ebene anzusiedeln, wo sie am sinnvollsten bearbeitet und entschieden werden können, z.B. Wasserversorgung, Infrastruktur, Müllabfuhr, Bildung. Nicht alles soll in Brüssel entschieden werden, sondern vor Ort, aber Standards wie ökologische Standards sollten gleichzeitig durchaus in Brüssel verbindlich festgelegt werden, so dass sie vor Ort ausgestaltet und angepasst werden können.

I186 Nicht zurück hinter Schengen!

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Reisende freuen sich über offene Grenzen und auch Waren und Güter können Dank des Schengenabkommens einfacher von A nach B transportiert werden. Gerade Deutschland und insbesondere NRW als Wirtschaftskraft Nr. 1 in Europa profitiert enorm von den offenen Grenzen. Diese wollen wir keinesfalls zur Disposition stellen.

I187 Keine transnationalen Tiertransporte

Gremium: LAG Europa, Frieden, Internationales

Beschlussdatum: 13.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Wir wollen keine transeuropäischen Tiertransporte (zur Fleischproduktion) durch NRW mehr zulassen.

I188 Gestaltungskompetenz für nachhaltiges Handeln nun endlich vermitteln (Stichwort "BNE")

Gremium: LAG Mensch und Tier
Beschlussdatum: 05.03.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Der Begriff "Nachhaltigkeit" wird vielleicht in letzter Zeit inflationär behandelt, da er ein breites Feld zu beschreiben in der Lage ist. Es ist jedoch so, dass in unserer heutigen schnelllebigen Gesellschaft nun die jungen Menschen zukünftig primär in der Lage sind, unser aller Lebenssituation zu gestalten. Von daher sollten gerade diese Menschen im schulischen Kontext befähigt werden, Wissen und Handlungsmöglichkeiten zu bekommen, die für eine nachhaltige Zukunft unserer Erde wichtig sind.

Begründung

Bildung als Schlüssel für Nachhaltiges Handeln ist bereits weltweit anerkannt. Dies hatte bereits die KMK und die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) in einem Papier 15.06.2007 formuliert. Darin lieferte sie konkrete Hinweise für die Umsetzung von BNE in der Schule, wo Schüler*innen zur aktiven Gestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Umwelt unter Berücksichtigung globaler Aspekte, demokratischer Prinzipien u. kultureller Vielfalt zu befähigen sind. Darauf aufbauend gibt es einen akt.(Sep. 2015) Entwurf einer Nachhaltigkeitstrategie für NRW. Von daher fordert die LAG Mensch und Tier evtl. gemeinsam mit der LAG Schule und Bildung mit "BNE in der Schule" die konkrete Einführung und Umsetzung.

I189 klinische Studien auch bei der Kosmetikentwicklung

Antragsteller*in: Werner Hager (KV Rheinisch-Bergischer Kreis)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Kosmetika unterscheiden sich biochemisch gesehen für Menschen nicht von Medikamenten. Insofern ist nicht einzusehen, warum hier vom Gesetzgeber nicht ebenfalls klinischen Studien verlangt werden oder zumindestens dieselben Maßstäbe wie bei klinischen Studien verlangt werden.

Begründung

Wenn schon hier Versuche an Menschen durchgeführt werden, dann sollten deren Ergebnisse möglichst effektiv verarbeitet werden.

I190 Regionale Kompetenzzentren "Bildung für nachhaltige Entwicklung" (BNE) fördern

Antragsteller*in: Manni Beck

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Es sollen Kompetenzzentren (z.B. Westfalen, Ruhrgebiet, Rheinland) eingerichtet werden, die die Kommunen bei der Qualifizierung als BNE-Kommune und Auszeichnung durch den Bund unterstützen.

Begründung

Viel zu wenige Kommunen haben sich in der Zeit der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" als UN-Dekadenkommune qualifiziert. Einer der Gründe ist sicherlich darin zu suchen, dass es wenig an Beratungs-/Unterstützungsstruktur für Kommunen gab. Zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms BNE durch die Nationale Plattform beim Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie der Landesstrategie BNE müssen die Kommunen als Partner gewonnen werden. Deshalb sollte eine Beratungs- und Unterstützungsstruktur für die Laufzeit des Weltaktionsprogramms gefördert werden.

Unterstützer*innen

Martina Lilla-Oblong

1191 Keine Freihandelsabkommen mehr - Nur Faire Handelsabkommen für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Deniz Ertin (LAG Wirtschaft)

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Keine "Frei"-Handelsabkommen mehr! Wir wollen multilaterale Handelsabkommen mit den ärmeren Staaten der Welt forcieren, um diese und unsere Volkswirtschaften nachhaltig weiterzuentwickeln. Das Ziel ist es, dem Symptom des failed state und Flüchtlingskrisen zu entgegen, indem wir wirtschaftliches Wachstum, politische Stabilität, Demokratie und Menschenrechte in diesen Ländern fördern. Wir brauchen dabei Kriterien für bessere Standards-, Umweltschutz- und Verbraucherschutz!

Begründung

Bündnis 90/ Die Grünen stehen bilateralen Handelsabkommen generell kritisch gegenüber. Denn bilaterale Handelsabkommen schwächen andere Länder, vor allem die Entwicklungsländer. Diese in den letzten Jahren zunehmende Politik der bilateralen Handelsabkommen steht der multilateralen Handelspolitik-Strategie der Welthandels Organisation (WTO) entgegen. Sie fragmentiert die Regelwerke des internationalen Handels und ist eine zunehmende Belastung für die Welthandelsordnung. Diese Politik kann zu einem Flickenteppich der Handelsregulierung führen und ist letztlich „mit erheblichen Kosten verbunden.“

I192 Industriell-militärischen Komplex austrocknen

Antragsteller*in: Werner Hager (KV Rheinisch-Bergischer Kreis)

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Im Land NRW soll zukünftig keinerlei Subvention in die Rüstungsindustrie- und Rüstungsforschung fließen. Insbesondere sollen auch Drittmittel im Bereich der Rüstungsforschung keine weiteren Zuschüsse aktivieren.

Das Land soll Universitäten, Institute und Forscher*innen ermutigen, in ihren Patentschriften die militärische Nutzung auszuschließen.

I193 Keine pauschale Videoüberwachung einführen

Gremium: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 05.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Auch nach den Terroranschlägen ist eine flächendeckende Videoüberwachung nicht sinnvoll. Sie kann keinen Terroranschläge verhindern, da es gar nicht genug Personal gibt um alles zu sichten und nach einem Anschlag nützt es meist auch nur wenig. Dafür werden wichtige Bürgerrechte geopfert und ein Gefühl von Sicherheit suggeriert, was es nicht gibt.

I194 Chemiewaffen verbieten in NRW und anderswo

Antragsteller*in: Werner Hager (KV Rheinisch-Bergischer Kreis)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Der Einsatz von Chemiewaffen im Krieg ist seit fast 25 Jahren international geächtet. Unverständlicherweise gilt dies nicht für den Einsatz gegen Zivilist*innen. Wir sollen das "Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes aller chemischer Waffen" (CWÜ, Titel) inklusive Reizgas in NRW offensiv fordern.

Darüber hinaus soll darauf hingewirkt werden, dass auch das Chemiewaffenübereinkommen entsprechend ergänzt wird.

Begründung

Schon 1925 wurde im Genfer Protokoll der Einsatz chemischer Waffen geächtet. 1979 trat das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) in Kraft und formulierte als Ziel, dass die Chemie nur dem Nutzen und Fortkommen der Menschheit dienen soll.

Dies betrifft besonders auch NRW mit seiner starken chemischen und pharmazeutischen Industrie. Diese beschäftigt etwa 100.000 Mitarbeiter*innen und erwirtschaftet einen Umsatz von etwa 50 Mrd. Euro jährlich.

I195 Kommunales Ausländerwahlrecht

Gremium: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 05.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wir wollen uns auf Landesebene dafür einsetzen, die Bundesgesetzgebung dahingehend zu ändern, dass auch Ausländer*innen aus sogenannten Drittstaaten (nicht EU-Ländern) das kommunale Wahlrecht erhalten.

Begründung

Das kommunale Wahlrecht ist für sog. Drittstaatenangehörige eine wichtige Form für politische Partizipation. Sie ist vor allem für Menschen aus den ersten Einwanderer*innengenerationen wichtig, weil diese -außer den Integrationsräten - keine weiteren Partizipationsmöglichkeiten haben. Da das kommunale Wahlrecht bereits für EU-Ausländer*innen gilt, gibt es auch kein Argument, das gegen die Erweiterung spricht.

Mit dem kommunalen Wahlrecht für Ausländer*innen können wir das derzeitige Demokratiedefizit, das einen Teil der Bevölkerungen in den Pflichten zwar inkludiert, in den Rechten aber exkludiert weitgehend ausgleichen.

I196 Zum Extremismusbegriff: Extrem ungeeignet

Antragsteller*in: Werner Hager (KV Rheinisch-Bergischer Kreis)

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

ist der Extremismusbegriff, genauer die Hufeisentheorie, zur Beurteilung politischer Positionen. Zwar ist dieser ein Fortschritt gegenüber der vorherigen Verwendung des Radikalismusbegriffes, verbleibt aber im selben Denkmuster.

Wir wollen eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit politischen Phänomenen, statt diese nach willkürlichen Kriterien vorzuverurteilen.

I197 Schaffung der Stelle einer Tierschutzbeauftragten im MKULNV

Gremium: LAG Mensch und Tier
Beschlussdatum: 05.03.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Analog zu Baden-Württemberg sollte die Stelle eines Tierschutzbeauftragten geschaffen werden.
Aufgaben u.a.:

- Ansprechpartner bei Vergehen gegen das TierschG
- Beratung von Tierschutzverbänden Organisationen etc. rund um Tierschutz und Haltung
- Ansprechpartner für Bürger*Innen

BaWü hat das neue TierSchG aber auch zum Anlass für die Einrichtung einer zentralen Kontaktstelle zur Erfassung von Tierquälerei/Tierschändungen (Tatmuster/Proben) genommen, mit dem Ziel, die Strafverfolgung zu verbessern.

Begründung

Tierschutzbeauftragte im Umweltministerium sind politisch unabhängige Tierärzte, die beratend tätig sind. In BaWü ist man über die klassischen Aufgaben hinausgegangen. Hintergrund ist, dass Tierquälerei bislang unter Umweltdelikten zusammengefasst werden. Tatmuster und Proben/Spuren werden nicht verwaltet/gesichert. Das hat man in BaWü als erstes BL geändert, um Tierquälerei von Wildtieren, Haustieren und Nutztieren besser verfolgen zu können. Zum Einlesen: <https://mlr.baden-wuerttemberg.de/de/unser-haus/die-landesbeauftragte-fuer-tierschutz/>

I198 Gewalttäter Sport- und andere Gewalttäterdatenbanken transparenter gestalten

Antragsteller*in: Johannes Rehborn (Sprecher der LAG Demokratie und Recht)

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Das Führen von Gewalttäterdatenbanken muss transparenter werden. Wir fordern ein Klagerecht gegen die Weitergabe von Daten aus diesen Datenbanken an private Organisationen, bevor diese Daten weitergegeben wurden. Weiterhin fordern wir Transparente Kriterien die zur Aufnahme in derartige Datenbanken führen. Ebenso muss ein klarer Zeitraum benannt werden, nachdem ein Datensatz wieder aus diesen Datenbanken gelöscht wird.

Begründung

Es ist grundsätzlich sinnvoll, das die Ordnungsbehörden Dateien über potentielle Straftäter führen. Für die Betroffenen, die in diesen Dateien landen, kann dies jedoch zu einem großen Hindernis führen. So werden oftmals Personen aus der Datei "Gewalttäter Sport" mit einem Stadionsverbot belegt, obwohl sie nur durch eine Polizeikontrolle, als Beistehende, in diese Datei gelangt sind. Deshalb muss die Weitergabe, das Anlegen eines neuen Datensatzes, sowie das Löschen dieses Datensatzes deutlich Transponder gestaltet werden.

I199 Ökologische Waldbewirtschaftung fördern

Antragsteller*in: Gregor Kaiser

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Waldumbau und alle Funktionen des Waldes müssen für die Zukunft gewährleistet werden. Daher sollten Waldbesitzer, die nach Naturland oder FSC-Standard ihre Wälder bewirtschaften, besonders unterstützt werden, z.B. durch eine Förderung je Hektar.

Begründung

NRW hat viele Privatwaldbesitzer. Diese sind i.d.R. auf Beratung und Unterstützung angewiesen, damit die vielfältigen Funktionen des Waldes erfüllt werden können. Andere sehen den Wald nur als Holzproduktionsfläche. Um den Waldumbau im Rahmen des Klimawandels schneller voranzutreiben und eine naturnahe Waldbewirtschaftung in der Fläche zu erreichen, sollten die Waldbesitzer, die sich besonders engagieren, nicht Dutzende Förderanträge (Biotopbäume, Rücken mit Pferd, Weisergatter etc.) ausfüllen müssen, sondern bei Siegelnachweis (FSC, Naturland) eine Grundförderung erhalten.

I200 Die Aufwertung von Frauenarbeit und damit Entgeltgleichheit muss erklärtes Ziel des Landesgleichheitsgesetzes bleiben!

Antragsteller*in: Birgitt Höhn

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW: Das wichtige Thema der Frauenförderung ist in der gültigen Fassung des Gesetzes verankert: § 6 Inhalt von Frauenförderplänen (4) Satz 3: „...Der Förderplan enthält auch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit ... und zur Aufwertung von Tätigkeiten an überwiegend mit Frauen besetzten Arbeitsplätzen. Die jetzigen Plänen des Entwurfs des Landes sehen eine Streichung dieser Aufgabe für die Betriebe und Gleichstellungsbeauftragten vor.

Begründung

Wissenschaftliche Untersuchungen haben den sehr hohen GenderPayGap in Deutschland belegt. Der öffentliche Dienst ist davon nicht ausgenommen. Belegt ist auch, dass die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes (TVÖD / TV-L) Frauentätigkeiten unterbewerten und dass ein erheblicher Anteil des GenderPayGap durch eine betriebliche Eingruppierungspraxis negativ gestützt wird. Damit liegt nahe, den Abbau der Unterbewertung innerhalb der betrieblichen Eingruppierungssysteme nicht aus dem Blick zu nehmen. Eine, dem gesetzlichen Auftrag aus EU und Grundgesetz widersprechende, unterschiedliche Bezahlung gleicher und gleichwertiger Arbeit muss auch innerhalb betrieblicher Systeme entgegengewirkt werden, durch Verankerung dieser Aufgabe im LGG.

I201 Beauftragte*r für die NRW-Landespolizei

Gremium: AG MIG des KV Düsseldorf
Beschlussdatum: 13.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Einführung einer/s Beauftragten für die NRW-Landespolizei, die/der als Ansprechpartner*in für Bürgerbeschwerden oder Anregungen zur Polizei des Landes agiert. Ebenso können Polizeibeamte sich mit Eingaben im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Tätigkeit direkt und ohne Einhaltung des Dienstwegs an sie/ihn wenden. Best practice Beispiel: Der Beauftragte für die Landespolizei im Landtag von Rheinland-Pfalz.

Begründung

1. Opfern von „Racial Profiling“ (d.h.: Kontroll- und Ermittlungsmaßnahmen auf Basis ethnischer Herkunft, Religion, Nationalität usw.) oder anderer "Übereingriffe" seitens der Polizei soll eine öffentliche Anlaufstelle zur Verfügung stehen, die nicht die Polizei selbst ist, denn dafür ist die Hemmschwelle zu groß. Ein gerichtliches Klageverfahren ist oft zu belastend (zeitlich wie finanziell), um in Anspruch genommen zu werden. Somit werden Fälle institutionellen Rassismus bzw. Diskriminierung oft nicht geklärt und verfolgt.
2. Die Polizei ist eine stark hierarchische Institution, in der Kritik schwierig ist („Dienstweg“). Kritischen Beamt*innen, die Fehlverhalten aufarbeiten lassen möchten, soll eine externe Möglichkeit angeboten werden.

I202 Befristete Genehmigung für Hundeschulen im §11 Tierschutzgesetz verankern

Antragsteller*in: Jana Pelzer (LAG Mensch und Tier)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Im §11 TierSchG soll eine befristete Erlaubnis für die Betreibung von Hundeschulen vorgegeben werden. Die Idee ist eine kürzere Befristung bei Erstantrag (2 Jahre) und eine anschließende Befristung der Erlaubnis über 5 Jahre.

Begründung

Mit der Änderung des Tierschutzgesetzes zum August 2014 wurde im §11 festgelegt, dass „wer gewerbsmäßig (...) für Dritte Hunde ausbilden oder die Ausbildung von Hunden durch den Tierhalter anleiten will, die Erlaubnis der zuständigen Behörde bedarf.“ Da in diesem Gesetz keine Befristung für die Genehmigung der Hundeschulen benannt wird, ist die Handhabung in den unterschiedlichen Kreisen in NRW völlig unterschiedlich (keine odereinmalige Befristung, oder eine Befristung der Erlaubnis alle drei/vier/fünf Jahre). Durch die fortlaufend neuen Erkenntnisse im Bereich der Hundeausbildung ist es jedoch unabdingbar, die Voraussetzungen für eine Erlaubnis regelmäßig neu zu prüfen. Nur so kann man den Bedürfnissen der Tiere gerecht werden.

I203 Digitalisierung der Lehre vorantreiben!

Gremium: Campus:grün NRW

Beschlussdatum: 17.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die universitäre Lehre muss endlich die Möglichkeiten der Digitalisierung voll ausschöpfen. Dazu fordern wir, dass sämtliche urheberrechtsfreien Vorlesungsunterlagen den Studierenden auf einheitlichen Plattformen zur Verfügung gestellt werden und Vorlesungen konsequent abgefilmt und online zugänglich gemacht werden.

Begründung

Die Digitalisierung der Lehre ist an den verschiedenen Hochschulen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Gerade das Aufzeichnen oder Streaming von Vorlesungen bietet große Chancen, Bildungsinhalte auch für Studierende zugänglich zu machen, die wegen Krankheit, körperlichen Einschränkungen, familiären Verpflichtungen, Nebenjobs oder anderen zeitgleich stattfindenden Lehrveranstaltungen nicht zum Vorlesungstermin erscheinen können. Dabei geht es um eine Ergänzung der bestehenden Angebote und darf nicht zu einer Verschlechterung der Präsenzlehre führen.

I204 Öffnung der Hochschulen für Geflüchtete!

Gremium: Campus:grün NRW

Beschlussdatum: 17.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die Willkommenskultur sollte auch an den Hochschulen gelebt werden! Deshalb müssen alle nötigen Schritte unternommen werden, um Geflüchteten den Hochschulzugang zu ermöglichen. Dazu gehört u.a. die großzügige Anerkennung von bisherigen Studienleistungen und kostenlose Kurse zur Vorbereitung auf die DSH-Sprachprüfung.

Begründung

Erst durch den Zugang zu Bildung wird Geflüchteten die Möglichkeit gegeben, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Hochschulen sind ein geeigneter Ort, an dem erwachsene Geflüchtete ihre Ideen einbringen können, während gleichzeitig deutsche Studierende davon profitieren.

1205 Sonntagsöffnungen für Bibliotheken

Antragsteller*in: Martin-Sebastian Abel (LAG Kultur)

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Kommunale Bibliotheken - anders als Theater, Museen, Kulturzentren und wissenschaftliche Bibliotheken - dürfen sonntags nicht öffnen. Modellprojekte wie die „Interkulturelle Familienbibliothek“ in Mönchengladbach-Rheydt machen deutlich, wie das bisher brach liegende Potenzial mit gutem Willen und geringen Mehrkosten produktiv genutzt werden kann.

Begründung

Öffentliche kulturelle Infrastrukturen sollten an Zeitpunkten zugänglich sein, an denen sie benötigt und nachgefragt werden, insbesondere auch an Wochenenden und Sonntagen. Bei vielen Theatern, Museen, Kulturzentren und wissenschaftliche Bibliotheken ist dies der Fall, nicht jedoch bei kommunalen Bibliotheken. Wir Grüne in NRW unterstützen kommunale Bibliotheken bei Modellversuchen zur Sonntagsöffnung. Wir appellieren an den Bundesgesetzgeber, das Bundesarbeitszeitgesetz so zu reformieren, dass die Sonntagsöffnung für kommunale Bibliotheken generell möglich wird.

Unterstützer*innen

Reinhard Olschanski (KV Mönchengladbach); Peter Brollik (AK Kultur Mönchengladbach); Oliver Keymis (KV Rhein-Kreis Neuss)

I206 Hochschulinfrastruktur als Katalysator für Freifunk nutzen!

Gremium:	Campus:grün NRW
Beschlussdatum:	17.04.2016
Thema:	NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Wir Grünen konnten erreichen, dass das Land NRW in die Förderung von Freifunk-Initiativen einsteigt. Dabei sollten wir uns zu Nutze machen, dass an den Hochschulen bereits mit der Eduroam-Technologie ein flächendeckendes WLAN-Netz aufgebaut ist, das häufig auch außerhalb des Campus' erreichbar ist. Dieses bisher passwort-geschützte System wollen wir möglichst für alle öffnen. Darüber hinaus sollen Hochschulgebäude für die Anbringung leistungsstarker Freifunk-Router genutzt werden.

Begründung

Wir Grüne setzen uns bereits durch Fördergelder des Landes sowie in vielen Kreisgeschäftsstellen und Abgeordneten-Büros für eine umfassende Implementierung des Freifunk-Gedankens ein. Hier könnten die Hochschulen mit ihrer Infrastruktur einen erheblichen Beitrag leisten. Zudem wollen wir uns auf Bundesebene für eine Abschaffung der unsäglichen Störerhaftung einsetzen.

I207 Digital ist besser: Bürgerfreundliche Verwaltung der Zukunft

Antragsteller*in: Matthi Bolte

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Das Beispiel Estland zeigt, dass eine vollständig digitale Verwaltung der Motor für die Digitalisierung der Gesellschaft ist. Auch wir GRÜNE stehen für eine moderne und transparente Verwaltung. Auf dem Weg ins kommende Jahrzehnt wollen wir den eingeschlagenen Weg weiter beschreiten. Hierfür gestalten wir E- und Open Government bis auf die kommunale Ebene, die Ausbildung von Verwaltungsmitarbeiter*innen, Sicherheit von Diensten und Infrastrukturen sowie technische Offenheit.

Begründung

Wir haben in der laufenden Legislaturperiode große Erfolge für die Modernisierung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung erzielt. Beispiele hierfür sind die Open Government Strategie, das Datenportal Open.NRW, sowie noch im parlamentarischen Verfahren das E-Governmentgesetz und die Weiterentwicklung der Informationsfreiheit. Damit wollen wir weitermachen und insbesondere für die kommunale Ebene Anreize schaffen, die eigene Verwaltung ebenfalls noch stärker als bisher zu modernisieren.

I208 Ökologischer Bau von Hochschulgebäuden

Gremium: Campus:grün NRW
Beschlussdatum: 17.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Forschung und Lehre finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern brauchen Räumlichkeiten, die aktuellen energetischen Standards entsprechen. Leider wird immer noch vor allem darauf gesetzt, Gebäude möglichst kostengünstig zu bauen, was für die Hochschulen später teure Heizkosten verursacht und ökologisch verheerend wirkt. Dieser Tendenz müssen wir entgegenreten!

Begründung

2019 fallen die sog. Entflechtungsmittel des Bundes für den Hochschulbau weg. Dies darf nicht zu einer Vernachlässigung ökologischer Aspekte beim Hochschulbau führen. Hier muss die Landespolitik mit neuen BLB-Kriterien und mehr Geld für ökologische Standards gegensteuern.

I209 Digitalisierungsinitiative für den Mittelstand

Antragsteller*in: Matthi Bolte

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Wir wollen die Digitalisierung als Chance nutzen und die Digitalisierung des Mittelstands unterstützen. Mit dem Ausbau der digitalen Infrastruktur schaffen wir hierfür die Basis. Wir wollen die mittelständische Wirtschaft für diese Chancen sensibilisieren. Hierzu gehören Foren für den Austausch etablierter Unternehmen mit innovativen Start-Ups, die Förderung neuer Wirtschaftsbereiche und der IT-Sicherheit sowie der Ausbau des Know-How-Transfers mit der Wissenschaft.

Begründung

Das Land fördert den Breitbandausbau bis 2018 mit einer halben Milliarde Euro. Damit schaffen wir die Basis, um den digitalen Strukturwandel zu gestalten. Gerade für die mittelständische Wirtschaft entstehen aus der Digitalisierung enorme, teils überlebensnotwendige Herausforderungen. Der Mittelstand als Innovationsmotor ist für den Einsatz intelligenter Technologien prädestiniert, benötigt aber bei der Gestaltung dieser Revolution Unterstützung, z.B. über das Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0. Wir GRÜNE wollen u.a. die Erfolge, die mit dem Spitzencluster it's OWL erzielt wurden, für ganz NRW nutzen und weiterentwickeln. Eine weitere Herausforderung ist ein Gesamtkonzept für den digitalen Einzelhandel.

I210 Inklusiven Arbeitsmarkt und Integrationsbetriebe fördern

Gremium: LAG Soziales

Beschlussdatum: 11.03.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Inklusion endet nicht in der Schule. Wir wollen Menschen mit Behinderungen ermöglichen, eine Ausbildung zu machen und einen Platz im Arbeitsleben zu finden. Neben Übergangshilfen in Ausbildung und passgenauer Unterstützung am Arbeitsplatz müssen wir dafür sorgen, dass es für alle geeignete Arbeit gibt. Wir wollen nicht die Werkstatt für Menschen mit Behinderung als Einbahnstraße. Dazu brauchen wir mehr Kooperationen mit der Wirtschaft und ein Landesprogramm für mehr Integrationsunternehmen.

Begründung

Teilhabe im Arbeitsleben gehört zu den wichtigsten Elementen der Inklusion. Junge Menschen mit Behinderungen finden nach der Schule den Weg in mehr Selbstständigkeit durch Übergänge in Ausbildung und individuelle Unterstützung am Arbeitsplatz. Werkstattbeschäftigte können mit geeigneter Unterstützung den Weg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finden. Die Arbeitswelt kann die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung als Chance organisieren. Wenn z.B. Job-Carving die Abläufe neu verteilt, wenn Betriebsklima und Zusammenhalt sich positiv verändern. Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir neue Formen inklusiven Arbeitens und ein Landesprogramm für mehr Integrationsunternehmen entwickeln.

I211 Modellprojekte inklusiver Sozialraum - Stärkung des ambulant betreuten Wohnens

Gremium: LAG Soziales

Beschlussdatum: 11.03.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf wollen ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung. Das erfordert gute Zusammenarbeit aller Beteiligten. Es muss geeigneter Wohnraum gefunden oder geschaffen werden. Hintergrunddienste und Fachleistungsstunden müssen bedarfsgerecht vorhanden sein. Und es bedarf einer inklusiven und solidarischen Infrastruktur z.B. durch Quartierskonzepte. Deshalb wollen wir mehr Modellprojekte entwickeln, in denen das inklusive Miteinander gelebt werden kann.

Begründung

Selbstbestimmtes Leben und Teilhabe für alle Menschen stehen für uns im Vordergrund. Wir wollen daher auch dann für die entsprechende Unterstützung zum selbstständigen Wohnen sorgen, wenn der Bedarf hoch ist. Für viele Menschen reichen schon die Hilfen, wie sie in einem funktionierenden Quartier entwickelt werden können. Für Andere ermöglichen Wohnen mit Technikunterstützung und Unterstützungs-Infrastruktur den Auszug aus der stationären Großeinrichtung. In den vergangenen Jahren wurden einige Modellprojekte entwickelt. Wir brauchen mehr solcher Modellprojekte. Auch unter finanziellen Aspekten gibt es keinen Anlass, diese abzulehnen: Die teuerste Unterbringung ist bisher immer noch das stationäre Wohnen.

I212 Einrichtung eines Lobby-Transparenzregisters von Landtag und Landesverwaltung NRW

Gremium: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 05.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wir setzen uns dafür ein, dass der Landtag und die Landesverwaltung, in der nächsten Legislaturperiode ein Lobby-Transparenzregister führen.

Begründung

Lobbyarbeit ist heutzutage für die Gesetzgebung von überragender Bedeutung. Dies muss nicht immer negativ sein. Dennoch hat Lobbyarbeit gerade in der Bevölkerung keinen guten Ruf. Um dies transparenter zu gestalten möchten wir ein für sämtliche Bürger*innen einsehbares Lobby-Transparenzregister schaffen.

I213 Tihange abschalten!

Gremium: Kreisverband Aachen
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir müssen weiterhin alle rechtlichen und sonstigen Schritte einleiten, um dafür zu sorgen, dass das Atomkraftwerk Tihange abgeschaltet wird.

I214 Umdenken in der Forstwirtschaft

Gremium: Kreisverband Aachen
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wälder werden meistens nur nach dem Wert ihres Holzes bemessen und auch so bewirtschaftet. Dieser steht in keinem Verhältnis zu dem Wert, den ein Wald für z.B. das Grundwasser, die Luft, die Tiere oder einfach als Naturerlebnis hat. Wir müssen Anreize schaffen, dass die Kommunen und Waldeigentümer*innen in der Forstwirtschaft umdenken und Wälder nicht ausschließlich für das Holz sondern auch für Umwelt und Freizeit pflegen.

I215 Aufstiegsversprechen einlösen - Bildungsungerechtigkeit beenden!

Gremium: KV Duisburg

Beschlussdatum: 14.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Schaffung eines niederschweligen Beschwerdemanagements an Schulen. Diskriminierung an Schulen durch Diversity-Konzepte abbauen. Bewusstsein in den Kollegien der Schulen schaffen. Aufbau daran anschlussfähiger Strukturen auf kommunaler Ebene. Wichtig ist einen breiten Ansatz des Diversity-Konzeptes zu wählen.

Begründung

Die Verankerung im Bildungssystem ist die Grundlage für das Gelingen unseres offenen Gesellschaftssystems. Zuwanderungsgeschichte ist dabei nur eine von mehreren Dimensionen der Diskriminierung. Trotz guter Noten und Leistungen, werden Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte Bildungsaufstiege u.U. verweigert und der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert. Die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems muss unabhängig vom Elternhaus und der Herkunft gewährleistet werden. Gerade Menschen mit Migrationshintergrund werden in unserem Bildungssystem und später auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Diskriminierung in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt muss beendet. Die Lernmotivation wird verbessert.

I216 Politik transparenter für junge Menschen machen

Antragsteller*in: KV Duisburg

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Mehr Online-Angebote, politische Bildungsangebote im Netz ausbauen in einfacher Sprache für Schüler*innen, Beteiligungsplattform für Schüler*innen. Im Politikunterricht Kindern und Jugendlichen aktive politische Beteiligung vermitteln und Beteiligungsmöglichkeiten vorstellen.

Begründung

Jungen Menschen die Möglichkeit geben der Politik Anregungen und Anliegen mitzugeben

I217 Regionale Landwirtschaft stärken

Gremium: Kreisverband Aachen
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir wollen weiterhin heimische Landwirtschaft fördern und die Bürger*innen auf die Vorzüge regionaler Produkte hinweisen. Dazu gehört auch, solidarische Landwirtschaftsprojekte zu unterstützen.

I218 Oberflächennahe Geothermie / Erdwärme: Geothermiestrang entlang des Rheins nutzen!

Antragsteller*in: KV Duisburg

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Oberflächennahe Geothermie entlang des Rheins soll genutzt werden. Grundwasser kann als Energiespeicher dienen.

Begründung

Der Geothermie Standortcheck des geologischen Dienstes des Landes Nordrhein-Westfalen weist gute Voraussetzungen für die Nutzung von Erdwärme aus. Die geothermische Ergiebigkeit entlang des Rheins zwischen Emmerich und Bonn ist hervorragend. Der Geothermiestrang wird nicht bzw. zu wenig genutzt. Das sollten wir GRÜNE ändern!

I219 Schluss mit der Kreidezeit in den Schulen - Ausstattung und Ausbildung verbessern - externe Unterstützung zulassen

Antragsteller*in: KV Duisburg

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Externe Unterstützung muss dauerhaft im Ausbildungssystem integriert werden. Rahmenbedingungen schaffen. Flächendeckende gute Ausstattung der Schulen unabhängig von der Kassenlage der Kommune.

Begründung

Es gibt einen Mangel der digitalen Kompetenz von Lehrkräften. Die Digitalisierung wird alle Lebensbereiche beeinflussen, wenn nicht sogar dominieren. Schule befindet sich vielfach noch in der "Kreidezeit". Solange bei der Ausbildung von Lehrkräften nicht ausreichend digitale Kompetenz vermittelt wird, muss externe Unterstützung herangezogen werden.

I220 Mittelstandsquote in den strukturschwachen Regionen anheben - Moderne Wirtschaftsförderung orientiert sich an Nachhaltigkeit

Antragsteller*in: KV Duisburg

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Neue Leitlinien der Wirtschaftsförderung definieren durch stärkere Ausrichtung an den Kriterien des Gemeinwohls. Existierende Anwendungstools einsetzen. Unternehmen, die nachweisbare Beiträge zum Beispiel zur Beschäftigungssicherung, zur Ausbildung, zum Umweltschutz, zur Ressourceneinsparung, zur Partizipation der Arbeitnehmer*innen und anderen Gemeinwohlintindikatoren leisten, so weit wie rechtlich möglich fördern.

Begründung

Das zu lange Festhalten an alten Strukturen hat eine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung in den Städten des Ruhrgebietes verhindert, denn wir waren das Land von Kohle und Stahl. Die Bekämpfung der hohen Erwerbslosigkeit und der damit verbundene Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe wird misslingen, wenn es uns nicht gelingt die Anzahl von Handwerks- und mittelständigen Unternehmen zu erhöhen.

I221 Stärkung des Energiehandwerks - Ausbau der Photovoltaik - Trendwende schaffen

Antragsteller*in: KV Duisburg

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Es gibt weder ökonomische noch technische Gründe, warum der Ausbau der Photovoltaik in NRW nicht weiter verstärkt voran getrieben wird. Geschäftsmodelle entwickeln, um Photovoltaik auf "städtischen" Dächern vermehrt zu nutzen.

Begründung

Analog zum Bundestrend ist der PV-Ausbau in NRW in 2015 eingebrochen. Auch die aktuellen Daten der Bundesnetzagentur lassen für 2016 in NRW keine Trendwende erkennen.

I222 DGS – Deutsche Gebärdensprache - befördern

Antragsteller*in: Manuela Grochowiak-Schmieding, MdL
Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Im Sinne der gesellschaftlichen Inklusion, ist die DGS als Allgemeingut zu verbreiten. Daher sollen Kitas und Schulen entsprechenden Unterricht zum Spracherwerb anbieten. Auch müssen Lehre und Ausbildung zur Gebärdensprachdolmetscher*in ausgeweitet werden.

Begründung

In Deutschland gibt es etwa 80.000 gehörlose Menschen, davon leben etwa 12.000 in NRW. Ihre „Muttersprache“ ist die deutsche Gebärdensprache (DGS).

Die DGS ist seit 2002 mit Inkrafttreten des Behindertengleichstellungsgesetzes als offizielle Sprache in Deutschland anerkannt. Sie ist für die Betroffenen nicht durch Schriftmittlung oder andere Übersetzungsmethoden in die allgemeine Lautsprache zu ersetzen.

I223 Inklusion in Ausbildung und Studium verankern

Antragsteller*in: Manuela Grochowiak-Schmieding

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Inklusion als Querschnittsaufgabe findet in allen Bereichen der Gesellschaft statt.

Allerdings herrscht oftmals große Unsicherheit und Unkenntnis im Umgang mit Menschen mit Behinderung bzw. Behinderung selbst. Insbesondere für Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Verwaltungsberufe müssen die Ausbildungs- und Studiengänge um Inklusionsaspekte erweitert werden.

I224 Synergien nutzen – Unterstützung bündeln

Antragsteller*in: Manuela Grochowiak-Schmieding

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Wir brauchen eine übergeordnete Clearingstelle, die ein Kataster aller Unterstützungs- und Beratungsangebote erstellt. Aus diesen Erkenntnissen und den Ergebnissen von Evaluationen soll ein übersichtliches Management entstehen.

Begründung

Die Landschaft der Unterstützungs- und Beratungsangebote für die Bürger*innen sind vielfältig – eigentlich unübersichtlich. Die Wahrscheinlichkeit, dass gleiche oder ähnliche Projekte nebeneinander laufen und auch finanziert werden, ist hoch.

I225 Betreuung reformieren

Antragsteller*in: Manuela Grochowiak-Schmieding

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Vor dem Hintergrund der UN-BRK wollen wir das Betreuungsrecht weiterentwickeln, um Teilhabe und Selbstbestimmung zu befördern. Menschen sollen befähigt werden, ihr Leben weitgehend selbst zu gestalten und zu meistern.

Begründung

1993 gab es einen Paradigmenwechsel im Betreuungsrecht: weg von der Entmündigung, hin zu Unterstützung durch eine*n gerichtlich bestellte*n Betreuer*in.

Es genügt aber nicht, den Betroffenen lediglich durch eine*n Betreuer*in die „Geschäftsführung“ erledigen zu lassen. Vielmehr soll Betreuung den Charakter des Anlernens und begleitenden Unterstützens haben. Hierzu liefern andere Länder wie z.B. Schweden oder Kanada gute Beispiele, aus denen sich lernen lässt.

I226 Wirtschaftsförderung gemeinwohlorientiert ausrichten

Antragsteller*in: Manuela Grochowiak-Schmieding

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Förderkriterien müssen neu definiert werden und eine sozial-solidarische Ausrichtung erhalten.

So könnten u.a. Kriterien aus dem Sozialhilferecht angewendet werden: Subventionen und/oder Fördergelder werden nur solange gewährt, bis der/die Begünstigte aus eigener Kraft wirtschaften kann. Eigenes Vermögen und Verdienst/Gewinn werden angerechnet.

Begründung

Steigende Unternehmensgewinne – fallende Arbeitslosenzahlen – steigende Armut.

Das passt nicht zusammen und ist ein Indiz dafür, dass nicht alle vom Wirtschaftsboom profitieren. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob die derzeitige Wirtschaftsförderung eine Neuausrichtung braucht. Steuererleichterung und Subventionen müssen auf den Prüfstand.

I227 Pluralität in Forschung und Lehre fördern!

Antragsteller*in: Max Christian Derichsweiler
Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

- Erhalt kleiner Fachbereiche
- Zielvereinbarung mit Unis zur Förderung neuer Institute mit neuen Schwerpunkten
- Unterstützung von neuen Studiengängen, die bspw. als MA auch interdisziplinär angelegt sein können

Begründung

In die Ausrichtung der Forschung und Lehre sind die Universitäten frei! Dennoch wird oft mit dem Maßstab der Verwertbarkeit von Bildung oder der Nutzbarkeit für den Arbeitsmarkt Wissenschaft beurteilt. Wir wollen die Pluralität und Vielfalt in der Forschung und Lehre fördern und gerade damit neue Perspektiven und Ansätze unterstützen, die Gesellschaft bereichern. Insbesondere müssen kleine Fachbereiche erhalten bleiben! Mit neuen, innovativen Ideen in neuen Instituten kann geforscht und in anknüpfenden MAs interdisziplinär gelehrt werden!

I228 Junge Wissenschaftler*innen und den universitären Mittelbau unterstützen!

Antragsteller*in: Max Christian Derichsweiler

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

- Zeit- und Arbeitsverträge von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen (oft Promovierende in Anstellung) indes. im Blick auf Arbeitsbelastung und Befristung überprüfen
- Initiative "Promovieren und Arbeiten" (Teilzeit-Promovierende unterstützen, die promovieren und gleichzeitig einer anderen ordentlichen Beschäftigung nachgehen)

Begründung

Junge Wissenschaftler*innen sind oft als Promovierende und gleichzeitig angestellte am Institut über bes. Zeit- und Arbeitsverträge hohen Arbeitsbelastungen ausgesetzt und meistens nur befristet angestellt. Dies ermöglicht keine langfristige Arbeitsperspektive, noch eine Fokussierung auf die Promotion und ist nicht familienfreundlich. Promovierende, die einer anderen ordentlichen Beschäftigung nachgehen, haben oft Probleme, Anforderungen/Pflichttermine, die die Promotion beinhalten, zu erfüllen. Hier muss mehr Vereinbarkeit geschaffen werden.

I229 Studentisches Wohnen fördern!

Antragsteller*in: Max Christian Derichsweiler
Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

- Bündnis "Studentisches Wohnen" mit Politik, Verbänden, Studierendenwerk
- Schaffung eines Sonderfonds für nachhaltige Sanierung der Studierendenwohnheime
- Vernetzung von Kommune und Studierendenwerke (Bereitstellung von Neubauflächen u.a./ Umwidlungsmöglichkeiten)
- Sonderfonds für Neubau in "Brennpunkten", wo bes. Mangel an Wohnheimplätzen besteht
- Vernetzung Ministerium und Studierendenwerke (Abrufung von zur verfügbaren Geldern)

Begründung

Immer mehr junge Menschen wollen studieren und ziehen in die Uni-Städte. In vielen Kommunen ist der Wohnungsmarkt angespannt und die Mieten steigen. Für das studentische Wohnen braucht es eine Offensive, die verschiedene Punkte wie Neubau, Sanierung, Umwidmung und Vernetzung beinhaltet.

1230 Steueroasen bekämpfen - 500 Stellen für die Steuerverwaltung

Antragsteller*in: Deniz Ertin (LAG Wirtschaft)

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Um Steuerhinterziehung und kreative Steuervermeidung aufzudecken muss die Steuerverwaltung deutlich aufgestockt werden. Für NRW sind dafür mindestens 500 Stellen in der Finanzverwaltung notwendig.

Der Datenaustausch zwischen Steuerbehörden soll ermöglicht werden. Ebenso sollen Steuerfahnder dazu ermächtigt werden, Daten länderübergreifend bereitzustellen und zur automationsgestützten Verhinderung und Bekämpfung von länderübergreifenden Steuerverkürzungen zu nutzen.

Begründung

Die Panapa Papers offenbaren ein weiteres Mal, wie durch dubiose Geschäfte ehrliche SteuerzahlerInnen und unser Gemeinwesen betrogen werden. Unter anderem nutzen auch diktatorische Regime, die organisierte Kriminalität und Terrororganisationen bestehende rechtliche Schlupflöcher aus. Zwischen 50-70 Mrd. € beziffert sich der Schaden der Steuervermeidung über Briefkastenfirmen in den Ländern der EU. Bislang konnten die Finanzverwaltungen der 16 Bundesländer Daten zu Steuerbetrügern nicht auf einfachem Wege austauschen, daher brauchen wir ein einheitliches System und die Zusammenarbeit der Länder. Außerdem muss das Personal aufgestockt werden um die Steuervermeidung, Geldwäsche und Steuerhinterziehung angemessen zu bekämpfen.

I231 Divestment-Initiative NRW

Antragsteller*in: Deniz Ertin (LAG Wirtschaft)
Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Die Landesregierung soll ihre Investitionen aus fossilen Energien schrittweise abziehen. Bis 2020 sollen alle Investitionen 100% Fossilsfrei investiert werden. Zuvor sollen der Landesrechnungshof und die NRW.INVEST überprüfen, ob und wo in NRW öffentliche Gelder noch in fossile Energieträger investiert werden (Landesbanken, Öffentliche Unternehmen, Pensionsfonds, Projekte). Finanzmittel müssen wir dort investieren, wo nachhaltige Innovationen stattfinden.

Begründung

In Zeiten von Banken und Klimakrise muss die Politik handeln. Wenn wir es ernst meinen zukünftige Krisen zu verhindern, müssen wir in kürzester Zeit vollständig aus der Fossilen Energie aussteigen. Das heißt sowohl in der Energiegewinnung als auch bei den Investitionen. Zum einen soll hierbei die öffentliche Hand als Vorbild dienen, andererseits geht es auch um die Sicherung der Landesfinanzen und Pensionen der Beamten des Landes. Die Carbon Bubble wird bald platzen und dann (siehe Essen) sind die Finanzierungen bedroht. Um finanzielle Stabilität zu wahren muss Divesment konsequent durchgeführt werden.

I232 Nachhaltige Verkehrswissenschaft an den Universitäten in NRW lehren

Antragsteller*in: Deniz Ertin (LAG Wirtschaft)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Es sollen an den Hochschulen in der NRW im Fachbereich Verkehrswissenschaften, Gelder und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden um Institute und/oder Lehrstühle im Fachbereich Nachhaltige Raum- und Verkehrsplanung bzw. Verkehrsökologie zu implementieren.

Begründung

Die TU Dresden richtete 1994 an der Fakultät Verkehrswissenschaften „Friedrich List“ den bislang einzigen Lehrstuhl in Deutschland für Verkehrsökologie ein. Das Fach Nachhaltige Raum- und Verkehrsplanung existiert hingegen allein als Forschungsfeld, nicht aber als eigenständige Disziplin. Dies erschwert die Forschung und Lehre auf diesem Gebiet.

Dieser Zustand steht entgegen aller Forderungen der Studenten, der Gesellschaft und des Klimawandels. Es werden alternative Konzepte im Verkehrswesen verlangt die den Trend der autogerechten Stadt und Verkehrswesen entgegenen. Hierfür braucht es Grundlagenforschung und Studien, die wir Grüne auch zitieren können und mit dessen Konzepten wir landespolitisch oder kommunalpolitisch handeln können.

1233 Plurale Ökonomie an den Universitäten in NRW

Antragsteller*in: Deniz Ertin (LAG Wirtschaft)
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Es sollen an den Hochschulen in der NRW im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Gelder und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden um Institute und/oder Lehrstühle im Fachbereich Ökologische Ökonomie zu implementieren.

Begründung

Es existieren in der gesamten Bundesrepublik nur 3 Institute bzw. Lehrstühle die Ökologische Ökonomie an Hochschulen oder außeruniversitär lehren und/oder forschen. In NRW gibt es bis dato noch kein einziges Institut für dieses Fach. Dies ist entgegen aller Forderungen der Studentenschaft, die seit Jahren die einseitige Wirtschaftswissenschaftslehre bemängeln. Gerade die Finanzkrise und der Klimawandel zeigen das es einen hohen Bedarf an einer Ökologischen Ökonomie Forschung.

1234 Mobilitätsumlage

Gremium: Kreisverband Aachen
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Um einen guten und zuverlässigen ÖPNV auch in ländlichen Räumen finanzieren zu können, setzen wir uns für die Einführung eines umlagefinanzierten ÖPNV ein. Strecken, die bisher "nicht wirtschaftlich" waren, können so weiterbetrieben werden.

Begründung

Eine Mobilitätsumlage sorgt dafür, dass alle den ÖPNV mitfinanzieren. Schließlich profitieren auch alle von einem guten ÖPNV. Da weniger Autos unterwegs sind, kommt es seltener zu Staus, die Luftverschmutzung wird reduziert und die Mobilität von Menschen, die sich kein Auto leisten können, wird ermöglicht. Zudem werden Strecken, die mit einer Umlage finanziert werden, nach dem Bedarf und nicht nach rein wirtschaftlichen Kriterien bedient. Dadurch können auch Strecken auf denen es Bedarf gibt (u.a. in ländlichen Gebieten) ausgebaut werden, die bisher unwirtschaftlich sind.

I235 Regionale Mitfahrzentralen

Gremium: Kreisverband Aachen

Beschlussdatum: 16.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Oft werden Strecken im Auto alleine zurückgelegt, obwohl viele Menschen auf der Strecke fahren. Gleichzeitig sind insbesondere im ländlichen Raum Menschen ohne Auto oder Führerschein, von Mobilität weitgehend ausgeschlossen. Daher wollen wir regionale Mitfahrzentralen und die Einrichtung von Mitfahrparkplätzen in ländlichen Gebieten ohne ausreichenden ÖPNV fördern.

1236 Keine "Deutschen zweiter Klasse"

Gremium: Kreisverband Aachen

Beschlussdatum: 16.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Oftmals taucht in Berichten und Texten von staatlichen Stellen der Begriff "Deutsch mit Migrationshintergrund" auf. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Deutsche in öffentlichen Berichten auch als solche benannt werden und nicht zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden wird. Dies bezieht sich nicht auf Berichte in denen es im Benachteiligungen geht, die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei uns noch immer erfahren.

1237 Bedingungen für Wissenschaftlichen Nachwuchs verbessern

Antragsteller*in: Deniz Ertin (LAG Wirtschaft)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die Zeitverträge für Wissenschaftlichen Nachwuchs brauchen eine Mindestzeit für die Planbarkeit einer Promotion oder andere Universitätskarrieren. Die heutige Praxis liegt bei 6 monatigen Verträgen. Dies verhindert wissenschaftliche Karrieren und ist zudem Familienfeindlich. Daher darf es an Hochschulen keine Arbeitsverträge mehr unter 2 Jahren geben. Zudem soll sich nicht nur an Drittmittel gehalten werden, sondern vielmehr die Ausbildung des Wissenschaftlichen Nachwuchs berücksichtigt werden.

Begründung

Seit dem Wissenschaft-Zeitvertragsgesetz von 2007 hat sich die Lage für Wissenschaftler an deutschen Hochschulen dramatisch verschlechtert. So haben nach Angaben des Wissenschaftsrates 84% der 160 000 einen Zeitvertrag. Nur 19 % des wissenschaftlichen Nachwuchses verfügten über Verträge bis zu einem Jahr. Das führt dazu, dass gute Wissenschaftler das Land verlassen oder in die Wirtschaft gehen, anstatt die Gesellschaft mit ihren Ideen weiter zu bringen. Viele der promovierenden sind heute unzufrieden. Zudem liegt der Verdienst für promovierte Wissenschaftler außerhalb der Universitäten um ein Drittel höher. Das wird auf Dauer die Wissenschaft in ersthafte Schwierigkeiten bringen. Daher müssen wir dringend die Bedingungen verbessern.

1238 Kulturplätze

Gremium: Kreisverband Aachen
Beschlussdatum: 17.04.2016
Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Wir wollen Räume an denen Theater, Konzerte und andere kulturelle Veranstaltungen auch in Kommunen fördern, die zu klein sind um ein eigenes Theaterensemble zu unterhalten. Über eine Zusammenarbeit zwischen den Kommunen können so auch Menschen, die in Kleinstädten und auf dem Land leben, von Kultureinrichtungen in den Städten profitieren.

I239 Vertaktung von Bus und Bahn verbessern

Gremium: Kreisverband Aachen

Beschlussdatum: 16.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Oft sind die regionalen Buslinien nicht oder nur sehr schlecht mit den Bahnlinien vertaktet. Wir wollen dies über einen Taktfahrplan, der auch regionale Buslinien berücksichtigt ändern. Durch geringere Umstiegs- und Wartezeiten wird der ÖPNV damit auch für Menschen attraktiver, die keinen direkten Bahnanschluss in ihrer Umgebung haben.

I240 Glasfaser für alle

Gremium: Kreisverband Aachen
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Der Ausbau von schnellem Internet per Glasfaserleitungen muss alle Regionen in unserem Land mitnehmen und darf nicht auf einige wenige Großstädte beschränkt werden. Diesen Ausbau sehen wir als gesamtgesellschaftliche Infrastrukturaufgabe. Daher sollte auch das Land diesen Ausbau fördern.

I241 Ein Sportfördergesetz für NRW

Antragsteller*in: Josefine Paul & Herbert Goldmann

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Bewegung, Spiel und Sport sind nach wie vor die Freizeitbeschäftigung Nr. 1. Aber auch über den Spaßfaktor hinaus leistet der Sport einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Ob im Bereich der Gesundheitsförderung, der Jugendarbeit, der Integration oder der Förderung ehrenamtlichen Engagements leistet der Sport einen wichtigen Beitrag. Wir wollen die Förderung des organisierten, aber auch des vereinsungebundenen Sports auf eine kontinuierliche Grundlage stellen.

Begründung

GRÜNE Sportpolitik steht für die Teilhabe aller am Sport. Ziel eines Sportfördergesetzes ist die kontinuierliche, nachhaltige, sozialverantwortliche und sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewussten Förderung des Sports, sowohl im organisierten als auch im vereinsungebundenen Sport. Wir wollen im Sportfördergesetz eine Landessportkonferenz festschreiben, die unterschiedliche Akteure zusammenbringt, um den Sport in NRW an den Bedarfen eines bewegungsfreudigen Landes weiterzuentwickeln

I242 Wir machen NRW zum Land der sicheren IT

Antragsteller*in: Matthi Bolte

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Wir wollen die IT-Sicherheit in allen Bereichen stärken und öffentliche Infrastrukturen sicherer machen, damit der öffentliche Sektor mit gutem Beispiel vorangeht. Wir wollen die Präventions- und Beratungsangebote verbessern. Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit der NRW.Bank ein Förderprogramm für die Optimierung der IT-Sicherheit und Sicherheitsberatung in KMUs auflegen. Vorbildliche Produkte sollen mit einem neu zu schaffenden Siegel „Sichere IT made in NRW“ ausgezeichnet werden.

Begründung

Die Gestaltung der digitalen Zukunft hängt maßgeblich von Sicherheitsfragen ab. Insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen besteht nach wie vor erheblicher Nachholbedarf, um die eigenen Wissensschätze sowie die Daten der Kund*innen angemessen zu schützen. Der öffentliche Sektor hat hierfür eine Vorbildfunktion. Die Steigerung der Sicherheit kann auch durch den verstärkten Einsatz offener Standards gewährleistet werden. Angebote für die Prävention von Wirtschaftsspionage werden derzeit im Wesentlichen durch den Verfassungsschutz vorgehalten, was ggf. zu erhöhten Hürden für Unternehmen, die von Angriffen betroffen sind, führen kann.

1243 Landesantidiskriminierungsstelle NRW einrichten

Antragsteller*in: Josefine Paul & Birgit Beisheim

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Eine Landesantidiskriminierungsstelle soll eine unabhängige Stelle sein, an die sich Bürger*innen wenden können, die von Diskriminierung betroffen sind. Darüber hinaus soll sie allgemeines Informationsmaterial zu den unterschiedlichen Themen Diskriminierung, Antidiskriminierungsarbeit und Diversity erstellen und verteilen. Gleichzeitig soll sie eine Vernetzungsfunktion für die kommunalen Antidiskriminierungsstellen bilden.

Begründung

Vielfalt ist eine Realität in NRW. Eine vielfältige und diskriminierungsfreie Gesellschaft mit Leben zu füllen bedeutet aber auch, sich mit den bestehenden Diskriminierungen auseinanderzusetzen. Daher richten wir eine Landesdiskriminierungsstelle ein, die unabhängige Anlaufstelle für Opfer von Diskriminierung sein, aber auch (strukturelle) Diskriminierung in NRW dokumentieren soll. Die von ihr erstellten Berichte zur Diskriminierungslage in NRW sollen auch Eingang in politische Beratungen und politisches Handeln finden.

Die Stelle ist personell so auszustatten, dass sie die oben beschriebenen Aufgaben erfüllen kann.

I244 Integration von Geflüchteten in bestehende AMDL-Maßnahmen statt Trennung

Antragsteller*in: Thomas Volkmann (Herr)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Statt jetzt eingerichteter, kurzfristiger Arbeitsmarkt-Maßnahmen, die jetzt als Becken für die völlig verschieden vorgebildeten Geflüchteten geschaffen wurden, wäre es sinnvoller & nicht teurer, diese in etablierte Maßnahmen zu führen, von wo aus Bedürftige problemlos in spezielle Aufhol-Maßnahmen weitervermittelt werden könnten.

Begründung

Statt der erneuten Trennung von Immigrant*innen in eigene Maßnahmen wie bereits wieder geschieht, können diejenigen effektiver integriert werden, die bereits über grundlegende fachliche & sprachliche Qualifikationen verfügen, wenn sie über etablierte Maßnahmeformen durch Fachkräfte vermittelt werden können. Umgekehrt sollten eigene Maßnahmen für diejenigen eingerichtet & von dem freien Geld finanziert werden, die den direkten Weg nicht umgehend erreichen. So würden die Kosten teilweise von einer Kopfpauschale auf konkrete, pädagogisch valide Bedarfe umgesteuert werden.

I245 Steag-Rettung rückabwickeln

Antragsteller*in: Thomas Volkmann (Herr)

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Jetzt muss Klarheit geschaffen werden, wie die Retter-Kommunen aus dem Steag-Geschäft wieder herauskommen

Begründung

Es ist endgültig erwiesen, dass die Bedingung des nachhaltigen Wirtschaftens spätestens durch den Versuch des Braunkohletagebau-Ankaufs in der Lausitz durch den Konzern nicht erfüllt wird. Keine der betroffenen Ruhrgebietskommunen kann sich das Geschäft so länger leisten.

I246 Zweiten Bildungsweg ab 16 öffnen

Antragsteller*in: Thomas Volkmann (Herr)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Gerade angesichts der notwendigen Integration von Geflüchteten muss der 2.Bildungsweg im schulischen Kontext analog zu den AMDL der Arbeitsagenturen ab 16 offen sein

Begründung

Dieser Schritt ermöglicht Menschen mit formal geringer schulischer Qualifikation für z.B. externe Schulabschlüsse eine Vereinfachung auf dem Ausbildungsmarkt.

I247 Wasserstoff-Tankstellennetz für den ÖPNV

Antragsteller*in: Hans-Jürgen Klein (KV Rhein-Berg)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Durch den Einsatz von Wasserstoff-Hybrid-Bussen im ÖPNV ist ein Null-Emissions-Betrieb möglich. Das würde insbesondere in den Innenstädten die Belastung durch Abgase mindern. Voraussetzung hierfür ist ein funktionierendes Wasserstoff-Tankstellennetz. Eine entsprechende Förderung ist daher notwendig.

Begründung

Die Produktion von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien steht zukünftig im Vordergrund, allerdings fallen bereits heute große Mengen des Gases in der Chemieindustrie als Nebenprodukt an.

I248 Den Wert der Kultur anerkennen – Für eine bessere finanzielle Ausstattung

Gremium: LAG Kultur

Beschlussdatum: 19.03.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Es geht in Zukunft nicht darum, Einsparungen im Kulturetat des Landes zu verhindern. Dieser muss zwingend erhöht werden, um den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Begründung

Kunst und Kultur können ein Schlüssel sein zur Identität, zur Bindung an die jeweilige Gesellschaft. NRW ist von jeher ein sehr buntes Land, die vielfältige Kulturlandschaft die Klammer, die etwas schafft, was wir Heimat nennen.

Dass es so etwas wie eine Leitkultur nicht gibt, wird gerade in der nordrhein-westfälischen Lebenswirklichkeit deutlich. Wir wollen eine starke Begegnungskultur fördern, die es leichter macht, einander kennen zu lernen.

Diese Rolle gewinnt an Bedeutung. Um dieser gerecht zu werden, benötigt Kultur eine bessere finanzielle Ausstattung.

1249 Barrieren im Kulturbereich abbauen

Gremium: LAG Kultur

Beschlussdatum: 19.03.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wir fördern Inklusion auch im Kulturbetrieb. Es sind nicht nur die Barrieren zu Orten der Kultur, die wir abbauen müssen. Es sind auch Brücken nötig, um Kunst für alle wahrnehmbar zu machen. Spezielle Audioguides, Wegweiser und Beschriftungen in Blinden- oder Pyramidenschrift Tastmodelle von Kunstwerken oder Programme in einfacher Sprache können solche Brücken sein.

Begründung

Kunst und Kultur machen die Welt be- und ergreifbar und sind damit für ein inklusives Gemeinwesen unverzichtbar. Um dieses zu erreichen muss auch der Kulturbetrieb konsequent Barrieren abbauen. Dies stellt ihn vor besondere Herausforderungen.

Viele haben sich schon auf den Weg gemacht und einiges erreicht. Wir Grüne stehen zur Verantwortung des Landes, ein inklusive Gemeinwesen auch in der Kultur Wirklichkeit werden zu lassen.

I250 Keine Kunst ohne Künstler*Innen

Gremium: LAG Kultur

Beschlussdatum: 19.03.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Wir Grüne stehen dafür, dass die Freiheit der Kunst nicht der Wirtschaftlichkeit unterstellt wird. Künstlerische und kulturelle Freiräume müssen erhalten werden.

Begründung

Kreative Gestaltung und künstlerische Bildung sind wichtige und Ausdrucksfreude- fördernde Maßnahmen für viele Menschen.

Es gibt in NRW aber eine größer werdende Anzahl von Professionellen, Künstler*innen und Kulturschaffenden, die gesellschaftliche Entwicklungen mit den Mitteln der Kunst interpretieren, hinterfragen und diskutieren. Ihre Rolle ist für die Gemeinschaft ebenso wichtig wie Lehrer*innen, Feuerwehrleute und Verwaltungsangestellte. Auch den freien Kulturschaffenden müssen ihrer Ausbildung und Leistung entsprechende Arbeitsbedingungen zur Verfügung gestellt werden.

I251 Grünes Auto - Emissionsfrei mobil 2030

Antragsteller*in: Johannes Remmel

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir wollen das Rad neu erfinden. Über ein EEG*mobil/Null-Emissionsgesetz nach kalifornischem Modell, eine Technologieoffensive E-Mobilität, die umfassende Elektrifizierung des ÖPNV und Pionierstädte für emissionsfreie Mobilität bringen wir die Energiewende auf die Straße und schaffen zugleich eine industriepolitische Perspektive für unsere Zulieferindustrie.

I252 Kulturförderung sichern

Gremium: LAG Kultur

Beschlussdatum: 19.03.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

In finanzknappen Kommunen übernimmt das Stadtbezirksmarketing oder die Sparkasse zunehmende die kommunale Projektförderung. Die kommunalen Kulturbüros müssen wieder mehr Handlungsfähigkeit erlangen. Grünes Ziel ist es, nicht nur den Institutionen, sondern auch der Freien Szene möglichst stabile Rahmenbedingungen für die künstlerische Produktion zu geben.

Begründung

Wir wollen allen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen. Wir Grüne stehen für die Realisierung der UN-Charta „Kulturelle Teilhabe als Menschenrecht“ durch Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt und deren Infrastruktur. Dazu braucht es kulturfreundliche Rahmenbedingungen für Kunst- und Kulturschaffende, die Möglichkeit für alle Menschen in NRW kulturelle und künstlerische Angebote wahrzunehmen, und das Anerkennen kultureller Vielfalt als Gewinn und Bereicherung.

Institutionen und Freie Szene sind zwei gleichberechtigte Säulen des kulturellen Lebens. Diesen Grundsatz gilt es langfristig ökonomisch zu untermauern.

I253 Grüner Rhein

Antragsteller*in: Johannes Remmel

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Der Rhein ist eine nordrhein-westfälische Lebensader von herausragender Bedeutung. Mit dem umfassenden infrastrukturellen Mega-Projekt "Grüner Rhein" verknüpfen wir Klima-, Umwelt- und Naturschutz mit einer nachhaltigen Wasser- und Schifffahrtspolitik.

I254 Kulturelle Möglichkeitsräume schaffen – Leerstände beleben

Gremium: LAG Kultur

Beschlussdatum: 19.03.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Ob Leerstandsnutzung oder Freiraumbelebung, Raum zur freien und größtenteils unwirtschaftlichen Auslebung der Individualität und Kreativität muss vor Ort gegeben sein.

Begründung

Wir setzen uns für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsgrundlagen der Akteure aus der Kultur und Kreativwirtschaft ein. Es gilt, deren Aktivitäten und Veranstaltungen nachhaltig und verlässlich zu fördern .

I255 Gemeinsam.Grün.Genossenschaftlich - Green new deal von unten

Antragsteller*in: Johannes Remmel

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Klimaschutz made in NRW ist Klimaschutz von unten. Wir organisieren die Energiewende dezentral, demokratisch, partizipativ, genossenschaftlich. 100 neue Energiegenossenschaften, mehr Energiekluge Dörfer, "Nah- und Fernwärme Erneuerbar" sind Bausteine für ein grünes NRW. Die zukünftige virtuelle Klima- und Ressourcenuniversität bringt Umwelt und Wirtschaft zusammen.

I256 NRW beweist Haltung - Offensive für eine nachhaltige Tierhaltung und Landwirtschaft

Antragsteller*in: Johannes Remmel

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir wollen Klasse statt Masse. Nutztierhaltung ist nach Maßgabe von Tierschutz, Umwelt- und Gesundheitsschutz zu organisieren. Ohne De-Industrialisierung der Landwirtschaft wird das nichts. Deshalb kämpfen wir für die bäurliche, flächengebundene Landwirtschaft und setzen auf Biologisch!, Regional!, Gentechnikfrei! Klein aber fein. Wir setzen auf 18 Mio. Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW, die ihren Einkaufszettel zur Regierungserklärung machen.

I257 Heimat.Land.Grün - Spitze auf dem Land

Antragsteller*in: Johannes Remmel

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir vertrauen auf die innovative Kraft unserer ländlichen Regionen und seiner Menschen. Ob nachhaltige Nutztierhaltung, die Verknüpfung von Wertschöpfung und Wertschätzung von Lebensmitteln, "Unser Dorf soll digitaler werden!" oder der Strategie "Die Zukunft kommt (auch) vom Land!" - wir geben eine klare Zukunftsorientierung und sind von der Überzeugung geleitet, dass unsere Ländlichen Räume ihre besten Zeiten keineswegs hinter sich, sondern noch vor sich haben, denn: Land macht erfinderisch!

1258 Nah- und Fernwärme erneuerbar

Antragsteller*in: Johannes Remmel

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

NRW bietet aufgrund einer hohen Siedlungs- und Industriedichte optimale Voraussetzungen für die Kopplung von Wärme- und Stromproduktion sowie den Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze. Wir sorgen dafür, dass in den Netzen flächendeckend von fossil auf erneuerbar umgestellt wird.

I259 #Bildung4.0 fängt in der KiTa an – Digitalisierung als Entwicklungsaufgabe auch im Elementarbereich

Gremium: LAG Kind/Jugend/Familie

Beschlussdatum: 05.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die allgemeinsten Grundlagen der Digitalisierung (informatische Modulation etc.), der Geräte- und Anwendungsnutzung und eines kritisch-konstruktiven Umgangs mit diesen müssen baldmöglichst Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Erzieher*innen werden. Parallel dazu muss nach Maßgabe der Didaktik der Informatik und der Mediennutzung ein Konzept digitaler Bildung in der Elementarstufe erarbeiten und dieses in Kooperation mit Trägern, Eltern und Erziehern in den KiTa-Alltag integriert werden.

Begründung

Digitale Endgeräte in allen Lebenslagen, permanenter Austausch mittels Bild, Ton und Text über soziale Netzwerke, allgegenwärtige Informations- und Unterhaltungsmöglichkeiten: Unsere Kinder werden in eine Welt hineingeboren, die bereits heute von Digitalisierung und Vernetzung geprägt ist. Und sie werden in einer Welt leben, in der das Verstehen und Beherrschen digitaler Prozesse so elementar für wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Teilhabe sein wird, wie heute Lesen, Schreiben und Rechnen. Statt unsere Kinder von Geräten und Anwendungen fern zu halten, müssen wir die Konzepte und Praxis der Elementarpädagogik diesen Entwicklungsansprüchen anpassen und die neuen Möglichkeiten konstruktiv für die pädagogische Arbeit nutzen.

I260 Von der co2-Mobilität zur e-Mobilität

Antragsteller*in: Christoph Simon (OV Würselen)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir brauchen eine schnellere Entwicklung in NRW um die co2-Mobilität zu verlassen und zu einer echten e-Mobilität zu kommen. Hier von sind alle co2-Verkehrsmittel betroffen. Anfänge machen schon die e-Busse, pedlecs, e-cars etc. Das muss aber in Forschung und Innovation verstärkt werden. Nur so können wir die Klimaziele langfristig erreichen.

Begründung

sie oben

I261 Den Sozialen Arbeitsmarkt weiter ausbauen und gestalten

Antragsteller*in: Martina Maaßen

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Die öffentlich geförderte Beschäftigung in NRW - der Soziale Arbeitsmarkt - muss mehr als die derzeit 1000 Plätze zur Verfügung stellen. Es muss über 2 Jahre hinaus gefördert werden können. Wir brauchen letztendlich einen inklusiven Arbeitsmarkt, keine Versäulung und keine ausgeprägte Trennung zwischen behinderten, psychisch belasteten und nicht behinderten langzeitarbeitslosen Menschen.

Begründung

Der Arbeitsmarkt bleibt gespalten. Verlierer sind die langzeitarbeitslosen Menschen. Es gibt eine massive Verhärtung der Langzeitarbeitslosigkeit im SGB II. Ein arbeitsmarktpolitischer Aufbruch für die "Abgehängten" muss endlich kommen. Dies geht nur mit einem verlässlichen, sozialen Arbeitsmarkt. Hierdurch können Menschen, die lange ohne Arbeit sind, wieder Zugang zum Arbeitsmarkt finden, und zwar schrittweise, individuell und nachhaltig. Wir brauchen "normale" Beschäftigung, die nicht zusätzlich ist, die allen offensteht und mit der die Menschen gefördert werden können, die geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

I262 Neuorganisation der Regierungsbezirke in NRW, Gründung des Bezirks "Metropole-Ruhr" mit Sitz im Ruhrgebiet

Antragsteller*in: Jürgen Prekel

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Image Kampagnen skizzieren den Eindruck einer handlungsstarken und zukunftsfähigen „Metropole-Ruhr“, die Realität sieht anders aus. Dauerarbeitslosigkeit, Hartz IV, zu viele Schulabbrecher und steigende Jugendarbeitslosigkeit sind erschreckende Hinweise. Dazu die Abwanderung von gut ausgebildeten jungen Menschen und Akademikern. Altersarmut und Perspektivlosigkeit macht sich breit. Die Teilhabe an Wohlstand, Bildung, Kultur sinkt. Das Kirchturmdenken überwiegt.

Begründung

Die Aufteilung NRW's in 5 Regierungsbezirke ist weder zeitgemäß noch zukunftsweisend. Insbesondere die Zersplitterung des Ruhrgebietes in drei zuständige RB Arnsberg, Münster und Düsseldorf ist nicht zielführend.

Ziel: Eine Metropole Ruhr, die auf wirtschaftlicher Ebene mit einer Stimme spricht, die ihre Wirtschaftsförderungen zentral koordiniert, den kreativen Städteumbau und die Verkehrsinfrastruktur neu denkt. Arbeit und Perspektiven schaffen durch die engere Verknüpfung nachhaltig orientierter Forschung und Technologie mit innovativen Start-Ups, Handwerk und Mittelstand. Grüne Politik sollte die strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen schaffen für die ehrliche Vision einer Metropole Ruhr innerhalb eines starken NRW.

I263 Ausbildungsplatzumlage auf den Weg bringen

Antragsteller*in: Martina Maaßen

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Prüfen ist zu wenig. Wir brauchen eine Ausbildungsumlage in NRW. Die freiwillige Verpflichtung der Wirtschaft trägt nicht. Betriebe die nicht ausbilden zahlen eine Umlage, diese wird an Betriebe, die ausbilden ausgezahlt. Somit werden diese unterstützt, attraktive Rahmenbedingungen für die Ausbildung zu schaffen: fachliche und soziale Betreuung, Lernmaterial, Vergütung, Fahrtkosten, ausserbetriebliche Förderung, Unterstützung beim Lernen sind hier die Stichworte.

Begründung

Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse ist in NRW im Jahr 2015 erneut zurückgegangen, obwohl 2200 betriebliche Ausbildungsplätze mehr gemeldet wurden. Es gelingt nach wie vor nicht, die Lücke zwischen Bewerber*innen und Ausbildungsplätzen zu schließen. NRW belegt im bundesweiten Vergleich den letzten Platz beim Angebot von Ausbildungsplätzen. Auf 100 Stellen kommen 116 Bewerber*innen. Nur 25 % aller Unternehmen bilden aus. Eine Ausbildungsumlage trägt zur deutlichen Verbesserung der Ausbildungsmarktsituation bei. Dies hat die Umlagefinanzierung in der Altenpflege in NRW gezeigt. Hier ist es gelungen, die Zahl der Ausbildungsplätze um 70 % zu steigern, von 10.000 auf 16.800.

I264 Übergangssystem Schule / Beruf - Besondere Angebote für Jugendliche mit Förderbedarf gestalten

Antragsteller*in: Martina Maaßen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Jugendliche mit besonderem Förderbedarf benötigen besondere Angebote der Berufsvorbereitung. Die eintägige Potenzialanalyse reicht hier nicht aus. Auch bei den Berufsfelderkundungstagen, 3 x 1 Tag, sollte über eine Begleitung oder auch Ausweitung der Tage nachgedacht werden. Betriebspraktika zu begleiten, sollte gegeben sein. Das Nachholen des Schulabschlusses und außerbetriebliche Ausbildung sollte durch die Vernetzung von Berufskollegs, freien Wohlfahrtspflege und Kammern ausgebaut werden.

Begründung

Angebote der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung sind für das Gelingen des Übergangs von der Schule in den Beruf für Jugendliche sehr wichtig. Mit "KAoA - Kein Abschluss ohne Anschluss" wird derzeit eine flächendeckende Berufsorientierung für alle Schulen ab der 8. Klasse verbindlich umgesetzt. Es gibt jedoch noch Verbesserungspotential. Durch die zum einen standardisierten Instrumente: Potenzialanalyse, Berufsfelderkundung, Betriebspraktika und die zum anderen möglichen Anschlüsse nach der Schule müssen wir genauer hinschauen, ob diese Angebote auch Jugendlichen mit besonderem Unterstützungsbedarf gerecht werden.

I265 Assistierte Ausbildung zu einem flexiblen und bedarfsgerechten Förderangebot weiterentwickeln

Antragsteller*in: Martina Maaßen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Eine spezielle Länderkonzeption in NRW sollte das Bundesprogramm "Assistierte Ausbildung" auf länderspezifische Bedarfe hinsichtlich weiterer Zielgruppen wie Altbewerber*innen oder Jugendliche mit Fluchterfahrung entwickeln. Neben ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen, Unterstützungsleistungen während der Ausbildung müssen nachhaltige Konzepte zur Sicherung der Beschäftigung gestaltet werden. Zudem brauchen wir eine flächendeckende Umsetzung und eine verlässliche Finanzierung

Begründung

Eine wesentliche Unterstützung der Jugendlichen besteht darin, während der Ausbildung in Theorie und Praxis eine sozialpädagogische Betreuung anzubieten. Hierdurch werden frühzeitig Ausbildungshemmnisse in den Blick genommen, Maßnahmen zu deren Beseitigung entwickelt, Probleme reduziert und Ausbildungsabbbrüche verhindert werden.

I266 Übergangsmanagement Schule / Beruf - einen weiteren Baustein Berufsorientierung für die Oberstufe

Antragsteller*in: Martina Maaßen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Derzeit ist das Übergangssystem Schule / Beruf im Rahmen einer schulischen Begleitung bis einschliesslich Klasse 10 angelegt und konzipiert. In der Klasse 11 sollte ein weiterer Baustein ins KAoA-System enígebaut werden. Eine" Berufsorientierung plus" für Schüler*innen auf dem Weg zum Abitur.

Begründung

Das KAoA-System besteht in den Klassen 8-10 aus der Potentialanalyse, den Berufsfelderkundungstagen und Betriebspraktika. Die Schüler*innen, die sich ab der Klasse 11 auf dem Weg zum Abitur machen sollten die Möglichkeiten haben sich intensiv über das duale Ausbildungssystem und Studiengänge zu informieren.

I267 Politische Bildung neu denken, für alle!

Antragsteller*in: Ali Bas

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Politische Bildung soll zielgruppenspezifischer als bisher möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen, von einheimisch bis zugewandert erreichen. Hierzu sollen vorhandene Konzepte polit. Bildung von Schule bis Weiterbildung überprüft und ggf neu justiert werden. Ziel soll es sein, dass Bürger*innen sich in einer komplexer werdenden globalisierten Welt und Unmengen an Informationen zurecht finden, sich ein begründetes Werturteil zu Sachverhalten bilden können und demokratisch handlungsfähig sind.

Begründung

Wenn Teile der Bevölkerung vor dem Hintergrund globaler Ereignisse der Demokratie nicht mehr trauen, Medien mit Lügenpresse gleich setzen, menschenverachtende Äußerungen ggü Minderheiten unverblümt als "Wahrheit" darstellen, dann ist das mehr als besorgniserregend.

Andere Entwicklungen sind spezieller in den Migrant*innen-Communities zu beobachten, wo negative politische Entwicklungen in den Herkunftsländern mehr antidemokratische Haltungen und Misstrauen ggü der neuen Heimat befördern.

Auffällig ist oft der Bezug der "Informationen" über die sozialen Netzwerke, in denen schnelle Klicks und unkritisches Teilen fragwürdiger Informationen zunehmen.

Die Fragen lauten: Wo und wie kann politische Bildung ansetzen? Reichen die bisherigen Konzepte?

I268 Mit gutem Beispiel vorangehen - Elektro-Mobilität in öffentlichen Institutionen des Landes fördern

Antragsteller*in: Michael Gassner

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Ansichts der fortschreitenden Entwicklung beim Bau von Elektroautos sollen alle Einrichtungen des Landes die Einführung dieser Technik positiv begleiten. Zukünftige Investitionen in den Fuhrparks der Landesregierung sollen primär mit dem Ziel des klimaneutralen Einsatzes getätigt werden. Gleichfalls müssen dringend benötigte Ladestationen für derlei Fahrzeuge eingerichtet und der Betrieb mit Strom aus erneuerbaren Energien zertifizierter Ökostromanbieter sichergestellt werden.

Begründung

Noch immer ist der Anteil der Fahrzeuge mit Elektromotor verschwindend gering. Nur wer aber mit gutem Beispiel vorangeht kann diesen Anteil erhöhen und somit die Energiewende vollziehen. Diese könnte beschleunigt werden durch eine schrittweise Einführung von Elektrofahrzeugen bei Behörden, da Investitionen im Bereich der öffentlichen Fuhrparks (Dienstwagen, Einsatzfahrzeuge etc.) auch weiterhin kontinuierlich erfolgen. Nicht nur, dass der Anteil solcher Fahrzeuge an der Gesamtmenge zunehmen und die Finanzierung gewissermaßen als Förderung den beteiligten Unternehmen der "Green Economy" zukommen würde; Auch die Akzeptanz der Technologie, die Verankerung in der Gesellschaft und das Einsehen in die Notwendigkeit würden dadurch erhöht werden.

I269 Von nur kurativ zu mehr präventiv – für einen Paradigmenwechsel im Gesundheitssystem

Gremium: Kreisverband Aachen

Beschlussdatum: 16.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Der Paradigmenwechsel zu einer vorsorgeorientierten Gesunderhaltung beinhaltet ein vermehrtes Erforschen von pathologischen Prozessen vor dem Ausbrechen einer Krankheit sowie gezielte Ansprache grundsätzlicher Verfallsprozesse des Menschen.

Risikofaktoren und bösartige Veränderungen sollten frühzeitig erkannt werden, um durch eine frühe Intervention die höchstmögliche Lebensqualität zu gewährleisten.

Begründung

Wir brauchen neue Strategien, die neben den generellen volkswirtschaftlich positiven Aspekten einer gesünderen Bevölkerung auch eine höchstmögliche Lebensqualität der Bürger*innen garantiert. Das Gesundheitssystem hat einen sehr hohen Standard einschließlich kosten- und technikintensiver Medizin erreicht. Der steigende Kostendruck im Gesundheitssystem birgt Gefahren beim gleichberechtigten Zugang zu optimaler Gesundheitsversorgung für Bürger*innen. Durch Prävention und frühzeitige Intervention lassen sich Krankheiten abwenden oder zumindest mildern.

I270 Abschaffung des Vorrangs von Bekenntnisschulen aus der Verfassung

Gremium: Kreisverband Aachen

Beschlussdatum: 16.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Relikt aus uralten Zeiten streichen

Begründung

Vorrang für Bekenntnisschulen, noch dazu in verfassungsrang, ist nicht zeitgemäß und benachteiligt Bürger*innen

I271 Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren -Für Alle von Anfang an

Antragsteller*in: Martina Maaßen

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Arbeitsverbot und Vorrangprüfung gehören abgeschafft. Jeder Flüchtling, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, sollte vom 1. Tag an die Möglichkeit haben, eine Arbeit aufnehmen zu dürfen. Die Prüfungen und Erlaubniserteilung des Ausländer- und Arbeitsamtes sollen entfallen.

Begründung

Derzeit gibt es ein dreimonatiges Arbeitsverbot und eine 15 monatige Vorrangprüfung für Flüchtlinge im Asylverfahren. Geduldete Flüchtlinge haben es noch schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden, da deren Duldungen zwischen 1 Woche und i.d.R. 3 Monaten befristet ist und somit auch die Arbeitserlaubnis, wenn sie überhaupt erteilt wird diese Fristen beinhaltet. Diese Hürden gehören abgeschafft. So haben Flüchtlinge von Anfang an die Möglichkeit mit zu ihrem Einkommen beizutragen, sind nicht oder nicht ausschliesslich auf Transferleistungen angewiesen. Für das Ausländer- und Arbeitsamt bedeutet dies eine erhebliche bürokratische Entlastung.

I272 Mindestlohn für Beschäftigte in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung

Gremium: Kreisverband Aachen

Beschlussdatum: 16.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Der Mindestlohn soll auch Beschäftigte in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zukommen

Begründung

Die Mindestlohnregelung sollte auch in den Einrichtungen nicht unterlaufen werden und die ungleichbehandlung behinderter Bürger*innen vermieden werden

I273 (Kommunal-) Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten unter Einbeziehung der MSO

Gremium: Kreisverband Aachen
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

(Kommunal) Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten unter Einbeziehung der Migrant*innenorganisationen (MSO)

Begründung

Die gute konstante Forderung und Bemühungen sollten durch stärkere Beteiligung der MSO noch intensiviert und so die Chance auf Umsetzung erhöht werden

1274 Minijobs neu regeln

Antragsteller*in: Martina Maaßen

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Als Vorschlag möchte ich hier einbringen, dass aber 165 Euro diese Jobs sozialversicherungspflichtig werden. Dieser Betrag ist auch der Eigenbehalt beim Arbeitslosengeld I. Im Weiteren sollte es eine intensivere landesweite Aufklärungs-Kampagne geben, um über die Nachteile sowohl die Minijobber*innen wie auch die Arbeitgeber*innen zu informieren.

Begründung

In Deutschland gibt es über 7 Millionen Mini-Jobber*innen, 86 % davon sind Frauen. Rund 2,5 Millionen gehen neben einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit einem Minijob nach, 5 Millionen haben aber ausschliesslich Minijobs. Minijobs führen in die Altersarmut.

I275 Sanktionen im Hartz IV System abschaffen

Antragsteller*in: Martina Maaßen

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Jährlich werden über 1 Millionen Sanktionen bei Alg II Empfänger*innen ausgesprochen, Die Hilfe zum Lebensunterhalt kann bis zu 30 % gekürzt werden, bei jungen Erwachsenen unter 25 sogar ganz. Wir brauchen keine Sanktionen sondern Zusatzleistungen, um Bemühungen um einen Arbeitsplatz Qualifizierung oder Bereitschaft seine persönliche Situation zu klären, zu unterstützen. Wir Grünen setzen auf Förderung und Unterstützung.

Begründung

Existenzminimum ist Existenzminimum. Ein Grundrecht muss man sich nicht verdienen. Die Möglichkeit der vollständigen Streichung der Hilfen bei den U25jährigen kann zu eingeschränkter Ernährung, Verlust der Unterkunft, Verschuldung, Abrutschen in Kriminalität, Verlust der persönlichen Stabilität und Gesundheit führen. Wir sollten nicht auf die Schwächen der Betroffenen schauen, sondern auf deren Stärken. Nicht negativ sanktionieren - sondern positiv verstärken mit Zusatzleistungen, um Bemühungen um einen Arbeitsplatz Qualifizierung oder Bereitschaft seine persönliche Situation zu klären, zu unterstützen.

1276 Leiharbeit neu regeln

Antragsteller*in: Martina Maaßen

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Leiharbeiter*innen müssen mehr verdienen als das Stammpersonal. Sie dürfen nicht als Streikbrecher*innen eingesetzt werden.

Begründung

Leiharbeit ist ein legitimes arbeitsmarktpolitisches Instrument. Jedoch der sog. "Klebeeffekt" bleibt aus. Nur rund 15 % der Leiharbeiter*innen bleiben in ihrem ehemaligen "Entsende-Betrieb". Diesem Umstand, und der Tatsache, dass hohe Flexibilität Anforderungen an die Leiharbeiter*innen gestellt werden, müssen wir Rechnung tragen. Diese Arbeitnehmer*innen sollen mehr als die Stammebelegschaft verdienen. Im Weiteren ist es notwendig, die Gewerkschaften dahingehend zu unterstützen, dass Leiharbeiter*innen nicht als Streikbrecher*innen eingesetzt werden dürfen.

I277 Werkverträge neu regulieren

Antragsteller*in: Martina Maaßen

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Werkverträge sollen nur dann abgeschlossen werden dürfen, wenn es um die Erledigung eines "Werkes" in einem bestimmten Zeitraum geht. Dies muss nachgewiesen werden (z.B. gegenüber den Zollbehörden). Es soll nicht mehr möglich sein, dass Regelarbeiten und -Aufgaben unbefristet von Arbeitnehmer*innen mit Werkverträgen ausgeführt werden dürfen, siehe Schlachter oder Fleischzerleger.

Begründung

Werkverträge sind nicht per se schlecht. Aufgrund der zunehmenden Regelungen in der Leiharbeit hinsichtlich Mindestlohn, evtl. maximaler Verweildauer und evtl. weiterer Arbeitnehmer*innenrechte gehen immer mehr Unternehmen dazu über ganze Abteilungen / Aufgabengebiete mittels Werkverträgen erledigen zu lassen. Gerade in der Fleischindustrie / Schlachthöfen ist dies oft der Regelfall. Es handelt sich hier aber zumeist nicht um die Erledigung eines "Werkes" in einem festgelegten Zeitraum, sondern um Solo-Selbständige ohne Arbeitnehmer*innenrechte und Sozialversicherung.

1278 Selbstbestimmtes Leben und Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen aller Generationen

Antragsteller*in: Alexander Tietz

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Wir wollen nicht eine Generation gegen die andere ausspielen oder Lebensmodelle vorschreiben, sondern allen Bürger*innen zu jedem Zeitpunkt in ihrem Leben eine Höchstmaß an Autonomie ermöglichen und dem Anspruch auf Wahrung der Menschenwürde gerecht werden.

Begründung

Eine alternde Gesellschaft stellt an uns besondere Anforderungen psychosozialer und rechtlicher, organisatorischer und finanzieller, gesundheitlicher und ethischer Natur. Die steigende Lebenserwartung ist erfreulich und kommt mit erhöhten Ansprüchen an ein selbstbestimmtes Leben und Beteiligung an der Gesellschaft im hohen Alter einher, denen wir konstruktiv begegnen möchten.

1279 Digitale Offensive an den Schulen - Nutzung moderner Tools in allen Fächern unterstützen

Antragsteller*in: Hermann Stubbe (KV Steinfurt)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir brauchen eine digitaler Offensive in den Schulen. Digitale Endgeräte sollen im Schul-Alltag selbstverständlich werden. Die Schulen müssen flächendeckend mit der entsprechenden Infrastruktur ausgestattet und die LehrerInnen entsprechend weitergebildet werden. Informatik als Wahlpflichtfach oder als IT-Grundbildung macht Sinn, ein durchgängiges neues Pflichtfach Informatik im Status eines „Hauptfaches“ lehnen wir aber ab. Digitalisierung soll Querschnittsaufgabe in allen Schulfächern sein.

Begründung

Obwohl die Digitalisierung der Gesellschaft schon weit vorangeschritten ist und alle Lebensbereiche erfasst hat, sind es ausgerechnet die Schulen, die sich hier zögerlich zeigen. Um hier einen erkennbaren Fortschritt zu erreichen, müssen zeitgemäße digitale Tools in allen Fächern Einzug halten. Dafür ist eine persönliche Ausstattung der Schüler mit IT-Geräten und deren alltägliche Anwendung im Unterricht wichtig. Mit diesen Mitteln kann die schulische Lehre verbessert und die Selbstständigkeit der Schüler*innen gefördert werden. Durch intensive, wenn auch kritische Nutzung digitaler Werkzeuge kann die Schule so von innen heraus verbessert werden.

I280 Gesunde Arbeitsplätze - Psychische Belastungen bekämpfen

Antragsteller*in: Martina Maaßen

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Entwicklung eines Modellprojektes mit praktischen und benutzerfreundlichen Instrumenten zur Unterstützung von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen beim Management von arbeitsbedingtem Stress und psychosozialen Risiken .

Begründung

Arbeitsbedingter Stress kann zu psychosozialen Risiken und psychischen Erkrankungen führen. Burn-out-Symptome, Depressionen und Suchterkrankungen sind hier u.a. die Stichworte. ie wirksame Bewältigung psychosozialer Risiken sorgt für eine Arbeitsumgebung, ind der die Arbeitnehmer*innen gesund bleiben und die Unternehmenskultur positiver ist.

I281 Verbraucherpolitische Basis-App

Antragsteller*in: Hans Christian Markert (MdL)

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Es soll eine verbraucherpolitische Basis-App entwickelt werden. Diese App müsste insbesondere für verletzte Konsument*innen verbraucherpolitisches Basiswissen in einfacher und barrierefreier Sprache beinhalten. Die App würde als „Erste-Hilfe-Medium“ dienen.

Begründung

Insbesondere Menschen, die an der gesellschaftlichen Teilhabe ganz oder teilweise gehindert sind, benötigen mehr Angebote, um sich im Marktgeschehen besser zurechtzufinden. Für diese verletzlichen Konsument*innen - seien sie es aufgrund mangelnder finanzieller Mittel oder formaler Bildung, seien sie es aufgrund von Alter oder von Herkunft – kann die vorgeschlagene App zu einem unbürokratischen und ständigen Begleiter werden.

I282 Diversityansätze und Antidiskriminierung in § 1 des Schulgesetzes verankern

Antragsteller*in: Josefine Paul & Birgit Beisheim

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Paragraph 1 des Schulgesetzes soll dahingehend erweitert werden, dass Vielfaltsaspekte in der schulischen Bildung berücksichtigt und jeder Mensch ein Recht auf eine individuelle Förderung unabhängig von Religion, Weltanschauung, ethnischen Herkunft, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Identität hat. Gleichzeitig muss ein klarer Antidiskriminierungsanspruch des Schulsystems formuliert werden.

Begründung

Bildungseinrichtungen sind wichtige Lernorte eines diskriminierungsfreien Umgangs mit Vielfalt. Kinder und Jugendliche müssen dort mit Wertschätzung als wesentlichen Teil der demokratische Grundwerte einer pluralen Gesellschaft erleben und erlernen.

Die derzeit existente Auflistung der Aspekt „wirtschaftliche Lage, Herkunft und Geschlecht“ im Paragraphen 1 sind nicht mehr zeitgemäß. Eine Pädagogik der Vielfalt muss weiter gehen und beide Seiten der Medaille, Anerkennung und Antidiskriminierung, umfassen. Neben weiteren notwendigen Maßnahmen kann dies ein wichtiges Signal sein.

Unterstützer*innen

Vanessa Braun; Gerta Siller

I283 Autonomer ÖPNV

Antragsteller*in: Hans-Jürgen Klein (KV Rhein-Berg)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Autonomer ÖPNV ist eine Chance für den ÖPNV, insbesondere im ländlichen Raum. Mit Hilfe der Technologie des autonomen Fahrens können Zubringerdienste zu Verkehrsknoten (Modal-Split) erbracht und Versorgungslücken geschlossen werden. Daher müssen sich Politik, Kommunen und regionale Verkehrsanbieter rechtzeitig auf den Einsatz autonomer Fahrzeugvarianten einstellen.

Begründung

Durch neue Technologien muss der ÖPNV attraktiver werden und gleichzeitig bezahlbar bleiben.

1284 Mit Städte- und Vereinspartnerschaften für Atomausstieg in Europa

Antragsteller*in: Hans Christian Markert (MdL)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Viele NRW-Kommunen haben Städte- und Vereinspartnerschaften in Frankreich und der Benelux-Region, die im Umkreis von Atomkraftwerken liegen. Durch gemeinsame Aktionen der Partnerkommunen gegen Atomkraft und für einen europäischen Atomausstieg soll ein Signal an die EU, aber auch die nationalen Regierungen senden. Das Land sollte unterstützend ein Netzwerk für den europäischen Atomausstieg ins Leben rufen, in dem Partnerkommunen sich untereinander vernetzen und Aktionen planen können.

Begründung

Wir wollen den endgültigen Atomausstieg in ganz Europa weiter vorantreiben. In Deutschland haben wir uns auf den Weg gemacht. In unseren Nachbarländern stehen jedoch zum Teil grenznah Reaktoren, die die deutsche Bevölkerung mit Sorge betrachten. Denn die Technologie ist nicht beherrschbar und darum politisch nicht zu verantworten. Deshalb soll durch gemeinsame Aktionen der Bürger*innen mit Städte- oder Vereinspartnerschaften deutlich gemacht werden, dass man grenzüberschreitend gegen die Hochrisikotechnologie und für einen endgültigen europäischen Atomausstieg streitet. Für die Region Deutschland – Niederlande – Belgien gibt es bereits jetzt ausreichend Strom-Kapazitäten - auch ohne die alten Atommeiler.

I285 Medikamentenrückgabe-System

Antragsteller*in: Hans Christian Markert (MdL)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

In einer Modellregion wird gemeinsam mit Apotheken, Krankenhäusern und Arztpraxen ein einheitliches, einfach verständliches und verbindliches Rückgabesystems alter Medikamente erprobt.

Begründung

In Nordrhein-Westfalen dienen 60% der Oberflächengewässer auch der Trinkwasser-Gewinnung. Im Alltag sind diese Gewässer vielen Belastungen z.B. auch durch Medikamenten-Rückstände ausgesetzt, die wir mit einfachen Mitteln wie einem Medikamentenrückgabe-System nach österreichischem Vorbild reduzieren könnten. Damit verringert sich der technische und finanzielle Aufwand für die Trinkwasseraufbereitung. Viele Menschen sind bei der Entsorgung von Medikamenten derzeit verunsichert. Eine geordnete Rückgabe in Apotheken gibt es nicht. Nicht eingenommene oder abgelaufene Medikamente landen daher über die Toilette im Wasser. Selbst moderne Kläranlagen schaffen es nicht, derartig belastete Abwässer zu klären.

1286 Prepaid-Stromzähler

Antragsteller*in: Hans Christian Markert (MdL)

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Flächendeckend sollen Prepaid-Stromzähler dort eingebaut werden, wo es zu Stromsperren gekommen ist. Diese Zähler funktionieren wie Prepaid-Handys. Bei den Stromanbietern können Prepaid-Karten mit einer bestimmten Kilowattmenge erstanden werden. Durch diese Maßnahmen wird der eigene Stromverbrauch transparenter und regulierbarer. Stromsperren können somit leichter vermieden werden.

Begründung

Immer noch sind Menschen – insbesondere mit kleinem Einkommen – von Stromsperren betroffen. Der Prepaid-Ansatz, den es regional und in anderen europäischen Staaten bereits gibt, sollte als zusätzliches Instrument zur Vermeidung von Energiearmut etabliert werden.

1287 Modellregion für die Strom-Grundsicherung

Antragsteller*in: Hans Christian Markert (MdL)

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

In einer Modellregion soll eine Strom-Grundsicherung eingeführt werden. Diese Grundsicherung stellt den Bürger*innen in dieser Region – insbesondere den verletzlichen Verbraucher*innen – im Sinne der Daseinsvorsorge jene Mindest-Strom-Menge zur Verfügung, die für elementare Grundbedürfnisse notwendig ist. Finanziert würde die Strom-Grundsicherung durch eine progressive Verteuerung der Stromverschwendung.

Begründung

Für viele Verbraucher*innen ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am Konsum jeglicher Art keine Selbstverständlichkeit. Diese verletzlichen Verbraucher*innen sind häufig von Stromsperrern betroffen und erhalten keinen Strom für die täglichen Grundbedürfnisse, wie Raumwärme, Kochen, Kühlen, Waschen. Hier setzt das Modell der Strom-Grundsicherung an.

1288 Veröffentlichung aller Empfänger und Höhe aller direkter und indirekter Zahlungen von Finanzmitteln aus öffentlichen Haushalten

Antragsteller*in: Tobias Flessenkemper
Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Die Landesregierung macht eine Datenbank zugänglich, in der die Empfänger von Finanzmitteln, welche die Landesregierung (und nachgeordnete Behörden und Zuwendungsempfänger, die als Zentralstelle agieren u.a.) jedes Jahr vergibt (bzw. bindet/Verpflichtungsermächtigungen/institutionelle Förderungen usw.) einfach und nachvollziehbar aufführt und mit entsprechenden Suchfunktionen ausstattet.

In diesem Finanztransparenzsystem werden Empfänger veröffentlicht, die Mittel aus den folgenden Finanzierungsquellen erhalten haben:

- Landeshaushalt (und nachgeordnete Haushalte, aus denen Finanzmittel Empfängern zur Verfügung gestellt werden)
- Haushalte der Kreise, Städte und Gemeinden
- EU-Mittel, insbesondere Kofinanzierungen

Aufgeführt sollten werden:

- Zuwendungen
- Preisgelder
- Öffentliche Aufträge (einschließlich vorläufige Mittelbindungen)
- Öffentliche Auftragsvergabe
- Finanzierungsinstrumente
- Budgethilfe
- externe Sachverständige
- ... usw.

Begründung

Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Zuwendungen ermöglichen Teilhabe und Kontrolle durch den Bürger und Parlamente. Die Veröffentlichung, auch der Empfang von Finanzmitteln durch Unternehmen, erlaubt eine bessere Steuerung von Zuwendungen und erhöht den Wettbewerb. Empfänger von Finanzmitteln werden besser vor unbotmäßiger Einflussnahme bei der Verwendung der Mittel geschützt, da die Veröffentlichungspflicht korruptives Verhalten erschwert.

1289 Jedes Kind in Nordrhein-Westfalen zweimal im Jahr ins Museum

Antragsteller*in: Tobias Flessenkemper

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Jedes Kind in Nordrhein-Westfalen (ab 3-4 Jahren bis zum Ende der schulischen Ausbildung) wird mindestens zweimal im Jahr (einmal pro Schulhalbjahr) ein Besuch in einem Museum in oder ausserhalb seiner Heimatgemeinde kostenfrei in der Gruppe ermöglicht. Dies können Museen in privater, kirchlicher, städtischer, landschaftverbandlicher und Landesträgerschaft sein.

Begründung

Kulturelle Bildung und das gemeinsame Erleben in der Gruppe von ortsnahen Kultureinrichtungen und –gütern ermöglicht ein bessere Teilhabe. Der gemeinsame Museumsbesuch bietet die Möglichkeit der Verschränkung von formaler und ausserschulischer Bildung und gleichzeitigem Erleben gemeinsamer kultureller Räume und Einrichtungen. Insbesondere in den Grossstädten ermöglichen Museumsbesuche das Kennenlernen nicht kommerzieller öffentlicher Räume und des gemeinsamen kulturellen und Naturerbes.

I290 Unterstützungsmaßnahmen für Kinder mit Behinderung an den Regelschulen weiter ausbauen

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

z.B. durch Absicherung längerfristiger Verordnungen in der Therapie für Kinder mit Behinderung in Kitas, Schulbegleiter als Poollösung ausweiten etc.

I291 Bonn-Berlin Gesetz & Rheinland als Standort internationaler Organisationen (IO)

Antragsteller*in: Tobias Flessenkemper
Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Das Bonn-Berlin-Gesetz (BBG) wird nicht geändert. Für NRW ist eine Präsenz von Bundesministerien und obersten Bundesbehörden von herausragender Bedeutung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Der Raum Köln-Bonn soll weiter bei der Ansiedlung internationaler Organisationen (einschliessliche NROs) unterstützt werden. Das Land wirbt aktiv für NRW als Standort, sichert die Umsetzung des BBG und baut die behördlichen und NRO-Strukturen zielgerichtet aus.

Begründung

Im BBG 1994 wurde festgelegt, dass der größte Teil der Bundesministerien-Arbeitsplätze in Bonn bleiben soll. Dies seit 2008 nicht mehr der Fall. 2015 arbeiten rund 38% in Bonn; in Berlin 62%. 2016, dank moderner Kommunikationsformen kann dezentral stetig besser gearbeitet werden. Die Bundesregierung und -verwaltung soll in den westlichen Bundesländern, eng bei fast der Hälfte der Bürgerinnen verankert bleiben. Der Abbau von qualifizierten Bundes-Arbeitsplätzen in NRW darf nicht mit dem Ausbau des VN-Standortes verrechnet werden. Öffentliche hochqualifizierte Arbeitsplätze in Bundesregierung und -verwaltung und IOs und NROs sind wichtig für die Entwicklung und Sichtbarkeit des Landes und Ruhr-Rhein-Main-Gebiets in einer vernetzten Welt.

I292 Modellkommunen nachhaltige Sportentwicklung

Antragsteller*in: Josefine Paul

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Erläuterung: Das Land fördert Modellkommunen, die ein Konzept zur kommunalen Sportstättenentwicklung unter besonderer Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten erarbeiten

Begründung

Begründung: 80% der Sportförderung in Deutschland läuft über die Kommunen. Insbesondere im Bereich der Sportstättenförderung kommt den Kommunen eine große Verantwortung zu. Auch im Bereich der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes ergeben sich große Potentiale im Bereich der Sportstättenentwicklung. Wir wollen Kommunen fördern, die modellhaft ihre Sportstättenentwicklung insgesamt an Aspekten der Energieeffizienz, der Ressourcenschonung und des Umweltschutzes orientieren und dabei einen ganzheitlichen Sportansatz im Sinne einer „Bewegten Kommune“ zum Ziel haben

Unterstützer*innen

Vanessa Braun

I293 Lebensqualität fördern, statt Wirtschaftswachstum

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Für uns GRÜNE bemisst sich Wohlstand und Gemeinwohl weniger am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, sondern eher an der Lebensqualität und dem verantwortungsvollen Umgang mit der Natur. Wachstum ist zu stark an den Verbrauch natürlicher Ressourcen gebunden.

Begründung

Deutschland hat bereits ein sehr hohes materielles Wohlstandsniveau erreicht. Die Indikatoren für Glück haben sich kaum verändert. Hier liegt die Chance einer kulturellen Debatte darüber, was Lebensqualität für die Menschen heute wirklich bedeutet und wie wir diese erreichen können, z.B. durch „fairen“ Konsum, neue Arbeitszeitmodelle. Maßnahmen für besseres Wirtschaften sollen weiterentwickelt und gefördert werden, wie zb. Repair Cafés, Carsharing, ausbildende Unternehmen etc

I294 Erziehungspartnerschaft von Eltern und Institutionen verankern

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wichtig ist die Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

I295 Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Lehrpläne integrieren

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Um das Bewusstsein für Nachhaltigkeit schon frühzeitig zu schärfen.

1296 Familienzentren ausbauen mit Quartiersbezug

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Um eine optimale Unterstützung gewährleisten zu können.

I297 „Lebenslernen“ neben dem fachlichen Unterricht an den Schulen ausweiten

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Um die alltagspraktische Integration in die Gesellschaft zu verbessern.

I298 Familienzentren ausbauen mit Quartiersbezug

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Zur Gewährleistung einer optimalen Versorgung und Unterstützung

I299 KMU als Motor (grüner) Wirtschaft fördern

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Kleine und Mittelständische Unternehmen (KMU) sind ein Wachstumsmotor unserer Wirtschaft. Optimale Rahmenbedingungen und gute Förderprogramme sollen diese Unternehmen zu mehr Investitionen in "grüne" Produkte und Dienstleistungen animieren ebenso wie in "grüne" Innovationen, denn grüne innovative Unternehmen wachsen schneller und sie schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze.

I300 Kommunales Ehrenamt stärken

Antragsteller*in: Gönül Eglence (KV Sprecherin Essen)

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Menschen in kommunalen Ehrenämtern sollten durch ihren Einsatz keine Nachteile in ihrer sozialen Absicherung erleiden müssen. Die Aufwandsentschädigungen könnten so gestaltet werden, dass Sozialabgaben inklusive sind.

Begründung

Die Professionalisierung des kommunalen Ehrenamts ist umstritten. Ihr ursprüngliches Anliegen aber, insbesondere in großen Kommunen, wo das Arbeitsvolumen und die Verantwortung soweit gestiegen ist, dass die Aufgabe kaum noch neben dem Job zu machen ist, bleibt. Die Folge ist, dass wir entweder Altersarmut produzieren oder Menschen sich nicht engagieren, weil ihnen die Zeit fehlt. Beides keine guten Aussichten.

I301 Interkulturelle Vielfalt im öffentlich-rechtlichen TV und Rundfunk sichern und ausbauen!

Antragsteller*in: Ali Bas

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Die so genannte "Programmreform" beim WDR-TV und der Radiowelle "Funkhaus Europa" gehört auf den Prüfstand! Sendungen zu Integrationsthemen wie das abgesetzte "Cosmo TV" gehören wieder auf Sendung, ebenso die zusammengestrichenen fremdsprachlichen Sendungen im Radio. Darüberhinaus ist eine stärkere Repräsentanz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den verschiedenen Sendungsformaten des öffentlich-rechtlichen TVs mehr als wünschenswert, ebenso in den Gremien der Rundfunkanstalten.

Begründung

Zur Zahlung von Rundfunk- und Fernsehgebühren sind alle Haushalte im Lande verpflichtet, egal welche Sprache zuhause gesprochen wird. Die Programmreformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben in der letzten Zeit aber dazu geführt, dass sich Menschen aus den Migrant*innen-Communities immer weniger in den Programmen wie z.B. des WDR wiederfinden. Die Streichung der fremdsprachlichen Programme auf "Funkhaus Europa" haben da zu heftigen Protesten in den Communities geführt, die diese Veränderungen leider nicht verhindern konnten. Es muss selbstverständlich sein, dass sich alle Bevölkerungsgruppen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und Rundfunk angemessen wieder finden können.

I302 Reduzierung der Verkehrstoten um 50% bis 2020

Antragsteller*in: Tobias Flessenkemper

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir streben durch Initiativen auf Bundesebene (Bussgeld-, Strafrecht), Ursachenforschung, bauliche und planungsrechtliche Änderungen, Unterstützung der Polizei und der Kommunen, sowie weitere Maßnahmen eine Reduzierung der Verkehrstoten pro Jahr auf unter 260 (bis 2020) an.

Begründung

Durchschnittlich alle 17 Stunden (522 / 2014) kommt ein Mensch in NRW im Verkehr um. Ein Anstieg bei den Getöteten- und Verletztetenzahlen ist zu beklagen in NRW. Die Zuwächse sind deutlicher als im Bundesdurchschnitt ausgefallen (Quelle Polizei NRW https://www.polizei.nrw.de/media/Dokumente/VU_Statistik_2014.pdf, 2015).

Trotz relativ niedriger Opferzahlen im statistischen Vergleich (historisch, geografisch) muss es Ziel sein die Todesfälle weiter zu reduzieren. Insbesondere in Grossstädten nehmen Risikoverhalten und tödliche Fahrradunfälle zu. Dem kann begegnet werden.

I303 Mehrsprachigkeit als Recht umfassender ermöglichen

Antragsteller*in: Tobias Hasenberg

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Auch wenn es in aktuellen Diskussionen oft anders klingt: Spracherwerb ist ein Recht, keine Pflicht. Insofern braucht es auf Landesebene eine Strategie, die umfassend Mehrsprachigkeit ermöglicht und mit Ansätzen auf Bundes- und EU-Ebene effektiv vernetzt. Egal, ob Rheinisch oder Romanes: NRW als Heimat der Vielfalt sollte in Zeiten der Globalisierung sowohl die im Land benutzten Sprachen als auch Dialekte bestmöglich aktiv fördern und so erhalten – durch Angebote, die alle Menschen erreichen.

Begründung

Für alle Menschen, die in NRW leben und nach NRW kommen, gilt: Über das Grundgesetz hinaus, das vor Diskriminierung aufgrund der Sprache schützt, braucht es auch einen Schutz vor Diskriminierung der Sprache. Und dies nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis. Der Spracherwerb des Deutschen ist wesentlicher, aber nicht einziger Bestandteil einer echten Sprachenpolitik. Hierzu braucht es vom Land eine entsprechende Strategie mit konkreten Maßnahmen sowohl im Bildungs- als auch im Kulturbereich. Für mögliche Elemente vgl. den ersten Kommentar unter diesem Beitrag.

Unterstützer*innen

Grüne Jugend Rhein-Sieg

1304 Zwischen Niederrhein und Wupper soll eine Wasser-Kreislauf-Region entstehen

Antragsteller*in: Birgitt Höhn (Bezirksverband Niederrhein-Wupper)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Mit Blick auf die hohen Einträge von Nährstoffen und Medikamenten-Rückständen in die Oberflächengewässer soll die Vorklärung der Abwässer und Einleitungen an den verursachenden Quellen gefördert werden. Über den Förder-Anreiz sollen insbesondere Krankenhäuser und industrielle Landwirtschaftsbetriebe als Partner gewonnen werden, die in der Modell-Region entsprechende technische Lösungen an ihren Standorten errichten.

Begründung

90% der Oberflächengewässer in NRW sind in keinem guten ökologischen Zustand, die Vorgaben/WRRL werden nicht erfüllt. Die meisten Kläranlagen können insbesondere Mikro-Einträge wie insbesondere auch die wachsenden Medikamenten-Rückstände nicht erfassen und verteuern die Trinkwasseraufbereitung. Landwirtschaftliche Einleitungen und Sickerwässer landen ungeklärt in Gewässerzuläufen und führen zu Abwasserpilzen in heimischen Fließgewässern. Dem Gedanken des Verursacherprinzips folgend will der Vorschlag mit der technischen Vorklärung (Membran-Technik oder Aktivkohlefilterung) die Belastung der Abwasserfrachten schon vor den kommunalen Kläranlagen oder der Direkteinleitung verringern und so den ökologisch verträglichen Wasser-Kreislauf stärken.

I305 Interkulturelle Kooperation institutionell verankern

Antragsteller*in: Gönül Eglence (KV Sprecherin Essen)

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Eine Förderung der interkulturellen Öffnung in Kultureinrichtungen sollte bestimmten Kriterien folgen. Dazu sollte bspw. die Kooperation mit entsprechenden Einrichtungen, Vereinen oder Verbänden eines dieser Kriterien bilden.

Begründung

Auch in der Wirtschaft 'kauft' man sich know how extern ein, wenn dieses im Haus nicht ausreichend vorhanden ist. Will man die interkulturelle Öffnung in etablierten Kultureinrichtungen über die misch-nationalen Ensembles hinaus fördern, müssen diese bei ihren öffentlich geförderten und als 'interkulturell' ausgewiesenen Projekten auch die Expertise entsprechender Koop.-Partner*innen einholen. Nur unter dieser Bedingung kann auch als 'interkulturell' gefördert werden.

I306 Qualitätsentwicklung in Kitas voranbringen (Eltern- Kind- Schlüssel verbessern)

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Ganzheitlicher Bildungsansatz statt formalisierte Bildungseinheiten in der Kita, verpflichtendes Kita-Jahr einführen

I307 Erweiterung der ErzieherInnenausbildung auf Hochschulniveau Bachelorstudium

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Mit hohem Praxisanteil

I308 Verpflichtender Hinweis der Kommunen für Bauplanungen von Architekt*innen und Bauherr*innen in Sümpfungsgebieten.

Antragsteller*in: Gudrun Zentis (MdL)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Baurechtlich sollte geregelt werden, dass die Kommunen bei der Aufstellung von Bebauungsplänen proaktiv auf mögliche Folgen hinweisen müssen, wenn sich das Plangebiet im Sümpfungsgebiet des Bergbaus befindet. Im Bebauungsplan und im Genehmigungsverfahren sollte daher ein entsprechender Hinweis verpflichtend eingefügt werden zum Schutz von Bauherr*innen vor beispielsweise nassen Kellern und ungewöhnlichen Rissbildungen.

Begründung

Im Rheinischen Revier wird Grundwasser aufgrund des Braunkohletagebaus weiträumig abgepumpt. Nach der Tagebauzeit beim Wiederanstieg des Grundwassers ändert sich die Situation. Der ursprüngliche Grundwasserspiegel stellt sich wieder ein. Die Sümpfungsmaßnahmen wirken nicht nur im direkten Tagebauumfeld, sondern deren Auswirkungen sind noch weitab vorhanden.

Baurechtliche Vorschriften sehen bisher vor, dass sich Bauherr*in oder Architekt*in vorab kundig machen müssen. Nicht ortskundige Architekt*innen fernab des Bergbaus, Neuhinzuziehende wissen oft nicht, dass Bergbaueinflüsse wirksam sind. Hier wäre eine präventive Maßnahme, um rechtliche Streitigkeiten und Auseinandersetzungen im Nachhinein zu vermeiden, sinnvoll.

I309 Organisationsstrukturen öffentlicher Einrichtungen auf 'interkulturelle Tauglichkeit' prüfen

Antragsteller*in: Gönül Eglence (KV Sprecherin Essen)

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Wer die Teilhabe aller Menschen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens fördern will, muss vor allem bei den Strukturen ansetzen, die oftmals ein Hindernis darstellen können.

Begründung

In den klassischen Bereichen, wie im Bildungs- oder Sicherheitsbereich fordern viele schon seit langem offensive Anwerbung von Menschen mit unterschiedlichen Biografien. Konsequenter wäre es öffentliche Einrichtungen von Verwaltung bis Oper über Bibliothek bis Schwimmbad auf ihre 'Durchlässigkeit' für Menschen mit untersch. Biografien hin zu prüfen und entsprechend auszubessern. Das fördert nicht nur die sichtbare Vielfalt in den Einrichtungen, sondern führt auch zu einer echten Teilhabeoffensive.

I310 Frühförderung: Bereits als vorgeburtliches Beratungsangebot anbieten

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Insbesondere wegen möglicher Gefährdung aus Alkohol, Drogen usw. während der Schwangerschaft.

I311 Einbezug nicht muttersprachlich deutsch sprechender Eltern an Kitas und Schule fördern

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Durch mehrsprachige Elterninfo zum Entwicklungsverlauf der Kinder (Geburt, Kleinkind, Kita...),
Teilhabe der Eltern in den Gremien der Institutionen durch Elternvertretungen etc.

I312 Erweiterung der ErzieherInnenausbildung auf Hochschulniveau Bachelorstudium

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

mit hohem Praxisanteil

I313 „Die Besten für die Kleinen“ – Die Gehaltssituation für Erzieher*innen +
GrundschullehrerInnen verbessern

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Eine gute Bezahlung als Ausdruck von Wertschätzung

I314 Gender Budgeting aus dem Vertrag von Amsterdam endlich umsetzen

Antragsteller*in: Birgitt Höhn

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Haushaltsmittel und Steuermittel kommen Frauen und Männern unterschiedlich zugute. Das ist nicht nur ein wichtiges Steuerungselement, sondern es ist auch ein Ansatzpunkt für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. Seit 1999 verpflichtet der Vertrag von Amsterdam alle Mitgliedstaaten der EU Gender Mainstreaming in alle relevanten Politikbereiche umzusetzen. 2001 hat die EU-Finanzministerkonferenz die Unterstützung der Umsetzung von Gender Budgeting bis 2015 in allen EU-Ländern beschlossen.

Begründung

Beispiel: Sportvereine werden von Kommunen gefördert und Sporthallen zur Verfügung gestellt. Betrachtet man die Nutzung von Sportvereinen im Bezug auf Geschlecht und Alter, stellt sich heraus, dass Sportvereine zu zwei Dritteln von Männern genutzt werden. Frauen hingegen nutzen eher das Fitnessstudio. Das Ergebnis zeigt: Die Angebote für Frauen in Sportvereinen sind nicht oder zu wenig vorhanden.

Gender Budgeting ist auf keinen Fall ein Wundermittel, aber es bringt einiges in Bewegung, vor allem schafft es Transparenz und das passt wieder zu Good Governance. Es schafft Transparenz im Hinblick auf Wirkungsgrade und Nutzen unseres Tun und gibt uns mit den Ergebnissen ein umfangreiches und zielgenaues Steuerungselement an die Hand.

I315 Eine GRÜNE Verkehrswende durch Umstellung auf regenerative Antriebe und Elektromobilität

Gremium: AK Ökologie (KV Köln)
Beschlussdatum: 21.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Förderung eines landesweiten Gesamtkonzepts zum Ausbau von Gas- und Wasserstoffantrieben und Elektromobilität aus 100%-Erneuerbaren-Energien. Beispielsweise:

- Ausbau der Infrastruktur.
- Förderprogramm für die schrittweise Umstellung des ÖPNV's auf regenerative Antriebe/ Elektromobilität.
- der Fuhrpark des Landes (Behörden, Polizei, Landtag etc.) wird schrittweise auf regenerative Antriebe/Elektromobilität umgestellt.
- Beendigung der Subventionen von Dienstwagen aus fossilen Brennstoffen.

Begründung

Wir GRÜNE wollen eine klimaverträgliche und nachhaltige Verkehrspolitik. Unser Ziel ist die Senkung des CO₂-Ausstoßes, des Feinstaubes sowie der Stickoxide im motorisierten Individualverkehr. Das Gleiche gilt auch für den ÖPNV und den motorisierten Radverkehr.

Ein Weg zur Umsetzung unseres Ziels, ist der Umstieg auf regenerative Antriebe aus 100%-Erneuerbaren-Energien. Das Land muss hier zusammen mit den Kommunen den ersten Schritt gehen.

Besonders wichtig ist die Schaffung von Infrastruktur. Nur wenn es landesweit Ladestationen, Fahrrad(schnell)wege etc. gibt, wird ein Anreiz für den Umstieg gegeben. Hier müssen der Landtag, die Landesregierung und die Landesbehörden eng mit den Landesbetrieben zusammen arbeiten.

I316 Lebensqualität fördern, statt Wirtschaftswachstum

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wohlstand und Gemeinwohl bemisst sich weniger am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, sondern eher an der Lebensqualität und dem verantwortungsvollen Umgang mit der Natur. Wachstum ist zu stark an den Verbrauch natürlicher Ressourcen gebunden.

Begründung

Deutschland hat bereits ein sehr hohes materielles Wohlstandsniveau erreicht. Die Indikatoren für Glück haben sich kaum verändert. Hier liegt die Chance einer kulturellen Debatte darüber, was Lebensqualität für die Menschen heute wirklich bedeutet und wie wir diese erreichen können, z.B. durch „fairen“ Konsum, neue Arbeitszeitmodelle. Maßnahmen für besseres Wirtschaften sollen weiterentwickelt und gefördert werden, wie zb. Repair Cafés, Carsharing, ausbildende Unternehmen etc

I317 Bürokratieabbau bei Gründung (Grüner Genossenschaften)

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Gerade für die Bereiche Sozialer Zusammenhalt, Klimaschutz und Bildung sind (Grüne) Genossenschaften ein zentraler Baustein. Gemeinsam mit anderen Unternehmen der Sozialökonomie haben sie in der Krise bewiesen, dass sie robuster sind und stabilere Arbeitsverhältnisse bieten als andere Unternehmen.

Begründung

Deswegen ist es notwendig, die Gründung weiterer Genossenschaften zu forcieren und bürokratische Hemmnisse abzubauen.

I318 Unabhängige Beschwerdestelle Fußball einrichten

Antragsteller*in: Josefine Paul

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Stadionverbote sind insbesondere für junge Fußballfans eine harte Strafe, deren zielführende pädagogische Wirkung angezweifelt werden darf. Das intransparente Verfahren (z.B. Datenweitergabe zwischen Polizei, Fußballvereinen und Verbänden) führt zu einem großen Ohnmachtsgefühl und Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen von Seiten der Fans. Eine Unabhängige Beschwerdestelle kann hier Abhilfe schaffen. Mit ihr können wir deutlich machen, Grüne nehmen Datenschutz und Fanrechte ernst.

Begründung

Fußballfans erleben immer wieder eine für sie undurchsichtige und entsprechend als ungerecht empfundene Vorgehensweise von Polizei und Justiz rund um Vorfälle, die sich am Rande von Fußballspielen ereignen. Insbesondere die derzeitige Praxis, dass bundesweite Stadionverbote bereits auf Grund der Einleitung polizeilicher Ermittlungsverfahren ausgesprochen werden, hat einen faden Beigeschmack. Dies untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat. Eine unabhängige Beschwerdestelle soll zukünftig betroffene Bürger*innen als Anlauf- und Clearingstelle dienen.

Unterstützer*innen

Vanessa Braun

I319 Zusammenhalt und Wir-Gefühl in NRW stärken

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Immer mehr Menschen sind davon überzeugt, dass wir uns Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness für alle nicht länger leisten können. Die Vorstellung von der Gleichwertigkeit der Menschen ist keine Selbstverständlichkeit mehr.

Begründung

Wir müssen der Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft aktiv entgegenwirken. Dazu wollen wir Jung- Alt-, Neu-BürgerInnen zusammenbringen und Begegnungsangebote schaffen, in denen die BürgerInnen sich gegenseitig kennenlernen können. Ziel ist es das gegenseitige Interesse und die Neugierde zu wecken und zum Mitmachen an der Zivilgesellschaft zu motivieren. Eine Möglichkeit könnte die Einführung eines landesweiten "Tages der BürgerInnen" in Kommunen und Regionen sein.

I320 Aktiv gegen Rechtsextremismus

Antragsteller*in: Kreisverband Aachen

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Rechtsextreme Einstellungen werden in unserer Gesellschaft zunehmend verbreitet. Sie stellen eine Gefahr für unsere tolerante Gesellschaft und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung dar.

Begründung

Deshalb ist es wichtig, eine präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus breit aufzustellen und bestehende Initiativen, Bündnisse und Anlaufstellen weiter zu unterstützen und zu fördern.

I321 Demokratisierung des Schulbetriebes

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die verpflichtende Einführung der Drittelparität in Schulkonferenzen war ein großer Erfolg für uns GRÜNE. Wir wollen, dass nun noch mehr gleichberechtigte Teilhabe in den Schulen gelebt werden kann. Aus diesem Grund setzten wir uns für eine Ausweitung der Drittelparität auf weitere Schulgremien, wie z.B. die Disziplinarkonferenz, ein.

I322 Abschulungsverbot und Abschaffung von Sitzenbleiben

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Abschulungen und Sitzenbleiben sorgen dafür, dass Lerndifferenzen nicht in einem solidarischen Miteinander aufgegriffen werden, sondern fördern oftmals eine Spaltung der Gesellschaft. Wir wollen diese Spaltung nicht länger hinnehmen und setzen dem die Abschaffung von Sitzenbleiben und ein Abschulungsverbot entgegen.

I323 Gleichstellungsbeauftragte an Schulen

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Schulen sind nach wie vor kein geschlechtergerechter Raum. Wir wollen die Benachteiligung von Geschlechtern aufbrechen - und das auch in den Schulen. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass Gleichstellungsbeauftragte in den Schulen NRWs eingeführt werden.

1324 Fahrrad-Landstraßen für NRW

Antragsteller*in: Deniz Ertin

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Das Land soll vermehrt Fahrrad-Landstraßen bauen um eine bessere Radverkehrsinfrastruktur zu ermöglichen. Dabei soll das Land 30% ihrer Mittel für Landstraßen für den Ausbau von Fahrradschnellwege und Fahrrad-Landstraßen bereitstellen. Diese können parallel oder in der Nähe von Auto-Landstraßen gebaut werden und sollen für den Fahrradverkehr Ortschaften und Stadtteile miteinander verbinden.

Begründung

Um die Klimaziele des Landes und der Kommunen in NRW zu erreichen bedarf es die Potenziale die der Radverkehr hat voll auszuschöpfen. Die Investitionen von Radinfrastruktur ist weitaus günstiger und Nachhaltiger als die der Automobil- Infrastruktur. Die Menschen in NRW sehnen sich nach alternativen im Alltagsverkehr. Dabei spielt auch der Verkehr außerorts eine Rolle, der mit Fahrrad zum Teil gar nicht möglich ist ohne auf den gefährlichen Landstraßen zu fahren.

I325 Abschaffung der 1./2. Klasse im ÖPNV

Gremium: Grüne Jugend NRW
Beschlussdatum: 12.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Angelehnt an den Pilotversuch im VRS, bei dem auf mehreren S-Bahn-Linien die 1. Klasse abgeschafft wurde, wollen wir perspektivisch auch in anderen Verkehrsverbünden und abseits der S-Bahnen einen ÖPNV, den alle Nutzer*innen gleichberechtigt nutzen können.

I326 Beitragsfreie KiTas

Gremium: Grüne Jugend NRW
Beschlussdatum: 12.04.2016
Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Gebührenfreie Bildung ist seit jeher ein Grundziel grüner Politik. Wir wollen soziale Gerechtigkeit auch in der frühkindlichen Bildung schaffen und fordern deswegen perspektivisch eine gänzliche Beitragsfreiheit für KiTas, die vom Land refinanziert wird.

I327 Steuergerechtigkeit

Gremium: Grüne Jugend NRW
Beschlussdatum: 12.04.2016
Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Wie nicht erst die Panama Papers und der Ankauf von Steuer-CDs gezeigt haben, ist Steuerhinterziehung auch in NRW ein großes Problem. Um dem entgegenzuwirken, fordern wir mehr Beamte zur Steuerprüfung. Die vor uns liegenden Herausforderungen und Chancengerechtigkeit können wir nur bewältigen und erreichen, wenn sich niemand unsolidarisch herauszieht.

I328 Bildungsgerechtigkeit

Gremium: Grüne Gruppe Weiterbildung, Gudrun Zentis

Beschlussdatum: 18.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Für Grüne sind die herausragenden Ziele die Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung, insbesondere bildungsbenachteiligten Zielgruppen und Migrantinnen und Migranten, sowie der Abbau von Bildungsungerechtigkeiten.

Begründung

Soziale Faktoren beeinflussen in erheblichem Maße die Weiterbildungsteilnahme. Darüber besteht weitgehende Einigkeit im fachlichen Diskurs. Studien und Landesprojekte haben darüber hinaus gezeigt, dass es neue, sozialraumorientierte Konzepte gibt, die erfolgreich Menschen mit vielschichtigen Benachteiligungen für Weiterbildungsangebote gewinnen. Diese innovativen Ansätze lassen sich nicht mit den bislang üblichen Förderparametern umsetzen.

Eine aufsuchende Bildungs- und Beratungsarbeit mit enger Anbindung an Lebenswelten der Adressatinnen und Adressaten, Lernorte, lokale Gegebenheiten und Einbindung von Brückenmenschen bzw. Vertrauenspersonen braucht eine andere Finanzierungsgrundlage. Aufsuchende Formate müssen förderfähig werden.

I329 Vielfaltsplan für NRW ausbauen

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Wir wollen den bereits vorhandenen Aktionsplan Vielfalt, der sich momentan nur auf LSBTTI bezieht, ausbauen. Hierdurch soll für verschiedenen Formen der Menschenfeindlichkeit sensibilisiert und gesamtgesellschaftliche Aufklärung gefördert werden. Ein Schwerpunkt soll dabei auf der Thematisierung von und Aufklärung über Antiziganismus liegen, der oft nicht ausdrücklich in Antidiskriminierungsplänen benannt wird.

1330 Rentenpunkte fürs Ehrenamt

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Viele Menschen in NRW engagieren sich ehrenamtlich, z.B. in Geflüchteteninitiativen, im Klima- und Naturschutz, sowie in Sportvereinen. So wichtig dieses Engagement ist, so wenig wird es oft gewürdigt. Um dies zu ändern fordern wir, dass ehrenamtliche Tätigkeiten zukünftig mit Rentenpunkten belohnt werden sollen.

I331 Menschenwürdiger Umgang mit Geflüchteten

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

NRW setzt sich für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten ein. Hierzu zählen für uns, dass auf Sachleistungen verzichtet und stattdessen Geldzahlungen geleistet werden, dass keine unangekündigten Abschiebungen erfolgen dürfen, sowie ein unbürokratischer Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen wie etwa Schulen, Hochschulen, Sprach- und VHS-kursen erhalten. Ebenso setzen wir uns für eine möglichst schnelle Arbeitserlaubnis für Geflüchtete ohne vorherige Vorrangsprüfung ein.

I332 Besserer Schutz von geflüchteten Frauen und LGBTIQ

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Um geflüchtete Frauen* und LGBTIQ-Personen besser schützen und unterstützen zu können, sollen teilweise schon vorhandene Maßnahmen, wie Schutzräume, ausgebaut werden.

I333 Zweigeschlechtlichkeit in Dokumenten und Erhebungen des Landes NRW abschaffen!

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Die Nennung der binären Kategorien der Geschlechtszugehörigkeit und die Erhebung dieser durch Ämter und Behörden kann in vielen Fällen eine Diskriminierung bedeuten, erzeugt einen hohen Verwaltungsaufwand und ist oft keine relevante Information. Deshalb soll das Land NRW auf die Nennung und die Erhebung der Geschlechtszugehörigkeit verzichten, so diese nicht notwendig ist.

Begründung

Nicht alle Menschen identifizieren sich mit einem der beiden binären Geschlechter Mann-Frau, darüber hinaus wird hierdurch insbesondere Kindern die Möglichkeit genommen, ihre persönliche Identität herauszubilden. Von den vorgeschlagenen Änderungen unberührt bleiben Erhebungen, die der Bekämpfung von Diskriminierungsformen dienen, die auf die Geschlechtszugehörigkeit beruhen oder dem Erhalt/Aufbau von Schutzräumen.

1334 Dezentrale Unterbringung statt Sammelunterkünfte

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Wir lehnen die Unterbringung in Sammelunterkünften, insbesondere in Notunterkünften ab, und fordern eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten.

1335 Öffentliche W-Lan/Freifunkangebote stützen

Antragsteller*in: Gönül Eglence (KV Sprecherin Essen)

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Als GRÜNE wollen wir uns dafür einsetzen die Rechtsunsicherheit bei offenen W-Lan Angeboten auf Bundesebene zu beseitigen.

Begründung

Digitale Teilhabe hängt vor allem vom Zugang zur digitalen Welt ab. In einer sog. Wissensgesellschaft wird der Wissensvorsprung zu 'Macht' und damit zu einem weiteren Faktor, der die Gesellschaft spaltet. Öffentliches und freies W-Lan kann dem zumindest ein Stückweit entgegenwirken. GRÜNE stehen für Chancengerechtigkeit auf allen Ebenen - auch der digitalen.

I336 Wahlrecht demokratisieren

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wir fordern ein Wahlrecht für alle Einwohner*innen (nicht nur EU-Bürger*innen) NRWs ab dem 14. Lebensjahr auf kommunaler und auf Landesebene.

1337 Parlamentarische*r Staatssekretär*in für Integration und Migration

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Wir wollen, dass der*die Staatssekretärin für Integration und Migration zu einem*r parlamentarischen Staatssekretär*in erhoben wird, damit er*sie ordentliches Mitglied der Landesregierung wird.

1338 Modellprojekt "Legale Cannabisabgabestelle"

Gremium: Grüne Jugend NRW
Beschlussdatum: 12.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Die Landesregierung soll ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt für eine legale Cannabisabgabestelle nach dem Vorbild von Berlin Kreuzberg-Friedrichshain durchführen. Die Auswirkungen auf die organisierte Kriminalität, die Konsument*innenzahl sowie gesundheitliche Aspekte sollen so wissenschaftlich untersucht werden können.

I339 Jugendparlamente stärken

Gremium: Grüne Jugend NRW
Beschlussdatum: 12.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Um die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen zu verbessern, wollen wir die vielerorts vorhandenen Jugendparlamente dahingehend stärken, dass ihre Vertreter*innen ein Antrags- und Rederecht in Ausschüssen und Stadträten bekommen sollen.

I340 Verkehrsbetriebe nachhaltig weiterentwickeln

Gremium: Grüne Jugend NRW
Beschlussdatum: 12.04.2016
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir wollen ein Anreizsystem schaffen um kommunale Verkehrsbetriebe nachhaltig weiterzuentwickeln. Es ist weder sinnvoll noch ökonomisch, wenn teils jede Stadt einen eigenen Verkehrsbetrieb hat. Unser langfristiges Ziel hierbei ist ein Verkehrsbetrieb für ganz NRW.

I341 Für eine echte Mietpreisbremse

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

NRW muss sich im Bundesrat für die komplette Abschaffung der Ausnahmeregelungen und zur „Wohnungsmärkte unabhängigen Allgemeingültigkeit“ der Mietpreisbremse einsetzen.

I342 Pilotprojekt "Bedingungsloses Grundeinkommen"

Gremium: Grüne Jugend NRW
Beschlussdatum: 12.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Unser Verständnis von Arbeit beinhaltet weit mehr als das Ausüben einer Tätigkeit zur Finanzierung des Lebensunterhalts. Auch Menschen, die sich zum Beispiel Angehörige pflegen, sich in Sportvereinen, für den Tierschutz oder politisch engagieren, verrichten nach unserem Verständnis eine Arbeit. Eine angemessene Entlohnung dieser Arbeit ist das bedingungslose Grundeinkommen. Mit einem Pilotprojekt kann NRW zeigen, dass ein grünes Grundeinkommen finanzierbar und realisierbar ist.

I343 Postwachstumsdebatte

Gremium: Grüne Jugend NRW
Beschlussdatum: 12.04.2016
Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Wir leben in einem endlichen System: Unsere Ressourcen sind begrenzt, die Grenzen unseres Planeten offenkundig. Dass keine Wirtschaft in diesem System unendlich wachsen kann, liegt auf der Hand. Wir brauchen einen breiten wissenschaftlich-politischen Diskurs, der auch vor radikalen Konzepten wie dem Vollgeld keinen Halt macht. Die Wachstumsfrage ist die zentrale Zukunftsfrage unserer Generation und muss daher zukunftsorientierte Antworten folgen lassen!

I344 Öffentliche Infrastruktur in öffentliche Hand

Gremium: Grüne Jugend NRW

Beschlussdatum: 12.04.2016

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Öffentliche Infrastruktur gehört auch in öffentliche Hand. Daher müssen wir die NRW-Kommunen finanziell unterstützen, die ihre privatisierte Infrastruktur zurückkaufen wollen.

I345 Ökologische Transformation der Wirtschaft

Gremium: Grüne Jugend NRW
Beschlussdatum: 12.04.2016
Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Angesichts des großen Stellenwerts der industriellen Produktion für die Gesamtwertschöpfung in NRW ist auch das verarbeitende Gewerbe ein elementarer Bereich zur ökologischen Transformation der Wirtschaft. Wir wollen auch in der Industrie ökologische Prinzipien und demokratische Mitbestimmung zum Querschnittsthema machen – die dritte industrielle Revolution ist eine grüne Revolution.

I346 Betuwe/Eiserner Rhein: Zerschneidung von Landschaften vermeiden, Mensch und Natur langfristig schützen, Lebensqualität nicht beschneiden

Antragsteller*in: Birgitt Höhn (Bezirksverband Niederrhein-Wupper)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

NRW ist ein Transitland für Transporte aus den Niederlanden und Belgien. Der Güterverkehr wird bestimmt durch die Güter, die in den Häfen Rotterdam und Antwerpen gelöscht werden. Das Wachstum der Transporte durch NRW wird global bestimmt. Eine weitere, ungebremste Steigerung der Güterverkehrsmengen kann die Infrastruktur von NRW nicht mehr ohne hohe Einbußen an Lebens-Umwelt- und Standortqualität verkraften. Die Verlagerung der Güter auf Schiene und Wasserstraßen sind nur noch begrenzt möglich.

Begründung

Lärm macht Menschen und Tiere krank. Daher müssen die Trassenausbauten alle Möglichkeiten des Lärmschutzes ausschöpfen, Erschütterungen müssen durch geeignete bauliche Maßnahmen an Gleiskörpern und Waggons auf ein Minimum reduziert werden. Alle Verkehrsunternehmen müssen hierzu verpflichtet werden. Damit ein funktionierendes Sicherheitskonzept für den Rettungsfall vorgehalten werden kann, müssen die ortskundigen Feuerwehren und Einsatzkräfte einbezogen werden. Verkehrsprojekte müssen aus einem transparenten Beteiligungsverfahren entstehen. Für die Kosten der betroffenen Kommunen muss ein Infrastrukturfond zur ganzheitlichen Projektierung inklusive der Folgekosten geschaffen werden. An diesem Fond ist die Wirtschaft wesentlich zu beteiligen.

I347 Mehr wert der Politischen Bildung

Gremium: Grüne Gruppe Weiterbildung, Gudrun Zentis
Beschlussdatum: 18.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Die derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklungen wie die europäische Krise, die hohe Anzahl von geflüchteten Menschen, die in Deutschland leben möchten, die Zunahme von rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen sowie die Zunahme von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erfordern eine zusätzliche personelle und finanzielle Ausstattung der politischen Bildung, natürlich auf Bundesebene, aber gerade auch in NRW..

Begründung

Die Förderung von Teilhabe und Demokratie ist ein Grundanliegen Grüner Politik: „Demokratie ist die einzige Staatsform die immer wieder neu erlernt werden muss.“

Schon vor den großen Migrationsbewegungen nach Deutschland war deutlich, dass die politische Erwachsenenbildung besser ausgestattet und von der Politik ideell unterstützt werden muss, wenn Sie bildungsferne Menschen besser erreichen möchte, in breitere Gesellschaftsschichten vordringen will und die Bereitschaft zu Partizipation und Verantwortlichkeit des Einzelnen in der Demokratie fördern möchte.

1348 Abschaffung des Braunkohlenausschusses

Antragsteller*in: Rolf Beu, Herbert Goldmann, Gudrun Zentis (MdLs)

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Aufgrund der Zusammensetzung des Braunkohlenausschusses mit Vertreter*innen des Bergbaubetreibenden, Industrie und Handwerk sowie einer proportionalen Besetzung aus Vertreter*innen der Kommunen des Rheinischen Reviers und des Regionalrats hegen Betroffene gegen die Entscheidungen des Ausschusses großes Misstrauen. Es besteht der Wunsch auf Abschaffung des Braunkohlenausschusses und Überleitung seiner Aufgaben an einen Landtagsausschuss.

Begründung

Der Wunsch nach mehr Transparenz, stärkerem Eintreten für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und klare politische Kontrolle durch den Landtag wird immer stärker. Die Entscheidungen des Braunkohlenausschusses stehen bezüglich der interessengesteuerten Beschlüsse stark in der Kritik und das Vertrauen vieler Betroffener besteht nicht mehr.

Die Gesetzgebungskompetenz nach dem Grundgesetz, das Raumordnungsgesetz (ROG) und das Landesplanungsgesetz NRW schließen eine solche Umgestaltung der Zuständigkeit für die Braunkohlepläne nicht aus.

I349 Professionalität / Professionalisierung der Weiterbildung

Gremium: Grüne Gruppe Weiterbildung, Gudrun Zentis
Beschlussdatum: 18.04.2016
Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Bei dem anstehenden Generationenwechsel in den Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung gilt es die Professionalität zu erhalten und zu stärken.

Das Augenmerk ist zu legen auf Fortbildungen für neue Führungskräfte und Berufseinsteiger*innen im pädagogischen und sonstigen Personal, dem Wissenstransfer bei Generationenwechsel, der Unterstützung bei Management- und Entwicklungsaufgaben, sowie der Unterstützung des Lehr- und Lernprozesses.

Begründung

Um eine zeitgemäße Weiterbildungsarbeit mit gut qualifiziertem Personal leisten zu können unterstützt das Land die gemeinwohlorientierte Weiterbildung durch Bereitstellung von Mitteln, damit die Supportstelle für Allgemeine Weiterbildung am QUA-LiS und die Landesorganisationen für die Weiterbildung in NRW die unterschiedlichen Unterstützungsbedarfe realisieren können.

Die Qualität der Lehre ist maßgeblich davon abhängig, dass kompetentes Fachpersonal vorhanden ist. Im Vergleich mit anderen Bildungsbereichen bietet die gemeinwohlorientierte Weiterbildung wenig Karrieremöglichkeiten.

I350 Erweiterung der Regionalen Bank des Braunkohlenausschusses

Antragsteller*in: Rolf Beu, Herbert Goldmann, Gudrun Zentis (MdL)

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Erweiterung der Regionalen Bank des Braunkohlenausschusses um Personen, die nicht im Regionalrat sind und auch im Braunkohlengebiet wohnen dürfen.

Begründung

Die Regionalräte sollen frei sein auch Menschen in den Braunkohlenausschuss zu wählen, die nicht Mitglied im Regionalrat sind. In den kommunalen Parlamenten ist dies in den meisten Gremien möglich. Außerdem sollte die Einschränkung, dass die Mitglieder nicht aus dem Braunkohleplangebiet stammen dürfen, ersatzlos gestrichen werden, denn dadurch werden kleinere Gruppen oder Einzelvertreter*innen des Regionalrates benachteiligt. bzw. durch die Tatsache in jeder Sitzung vertreten zu sein besonders gefordert.

I351 Stopp des Kiesabbaus am Niederrhein/ Einführung Kies-Euro

Antragsteller*in: Birgitt Höhn (Bezirksverband Niederrhein-Wupper)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir unterstützen den von Umweltverbänden, Bürgerinitiativen getragenen Niederrhein-Appell zum Stopp des Kiesabbaus am Niederrhein. Der Kiesabbau steht in direkter Konkurrenz zum Trinkwasserschutz. Das größte zusammenhängende Trinkwasserschutzgebiet am Niederrhein muss erhalten bleiben. Der Abbau der Rohstoffe Kies und Sand darf daher nur noch sehr restriktiv genehmigt werden. Wir fordern weiterhin die Einführung des Kies-Euro, jetzt, der ein symbolischer Beitrag zur Entlastung der Region ist.

Begründung

Die Ewigkeitsschäden, die durch den Abbau entstehen, müssen bewertet und quantifiziert werden und der Kiesindustrie in Rechnung gestellt werden. Damit in Zukunft statt des wertvollen Rohstoffes Kies Recycling-Material als Baustoff verwendet werden kann, müssen Gesetze, Vorschriften und Verordnungen auf die entsprechend mögliche umweltverträgliche Nutzbarkeit der RCL-Materialien synchronisiert und die Anwendbarkeit vereinfacht und die Forschung nach alternativen Baustoffen ausgeweitet werden.

1352 Der ÖPNV muss im ländlichen Raum ausgebaut, gesichert und erhalten werden, denn er gehört zur Daseinsvorsorge.

Antragsteller*in: Birgitt Höhn (Bezirksverband Niederrhein-Wupper)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Während sich in den Zentren von NRW inzwischen alternative Mobilitätsmodelle entwickelt haben, ist der ÖPNV gerade im ländlichen Raum die einzige Möglichkeit der Mobilität. Doch der ÖPNV weist im ländlichen Raum erhebliche Schwächen auf. Am Wochenende gibt es lediglich einen eingeschränkten ÖPNV. Die Taktungen sind schlecht und vielerorts wird der Zusammenhang zwischen Hin- und Rückfahrt vergessen: Wer nicht weiß, wie er zurückkommt, wird auch den Hinweg nicht mit dem ÖPNV antreten.

Begründung

Alternative Modelle der Mobilität wären auch im ländlichen Raum möglich, wenn ein Portal geschaffen würde, um den Nutzer*innen Standort und Verfügbarkeit des jeweiligen Fahrzeuges anzuzeigen. Dieses Portal, z.B. als App, muss übergreifend für alle Verkehrsmittel des ÖPNV gelten, z.B. auch für Bürgerbusse und Car-Sharing-Angebote. Damit wäre auch gewährleistet, dass die unterschiedlichen Verkehrsgesellschaften vernetzt werden. Die bisherigen unübersichtlichen und teilweise ungerechten Tarife müssen sukzessive abgeschafft werden. Wir fordern dass es in Zukunft für den Kauf aller Tickets, zur Bündelung aller Informationen und aller Anbieter eine Plattform gibt, die auch Fahrzeiten, Verspätungen und alternative Reiserouten in Echtzeit anzeigt.

I353 Weiterbildung systematisch weiter entwickeln

Gremium: Grüne Gruppe Weiterbildung, Gudrun Zentis
Beschlussdatum: 18.04.2016
Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Zentrale Aufgaben sind Alphabetisierung und Grundbildung, die Absicherung des Zweiten Bildungswegs, Bildung für nachhaltige Entwicklung und politische Bildung sowie die Herausforderungen des demografischen Wandels und der digitalen Entwicklung.

Begründung

Unterschiedliche gesellschaftliche, psychosoziale und biografische Faktoren bewirken, dass ein Bedarf zum Nachholen von Schulabschlüssen im Bereich der Sekundarstufe I auch nach Durchlaufen des Regeschulsystems besteht. Volkshochschulen und Weiterbildungskollegs bieten dies mit Erfolg seit Jahren an. Mit dem Anstieg der Anzahl junger Erwachsener Flüchtlinge ist der Bedarf gestiegen. Ziel grüner Politik muss es sein, den Ausgangsbedingungen der jungen Menschen stärker gerecht werden zu können und damit den Erfolg eines nachträglichen (ersten) Schulabschlusses zu sichern.

1354 Vertreter*innen der Bergschadensinitiativen sollen Mitglied werden im Braunkohleausschuss

Antragsteller*in: Rolf Beu, Herbert Goldmann, Gudrun Zentis (MdL)

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Erweiterung der beratenden Mitglieder des Braunkohleausschusses um eine/n Vertreter*in der Bergschadensinitiativen.

Begründung

Die Betroffenenseite der Bergschadensinitiativen sollte wie das Bergbauunternehmen im Braunkohleausschuss stimmberechtigt vertreten sein, um eine größere Ausgewogenheit in der Diskussion und den Entscheidungen herbeizuführen.

I355 Schulsozialarbeit ans Bildungsministerium andocken

Antragsteller*in: Thomas Volkmann (Herr)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Schulsozialarbeit gehört zum Bildungsauftrag des Landes. Durch die Ansiedlung der Schulsozialarbeit in der Zuständigkeit des Schulministeriums wären diese Fachkräfte Landesbeschäftigte, die den Mitwirkungsregelungen an Schulen & der personalrechtlichen Vertretung der Personalräte unterliegen.

Begründung

Diese Aufwertung der zunehmend unverzichtbaren Sozialarbeit an Schulen ist wörtlich von Volker Maibaum, Vorsitzender der GEW Dortmund, zitiert.

1356 Stellvertreter*innenregelung im Braunkohleausschuss

Antragsteller*in: Rolf Beu, Herbert Goldmann, Gudrun Zentis (MdlS)

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Einführung einer allgemeinen, ggf. persönlichen Vertretungsregelung für Mitglieder des Braunkohleausschusses. Eine Stellvertreter*innenregelung ist allen Mitgliedern des Braunkohleausschusses einzuräumen.

Begründung

Bisher besteht diese Möglichkeit nicht, somit sind Einzelvertreter*innen von politischen Gruppen und die der Interessenverbände wie der Naturschutzverbände benachteiligt gegenüber denen, die mit mehr als einem Mitglied im Ausschuss vertreten sind. Beispielsweise ist im Krankheitsfall eines Mitglieds die Interessenvertretung nicht gegeben.

I357 Treffpunkt Quartier

Gremium: LAG Soziales

Beschlussdatum: 11.03.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Die sozialpolitische Kernaufgabe ist die Absicherung, Unterstützung und Förderung derjenigen, die nicht allein Anschluss finden. Hier muss besonders die Beratungsstruktur im Land weiterentwickelt werden. Wir wollen daher die Quartiersarbeit forcieren. Beratung und Unterstützung muss da stattfinden, wo die Menschen leben. Sie hat zum Ziel, die Menschen zu befähigen, ihr Leben weitgehend in eigener Verantwortung zu gestalten.

Begründung

Sozialpolitik ist kein für sich stehende Politikfeld, sondern eine Querschnittsaufgabe. Bildungsangebot, Arbeitsmarkt, Wohnquartiere, Gesundheitsfürsorge, Sport- und Kultureinrichtungen müssen so geplant und ausgerichtet sein, dass sie für alle auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Auch Wirtschaftsförderung muss Wirkung entfalten, die die Gemeinschaft an der positiven Entwicklung von Unternehmungen profitieren lässt. Mit Quartiersentwicklung ist hier Bauplanung und Umsetzung gemeint, aber natürlich muss das Quartier mit Leben gefüllt werden. Aufenthaltsorte und Treffpunkte drin und draußen müssen geschaffen werden. Hier soll auch das Zusammenrücken der Gesellschaft befördert werden.

1358 Mikroplastik verbannen

Antragsteller*in: Hans Christian Markert (MdL)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Nordrhein-Westfalen unternimmt gemeinsam mit Produzent*innen und Konsument*innen verstärkte Anstrengungen um den Eintrag von Mikro-Plastik schon an der Quelle erheblich zu reduzieren. Ziel eines solchen Paktes sollte es sein,

Mikroplastik etwa aus zahlreichen Hygiene- und Kosmetikprodukten wie Zahnpasten, Shampoos oder Seifen zu verbannen, diese Inhaltsstoffe deutlich zu kennzeichnen und vorbildliche Produkte hervorzuheben.

Begründung

Mikro-Plastik stellt zunehmend eine globale Belastung für die Meere und auch die heimischen Oberflächengewässer dar, wie eine aktuelle Studie im Auftrag des Landesumweltministeriums belegt. Der Rhein weist z.B. eine Konzentration auf von 1 bis 4,5 Partikel/m³ auf, insbesondere im Bereich Düsseldorf ist die Konzentration erhöht. Die dreistufigen Kläranlagen sind nur unzureichend in der Lage, die Mikroplastik-Partikel etwa aus Kleidungsabrieb und Kosmetikprodukten zu erfassen. Nach deren Einleitungen sind die Kunststoff-Konzentrationen um das 30-fache erhöht. Unsere niederländischen Nachbarn erwägen ein Verbot in Kosmetikartikeln, in sieben Bundesstaaten der USA und in Kanada gilt ein solches Verbot bereits.

1359 Meine Stadt atmet durch

Antragsteller*in: Hans Christian Markert (MdL)
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Im Rahmen eines neuen landesweiten Wettbewerbs „Meine Stadt atmet durch“ werden gute instrumentelle und planerische Beispiele für ein gesundes Stadtklima gewürdigt und können als Vorbild für eine landesweite Reduktion der Schadstoffbelastung in Ballungsräumen und Städten dienen.

Begründung

Auch in NRW werden trotz intensiver technischer und politischer Bemühungen die EU-Grenzwerte für Stickoxide und Feinstäube regelmäßig überschritten. Deswegen sind derzeit sechs Klagen der Deutschen Umwelthilfe gegen das Land NRW anhängig. Im Sinne eines nachhaltigen Gesundheits- und Umweltschutzes sind insofern weitreichendere Maßnahmen – insbesondere in den Ballungszentren – notwendig, um endlich mehr Menschen gesundes Durchatmen in ihrem Wohnumfeld zu ermöglichen. Der vorgeschlagene Wettbewerb soll die Kreativität und die Akzeptanz auch von einschneidenden technischen und planerischen Maßnahmen befördern.

I360 interkultureller Religionsunterricht

Antragsteller*in: Alexandra Gauss

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Verständnis und Miteinander aufbauen statt den Klassenverband trennen nach Religionszugehörigkeit – interkultureller Religionsunterricht

Die Schüler*innen sollen in einem Klassenverband über das Schuljahr verteilt Religion (Evangelisch, Katholisch und Islam) sowie Ethikunterricht erhalten. Die Schüler werden nicht weiter getrennt, sondern bekommen gleichberechtigten Unterricht. Zwei Blockeinheiten, zwei ausgebildete Lehrer pro Halbjahr und eine Klassengemeinschaft.

Begründung

Die Schule als gemeinsamer Erfahrungsraum soll gestärkt werden. Die Religionszugehörigkeit und die Auseinandersetzung mit verschiedenen Religionen bilden dabei die kulturelle Basis und Identität. Gemeinsame Erfahrung und Kenntnisse über die innersten Überzeugungen und Werte der Menschen aus eigenem und fremden Kulturkreisen fördert Toleranz, trägt zum Abbau von Vorurteilen bei und verhindert falsche Vorstellungen.

I361 Therapiemöglichkeiten an Schulen eröffnen

Antragsteller*in: Sigrid Beer

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir wollen den Ausbau der Ganztagschulen fördern. Nicht nur Kinder mit Behinderungen haben evt. Bedarf für therapeutische Angebote. Wenn Kinder und Eltern erst nach Schule und Arbeit die Therapien wahrnehmen müssen, ist das z.T. eine große Belastung. Wir wollen uns dafür stark machen, dass es möglich ist, Therapien auch in der Schule im Ganztage wahrnehmen zu können.

I362 Selbsthilfe, Unterstützung und Beratung von trans* Menschen

Gremium: LAG Queer

Beschlussdatum: 12.03.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

- Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle für trans* Selbsthilfestrukturen
- Einrichtung einer eigenen psychosozialen Beratungsstelle
- Spezifische Peer-Angebote für trans* Menschen durch Förderung und Qualifizierung sicherstellen
- Einrichtung eines interdisziplinären Qualitätszirkels der Kassenärztlichen Vereinigungen in NRW, um die Behandlung von Trans* zu verbessern und standardisierte Vorgehensweisen bei der Behandlung zu entwickeln

Begründung

Trans* sind Menschen, die sich als transident, transsexuell, transgeschlechtlich, transgender, Transfrau und -mann bezeichnen. Trans* sind in Deutschland in allen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. im Zugang zur Arbeitswelt und im Gesundheitswesen von Diskriminierung betroffen.

Anders als in der lesbischen und schwulen Selbsthilfe gibt es keinen geförderten Selbsthilfeverband von Trans*. Ebenso fehlt es an einer eigenen psychosozialen Beratungsstelle wie bei den 5 vom Land NRW geförderten lesbischen und schwulen Beratungsstellen.

Es fehlt an professionellen trans* Selbsthilfestrukturen, um spezifische Konzepte und niederschwellige Angebote für Trans* in besonderen Situationen wie Haft, Sexarbeit, Sucht sowie Erwerbslosigkeit zu entwickeln.

I363 Industrieschlamm-Recycling

Antragsteller*in: Hans Christian Markert (MdL)
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Gemeinsam mit der Wirtschaft und Wissenschaft startet das Land eine Initiative zur Rohstoff-Rückgewinnung aus industriellen Abfallschlämmen. Zahlreiche Schwermetalle wie Cadmium, Nickel oder Blei, werden nach wie vor bei der Herstellung von Produkten wie Batterien benötigt. Sie sind in vielfacher Weise in industriellen Schlämmen enthalten. Mit der Entwicklung von Kreislaufpfaden werden die Schwermetall-Einträge durch die Ablagerung in Deponien reduziert und die Rohstoffkosten gesenkt.

Begründung

Aktuell belegt die Diskussion um die Ölschlamm-Verbringung in heimische Deponien, dass dringend neue Wege beschritten werden müssen, um die Schwermetall-Belastung zu senken und die Akzeptanz für die Deponierung von Industrieabfällen zu erhöhen. Wie beim Hausmüll, wo seit 2005 eine Vorbehandlung verbindlich geregelt ist, sollten die ungleich höheren industriellen Abfall-Ströme unmittelbar und nicht erst beim späteren urban mining als Rohstoff-Ressource genutzt werden. Die zu beobachtenden steigenden Rohstoffpreise einerseits und die Forschung etwa der RWTH Aachen in diesem Bereich andererseits lassen die Kreislaufidee neben der Schwermetall-Reduktion in unseren Böden und im Grundwasser wirtschaftlich für den Standort NRW spannend erscheinen

1364 Ehrenamt in Rettungsdiensten stärken

Antragsteller*in: Alexandra Gauss

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Ehrenamtler im Rettungsdiensten sollen in allen Behörden der Landesverwaltung und / oder Kommunalenverwaltungen einen Anspruch auf mindestens einen Tag Heimarbeit erhalten.

Begründung

Gerade im Ländlichen Raum ist Auspendeln Realität vieler Ehrenamtler*innen. Z.B. im Bereich der Feuerwehren müssen Bereitschaftszeiten und personelle Mindestanzahlen erfüllt werden. In vielen Kommunen mit freiwilligen Feuerwehren wird dies immer schwieriger. Die Bewilligung der Heimarbeit in Verbindung mit Bereitschaftsübernahme ermöglicht hier eine Entlastung und bietet die individuelle Möglichkeit das Ehrenamt mit der Erwerbstätigkeit zu verbinden. Der Öffentliche Dienst in NRW kann hier neue Wege gehen.

I365 Industrieschlamm-Recycling

Antragsteller*in: Hans Christian Markert (MdL)
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Gemeinsam mit der Wirtschaft und Wissenschaft startet das Land eine Initiative zur Rohstoff-Rückgewinnung aus industriellen Abfallschlämmen. Zahlreiche Schwermetalle wie Cadmium, Nickel oder Blei, werden nach wie vor bei der Herstellung von Produkten wie Batterien benötigt. Sie sind in vielfacher Weise in industriellen Schlämmen enthalten. Mit der Entwicklung von Kreislaufpfaden werden die Schwermetall-Einträge durch die Ablagerung in Deponien reduziert und die Rohstoffkosten gesenkt.

Begründung

Aktuell belegt die Diskussion um die Ölschlamm-Verbringung in heimische Deponien, dass dringend neue Wege beschritten werden müssen, um die Schwermetall-Belastung zu senken und die Akzeptanz für die Deponierung von Industrieabfällen zu erhöhen. Wie beim Hausmüll, wo seit 2005 eine Vorbehandlung verbindlich geregelt ist, sollten die ungleich höheren industriellen Abfall-Ströme unmittelbar und nicht erst beim späteren urban mining als Rohstoff-Ressource genutzt werden. Die zu beobachtenden steigenden Rohstoffpreise einerseits und die Forschung etwa der RWTH Aachen in diesem Bereich andererseits lassen die Kreislaufidee neben der Schwermetall-Reduktion in unseren Böden und im Grundwasser wirtschaftlich für den Standort NRW spannend erscheinen

I366 Ganzttag in der Grundschule – klug weiterentwickeln

Antragsteller*in: Sigrid Beer

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir wollen die Offene Ganztagsgrundschule weiterentwickeln. In ihrer Strukturierung soll im Kernbereich verlässlich und „gebunden“ sein. In der erweiterten Ganztagschule schließt sich ein Bildungs- und Betreuungsangebot an, das flexibler gestaltet ist.

Begründung

Die gebundene Ganzttagsschule umfasst eine Zeit von 8 - ca. 14 Uhr u. bezieht auch eine Essenszeit mit ein. Die Stärken der OGS, die Kooperation mit Sport, Kultur, Jugendhilfe sollen auch wieder einfließen. In der Ganzttagsschule lernen alle Kinder verlässlich miteinander. Mehr individuelle Förderung u. Chancengleichheit wird ermöglicht. Die gebundene Ganztagsgrundschule soll beitragsfrei werden. Ab ca. 14 Uhr kann das Angebot der erweiterten Ganzttagsschule bis 16.00 oder 17.00 Uhr in Anspruch genommen werden. Auch hier werden die bewährten multiprofessionellen Elemente aus der OGS weitergeführt. Lediglich für diesen Bereich zahlen Eltern nach Bedarf einen Beitrag. Der erweiterte Ganzttag ist flexibler u. entsprechend der Bedarfe gestaltbar.

1367 Grundschulleitungen aufwerten

Antragsteller*in: Sigrid Beer

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Das bedeutsame Amt und die Arbeit der Grundschulleitung muss aufgewertet werden. Spätestens, wenn die Eingangsbesoldung für Grundschullehrkräfte auf A13 angehoben wird, ist die Besoldung der Grundschulleitungen entsprechend anzuheben.

I368 Lernmittelfreiheit - digitale Geräte einbeziehen

Antragsteller*in: Sigrid Beer

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Es soll ermöglicht werden, dass z.B. Tablets im Rahmen der Lernmittelbereitstellung und Lernmittelbeschaffung statt der Schulbuchbeschaffung anerkannt werden. Mit dem Einsatz digitaler Medien könnte das lästige Kopiergeld entfallen.

Begründung

Grundsätzlich ([§ 96 SchulG](#)) werden jeder Schülerin und jedem Schüler vom Schulträger entsprechend eines festgelegten [Durchschnittsbetrages - abzüglich eines Eigenanteils](#) - Lernmittel zu befristetem Gebrauch unentgeltlich überlassen (Prinzip der Ausleihe). Die Ausstattung der großen Zahl von Schüler*innen ermöglicht es den Schulträgern (auch Kommunen gemeinsam) günstige Einkaufspreise zu erzielen. Der Elterneigenanteil soll angerechnet werden können.

I369 Schulen entlasten durch Unterstützung im Schulmanagement

Antragsteller*in: Sigrid Beer

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir wollen einen Bachelor Schulmanagement entwickeln, um die Schulen und Lehrkräfte in der Verwaltungsarbeit dauerhaft zu unterstützen und zu entlasten.

Begründung

Die bisherigen Schulverwaltungsassistenzen waren aus dem Personalabbau der Landesverwaltung unter schwarz-gelb geboren. Die Schulen haben die Unterstützung begrüßt, auch wenn die Personen aus den unterschiedlichsten Berufen kamen. Ein Qualifikationsprofil gab es dabei nicht. Wir bringen die Unterstützung für die Schulleitungsarbeit und die Schulen systematisch und verlässlich auf den Weg.

I370 Berufliche Bildung profilieren

Antragsteller*in: Sigrid Beer

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die Chancen beruflicher Karriere durch duale berufliche Bildung müssen Schüler*innen und Eltern stärker verdeutlicht werden. Berufskollegs sollen sich zu regionalen Berufsbildungszentren, u.a. von der Erstausbildung bis zu Techniker*innen oder Meister*innen, entwickeln. Berufliche und akademische Bildung muss durchlässiger werden, so gewinnt die berufliche Bildung gerade auch in der Fläche an Attraktivität.

1371 Vielfältige Bildungschancen für alle - in allen Lebensabschnitten

Antragsteller*in: Sigrid Beer

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Die Bildungsbiografien von Menschen entwickeln sich längst nicht mehr durchgängig linear. Besonders geprägte Lebensabschnitte, (Ab-)Brüche auf, Veränderungen aus individuellen, familiären oder beruflichen Gründen erfordern mehr Flexibilität, Annäherungen, Anschluss- und (Wieder-)Einstiegsmöglichkeiten in Bildungsprozesse.

Begründung

Die gemeinwohlorientierte Weiterbildung ist ein wesentlicher Pfeiler im Bildungssystem und kann die flexiblen Anforderungen meistern, wenn sie gestärkt wird. (z.B. Teilzeitangebote für Frauen und Männer für die Weiterqualifizierung in Familienzeiten, spezielle Angebote für Bildungsbenachteiligte, Zuwander*innen, Alphabetisierung).

1372 Schulentwicklungszeit geben

Antragsteller*in: Sigrid Beer

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Es soll verbindliche Schulentwicklungszeiten geben, am Bedarf der Kollegien und der Schule ausgerichtet. Die cteamarbeit wird gestärkt. Schüler*innen und Eltern sollen einbezogen werden.

1373 Eine Engagementstrategie für NRW

Antragsteller*in: Josefine Paul

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Ehrenamtliches Engagement ist eine wichtige Säule unserer Gesellschaft und Basis lebendigen Demokratie. Sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist ein zentraler Bereich gesellschaftlicher Teilhabe. Zivilgesellschaftliches Engagement braucht aber gute Rahmenbedingungen und vernetzte Strukturen. Um die Arbeit der Ehrenamtlichen und der Zivilgesellschaft zu unterstützen und zu stärken, erarbeitet die Landesregierung in einem breiten Beteiligungsprozess eine Engagementstrategie für NRW.

Begründung

Viele Menschen in NRW engagieren sich für die Gesellschaft, ob im Sportverein, der Flüchtlingshilfe, Elternvertretungen, politischen Organisationen oder der freiwilligen Feuerwehr. Ehrenamtliches Engagement wandelt sich aber auch zunehmend. Viele Menschen wollen sich temporär und projektbezogen einbringen. Wir wollen die Zivilgesellschaft stärken, indem wir die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement sondieren und zielgruppenspezifisch weiterentwickeln. Themen wie Anerkennungskultur, Vernetzung, aber auch die Erreichung bisher unterrepräsentierter Gruppen sollen Gegenstand eines breiten Beteiligungsprozesses mit Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Bildungsakteuren, etc. sein.

Unterstützer*innen

Vanessa Braun; Gerta Siller

1374 Die Weide macht's – NRW-Weidemilchprogramm

Antragsteller*in: Norwich Rüße & Ophelia Nick
Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Nordrhein-Westfalen ist ein Bundesland mit weit über 17 Mio. Verbraucherinnen und Verbrauchern. Damit liegt der Markt für unsere Landwirtschaft vor der Haustür. In NRW werden 390.000 Milchkühe gehalten, sie sind ein wichtiges Standbein der hiesigen Landwirtschaft. Ein NRW-Weidemilchprogramm soll beides miteinander verknüpfen und der Landwirtschaft helfen, ihre Produkte aus der Milchviehhaltung unter einem Siegel „NRW-Weidemilch“ regional zu vermarkten.

Begründung

Die Milchviehhaltung ist ein Bereich der Landwirtschaft, der noch überwiegend bäuerlich geprägt ist. Aber auch hier gibt es Tendenzen zur Konzentration und zum einzelbetrieblichen Wachstum, das u.a. dazu führt, dass Milchkühe immer häufiger ganzjährig im Stall gehalten werden. Die ist aus Sicht des Naturschutzes problematisch, weil Weiden eine besondere hohe ökologische Qualität aufweisen. Auch aus Sicht des Tierschutzes ist eine Weidehaltung von Milchkühen wünschenswert. Und nicht zu Letzt wünschen sich auch die Konsumenten, dass die von ihnen eingekauften Milchprodukte aus einer möglichst tier- und naturgerechten Landwirtschaft stammen.

1375 Förderprogramm „Kommunale Wärme-/Kälte-Projekte“

Antragsteller*in: Katrin Uhlig

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Durch eine integrierte Wärmeplanung von Kommunen, die sich an den Besonderheiten der Kommune und an den einzelnen Quartieren orientiert, kann ein örtliches Wärmekonzept entwickelt und nach und nach umgesetzt werden, an dem sich die zukünftige Wärmeversorgung orientiert. Deshalb sollte das Land Kommunen, die Wärmekonzepte und erste Projekte entwickeln und umsetzen möchten, unterstützen und fördern.

Begründung

Der Wärmeanteil in Wohngebäuden beträgt 49% an der deutschen Endenergieversorgung und ist für die Reduktion unserer Treibhausgase von entscheidender Bedeutung. Neben den Gebäudeeigentümern haben gerade die Kommunen hier Handlungsmöglichkeiten. Sie können besonders bei der Planung der Wärmeinfrastruktur ihrer eigenen Gebäude, aber auch über das kommunale Planungsrecht Einfluss nehmen. Dabei ist es wichtig, dass es nicht nur bei konzeptionellen Überlegungen bleibt, sondern einzelne Projekte wirklich konkretisiert und umgesetzt werden. Dabei wird die Finanzierung des Wärmekonzeptes nur unter der Bedingung übernommen, dass die Projekte wirklich erfolgreich umgesetzt werden.

1376 Weniger Pestizide für mehr Natur: NRW-Pestizidminderungsstrategie

Antragsteller*in: Norwich Rüße & Ophelia Nick

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Unser Ziel für die Landwirtschaft ist die pestizidfreie Bewirtschaftung aller Äcker und Grünlandflächen. Um dies zu erreichen, startet in NRW eine ambitionierte Pestizidminderungsstrategie, mit dem Ziel den Einsatz sog. Pflanzenschutzmittel in den nächsten zehn Jahren zu halbieren. Jahr für Jahr soll eine Reduktion um 5 Prozent erreicht werden. Die Anschaffung und der Einsatz mechanischer Geräte zur Unkrautregulierung muss gefördert und mit einem intensiven Beratungsprogramm begleitet werden.

Begründung

Pestizide werden aktuell als eine der Hauptursachen für den Artenrückgang ausgemacht. Darüber hinaus sind Pestizidrückstände in Nahrungsmitteln aber auch in unserem wichtigsten Lebensmittel – unserem Trinkwasser - immer noch Alltag. Trotz gegenteiliger Bekenntnisse der Industrie sind die Nebenwirkungen nicht geringer geworden und sind die Einsatzmengen steigend. Während die Industrie ihre Produkte mit enormen Aufwand in landwirtschaftlichen Fachzeitschriften bewirbt und die derzeitige Fachberatung fast ausschließlich den Einsatz der chemischen "Keule" empfiehlt, fristen alternative Methode ein Schattendasein. Hier gilt es im Interesse des Natur- und Verbraucherschutzes endlich gegenzusteuern und den deutlich Pestizidverbrauch zu reduzieren.

1377 Kinder- und Jugendreisen fördern

Antragsteller*in: Eva Kauenhowen (LAG Frauen)

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Ferienfreizeiten von nicht kommerziellen Anbietern sollen finanziell gefördert werden, um die Kosten niedrig zu halten und möglichst vielen Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu bieten. Kinder aus Familien mit geringem Einkommen sollen besonders gefördert werden.

Begründung

Kinder und Jugendliche brauchen den Raum, sich unabhängig von ihren Eltern zu entwickeln. In der Gruppe lernen sie Verantwortung für sich selbst und andere zu übernehmen.

Unterstützer*innen

Thea Jacobs (LAG Frauen); Sebastian Girrullis (LAG Kinder, Jugend, Familie)

1378 Sachkundenachweis für alle Hundehalter*innen

Antragsteller*in: Eva Kauenhowen (LAG Frauen)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Gemäß § 11 Absatz 3 des Landeshundegesetzes NRW sind Halter*innen sogenannter 20/40 Hunde zum Nachweis der Sachkunde verpflichtet. Diesen Nachweis sollen alle Hundehalter*innen unabhängig von Rasse oder Größe erbringen.

Begründung

Unabhängig von der Größe ihres Hundes ist es wichtig, dass Halter*innen sachkundig sind. Sie sollten sowohl sich sowohl über Haltungsbedingungen für Hunde informieren, als auch über soziales Verhalten der Tiere. Es ist wichtig das Verhalten des eigenen, aber auch von fremden Hunden richtig zu interpretieren. Nur so können Zwischenfälle mit anderen Hunden und ihren Halter*innen vermieden werden und ein harmonisches Miteinander entstehen. Die Größe eines Hundes spielt hierbei keine Rolle.

I379 Mit einem umfassenden Nachhaltigkeitssiegel mehr Wettbewerb um die besten Produkte initiieren

Antragsteller*in: Bruno Jöbkes

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Mit einem umfassenden Nachhaltigkeitssiegel ist es möglich einen neuen Wettbewerbsanreiz auszulösen, Firmen und Produkte nicht nur für einzelne Bereiche der Nachhaltigkeit auszurichten, sondern umfassend zu denken. Vereinzelt erstellen Firmen Nachhaltigkeitsberichte, deren Informationen jedoch die Produkte nicht direkt begleiten und kenntlich machen. Ansonsten dominieren Siegel, die meist nur Teilbereiche auszeichnen.

Begründung

Die Vielfalt an Siegeln für umweltgerechte Produktionen sowie für faire und stabile Wirtschaftskreisläufe ist zum Teil sehr unübersichtlich. Zudem gibt es nur in einzelnen Wirtschaftsbereichen Siegel, die die drei Nachhaltigkeitsdimensionen erfassen.

NRW soll Vorreiter werden bei der Entwicklung von Modellen,

- die vorhandene Informationen zu Ökologie, Ökonomie und Sozialem erfassen,
- die diese Informationen automatisiert an die folgende Wertschöpfungsstufe weiterleiten können und
- die letztlich das Endprodukt möglichst umfangreich kennzeichnen.

Der Aufwand solch ein Siegel zu implementieren ist gewaltig, deswegen benötigen die Firmen, gerade KMUs, die sich auf den Weg machen, vielfältige Unterstützung in Forschung, Beratung und Umsetzung.

I380 Überprüfung der Energieagentur.NRW

Antragsteller*in: Dennis Wagner

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Die Energieagentur.NRW ist ein wichtiges Instrument für die Bewältigung der Energiewende in NRW. Sie ist allerdings keine untergeordnete Behörde des Landes, sondern eine private Firma, in der Einzelpersonen und Gesellschafter Rollen wahrnehmen, die zu Interessenkonflikten führen können und die Unabhängigkeit der Agentur in Frage stellen.

Begründung

Die Trägerschaft der Energieagentur und die Besetzung wichtiger Positionen sollten deshalb auf mögliche Interessenkonflikte untersucht werden. Außerdem ist zu unterbinden, dass Firmen gleichzeitig als Gesellschafter und Profiteure von durch die Energieagentur gesteuerten Fördergeldern auftreten. Weiterhin sollte die Trägerschaft der Energieagentur genauer aufgeschlüsselt auf deren offiziellen Webseiten einsehbar sein.

1381 Gültigkeit von Sozialtickets in Bürgerbus und Anrufsammeltaxi

Antragsteller*in: Karen Haltaufderheide

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Bürgerbusse und Anrufsammeltaxen sind für den ländlichen Raum und Ortsrandlagen eine wichtige Ergänzung im ÖPNV. Mobilität ist ein wichtiger Faktor gesellschaftlicher Teilhabe und muss für alle möglich sein. Daher müssen Sozialtickets auch in Bürgerbussen und Anrufsammeltaxen gelten. Sozialtickets sind kein Luxus. Sie werden von den Leistungsberechtigten bezahlt und müssen dann auch nutzbar sein. Dies gilt für Flüchtlinge wie für Leistungsberechtigte nach verschiedenen Sozialgesetzbüchern.

Begründung

Ein Sozialticket im vrr kostet 34,75 €. Das ist etwa doppelt so viel, wie im Hartz-IV-Regelsatz für Mobilität vorgesehen ist. Dafür muss es möglich sein, den ÖPNV im Nahbereich vollumfänglich zu nutzen. Bürgerbusse und Anrufsammeltaxen werden zunehmend wichtiger, um den Wunsch nach Mobilität im ländlichen Raum und in Ortsrandlagen zu sichern. Viele Wohngebiete sind nur über Bürgerbusse und AST zu erreichen.

Derzeit verhindert die Bürgerbusstruktur als Insellösung die Gültigkeit von Abo- und Sozialticket. Wir wollen, dass mindestens die Menschen mit Sozialticket ohne zusätzliche Kosten mit dem Bürgerbus fahren können. Bei Personen mit Schwerbehindertenausweis funktioniert das Zusammenspiel. Warum nicht auch beim Sozialticket?

1382 Regional statt Weltmarkt – 50 kleine Schlachthöfe für NRW

Antragsteller*in: Norwich Rüße & Friedrich Ostendorff

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Wir wollen in NRW durch ein Neubau- und Modernisierungsprogramm 50 regionale kleine Schlachthöfe entwickeln, die für kurze Transportwege, ein Höchstmaß an Tierschutz und eine möglichst regionale Vermarktung ihrer Produkte stehen.

Begründung

Wir wollen, dass unsere nordrhein-westfälische Landwirtschaft die heimischen Märkte nutzt, anstatt Billigfleisch für den Weltmarkt zu produzieren. Dazu brauchen wir wieder regionale Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen, die uns leider in den letzten Jahrzehnten verloren gegangen sind. Stattdessen weniger Mega-Schlachthöfe wollen wir viele kleine handwerkliche Unternehmen.

Mit dem Neubau- und Modernisierungsprogramm wollen wir unseren Bäuerinnen und Bauern neue Vermarktungswege eröffnen, damit der Umbau zu einer tiergerechten und regionalen Landwirtschaft gelingt. Denn häufig scheitert die Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe nicht am Willen der Bäuerinnen und Bauern, sondern an den fehlenden Strukturen in der Verarbeitung.

1383 Artenreiche Naturgärten statt Steinwüsten in unseren Städten

Antragsteller*in: Norwich Rüße

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Durch gezielte Naturschutz-Beratung wollen wir den Anteil naturnaher Privatgärten erhöhen. Dazu gehören die Aussaat bienen- und insektenfreundlicher Pflanzen sowie der Verzicht auf chemische Düngemittel und Pestizide. Die Beratung soll in Form eines Förderprogramms für die anerkannten Naturschutzverbände erfolgen, die in der Fläche durch ihre Gruppen gut vertreten und Multiplikatoren in der außerschulischen Bildung sind.

Begründung

Die Vorgärten in unseren Städten ändern sich gerade dramatisch. Immer häufiger werden sterile Vorgärten und Steinwüsten angelegt. Durch massive Maßnahmen wie die komplette Abdeckung des Bodens mit Planen, auf die dann Kies verfüllt wird, wird jeglicher Wildkraut-Bewuchs unterdrückt. Aber auch unsere Städte müssen mithelfen, den Verlust an Arten aufzuhalten. Da die Bienen- und Insektenverluste durch die intensive Landwirtschaft voranschreiten, bilden auch Privatgärten eine wichtige Grundlage für den Artenerhalt. Durch Aufklärungsarbeit und Hilfestellung soll den Eigentümer*innen der Gärten vermittelt werden, welchen Wert naturnahe Gärten für die Artenvielfalt haben und wie sie selber konkret einen Beitrag für die Artenvielfalt leisten können.

1384 Migrationsmuseum für NRW

Antragsteller*in: Andrea Asch

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

NRW braucht ein Migrationsmuseum. Unserem Land, das stark durch Migration geprägt ist, sollte die Geschichte der Migration in einem Museum zeigen und erlebbar machen.

Begründung

Auf der ganzen Welt – in Paris, New York, Halifax und Melbourne – gibt es Museen, die dem Thema Migration gewidmet sind. In Deutschland fehlt ein solches Museum. Doch gerade junge Menschen sollten sehen, wie Einwanderung Deutschland seit vielen Jahrzehnten verändert und bereichert.

Der Kölner Verein DOMiD e. V. hat in den letzten 25 Jahren mit über 70.000 Objekten, Dokumenten und Interviews aus verschiedensten Einwanderungsgruppen eine einzigartige Sammlung hervorgebracht und setzt sich seit vielen Jahren für die Umsetzung eines Museums ein.

Es ist an der Zeit, einen Ort zu schaffen, der die Geschichte der Migration zeigt, aufarbeitet und die gesellschaftliche Realität nachhaltig im Bewusstsein der Bevölkerung verankert.

I385 Selbstbestimmt im Alter bei Pflege und Unterstützungsbedarf – zuhause im Quartier

Gremium: LAG Soziales

Beschlussdatum: 11.03.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

GRÜNE Quartierskonzepte stellen dar, wie wir heute und in Zukunft leben wollen - besonders vor dem Hintergrund des strukturellen und demografischen Wandels. Sie sind der GRÜNE Gegenentwurf zu zentralistischen Strukturen, Großinstitutionen und Unüberschaubarkeit, Entfremdung und Verödung des Wohnumfeldes. Mit den Quartierskonzepten haben wir GRÜNE einen emanzipatorischen Gesellschaftsentwurf geprägt, mit dem wir die Selbstbestimmung, Teilhabe und Stärkung der Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Begründung

Mit unserem vertrauten Wohnumfeld verbinden wir Heimat, Überschaubarkeit und die Möglichkeit der Teilhabe. Daher braucht es neue Versorgungs- und Unterstützungsformen im direkten Wohnumfeld der Bewohner*innen. Eine soziale Inklusion stellt Anforderungen an die Quartiere und Stadtteile, die für alle Menschen ohne Barrieren zugänglich gemacht werden müssen.

1386 50 Schulmensen: lecker, regional & lehrreich!

Antragsteller*in: Norwich Rüße

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Essen ist jedoch ein wesentlicher Bestandteil unseres Lebens, Essen kann glücklich machen und was wir essen entscheidet nicht zuletzt auch darüber, wie gesund wir sind.

Wir wollen deshalb 50 Schulen über ein Förderprojekt so unterstützen, dass diese Schulmensen nicht nur satt machen, sondern den Schüler*innen auch Wissen über Ernährung sowie Grundfertigkeiten des Kochens vermitteln und eine nachhaltige, regionale Landwirtschaft fördern.

Begründung

Die Veränderungen an unseren Schulen und in den Familien führen dazu, dass sich die Ernährung der Schüler*innen verändert hat. Oftmals ist das Mittagessen nur eine hastig eingenommene Mahlzeit, die bestenfalls sättigt. Die Zufriedenheit mit dem Essen ist bei vielen Schüler*innen mehr als begrenzt.

Um sich gesund zu ernähren, müssen die Schüler*innen wieder mehr über Lebensmittel und die Ernährung insgesamt wissen. An dieser Stelle sollten Schulen eine Lücke schließen, die immer häufiger auch deshalb entsteht, weil Eltern ihren Kindern dieses Wissen nicht vermitteln.

Unter qualifizierter Anleitung sollen Schulkinder lernen, sich gesund zu ernähren, gleichzeitig sollen Nachfrageimpulse für eine regionale Landwirtschaft gegeben werden.

1387 Optimale Bedingungen für die Games-Branche schaffen

Antragsteller*in: Matthi Bolte

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

NRW ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort für die Games-Branche. Etwa 25 Prozent der deutschen Unternehmen im Bereich Computerspiele haben hier ihren Sitz, mittlerweile sind dies weit über 200 Firmen. Auch die Weltmarktführer der Branche sind in NRW vertreten. Wir wollen diesen wichtigen Wirtschaftszweig weiter stärken und mit Blick auf Gründungen, Kapital und Innovationen die besten Bedingungen schaffen. Auch die Ausbildung qualifizierter Nachwuchskräfte werden wir verstärkt forcieren.

Begründung

Ein Blick in die Marktdaten des Branchenverbands BIU zeigt die wirtschaftlichen Dimensionen der Games-Branche. So wuchs der Umsatz mit Spielen für Computer, Konsolen und Smartphones auch im ersten Halbjahr 2015 um etwa drei Prozent auf 534 Millionen Euro.

Games sind auch ein Entwicklungsfaktor für die gesamte IT-Wirtschaft. Gerade kleine und innovative Start-ups brauchen optimale finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen. In NRW gibt es Förderprogramme über die NRW.Bank und die Film- und Medienstiftung NRW. Diese Programme wollen wir stärken und bedarfsabhängig anpassen. In den letzten Jahren sind bereits einige Studiengänge für Game Development in NRW entstanden. Auch hier gibt es jedoch noch ungenutzte Potenziale.

1388 Nutzung von Abwärme in Industrie- und Gewerbegebieten

Antragsteller*in: Raphael Moser

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Die Nutzung von Abwärme, die bei vielen industriellen Prozessen anfällt, ist eine gute Möglichkeit Energiekosten zu reduzieren. Gerade Nordrhein-Westfalen eignet sich gut für lokale Wärmeverbünde und wäre somit prädestiniert für Modellprojekte. Durch die räumliche Nähe von Industrieanlagen und Gewerbegebieten können mit relativ geringem Aufwand auch kleinteilige Wärmenetze realisiert werden.

Begründung

Angesichts von knappen Energieressourcen und steigenden Energiepreisen wird die Wichtigkeit deutlich, unsere Versorgung effizienter und nachhaltiger zu gestalten. Gerade der Wärmesektor ist hierbei ein schlafender Riese. Wärmeverbrauch und bisher ungenutzte Abwärme liegen oft räumlich nah beieinander, es fehlt bisher lediglich die Verknüpfung.

I389 100 Klimaquartiere in NRW: Energieversorgung, energetische Gebäudesanierung, Mobilität und Versorgung gemeinsam und nachhaltig denken

Antragsteller*in: Wibke Brems

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Unser klimatischer Fußabdruck beim Wohnen hängt nicht nur von der Art der Energieversorgung und dem energetischen Standard der Wohngebäude ab. Wir hinterlassen diesen auch durch unser Einkaufsverhalten und die Strecken, die wir zurücklegen und wie wir diese zurücklegen. Deshalb unterstützt das Land die Errichtung von 100 Klimaquartieren, in denen Energieversorgung, energetische Gebäudesanierung, Mobilität und Versorgung gemeinsam und nachhaltig gedacht und gelebt werden.

Begründung

Die klimaneutrale Versorgung der Bestandsgebäude ist eine große Herausforderung. Die Sanierungsquote bei Gebäuden ist erschreckend niedrig und wird ohne Veränderung keinen relevanten Beitrag zur Verringerung der Treibhausgase beitragen. Angesichts eines Wärmeanteils von 49% an der deutschen Endenergieversorgung wäre dies jedoch eminent wichtig. Der klimatische Fußabdruck des Wohnens geht weit über die Nutzung von reinen Räumen und Strom hinaus. Entscheiden ist, wie gut ein Quartier an Einkaufsmöglichkeiten angebunden ist und welche Möglichkeiten bestehen, diese zu erreichen. Auch die Frage, wie gut das Quartier durch ÖPNV, Nahverkehr und Radwege an andere Quartiere, das Stadtzentrum und den Fernverkehr angebunden ist, spielt eine Rolle.

I390 100 Modell-Projekte für Mieterstrom in NRW

Antragsteller*in: Raphael Moser

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Mieterstrommodelle ermöglichen die Beteiligung größerer Teile der Bevölkerung an der Energiewende und steigern die allgemeine Akzeptanz. In diesem Zuge wäre ein Modell-Projekt für 100 Mieterstrom-Immobilien in NRW bis zum Ende des Jahres 2018 wünschenswert. Dabei kann auch Kraft-Wärme-Kopplung für die dezentrale Energieerzeugung mit integriert werden. Mit dieser Maßnahme können insbesondere Verbraucher_Innen in urbanen Wohngebieten an der Energiewende teilhaben und von ihr profitieren.

Begründung

Die technologischen Fortschritte von Batterien und solarer Energieerzeugung machen dezentrale Energiestrukturen, bei denen PV-Anlagen mit lokalen Speichern verknüpft sind, immer attraktiver. Diese Kombination ist insbesondere in größeren Wohnhäusern mit einem ausgeglichenen Lastprofil sinnvoll. Durch den hohen Anteil an vermietetem Wohnraum im bevölkerungsreichsten Bundesland ist Nordrhein-Westfalen prädestiniert dafür, Vorreiter im Bereich Mieterstrom zu sein.

I391 Zielmarke 40% Erneuerbare Energien bis 2030

Antragsteller*in: Raphael Moser

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Die künftige Landesregierung sollte sich zum Ziel setzen, dass NRW bis zum Jahre 2030 einen Anteil Erneuerbarer Energien (EE) im Strombereich von mindestens 40 % aufweist. Neben der Wind- und Solarenergie als zentrale Säulen des künftigen Energiesystems, sollte zum Ausgleich der fluktuierenden EE auch die Bioenergie, Wasserkraft und Geothermie ausgebaut werden.

Begründung

Um die Klimaschutzziele auf lokaler, nationaler und globaler Ebene zu erreichen, bedarf es eines ambitionierten Ausbaus der EE. Hier sollte gerade auch NRW als „Energieland Nr. 1“ vorangehen und sich ehrgeizige Ziele setzen. Die derzeitigen Ausbauziele werden nicht ausreichen, um den Führungsanspruch von NRW zu untermauern.

1392 Ein neues Kindergartengesetz für NRW

Gremium: LAG Kind/Jugend/Familie

Beschlussdatum: 05.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir wollen ein neues Kindergartengesetz entwickeln. Kinder sollen im Mittelpunkt der Gesetzgebungs stehen. Grüne Leitlinien sind Gelingendes Aufwachsen, Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und beste Bildung von Anfang an. Wir wollen ein nachhaltiges, transparentes, auskömmliches und gerechtes neues Finanzierungssystem schaffen. Um die Qualität zu sichern, wollen wir einen ErzieherInnen –Kindschlüssel definieren, der wissenschaftlichen Empfehlungen entspricht.

Begründung

Das von schwarz-gelb gemachte sog. Kinderbildungsgesetz hat zu Standardabbau in den Kitas geführt. Nach zwei Revisionen in unserer grün-roten Regierungszeit, ist diese Gesetz an das Ende der Reformierungsfähigkeit gekommen. Ein grundständig neues Gesetz muss in enger Beteiligung aller Akteure entwickelt werden.

1393 Eine Teststrecke für E-Mobilität in der Logistik

Antragsteller*in: Raphael Moser

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Gerade in dichten Siedlungsstrukturen wie dem Ruhrgebiet führen Autobahnen zum Teil direkt an der Wohnbebauung vorbei. Diese Straßen sind prädestiniert für Teststrecken von Hybrid-Lkws oder Oberleitungslastkraftwagen (vergleichbares Pilot-Projekt in Kalifornien „Interstate 710“). Auch Elektro-Lkw sollten verstärkt erprobt werden – hier würde sich zum Beispiel der Logistikstandort Duisburg anbieten, da hier Lkw regelmäßig kurze Strecken zurücklegen müssen.

Begründung

Durch Hybrid-Lkws oder Oberleitungslastkraftwagen werden sowohl Schadstoffemissionen als auch Lärmimmissionen verringert beziehungsweise vermieden. Dies würde zu einer klimafreundlichen Logistik beigetragen, die durch die verbauten Batterien in Elektro-Lkws zudem zur Stabilisierung der Netze beitragen könnte.

1394 Kommunen und Behörden als Vorbilder für E-Mobilität

Antragsteller*in: Raphael Moser

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Der Ausbau der notwendigen Infrastruktur für die E-Mobilität sollte in den Kommunen und Behörden vorangereiben werden. Durch eigene Ladestationen können Elektroautos direkt vor Ort geladen werden und das öffentliche Stromtankstellennetz wird erweitert.

Begründung

Kommunen und Behörden haben bereits oftmals eine Vorbildfunktion in Bezug auf nachhaltige und energiesparende Bauweise und Renovierung bei ihren Verwaltungsgebäuden. Mit einem innovativen Fuhrpark können sie auch im Mobilitätssektor mit gutem Beispiel vorangehen und zur weiteren Etablierung der E-Mobilität beitragen.

I395 NRW Spitzenreiter in der Umsetzung der UN-KRK!

Gremium: LAG Kind/Jugend/Familie

Beschlussdatum: 05.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir wollen die Kinder- & Jugendpolitik in NRW mit dem Schwerpunkt Kinderrechte ausgestalten. NRW soll Spitzenreiter in der Umsetzung der drei zentralen Säulen der UN-Kinderrechtskonvention werden. Durch ein Monitoring der Umsetzung der UN-KRK und die Implementierung der Beteiligungsrechte in die Gemeindeordnung, durch flächendeckenden Ausbau der Ombudschaften, durch die Abschaffung von Diskriminierung und die Bekämpfung von Armut wollen wir die Rechte von Kindern & Jugendlichen in NRW stärken

Begründung

Die UN-Kinderrechtskonvention hat die drei zentralen Säulen der Kinderrechte „Beteiligung“ (participation), „Vorsorge/Förderung“ (provision) und „Schutz“ (protection) nebeneinander und damit in ein Spannungsverhältnis zueinander gesetzt. Wenn die UN-Kinderrechtskonvention vollständig umgesetzt wird, schaffen wir die besten Voraussetzung für das Aufwachsen der Kinder zu eigenständigen, verantwortlichen Menschen. Zudem sind das die Rechte der Kinder, die umgesetzt werden müssen.

I396 Re-Use - Ressourcenschonung durch Wiederverwendung - ein Netz für nachhaltigen Konsum in NRW

Antragsteller*in: Claudio Vendramin

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Förderung eines gemeinsamen Netzes für Qualität, Marketing und Konsum von wiederverwendbaren Gütern, die sonst im Abfall landen

Begründung

Hintergrund ist die neue "Abfallhierarchie" mit deutlichem Schwerpunkt auf Ressourcenschonung und Abfallvermeidung durch Wiederverwendung und deren Vorbereitung. (Re-Use)

Kein großer Wurf, aber die Möglichkeit, sich kommunal zu verankern: WIR in NRW

Sozialwirtschaftliche Wiederverwendungsbetriebe und Reparaturnetzwerke in Kooperation mit den Kommunen sind das infrastrukturell-organisatorische Rückgrat. Allein in NRW sind rund 70 sozialwirtschaftliche-gemeinnützige Betriebe mit ca. 5.000 Mitarbeiter/innen vor Ort aktiv.

Es gilt, auf diesen Erfahrungen aufzubauen und diese Strukturen lokal / regional zu nutzen und auszubauen für Ressourceneffizienz durch Vermeidung und Wiederverwendung und damit Beschäftigungsförderung zu erzeugen.

I397 Geflüchtete Kinder haben Rechte- in NRW ermöglichen wir Teilhabe!

Gremium: LAG Kind/Jugend/Familie

Beschlussdatum: 05.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung haben die gleichen Rechte wie alle anderen. Das SGB VIII gilt für jedes Kind. Wir wollen Teilhabe von Beginn an ermöglichen und durch einen emanzipatorischen Ansatz fördern. Kinder und Jugendliche sollen befähigt werden, in dem wir sicherstellen, dass die frühkindliche Betreuung von Beginn an erfolgt, die Jugendarbeit, die HZE und die Jugendsozialarbeit ausgebaut und gestärkt werden und der Kinderschutz diese Zielgruppe stärker in den Blick nimmt.

Begründung

Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung wollen wir in NRW fördern, schützen und beteiligen - so wie alle anderen Kinder. So werden wir frühzeitig sicherstellen, dass sie in NRW nicht nur ankommen, sondern auch teilhaben.

1398 Kinder- und Jugendförderplan mit weiteren Mitteln aufstocken!

Gremium: LAG Kind/Jugend/Familie

Beschlussdatum: 05.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Das Land ist durch das Kinder- und Jugendförderungsgesetz verpflichtet, für jede Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendförderplan zu erstellen. Die rot-grüne Landesregierung hat diesen mit 100 Mio. € aufgestockt und somit die Qualität der Kinder- und Jugendarbeit in NRW gesteigert. Für eine stärkere Förderung von den Grünen nahestehenden Projekten wie Inklusion, Projekte für Jugendliche mit Migrationshintergrund und LSBIT-Jugendliche muss der Jugendförderplan weiter aufgestockt werden.

Begründung

Für die nächste Legislaturperiode muss es gelingen, Verlässlichkeit zu zeigen, aber auch neue attraktive Angebote zu erstellen. Auch wenn die Projekte durch grüne Regierungsverantwortung gestärkt wurden, muss eine Aufstockung der Mittel erfolgen um weitere sehr gute Projekte zu fördern.

I399 Beteiligung von Jugendlichen ausbauen - NRW wird Beteiligungsland Deutschlands!

Gremium: LAG Kind/Jugend/Familie

Beschlussdatum: 05.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

NRW wird das stärkste Beteiligungs-Bundesland, indem es die Beteiligungsrechte von Jugendlichen noch weiter stärkt und die Umsetzung sicherstellt. Jugendliche haben nach der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Beteiligung.

Benötigt wird ein systematisches Jugend-Monitoring, ein Jugendcheck, die Stärkung der gesetzlichen Grundlagen von Beteiligung und nachhaltige Förderung von Beteiligungsstrukturen. Um Beteiligung sicherzustellen, müssen Personal und Zeit zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

Es gehört zu unserem demokratischen Grundverständnis, Jugendliche zur politischen Teilhabe und zur Mitgestaltung zu befähigen. Auch wenn die Beteiligungsmöglichkeiten der Jugendlichen in den letzten Jahren ausgebaut wurden, muss die Qualität von Beteiligungs- und Partizipationsstrukturen weiter steigen. Grüne Politik sollte 2017 hier ansetzen und die Möglichkeiten der Teilhabe junger Menschen erweitern.

I400 Kommunale „Klimaschutz-Nachzügler“-Förderung

Antragsteller*in: Wibke Brems

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Die Landesförderung für Kommunen sollte anhand von unterschiedlichen Kategorien ausgerichtet werden, in Abhängigkeit davon, wie weit eine Kommune beim Klimaschutz bereits vorangegangen ist. Somit ist eine Förderung möglich, die das Engagement aller Kommunen, also auch von „Klimaschutz-Nachzüglern“, für den Klimaschutz wertschätzt und ihre Projekte unter Berücksichtigung der kommunalen Situation unterstützt.

Begründung

Einige Kommunen in NRW sind Vorreiter in Sachen Klimaschutz, sind für ihr langjähriges und erfolgreiches Engagement bekannt. Kommunen wie der Kreis Steinfurt, Saerbeck und Lemgo sind durch ihre Erfahrungen anderen Kommunen so weit voraus, dass sie auch bei neuen Landeswettbewerben – verdienterweise – immer wieder die Nase vorne haben. Diese Leuchtturm-Kommunen sorgen dafür, dass immer mehr Kommunen ebenfalls aktiv werden wollen. Allerdings haben Kommunen, die bisher kaum aktiv waren, meist in Wettbewerben geringere Chancen, da ihre Vorschläge eventuell weniger innovativ und grundlegend sind. Solche Maßnahmen und Projekte sind jedoch ebenfalls förderungswürdig und helfen, das Klima zu schützen.

I401 In NRW Kindertagespflege stärken!

Gremium: LAG Kind/Jugend/Familie

Beschlussdatum: 05.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir wollen die Kindertagespflege in NRW stärken, indem wir die Tagesmütter und -väter weiter fördern und unterstützen. Die Arbeit der Kindertagespflege soll anständig honoriert werden. Die in diesem Bereich Tätigen müssen einen auskömmlichen Stundensatz erhalten - dafür setzen wir uns mit voller Kraft weiterhin ein. Dafür wollen wir mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Landesverband der Tageseltern einen auskömmlichen Stundensatz vereinbaren.

Begründung

Viele Eltern entscheiden sich für eine Betreuung in der Kindertagespflege weil, sie die Qualität der Betreuung und das familiäre Umfeld sehr schätzen. Wir möchten die Kindertageseltern würdigen, in dem wir eine auskömmliche Finanzierung sicherstellen.

I402 Ehrenamtliche bei der Hilfe für Geflüchtete unterstützen

Antragsteller*in: Ulrich Langhorst

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Das Land sollte sich stärker an der Koordinierung und Unterstützung der Ehrenamtlichen bei der Hilfe für Geflüchtete engagieren. Ein gutes Zusammenspiel zwischen Land, den Kommunen und den Ehrenamtlichen ist dabei wichtig.

Begründung

Die Unterbringung und Integration der zu uns geflüchteten Menschen würde nicht gelingen, wenn nicht ehrenamtliche Helfer*innen in großer Zahl vor Ort daran tagtäglich mitarbeiten würden. Dabei gibt es großen Koordinierungsbedarf zwischen den Ehrenamtlichen untereinander, zur Kommune und auch darüber hinaus. In den einzelnen Kommunen in NRW wird dabei häufig das "Rad immer wieder neu erfunden"; viele Fragen und Anliegen der Ehrenamtlichen bleiben dabei offen. Ein verbesserter Austausch bringt Synergieeffekte, Entlastung der Ehrenamtlichen und verbunden damit eine größere Stabilität bei der weiteren Mitarbeit. Das Land sollte sich als wichtiger Partner der Kommunen in diesen Prozess stärker koordinierend einbringen.

I403 Aufforstung entlang der Autobahnen und Schnellstraßen

Antragsteller*in: anne feirer (Grünenmitglied)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Die Waldstreifen dienen mehrfach zur

- Verbesserung der Luftqualität - als Lärmschutz und Sichtschutz hier bei uns im Flachland in NRW -

Begründung

Da ich nicht annehme, dass der Autoverkehr nicht signifikant gesenkt wird oder neue Technologien zur Verminderung der Abgaswerte eingesetzt werden, muss ein Ausgleich von Kohlendioxid direkt am Entstehungsort geschaffen werden. Ebenso für die zunehmende Naturflächenvernichtung durch Besiedlung, Auskiesung, Logistikunternehmen und Gewerbegebieten (besonders ausgeprägt hier bei uns in Rheinberg als ehemals ländliche Kommune). Weiterhin ist zu bemerken, dass die Grundstücke der Eigenheimbesitzer immer kleiner werden, so dass große und erst recht nicht mehrere Bäume zugunsten von pflegeleichten Rasenstücken eingetauscht werden.

I404 Bündnis für Arbeit - Scouts zur Integration Neuzugewanderter und langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt

Antragsteller*in: Gönül Eglence (KV Sprecherin Essen)

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Wir brauchen ein breites Bündnis für Arbeit, um Menschen, die aus verschiedensten Gründen den (Wieder-) Aufsprung nicht schaffen. Hierzu sollten Gewerkschaften, Arbeitgeber*innenverbände, Kommunen und das Land an einen Tisch geholt werden. Aus ihren Reihen werden 'Scouts) (Paten) für diese Klientel bereitgestellt, die in der Eingewöhnungsphase beratend zur Seite stehen und ggf. auch vermitteln.

Begründung

Neuzugewanderte und Menschen, die schon lange raus sind aus der Arbeitswelt können diverse Probleme bei der Anpassung an die neue Umgebung haben. Viele KMU fühlen sich oft mit der Betreuung dieser überfordert und es fehlt ihnen auch an know how. Ein Scout oder Pate nach dem Essener Modell "Paten für Arbeit" könnte hier Abhilfe schaffen. Als arbeitsmarktpolitisches Instrument könnte das Land solche Vorhaben vor Ort unterstützen. Zunächst kann das ganze als Modellprojekt angelegt werden.

I405 Selbstbestimmt im Alter bei Pflege und Unterstützungsbedarf – zuhause im Quartier sichern

Gremium: LAG Altenpolitik / LAG Gesundheit

Beschlussdatum: 16.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Wir wollen verlässliche Angebote für eine Versorgungssicherheit im Quartier und Stadtteil schaffen, um ein selbstbestimmtes Leben auch bei Pflege und Unterstützungsbedarf zu sichern: Wohnen, Gesundheitsförderung und -versorgung, Pflege und Unterstützung, soziale Infrastruktur, die generationengerechte Gestaltung des Wohnumfeldes, Versorgung mit den Dienstleistungen und Gütern des alltäglichen Bedarfs. Wir wollen wir den Masterplan Quartier weiter ausbauen und das Landesförderprogramm ausbauen.

Begründung

Unsere GRÜNEN Quartierskonzepte geben eine Antwort darauf, wie wir heute und in Zukunft leben wollen - besonders vor dem Hintergrund des strukturellen und demografischen Wandels in vielen Regionen. Sie sind der GRÜNE Gegenentwurf zu zentralistischen Strukturen, Großinstitutionen und Unüberschaubarkeit, Entfremdung und zuweilen auch Verödung des Wohnumfeldes. Mit den Quartierskonzepten haben wir GRÜNE gleichwohl einen emanzipatorischen Gesellschaftsentwurf geprägt, mit dem wir die Selbstbestimmung, Teilhabe und Stärkung der Mensch in den Mittelpunkt stellen.

I406 Der Mensch steht im Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung

Gremium: LAG Gesundheit / LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wir wollen die Gesundheitsversorgung so ausrichten, dass mit den Angeboten die Menschen in ihren Lebenswelten erreicht und Zugangsbarrieren abgebaut werden. Gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren im Gesundheitswesen sollen Quartierskonzepte für die sozialraumorientierte Versorgung, Prävention und Gesundheitsförderung befördert, auf eine Weiterentwicklung integrierter Versorgungsangebote hingewirkt und auch neue Angebots- und Kooperationsformen zu entwickelt und umgesetzt werden.

Begründung

Wir wollen, dass jeder Mensch unabhängig von Herkunft, Einkommen und sozialer Stellung Zugang zu einer bedarfsorientierten und wohnortnahen Gesundheitsversorgung hat, das gilt auch und gerade im Ländlichen Raum. Wir stellen dabei die Menschen in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns und wollen die gesundheitliche Versorgung den verschiedenen Bedürfnissen – etwa von Kindern, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen und der älteren Bevölkerung – weiter anpassen. Die Gesundheitsversorgung muss sich stärker als bislang als Dienstleistung für die Patientinnen und Patienten versteht und die das Wunsch- und Wahlrecht, das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Teilhabe in den Mittelpunkt jeder Behandlung stellt.

I407 Studienplatzvergabe aus einer Hand

Gremium: LAG Hochschule

Beschlussdatum: 20.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir setzen uns schnellstmöglich dafür ein, dass Studienplätze für alle Studiengänge (wieder) bundesweit aus einer Hand nach einheitlichen Kriterien vergeben werden. Ist dies auf Bundesebene nicht kurzfristig zu erreichen, gehen wir in NRW modellhaft mit einer eigenen zentralen Vergabe voraus.

Begründung

In der momentanen Situation bleiben tausende NC-Studienplätze unbesetzt. Nachrückverfahren bis in das schon begonnene Semester sind an der Tagesordnung. Studierende müssen sich an allen Hochschulen einzeln bewerben und haben dort teils zusätzliche Kosten für die Anreise, Bewerbungsgespräche oder Auswahltests zu zahlen.

I408 Weiterentwicklung der Primärversorgung

Gremium: LAG Gesundheit / LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Gute Gesundheitsvorsorge und -versorgung für Alle in ganz NRW. Modellvorhaben zur Krankheitsprävention in Stadtteilen und Regionen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen fördern, ambulante und wohnortnahe Versorgung stärken.

I409 Attraktivität und Anreize schaffen für junge Hausärzt*innen

Gremium: LAG Gesundheit / LAG Altenpolitik

Beschlussdatum: 16.04.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Handlungskonzepte zur ausreichenden Versorgung mit Hausärzten gemeinsam mit Ärztekammern, ärztl. Selbstverwaltung, Kommunen, medizinischen Hochschulen entwickeln

Begründung

- familienfreundliche Arbeitszeitstrukturen entwickeln.
- Attraktivitätssteigerung u.a. durch eine bessere Anbindung der ländlichen Kommunen an das ÖPNV und ein gutes Bildungs- und Schulangebot.

I410 Barrierefreiheit im Gesundheitswesen

Gremium: LAG Gesundheit / LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Ziel ist es, Menschen mit Behinderung einen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitswesen zu ermöglichen. Dafür ist es unerlässlich, umfassende Barrierefreiheit in Praxen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen, in denen Leistungen des Gesundheitssystems erbracht werden, herzustellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinsam mit den Akteur*innen im Gesundheitswesen entsprechende die Zugänge verbessert, Barrieren abgebaut und Versorgungsnetzwerke gezielt weiter ausgebaut werden.

Begründung

Die zunehmende Anzahl von älteren behinderten und chronisch kranken Menschen erfordert einen flächendeckenden Zugang zu einer qualifizierten geriatrischen Versorgung in allen Sektoren des Gesundheitswesens.

I411 Prävention und Gesundheitsförderung (auch im Alter)

Gremium: LAG Gesundheit / LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Die Chance, durch Prävention und Rehabilitation Pflegebedürftigkeit zu verhindern, zu mindern oder hinauszuzögern, wird bislang unzureichend genutzt. Prävention und Gesundheitsförderung müssen als gleichwertige Elemente des Gesundheitswesens betrachtet werden, damit Krankheiten erst gar nicht oder später entstehen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass Angebote und Leistungsgewährung u.a. bei präventiven und rehabilitativen Maßnahmen besser abgestimmt und vernetzt werden.

Begründung

Gerade vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft muss sich die örtliche Gesundheitsversorgung mit ihren Angeboten stärker auf den Bedarf älterer Menschen einstellen. Dazu gehören Angebote an Hausbesuchen sowie die weitere Verankerung von geriatrischer Kompetenz in der gesamten Versorgung und der Ausbau qualifizierter gerontopsychiatrischer und psychotherapeutischer Betreuung.

I412 Ergebnisse öffentlicher Forschung für jeden zugänglich machen

Gremium: LAG Hochschule

Beschlussdatum: 20.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir schaffen eine Alternative für die Veröffentlichungen von öffentlich geförderten wissenschaftlichen Ergebnissen.

Begründung

Im momentanen Veröffentlichungssystem profitieren ausschließlich private Zeitschriften (z. B. Nature, Science,...) an den mit öffentlichen Mitteln geförderten Forschungsergebnissen. Die Hochschulen müssen die Zeitschriften mit viel Geld erwerben. Aber sogar die Autoren der wissenschaftlichen Veröffentlichungen selbst werden noch zusätzlich zur Kasse gebeten (beispielsweise bei farbigen Bildern). Das alles obwohl die Qualitätskontrolle der Artikel (peer-review) ebenfalls durch Wissenschaftler ehrenamtlich durchgeführt werden.

Diese Verschwendung von öffentlichen Geldes muss aufhören.

I413 Unabhängige Gesundheitsberatung Rolle der Patient*innen stärken

Gremium: LAG Gesundheit / LAG Altenpolitik

Beschlussdatum: 16.04.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wir setzen uns dafür ein, dass die Rechte der Patientinnen und Patienten durch ein transparentes, unabhängiges Beratungsangebot wieder gestärkt werden. In NRW wollen wir das Amt des Patientenbeauftragten weiter festigen

Begründung

Die unabhängige Patientenberatung ist durch die Vergabe der Fördermittel des Bundes an ein Call-center, das bislang auch Arbeiten für Kassen und Gesundheitswirtschaft erlegt hat, deutlich geschwächt worden. Die bisherige Struktur der UPB besteht so nicht mehr. Deshalb bedarf es der kontinuierlichen Initiativen, die Situation im Sinne einer unabhängigen Patientenberatung wieder zu verbessern.

I414 Bürgerwissenschaften (Citizen-Science) stärken

Gremium: LAG Hochschule

Beschlussdatum: 20.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir fördern Bürgerwissenschaften z. B. in Zielvereinbarungen mit den Hochschulen. Die Vernetzung und den Austausch der Gesellschaft mit der Wissenschaft wollen wir fördern.

Begründung

Insbesondere in den Umweltwissenschaften ist Citizen-Science ein wichtiger Bestandteil der Forschungslandschaft. So unterstützen Hobby-Ornithologen, -Entomologen, -Herpetologen und viele andere die wissenschaftliche Forschung in Bereichen, wo die Wissenschaft kaum Kapazitäten mehr aufbringen kann. Insbesondere die technische Entwicklung (z. B. Handyapps) sorgt hier für neue Wege der Datenerhebung durch Hobbywissenschaftler.

I415 Landesamt für Besoldung und Versorgung modernisieren

Gremium: LAG Hochschule

Beschlussdatum: 20.04.2016

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Wir setzen uns dafür ein, dass in der LBV moderne Möglichkeiten in der Personalführung eingeführt werden.

Begründung

Die Einstellung insbesondere von Hilfskräften bindet an den Universitäten enorme Zeit in unnötiger Verwaltungsarbeit. Bei jeder Einstellung seitenweise die gleichen Akten einzureichen soll der Vergangenheit angehören. Dies lässt sich über technische Wege leicht vereinfachen.

I416 Psychische Gesundheit - wohnortnahe Versorgung sicherzustellen.

Gremium: LAG Gesundheit / LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wir werden und dafür einsetzen, dass die wohnortnahe Versorgung mit ambulanten und stationären medizinischen und psychotherapeutischen Angeboten verbessert wird. Hierzu gehört es auch ambulante Versorgungsangebote auf diese neuen Bedarfe ausrichten und ein ortsnahes und qualitativ hochwertiges Angebot an bedarfsgerechten Hilfen für psychisch erkrankte Menschen schaffen: gemeindenahе psychosoziale Versorgung, die auch eine verlässliche Krisenhilfe, ortsnahe Tageskliniken und Ambulanzen umfasst.

Begründung

Die gemeindenahе psychosoziale Versorgung ist regional sehr unterschiedlich entwickelt. Insbesondere fehlt es vielerorts noch an ausreichend aufeinander abgestimmte Versorgungsstrukturen und eine sozialräumliche Orientierung und Vernetzung. Insbesondere fehlt es vielerorts an einer ausreichenden Krisenhilfe, die auch "rund-um" erreichbar ist sowie an gesicherten ambulanten Versorgungsalternativen zur stationären Behandlung. In den kommenden Jahren gilt es hier die Alternativen weiter auszubauen.

I417 Gesundheitskonferenz und Konferenz Alter und Pflege stärken

Gremium: LAG Gesundheit / LAG Altenpolitik

Beschlussdatum: 16.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Die Kommunale Gesundheitskonferenz soll auch weiter als ein wichtiges zentrales kommunalpolitisches Instrument zur Abstimmung und Zusammenarbeit aller an der Gesundheitsversorgung Beteiligter sein. Auf diese Weise dient die Konferenz der Verbesserung von Kommunikation und Koordination der zahlreichen Akteure des Gesundheitswesens auf kommunaler Ebene.

Begründung

Kommunale „Konferenzen Alter und Pflege“ begleiten u.a. die örtl. Pflegebedarfsplanung. In ihr sind alle Akteur*innen gemeinsam und gleichberechtigt an der Gestaltung beteiligt. KGK beraten Fragen der gesundheitlichen Versorgung, geben Empfehlungen, vereinbaren Lösungsvorschläge und setzen diese um; wirken mit Stellungnahmen an der Gesundheitsberichterstattung mit u.a. bei den Themen Sucht, Drogen, Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sowie alter und behinderter Menschen, Geflüchtete, psych.Vers. oder Patientenüberleitung. Die Arbeit gilt es zu stärken

I418 Gesundheit als Wirtschaftsfaktor

Gremium: LAG Gesundheit / LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Das Landeszentrum Gesundheit soll weiterhin, gemeinsam mit den sechs Regionen landesweite innovative Konzepte entwickeln und dazu beitragen, das Land als herausragenden Gesundheitsstandort zu positionieren.

Begründung

In Nordrhein-Westfalen sind mehr als 1,1 Millionen Menschen in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt. Die Gesundheitswirtschaft ist somit die bedeutendste Einzelbranche des Landes. Etwa jeder sechste Beschäftigte ist mittel- oder unmittelbar in der Gesundheitsversorgung im Land tätig.

I419 Organisation der Pflegeberufe

Gremium: LAG Gesundheit / LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 01.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Die Pflegeberufe müssen sich selbst organisieren können, um gleichberechtigt mit anderen Gesundheitsberufen auf Augenhöhe zu arbeiten. Hierzu gehört auch die Schaffung einer Interessenvertretung. Zur Frage einer möglichen Errichtung einer Pflegekammer sollten sowohl die Erfahrungen anderer der Länder einbezogen werden als auch die professionell Pflegenden in Punkto Einführung einer Pflegekammer befragt werden auch in bezug einer Pflichtmitgliedschaft samt Kammerbeitrag.

Begründung

Der Pflegeberuf ist wichtig und soll mehr Wertschätzung bekommen.

Die unterschiedlichen Aufgabenfelder der Pflege wie Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege mit ihren spezifischen Anforderungen und Profile müssen gleichermaßen in einer Interessenvertretung vertreten sein. Sozialpflegerischen Aspekte und die Interessen und Selbstbestimmung der Patient*innen und Kund*innen müssen bei der Formulierung der Qualitätssicherung und -erweiterung eine wesentliche Rolle spielen.

I420 Tierheime ausreichend finanzieren

Antragsteller*in: Robert Schallehn (Hochschule, Umwelt, M&T)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Tierheime sollen landesweit einheitlich finanziert werden. Ein Schlüssel (von 1€) pro Einwohner wäre dazu ein sinnvolles Instrument.

Begründung

Zur Zeit ist der Betrag, den Tierheime durch die Kommunen bekommen weitestgehend Verhandlungssache zwischen den Kommunen und den Tierheimen. Dabei gibt es Gewinner und Verlierer. Es ist aber durch nichts zu begründen, dass die Finanzierung einer Pflichtaufgabe in verschiedenen Gemeinden so stark variieren soll.

I421 Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchteter Menschen weiter verbessern

Gremium: LAG Gesundheit / LAG Altenpolitik

Beschlussdatum: 16.04.2016

Thema: NRW – Land der Vielfalt und des Zusammenhalts

Details

Die noch oft vorhandenen Barrieren für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei der Inanspruchnahme gesundheitlicher Leistungen wollen wir abbauen und die Gesundheitseinrichtungen bei ihrer Öffnung hin zu mehr interkultureller Kompetenz stärken. Vor Ort gilt es für Menschen, die als Flüchtlinge kommen, ein Zugang zur gesundheitlichen Versorgung zu schaffen und Lösungen zu suchen, mit denen für „Menschen ohne Papiere“ eine Grundversorgung ermöglicht wird.

Begründung

NRW hat als erstes Flächenland eine Rahmenvereinbarung zur Übernahme der Krankenbehandlung für AsylbewerberInnen mit einer Reihe gesetzlicher Krankenkassen abgeschlossen. Mittlerweile sind über 20 Kommunen dieser Vereinbarung beitreten. Damit haben Geflüchtete Zugang zum Gesundheitssystem, im Wesentlichen so wie Versicherte auch. In Nordrhein-Westfalen ist die Einführung einer Gesundheitskarte ein wichtiger wichtiger Schritt, zu einer diskriminierungsfreie gesundheitliche Versorgung. Dennoch gibt für viele noch Barrieren, die es zu beseitigen gilt. Zudem bedarf es noch weiterer Anstrengungen auch die Kommunen für die eGK zu gewinnen, die bislang noch nicht der Rahmenvereinbarung beigetreten sind.

I422 Attraktivität des Pflegeberufs steigern

Gremium: LAG Altenpolitik / LAG Gesundheit
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Wollen wir mehr Frauen und Männer für den Pflegeberuf gewinnen. Deshalb bedarf es weiterer vielfältiger Aktivitäten und Maßnahmen, um die Arbeits- und Beschäftigungssituation in der Pflege entscheidend zu verbessern und hierüber letztendlich auch die Attraktivität des Berufsfeldes Pflege deutlich zu steigern, um auch mehr Jugendliche, insbesondere auch Männer, für diesen Beruf zu interessieren

Begründung

Wir GRÜNEN treten für eine gemeinsame Pflegeausbildung Alten-, Kranken und Kinderkrankenpflege ein. Hierbei favourisieren wir die gem. Ausbildung mit einer zusätzlichen einjährigen Spezialisierung zu (modularisierte Ausbildung). Wir erwarten von einem Bundes-Pflegeberufegesetz, dass die Ausbildungsplätze in der Pflege gesichert bleiben und sogar ausgebaut werden. Aufgrund der vorgesehen Finanzierungsregelungen durch den Bund wird leider ein Rückgang der Ausbildungsplätze befürchtet. Hier gilt es noch über weitere Aktivitäten auf Bundesebene zu akzeptablen Lösungen für NRW zu kommen.

I423 Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis

Gremium: LAG Gesundheit / LAG Altenpolitik
Beschlussdatum: 16.04.2016
Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

Über Modellversuche überprüfen, ob eine kontrollierte Abgabe von Cannabis – unter Einhaltung des Jugend- und Verbraucherschutzes – einen risikoärmeren Konsum fördert und negative Effekte des Verbotes verringert oder beseitigt werden können. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, den regulierten Zugang zu Cannabis in ein Gesamtkonzept zur Sicherstellung eines umfassenden Jugend- und Verbraucherschutzes sowie zur Suchtprävention einzubetten.

Begründung

Die Prohibitionspolitik im Bereich von Cannabis ist gescheitert, weil die bisherige Verbotspolitik den Cannabis-Konsum nicht verhindert, sondern die rund 2,3 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten kriminalisiert. Hier bedarf es einer Neubewertung der Drogenpolitik und entsprechender rechtlicher Änderungen im Bund. Die GRÜNEN haben im Bundestag hierzu einen entsprechenden Gesetzesvorschlag eingebracht für eine kontrollierte Abgabe. Das Ziel ist nicht, den Drogenkonsum zu befördern, sondern einem gesellschaftlichen Problem mit einem anderen Lösungsansatz zu begegnen und stärker an der Lebenswirklichkeit zu orientierten als bisher.

I424 Städte sollen grüner werden - Förderung von Fassadenbegrünung

Antragsteller*in: Robert Schallehn (LAG Umwelt, M&T, Hochschule)

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Analog zur Förderung der Dachbegrünung über die Abwassergebühr entwickeln wir einen Rechts- und Förderrahmen, der es Kommunen erlaubt Fassadenbegrünung an der Mehrzahl der Hausfassaden zur Regel zu machen.

Begründung

Durch Fassadenbegrünung ist es möglich in Städten diverse Probleme positiv anzugehen, wie z. B. Steigerung der Biodiversität, Anpassung an den Klimawandel, Isolation von Gebäuden und Reduktion von Schadstoffen (z. B. Feinstaub). Trotz der vielen positiven Effekte gibt es für Fassadenbegrünung immer noch kein sinnvolles Instrument zur Förderung.

I425 Genossenschaftsrecht vereinfachen – Wirtschaftlicher Verein als "kleine Genossenschaft" ermöglichen

Antragsteller*in: Birgit Beisheim

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Die Fördermöglichkeiten für kleine Unternehmen durch die Wiederbelebung des Wirtschaftlichen Vereins als geeignete Rechtsform erweitern. Wir müssen Gruppen von Bürgern besser unterstützen, wenn sie im Interesse der Allgemeinheit Geschäfte eröffnen wollen, die z.B. der Unterhaltung eines Dorfladens zum Gegenstand haben. Die notwendigen Gründungs- und Aufsichtskriterien sollen sich am Beispiel des Landes Rheinland-Pfalz orientieren. Dadurch können wir einen Gründungsboom auslösen.

Begründung

Die genossenschaftliche Selbsthilfe ist als Gedanke in der NRW-Landesverfassung verankert. Für eine Genehmigung wirtschaftlicher Vereine sind die Länder zuständig. In NRW ist das auf die Bezirksregierungen übertragen. Doch wird mit Ausnahme von Land- und Forstwirtschaftlichen Kooperativen, diese Gründungsform verwehrt.

Vorteil ist z.B., dass der administrative Aufwand und damit die Kosten für Buchführung und Verwaltung im Vergleich zu anderen Rechtsformen sehr viel günstiger ist. Die europäische Union fördert die rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen für Klein- und Mittelunternehmen. Der Wirtschaftliche Verein würde in NRW eine Lücke schließen.

I426 Öffentlichen Dienst stärken – Leistungsanreize und Incentives fördern

Antragsteller*in: Thomas Hilden

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Beispielsweise bei der Feuerwehr und der Polizei sind Schichtdienste und Rufbereitschaften harter Alltag. Die Beförderungsmöglichkeiten in den Laufbahnen sind z.T. sehr begrenzt und Anreize sind insbesondere bei längerer Zugehörigkeit schwierig bis unmöglich zu setzen.

Daher soll neben dem Aspekt der Alimentation, die Möglichkeit für temporäre monetäre Anreize sowie Incentives für einzelne Personen und/oder ganze Gruppen im Öffentlichen Dienst geschaffen werden.

Begründung

Der Öffentliche Dienst und die Beamtenschaft ist – abseits von Theken- und Neiddebatten – das elementare Fundament der öffentlichen Daseinsfürsorge. Dieses gilt u.a. für die Planung und Umsetzung des Umweltschutzes, der Durchsetzung der Landessicherheit oder bspw. bei den Herausforderungen der Integration von Flüchtlingen und der Inklusion. Ein funktionierender, belastbarer und motivierter Öffentlicher Dienst ist hierbei die Grundvoraussetzung.

Daher soll vergleichbar mit Maßnahmen aus der “Freien Wirtschaft“ neben dem Aspekt der Alimentation, die Möglichkeit für Leistungs- und Motivationsanreize geschaffen werden.

Diese Maßnahmen sind nicht als Sparmaßnahmen gedacht und müssen somit mit Haushaltsmitteln unterlegt werden.

I427 Studiengang "Kultursensible Wohlfahrtspflege" einrichten

Antragsteller*in: Ali Bas

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

An einer oder mehreren Hochschulen soll ein Studiengang "Kultursensible Wohlfahrtspflege" eingerichtet werden, der alle Bereiche der Wohlfahrt (Gesundheit, Pflege, Sozialarbeit usw) umfasst und die Absolvent*innen befähigen soll, den Wohlfahrts-Bedürfnissen einer multikulturellen Gesellschaft gerecht zu werden.

Begründung

Der Zuzug von Geflüchteten, aber auch eine älter werdende erste Generation Zugewanderter mit steigenden Pflegebedürfnissen, sowie eine verstärkt in Anspruch genommene Wohlfahrtspflege durch die junge Generation zeigen, dass es einen wachsenden Bedarf nicht nur an professionellen Fachkräften in der Wohlfahrtspflege gibt, sondern auch an kultursensibler Kompetenz. Solche Fachkräfte hätten damit auch sehr gute Perspektiven auf einem Arbeitsmarkt, der in diesem Bereich ein großes Wachstumspotenzial hat. NRW sollte diese Entwicklung nicht verschlafen und eine Vorreiterrolle einnehmen.

I428 Solidarische Wirtschaft - Ideen brauchen Finanzierung

Antragsteller*in: Birgit Beisheim

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Die häufig anzutreffende, zeitlich begrenzte Projektförderung, z.B. durch Stiftungen, öffentliche Förderprogramme oder Spenden, muss durch Anschlussfinanzierungsmöglichkeiten sichergestellt werden. Zur Übernahme des Ausfallrisikos bzw. zur Risikominimierung könnte die Schaffung einer Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft beitragen. Die operationellen Programme auf Landesebene müssen in der nächsten Förderperiode verstärkt auf die Förderung der solidarischen Ökonomie ausgerichtet werden.

Begründung

Im Gegensatz zum "normalen" Wirtschaftsleben sind Geschäftsideen für Sozialunternehmen selten unmittelbar wirtschaftlich. Die Geschäftsmodelle sind in vielen Fällen kompliziert und bräuchten mehr geschulte Berater auf Seite der Finanzierer. In der aktuellen Förderperiode ist der Weg zur Förderung der Sozialen und Solidarischen Ökonomie über den europäischen Sozialfonds geöffnet. Trotz dieser Möglichkeiten ist die solidarische Ökonomie nicht im Fokus der Wirtschaftspolitik.

I429 Solidarisches Wirtschaften ermöglicht nachhaltige Lebensstile

Antragsteller*in: Birgit Beisheim

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Wir wollen Unternehmer*innen unterstützen, vermehrt soziale und ökologische Herausforderungen in innovative Geschäftsmodelle umzusetzen. Neben ersten Ansätzen durch die Eröffnung der „CSR-Hubs“, bedarf es weiterer Anstrengungen, solche oder andere Orte der Vernetzung und Weiterbildung flächendeckend über NRW auszurollen. Rahmenbedingungen müssen so verändert werden, dass alle Akteure, unabhängig von der Unternehmensstruktur, fachlich gute Beratung erhalten.

Begründung

Unternehmen der solidarischen Ökonomie dürfen nicht länger unter dem Radar von Politik und Gesellschaft agieren. Die Varianten des sozialen unternehmerischen Engagements sind oft sehr ähnlich und daher sind die Übergänge vom Social Entrepreneurship zu Corporate Social Responsibility (CSR) oder Corporate Citizenship fließend. Soziales Unternehmertum schafft den Spagat zwischen notwendigem unternehmerischen Denken und sozialem Mehrwert.

In den Bereichen Lebensmittel, Mobilität, Wohnen, Konsum oder Gesundheit gibt es viel Potential für Neugründer, aber auch für etablierte Unternehmen auf der Suche nach neuen, nachhaltigen Geschäftsideen.

I430 NRW positioniert sich zu den geplanten Freihandelsabkommen: TTIP, TiSA und CETA müssen abgelehnt und neu verhandelt werden

Gremium: Ak Konsum (KV Köln)

Beschlussdatum: 22.04.2016

Thema: NRW – Land der Bürgerinnen und Bürger

Details

TTIP, TiSA und CETA greifen auch in die Kompetenzen der deutschen Bundesländer ein. Diese haben gegenüber den Selbstverwaltungsrechten der Kommunen eine besondere Schutzverantwortung. Der Grüne Landesverband NRW fordert, dass diese Abkommen...

- ... als gemischte Abkommen dem Bundestag und Bundesrat zur Entscheidung vorgelegt werden.
- ... von der EU Kommission nicht zur vorläufigen Anwendung vorgeschlagen werden.
- ... von der Bundesregierung im Vertragstext weiter nachverhandelt werden.

Begründung

Die vom Rat der Europäischen Union beschlossenen Mandate für TTIP, TiSA und CETA sowie der vorliegende Vertragstext für CETA zeigen in die falsche Richtung. Es droht, dass die neuen Verträge die Möglichkeit der Europäischen Demokratie, Standards für Produkte und Dienstleistungen selbst zu setzen und zu verändern, beschränken.

Bereits 2014 haben die GRÜNEN NRW einen Beschluss mit dem Titel „Europäische Demokratie statt TTIP und CETA“ gefasst: Ein Abkommen, das Investor-Staat-Schiedsgerichte enthält, das Vorsorgeprinzip auch nur indirekt in Frage stellt, oder die Handlungsfreiheit der Kommunen beschränkt, ist nicht zustimmungsfähig.

Der massive Protest muss von der EU-Kommission und den Verhandlungspartnern ernst genommen werden.

I431 Geldwäsche effektiv bekämpfen

Antragsteller*in: Sven Giegold (MdEP)

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

NRW kann seine Anstrengungen zur Geldwäschebekämpfung intensivieren. Zu einem Aktionsplan "Geldwäschebekämpfung" gehören:

- Aufstockung des Personals zur Geldwäscheprävention bei den Bezirksregierungen
- eine Reform des Katastergesetzes. Das Liegenschaftskataster muss transparent machen, wer die wirtschaftlich Begünstigten Eigentümer von Immobilien und Grundstücken sind. Auch breitere Abfragen sollten möglich sein.

Begründung

Die Initiativen der rot-grünen Landesregierung gegen Steuerhinterziehung, insbesondere in Richtung Bund und Europa, sind vorbildlich. Mit dieser Gesetzesreform bietet sich zudem die Möglichkeit, die landespolitischen Spielräume in der Bekämpfung von Geldwäsche zu nutzen. Geld aus kriminellen Quellen spielt im deutschen Immobilienmarkt eine große Rolle. Während Immobilienpreise und Mieten in attraktiven Lagen explodieren, sind Immobilien in Deutschland auch für Geld auch aus Steueroasen ein attraktives Anlageziel. Das Liegenschaftskataster sollte daher überall so gestaltet werden, dass die tatsächlichen Eigentümer ("Letztbegünstigte") transparent gemacht werden. Investoren aus Steueroasen sollten umfassend abgefragt werden können.

Unterstützer*innen

Sven Giegold

I432 Bürokratieabbau im grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt ermöglichen

Antragsteller*in: Ali Bas

Thema: NRW - Stadt. Land. Heimat.

Details

Die bürokratischen Hürden für interessierte Arbeitnehmer*innen aus den Nachbarländern, in NRW eine Arbeitsstelle (z.B. in einem Mangelberuf) anzunehmen, gehören auf ein Minimum reduziert. Die Unterstützungsmöglichkeiten der jeweiligen Euregios gehören ausgebaut.

Begründung

Trotz eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes ist es für interessierte Fachkräfte aus unseren Nachbarländern noch vielfach ein großes Unterfangen hierzulande eine Arbeitsstelle anzunehmen. So hatte es z.B. im Münsterland gerade mal eine (!) von über 60 interessierten Erzieherinnen aus den Niederlanden geschafft, ihre Stelle auch tatsächlich (schlechter bezahlt) anzutreten. Zusammenhängend damit besteht noch immer die Problematik der Anerkennung von im Heimatland erworbenen Qualifikationen. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, besonders im ländlichen Raum, gehören die bestehenden bürokratischen Hürden auf den Prüfstand. Die Euregios leisten dabei eine gute Unterstützung, stoßen aber auch mit ihrer Arbeit an ihre Grenzen.

I433 Aktionsprogramm: Stärkung der gemeinwohlorientierten und solidarischen Wirtschaft

Antragsteller*in: Sven Giegold (MdEP)

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Förderung von genossenschaftlicher Selbsthilfe hat bei uns in NRW Verfassungsrang. Diesen Auftrag wollen wir weiterhin modern & erweitert umsetzen. Unternehmen, die gemeinwohlorientierte Ziele mit wirtschaftlichen Mitteln verfolgen, werden wir gezielt stärken:

- * Solidarische Ökonomie in NRW kartieren, sichtbar machen und mit allen Unterstützungsangeboten auf einem Internetportal bewerben
- * den wirtschaftlichen Verein als simple Rechtsform reaktivieren
- * EU-Geld aus Wettbewerben zugänglich machen.

Begründung

Genossenschaften, Gemeinnützige Organisationen, soziale Unternehmen, Bürgerenergie- und Stadtteilgenossenschaften, Soziale Gründungszentren & Social Innovation Labs, fairer Handel, soziokulturelle Zentren, Stiftungen und viele andere Unternehmungen der Sozialen und Solidarischen sind ein dynamisch wachsender Wirtschaftssektor in NRW. Sie verfolgen soziale und ökologische Ziele mit dem Mittel wirtschaftlicher Selbsthilfe. So macht ökonomisches Bürgerengagement unser Land und seine Wirtschaft menschlicher.

Unterstützer*innen

Sven Giegold

1434 Zukunftsperspektiven für das Rheinische Revier entwickeln und umsetzen

Antragsteller*in: Gudrun Zentis (MdL)

Thema: NRW – Innovativer Wirtschaftsmotor

Details

Das Potenzial des Reviers in den Bereichen Solarwirtschaft, Strom- und Speichertechnologien, E-Mobilität, Bioökonomie, klimaneutrales Wohnen und Logistik muss aktiv entwickelt werden. Fachkräftesicherung und der Rück- und Umbau alter Industrieflächen zu Innovationsräumen inklusive der notwendigen Infrastruktur sorgt einer Strukturkrise vor.

RWE muss JETZT verbindlich in die Pflicht genommen den bevorstehenden Strukturwandel mitzugestalten sowie die Region zu renaturieren und -kultivieren.

Begründung

Nur durch den Ausbau erneuerbarer Energien kann das RR weiterhin als überregionaler Garant für Energieversorgungssicherheit fungieren.

Die Flächen der Kraftwerksstandorte sollen mit Industriegebieten beplant werden, insbesondere das Potential der Kraftwerksfläche Frimmersdorf für eine innovative Nachnutzung ist schnell marktfähig.

Die Förderung industriellen Rohstoffmanagements zur Verwirklichung einer Kreislaufwirtschaft ist die GRÜNE Alternative zum Braunkohleabbau.

Der Charakter einer lebenswerten Kulturlandschaft ist durch großzügige Biotopverbundflächen zu garantieren.

Wir brauchen ein integriertes Verkehrskonzept, das die von Tagebauen zerschnittene Region vernetzt und öffentliche und nichtmotorisierte Verkehrsmittel fördert.

I435 Kein weiterer Atommüll ins Zwischenlager Ahaus, Ausstieg aus der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefabrik in Lingen

Antragsteller*in: Arno Heipel (KV Borken)

Thema: NRW – Natürlich und ökologisch

Details

Im Kreis Borken und nebenan in Lingen ist nach dem 31.12.2022 das Atomzeitalter nicht zu Ende: Die UAA in Gronau produziert 10% der Weltproduktion an angereichertem Uran, wie auch die Brennelementefabrik in Lingen zeitlich unbefristet. Auf das BZA in Ahaus, weder erdbebensicher noch geschützt vor Flugzeugabstürzen, kommen demnächst möglicherweise Atomtransporte aus Kernforschungsanlagen in Jülich und Garching zu. Vollständiger Atomausstieg bedeutet das Ende des ganzen Atom-Brennstoffkreislaufs.

Begründung

Die letzte BDK in Halle hat einen Antrag beschlossen, der sich gegen weitere Einlagerungen ins Zwischenlager Ahaus und für den rechtssicheren Ausstieg aus der Urananreicherung in Gronau und der Brennelementefabrik in Lingen ausspricht. Dies entspricht dem Inhalt des bestehenden rot-grünen Koalitionsvertrags. Der KV Borken hat sich mit den KVen Steinfurt, Coesfeld, Münster und Warendorf zusammen mit der BAG Energie dafür eingesetzt, dass die Forderungen zum BZA Ahaus und zur UAA Gronau als Teil grüner Programmatik festgehalten werden. Wir legen Wert darauf, dass sich der Antrag auch im Landtagswahlprogramm wiederfindet.

I436 Förderpreis für nachhaltige Forschung - Hochschulen als Motoren des sozialen Wandels nutzen

Antragsteller*in: Dennis Pirdzuns

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Das Land NRW soll eine neue Förderung für Hochschulen und Universitäten etablieren, die sich durch ihre Forschung und Arbeit um einen positiven und nachhaltigen gesellschaftlichen Wandel verdient gemacht haben. Eine Prämierung oder Preis wird dabei für soziale, kulturelle, politische und ökologische Innovationen verliehen, die darauf abzielen, konkrete Probleme von Menschen wissenschaftlich zu erfassen und praktisch zu lösen.

Begründung

Die aktuelle Wissenschaftsförderung motiviert Universitäten und Hochschulen zu immer mehr wirtschaftlich verwertbarer Arbeit. Hochschulen, die ohnehin schon erfolgreich lukrative Forschungsaufträge der Wirtschaft einwerben, werden für diese angebliche „Spitzenforschung“ mit weiteren Steuergeldern belohnt, wobei Hochschulen, die eher Fragen erforschen, die wenig oder keine Vermarktung zulassen, werden dann noch durch geringere oder ausbleibende Förderung doppelt bestraft. Ein Förderpreis, der die Erforschung und Lösung gesellschaftlicher Probleme auszeichnet, könnte hier einen Ausgleich schaffen und Hochschulen zu Motoren des sozialen und nachhaltigen Wandels in Kommunen und Quartieren werden lassen.

I437 Urheber*innenrecht nicht zur Innovationsblockade werden lassen

Antragsteller*in: Dennis Pirdzuns

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Der Urheber*innenschutz soll Autor*innen absichern und zu neuen Ideen und Werken anreizen. Wenn aber Lizenzgebühren den Zugang zu diesen Ideen verhindert, trocknet der Quell dieser Innovationen aus. Durch die Einzelabrechnung von Texten in Online-Bibliotheken und elektronischen Semesterapparaten an Universitäten und Hochschulen passiert aber genau das. Hier muss eine bessere Lösung gefunden werden, den Urheber*innenschutz und den freien Zugang zu wissenschaftlicher Literatur vereinen zu können.

Begründung

Für die meisten Lehrveranstaltungen an Hochschulen werden mittlerweile Online-Bibliotheken und elektronische Semesterapparate verwendet. Die Lizenzgebühren wurden bisher durch eine pauschale Gebühr an die Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort) abgegolten. Diese Pauschalen wurden nun aber für ungültig erklärt und werden nur noch bis 2017 fortgeführt. Sollte es dann zu einer Einzelabrechnung kommen, so würde dies eine Überlastung der Hochschulverwaltungen, eine massive Beeinträchtigung des Lehrbetriebes und ein Rückfall auf frühere Lehrmethoden bedeuten. Um diesen Rückschritt zu verhindern, muss die zukünftige Landesregierung mit den Hochschulen und der VG Wort eine praktikable und für die Lehre sinnvolle Lösung finden.

1438 Junge Menschen für soziales Engagement ermutigen

Antragsteller*in: Dennis Pirdzuns

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

Schulen und Hochschulen sollen das soziale, kulturelle und ökologische ehrenamtliche Engagement junger Menschen als Schul- und Studienleistung anerkennen. Damit werden Schüler*innen und Studierende ermutigt und bestärkt sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen, gleichzeitig wird so die verengte Sicht auf die notenzentrierte Berufsvorbereitung erweitert. So erfährt das soziale Engagement, abseits von Job und Karriere, eine Aufwertung als vollwertige Tätigkeit und Beitrag zur Gesellschaft.

Begründung

Sozialen Initiativen, Organisationen und Vereinen fehlen immer mehr die aktive Teilnahme und Unterstützung ihrer Arbeit, auch selbstorganisierte Kultur fehlt es häufig an Mitwirkenden. Vor allem junge Menschen werden in diesen Räumen sozialen Engagements schmerzlich vermisst. Jugendlichen und jungen Erwachsenen fehlt es durch immer stärker zugeschnürten Lehr- und Studienplänen wiederum an der nötigen Zeit und Energie. Auch die Perspektive, dass das Ehrenamt gleichwertig neben der Berufsvorbereitung ausgeübt werden kann, fehlt häufig, was durch die Aufwertung des Ehrenamts zumindest zum Teil gelöst werden kann.

I439 Institut zur Erforschung des gewaltbereiten Salafismus einrichten

Antragsteller*in: Ali Bas, Verena Schäffer

Thema: NRW – Land der Chancen von Anfang an

Details

An einer Hochschule in NRW sollte es ein unabhängiges Forschungsinstitut zur Erforschung des gewaltbereiten Salafismus geben. Forschungsfragen können sich beispielsweise auf Einstiegs- bzw. Ausstiegsgründe, Radikalisierungsprozesse oder die Rolle von Frauen und Mädchen beziehen. Die Erkenntnisse dieser Forschung sollten als Grundlage bei der Entwicklung von gezielten Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen helfen.

Begründung

Der gewaltbereite Salafismus ist eine ernstzunehmende Bedrohung für unsere Sicherheit. Er schafft es immer mehr junge Menschen in seinen Bann zu ziehen. Neben repressiven Maßnahmen muss es dringend auch einen Ausbau präventiver Angebote geben, die auf Forschungsergebnissen aufbauen sollten. Anders als in anderen Ländern, wie etwa Großbritannien und die Niederlande, gibt es in Deutschland bisher kein eigenständiges Forschungsinstitut zu diesem Thema. Derzeitige Untersuchungen laufen als zeitlich befristete Projekte. Das wollen wir ändern und ein entsprechendes Forschungsinstitut in NRW einrichten.